

ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSEN
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 01/2020

Die Kernfrage: Nukleare Abschreckung im Fokus von Friedensethik und Sicherheitspolitik

SPECIAL

Atomwaffen, Dienst und Gewissen

DIE KERNFRAGE: NUKLEARE ABSCHRECKUNG IM FOKUS VON FRIEDENSETHIK UND SICHERHEITSPOLITIK

Editorial		
Veronika Bock	Seite 03	
Das Ende der „Frist“: Die atomare Abschreckung im Licht der römisch-katholischen Soziallehre		
Heinz-Günther Stobbe	Seite 04	
Warten auf Harmagedon: Theologische und ethische Aspekte der nuklearen Abschreckung		
Drew Christiansen	Seite 12	
Zur Aktualität der Heidelberger Thesen		
Ines-Jacqueline Werkner	Seite 20	
Die fehlerhafte Logik nuklearer Abschreckung als internationale Sicherheitsstrategie: Eine femi- nistisch-postkoloniale Betrachtung		
Madita Standke-Erdmann/ Victoria Scheyer	Seite 27	
We Are the Bomb: Opake Finanzströme und unwissentliche Beteiligung an nuklearer Rüstung		
Robin Jaspert	Seite 36	
Erweiterte nukleare Abschreckung und Teilhabe: Gemeinsam über- winden, nicht einsam aussteigen		
Wolfgang Richter	Seite 44	
		Nukleare Rüstungskontrolle, Abrüs- tung und Nichtverbreitung: Die tiefe Krise des internationalen Systems
		Tom Sauer Seite 56
		„No Way Out“: Nuklearwaffen bleiben ein wichtiger Faktor in der internationalen Politik
		Michael Rühle Seite 65
		Russische Kernwaffen: Vernunft- oder Gefühlssache?
		Konstantin Bogdanov Seite 72
		Chinas Nuklearstrategie in einem neuen geopolitischen Umfeld
		Sven Bernhard Gareis Seite 79
		SPECIAL: ATOMWAFFEN, DIENST UND GEWISSEN
		Soldaten im Gewissenskonflikt: Zwischen kirchlichem Idealismus und politischem Realismus
		Markus Bentler Seite 86
		Die nukleare Frage: Von frommen Wünschen und realen Chancen
		Burkhard Bleul Seite 93
		Impressum/Alle Ausgaben Seite 99

EDITORIAL

„Unsere Welt lebt in der abartigen Dichotomie, Stabilität und Frieden auf der Basis einer falschen, von einer Logik der Angst und des Misstrauens gestützten Sicherheit verteidigen und sichern zu wollen.“ Mit diesen Worten verurteilte Papst Franziskus Ende 2019 in Nagasaki zum wiederholten Male das System der nuklearen Abschreckung. Frieden und internationale Stabilität könnten nicht auf der Bedrohung einer totalen Auslöschung aufgebaut werden, so Franziskus. Mit der Auffassung, dass nicht nur die Anwendung von Atomwaffen, sondern die *Androhung* ihres Einsatzes sowie bereits ihr *Besitz* nicht zu rechtfertigen seien, setzt er einen neuen Impuls in der kirchlichen Friedensethik.

Das Paradox, dass Waffen, deren Anwendung ethisch nicht zu legitimieren ist, den Frieden sichern sollen, spielt in der friedensethischen Diskussion der katholischen Kirche schon lange eine zentrale Rolle. So ist die Enzyklika *Pacem in terris* von Papst Johannes XXIII. (1963) eine Antwort auf die atomare Bedrohung in der Kubakrise im Jahr zuvor. Dass der Rüstungswettlauf aufhöre und wirksame Vereinbarungen zur Abrüstung getroffen würden, war für ihn gleichermaßen ein Gebot der Gerechtigkeit, der Vernunft und der Menschenwürde. Die 1965 verabschiedete Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* greift diese Lehre auf. Das Motiv der „Frist“, die es zu nutzen gilt, um politische Alternativen zur Abschreckung zu schaffen, hatte von da an die lehramtliche Beurteilung geprägt.

Diese Ausgabe nimmt den aktuellen „Kurswechsel“ des Vatikans zum Ausgangspunkt und fragt, welche Motive hinter dem päpstlichen Verdikt stehen. Zugleich steht der Heilige Stuhl mit seiner Fundamentalkritik nicht allein – das Anliegen der Redaktion war es daher, auch zivilgesellschaftlichen Initiativen wie ICAN und der feministischen Forschung eine Stimme zu geben.

Bei kaum einem anderen Thema sind die Fronten so verhärtet. Atomwaffengegner bezichtigen Abschreckungsbefürworter der Verantwortungslosigkeit, diese antworten gern reflexhaft mit dem Vorwurf der Naivität. Immerhin haben die klare Positionierung der katholischen Kirche, der Atomwaffenver-

tragsvertrag und auch der allgemeine Zustand der internationalen Beziehungen die Debatte neu entfacht. Nicht ohne Grund haben die Herausgeber des US-Wissenschaftsmagazins *Bulletin of the Atomic Scientists* die Zeiger der symbolischen „Doomsday-Clock“ zu Beginn des Jahres auf 100 Sekunden vor Mitternacht gestellt – als eindringliche Warnung und Ausdruck für „the most dangerous situation that humanity has ever faced“. So widmen sich mehrere Artikel den aktuellen sicherheitspolitischen Gegebenheiten und möglichen Wegen aus dem Abschreckungsparadigma. In zwei gesonderten Beiträgen die Position der Atomkräfte Russland und China einzubeziehen war uns als Redaktion dabei besonders wichtig.

Auch die wiederaufflammende Diskussion über die nukleare Teilhabe Deutschlands verdeutlicht die ungebrochene Aktualität des Themas. Das Special setzt sich mit der Frage auseinander, was die päpstlichen Verlautbarungen für den Dienst deutscher Soldatinnen und Soldaten bedeuten.

Allen Autorinnen und Autoren gilt unser herzlicher Dank, und wir hoffen, dass diese Ausgabe zu einem vertieften Verständnis der „Kernfrage“ beiträgt. Wenn Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, am Schluss nicht mehr ganz so klar ist, wer „naiv“ ist und wer nicht, wäre schon viel gewonnen.

Dr. Veronika Bock
Direktorin des zebis



DAS ENDE DER „FRIST“

DIE ATOMARE ABSCHRECKUNG IM LICHT DER RÖMISCH- KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE

Autor: *Heinz-Günther Stobbe*

Der aktuelle Anstoß zur Debatte von Papst Franziskus

Abstract

Die viel beachteten Aussagen von Papst Franziskus zur Ächtung der Atomwaffen können in die lange friedensethische Tradition des kirchlichen Lehramts gestellt werden. Der Zweite Weltkrieg und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verschärften die unverhohlene Skepsis gegenüber Rüstung und militärischer Konfliktlösung, bewirkten aber noch keine grundsätzliche Abkehr von der Bellum-iustum-Lehre als ethischem Beurteilungsrahmen für die Legitimität der Kriegführung. Gerade das Zweite Vatikanische Konzil lenkte jedoch den Blick darauf, dass die Zerstörungswirkung von Atomwaffen den Rahmen jeder erlaubten Verteidigung sprengen musste, und prägte zum ersten Mal das Wort von der „Frist“, die der Menschheit angesichts ihrer drohenden Auslöschung zur Suche nach angemessenen Konfliktbeilegung bleibe. So erklärten unter anderem die US-amerikanischen Bischöfe in dem Hirtenwort „Die Herausforderung des Friedens“ die nukleare Abschreckung zwar nicht für gänzlich inakzeptabel, knüpften aber ihre vorübergehende Akzeptanz unauflösbar an Bedingungen wie ernsthafte Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen. Vor diesem Hintergrund deutete sich die jetzige Position des Vatikans – die Aufhebung der Unterscheidung zwischen (bedingt) erlaubtem Kernwaffenbesitz und ihrer verbotenen Anwendung – bereits früh an. Zu den lange gehegten ethischen Bedenken gegenüber einer Politik, die „Frieden“ nur auf Grundlage gegenseitiger Vernichtungsandrohung herstellt, gesellt sich das Urteil, dass der Wille zur Abrüstung nicht erkennbar sei und damit eine wesentliche Bedingung für die Tolerierung nicht erfüllt werde. Dieser Argumentation folgte auch die Deutsche Kommission Justitia et Pax, indem sie 2019 die Ächtung der Atomwaffen zum Ausgangspunkt des angestrebten Abrüstungsprozesses erklärte und damit missbräuchlichen Interpretationen der „Frist“ einen Riegel vorschiebt. Der als Kehrtwende wahrgenommene Einsatz der katholischen Kirche für ein vollständiges Verbot und eine Abschaffung von Atomwaffen stellt also in Wahrheit eine stringente Weiterführung ihrer Soziallehre dar, die jenseits der Religionszugehörigkeit an die sittliche Vernunft des Menschen appelliert und eine breite Unterstützung für eine schrittweise Abkehr von der nuklearen Abschreckung gewinnen will.

Am 10./11. November 2017 organisierte die von Papst Franziskus neu geschaffene Zentralbehörde, das „Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen“, in Rom ein Expertensymposium über „Perspektiven für eine atomwaffenfreie Welt und für eine umfassende Abrüstung“. Während der Konferenz lud der Papst die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu einer Audienz ein. In seiner dort verlesenen Botschaft begrüßte er, dass „kürzlich der größte Teil der Mitglieder der Internationalen Gemeinschaft durch eine historische Abstimmung am Sitz der UNO festgelegt“ habe, „Atomwaffen nicht nur als unmoralisch, sondern auch als illegitimes Mittel der Kriegsführung zu betrachten“. Dadurch werde „eine wichtige juristische Lücke geschlossen“, noch wichtiger sei aber, so der Papst weiter, „die Tatsache, dass diese Resultate in erster Linie einer ‚humanitären Initiative‘ zu verdanken sind, gefördert von einer wertvollen Allianz zwischen Zivilgesellschaft, Staat, internationalen Organisationen, Kirchen, Akademien und Expertengruppen.“¹

Diese Haltung bekräftigte Franziskus, wie allgemein erwartet, im Zusammenhang mit seinem Japan-Besuch Ende November 2019. Beim Rückflug erklärte er in einer Pressekonferenz: „Hiroshima war ein echter Ethik-Unterricht über die Grausamkeit. Die Grausamkeit.“ Er fügte hinzu, die moralische Verurteilung von Anwendung und Besitz von Atomwaffen, „muss in den Katechismus der Katholischen Kirche kommen“². Im Ton immer drängender, in der Sache aber ohne weitere Zuspitzung gab der Papst damit zu erkennen, dass er eine stärkere Verbindlichkeit in der ablehnenden Haltung der römisch-katholischen Kirche anstrebt, vergleichbar der Entwicklung in Bezug auf die Todesstrafe. Das hat, wie er in seiner Botschaft vom Atomwaffenpark in Nagasaki ausführte, seinen entscheidenden Grund in der kirchlichen Tradition: „Die katholische Kirche ist unwiderruflich engagiert im Entschluss, den Frieden zwischen den Völkern und Nationen zu

fördern; es ist eine Aufgabe, zu der sie sich vor Gott und vor allen Männern und Frauen dieser Erde verpflichtet fühlt. Wir dürfen nie müde werden, unverzüglich dafür zu arbeiten und darauf Nachdruck zu legen, die wichtigsten internationalen Rechtsmittel für die Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen, einschließlich des *Atomwaffenverbotsvertrags*, zu unterstützen“³ (Hervorhebung durch den Autor).

Zur Vorgeschichte der gegenwärtigen Debatte

Für viele Menschen mag das starke Engagement des Papstes und des Heiligen Stuhls für die Ächtung der Atomwaffen und für Abrüstung überraschend sein. Doch bereits in der ersten päpstlichen Friedensnote des 20. Jahrhunderts vom August 1917 (Titel: *Dès le début*), gerichtet „an die Staatsführungen der kriegführenden Länder“, legte Papst Benedikt XV. eine Reihe von Punkten als „Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden“ vor. Dort heißt es: „Vor allem muss der erste und zentrale Punkt sein, dass an die Stelle der physischen Gewalt die moralische Macht des Rechtes tritt. Es braucht daher eine allgemein akzeptierte Übereinkunft über die gleichzeitige und allseitige Abrüstung, deren Regeln und Garantien festzusetzen sind, unbeschadet der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den einzelnen Staaten notwendigen und ausreichenden Verbände.“⁴ Dieses Anliegen bildet fortan ein beständiges Leitmotiv der römisch-katholischen Friedenslehre.

Das kirchliche Lehramt begegnet den Rüstungsbemühungen der Staaten durchweg mit unüberhörbarer Skepsis, auch wenn es ihnen gegenüber keinen pazifistischen Anspruch geltend macht. Diese Einstellung verschärft sich deutlich im Fall der Atomwaffen. Bereits 1954 schärft Papst Pius XII. in seiner Osteransprache auf dem Petersplatz die Dringlichkeit der Völkerverständigung ein, indem er eindringlich das Grauen eines Atomkrieges beschwört: „So erhebt sich vor den Augen der erschreckten Welt das Bild von riesenhaften Zerstörungen und weiten Gebieten, die der Mensch nicht mehr bewohnen und benützen kann, ganz abgesehen von den biologischen Folgeerscheinungen,

die eintreten können, sei es durch Veränderungen an den Erbkeimen und Mikroorganismen, sei es durch das ungewisse Ergebnis, das ein andauernder radioaktiver Reiz für die größeren Organismen – den Menschen nicht ausgeschlossen – und deren Nachkommen herbeiführen kann.“⁵ Der Papst konkretisiert damit ein früheres Motiv, das er in seiner Weihnachtsbotschaft aus dem Jahr 1950 unter dem Eindruck eines drohenden neuen Weltkrieges entfaltet hatte: „Heute würden in einem Krieg, den Gott verhüten möge, die Waffen sich dermaßen verheerend auswirken, daß sie die Erde gleichsam ‚wüst und leere‘ [Gen 1, 2; im Original als Anmerkung beigefügt, Anm. des Autors], als Einöde und Chaos, ähnlich der Öde nicht ihres Urbeginn, sondern ihres Untergangs, zurückließen.“⁶ Doch bezeichnend genug für die Dramatik der Situation wagt es der Papst zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, die kurz nach dem Krieg geäußerte Feststellung zu wiederholen, die Kriegserfahrung habe „die Sehnsucht nach Frieden und den Willen, sich für ihn einzusetzen angespornt“ und „das Problem der Abrüstung unter ganz neuen Erwägungen und mit früher nie empfundenem Nachdruck in den Mittelpunkt der

Bis heute bewegt sich die ethische Diskussion über Sicherheits- und Rüstungspolitik sowohl auf Ebene des päpstlichen Lehramts als auch in weiten Teilen der katholischen Moraltheologie im Rahmen der überkommenen Lehre vom gerechten Krieg

internationalen Bestrebungen gerückt“⁷. Im Kalten Krieg treten Abrüstungsanstrengungen in den Hintergrund und rücken Doktrin und Theorie der nuklearen Abschreckung in den Vordergrund. Es ist das Lehrschreiben *Pacem in terris* (11. April 1963) von Papst Johannes XXIII., das der Thematik einen bis dahin nie gekannten Rang verschafft.

Die Position der Bischofskonferenz der USA:

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass sich bis heute die ethische Diskussion über Sicherheits- und Rüstungspolitik sowohl auf Ebene des päpstlichen Lehramts als auch in weiten Teilen der katholischen Moraltheologie

im Rahmen der überkommenen Lehre vom gerechten Krieg bewegt.

Das gilt jedoch nicht für jene Gruppen und Bewegungen innerhalb der katholischen Kirche, die, vergleichbar den sogenannten Historischen Friedenskirchen (zum Beispiel Quäker, Mennoniten) in der evangelischen Christenheit, einen streng pazifistischen Standpunkt vertreten und folglich die Lehre vom gerechten Krieg ablehnen. Aufgrund dieser streng ethischen Betrachtungsweise hat sich die römisch-katholische Kirche nie darauf eingelassen, das Phänomen der Atomwaffen und die

Die römisch-katholische Kirche hat sich nie darauf eingelassen, das Phänomen der Atomwaffen in eine endzeitliche Perspektive zu rücken

Möglichkeit atomarer Selbstvernichtung der Menschheit in eine endzeitliche Perspektive zu rücken, wie es in Teilen der evangelikalen Gemeinschaften und anderen apokalyptischen Dystopien geschieht.

Die offizielle Haltung der römisch-katholischen Kirche gegenüber dem Krieg hat die Bischofskonferenz der USA in ihrem Lehrschreiben *Die Herausforderung des Friedens – Gottes Verheißung und unsere Antwort* aus dem Jahr 1983 in fünf Punkten umrissen. Sie hält fest an der traditionellen Sichtweise, insofern sie jedem Volk „das Recht und die Pflicht“ zuspricht, „sich gegen einen ungerechten Krieg zu *verteidigen*“ (Hervorhebung im Original, Anm. des Autors), und zugleich jedem Angriffskrieg eine moralische Legitimation abspricht.⁸ Unter Berufung auf das Zweite Vatikanische Konzil unterstreichen die Bischöfe die maßgebliche Bedeutung des Gebots, bei Kriegshandlungen zwischen Kombattanten und Zivilisten zu unterscheiden, sowie das Erfordernis, selbst im Fall eines Verteidigungskrieges das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten: „Keine Defensivstrategie, sei sie nuklear oder konventionell, die das Gebot der Proportionalität verletzt, ist moralisch erlaubt.“⁹

Auch die ethische Problematik der nuklearen Abschreckung erörtert die nordamerikani-

sche Bischofskonferenz im Licht der Kriterien, die in der Lehre vom gerechten Krieg entwickelt und deshalb in ihrem Hirtenbrief ausführlich dargelegt und mit Blick auf die Lage in der modernen Welt kritisch reflektiert wurden. Sie bilden das ethische Fundament aller kirchlichen und lehramtlichen Verlautbarungen zur Atomwaffenfrage.

Das Motiv der „Frist“

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) hat das Selbstverständnis der römisch-katholischen Kirche und viele ihrer Lehren grundlegend erneuert. Doch keine der Neuerungen fiel gleichsam vom Himmel, sie hatten sich in Kirche und Theologie mehr oder minder lange bereits angebahnt. Auch mit Blick auf die Friedenslehre nahm das Konzil die Kernelemente der mit den Weltkriegen verbundenen Einsichten auf, besonders indem es seine Aufmerksamkeit auf die nunmehr verfügbaren Massenvernichtungswaffen richtete: „Die Anwendung solcher Waffen im Krieg vermag ungeheure und unkontrollierbare Zerstörungen auszulösen, die die Grenzen einer gerechten Verteidigung weit überschreiten.“¹⁰ Dem Konzil zufolge wohnt den Massenvernichtungswaffen eine Tendenz zum totalen Krieg inne, den es wegen seiner zerstörerischen Folgen entschieden als „ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen“ verurteilt.¹¹ Um dieser Gefahr zu begegnen, sah das Konzil nur einen Weg: „Gewarnt vor Katastrophen, die das Menschengeschlecht heute möglich macht, wollen wir die *Frist*, die uns noch von oben gewährt wurde, nützen, um mit geschärftem Verantwortungsbewußtsein Methoden zu finden, unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdig ist. Die göttliche Vorsehung fordert dringend von uns, daß wir uns von der alten Knechtschaft des Krieges befreien“¹² (Hervorhebung durch den Autor).

Das Motiv der „Frist“, die es zu nutzen gilt, um politische Alternativen zum Krieg zu schaffen, wird von da an die lehramtliche Beurteilung der nuklearen Abschreckung prägen. So hat die Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten in dem bereits erwähnten Hirtenbrief von 1983 durch-

sen Frieden“ zu gewährleisten, und vermieden deshalb eine grundsätzliche Ablehnung.¹³ Ihre klare Absicht aber war es, durch moralische Verbote und Vorschriften „die weit verbreitete politische Barriere gegenüber einem Griff zur Atomwaffe zu verstärken“. Und sie drängten „auf Verhandlungen, um die Erprobung, Produktion und Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme anzuhalten. Es sollten nicht nur Schritte unternommen werden, um die Entwicklung und Stationierung von Waffen zu beenden, auch die Zahl der vorhandenen Waffen muß auf eine Weise verringert werden, die die Kriegsgefahr vermindert.“¹⁴ Und: „Wir haben die dringende moralische und politische Verpflichtung, den ‚gewissen Frieden‘, den wir jetzt haben, um durch atomare Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung zu einem echten Frieden zu gelangen.“¹⁵ Diese Auffassung beinhaltet nicht zwingend die Abschaffung der Atomwaffen als Endziel der Abrüstung, sondern verträgt sich logisch mit dem Konzept einer minimalen Abschreckung. Dennoch hielten die Bischöfe das Festhalten an der Abschreckungsstrategie schon 1983 die moralische Duldung der atomaren Abschreckung nicht als letztes Wort in dieser Sache, sondern als ein bedingtes Ja. Denn: „Abschreckung ist keine geeignete Strategie, den Frieden langfristig zu sichern; sie ist eine Übergangsstrategie, die nur zu rechtefertigen ist in Verbindung mit der unbedingten Entschlossenheit, für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu arbeiten“¹⁶ (Hervorhebung durch den Autor). Gleichfalls im Jahr 1983 zitierte die Deutsche Bischofskonferenz in ihrem Hirtenwort *Gerechtigkeit schafft Frieden* das Konzilswort von der ‚Frist‘, die genutzt werden müsse, um eine nukleare Bewaffnung im Sinne einer „Notstandsethik“ „vorübergehend“ tolerieren zu können.¹⁷

Die Rede von der Frist sollte offenkundig die Dringlichkeit der politischen Aufgabe der Abrüstung unterstreichen. Sie diente dazu, einen zielgerichteten Prozess in Gang zu setzen, der über den Weg der Rüstungskontrolle und Abrüstung darauf ausgerichtet sein musste, die Strategie der nuklearen Abschreckung zu überwinden. Es ging daher bei der „Frist“ nie in erster Linie um einen bestimmten Zeitraum, sondern um sachliche Bedingungen, die gegeben sein

müssen, um die Strategie der nuklearen Abschreckung hinnehmen zu können. Es handelt sich einerseits um die Beachtung der Kriterien, die für jeden Krieg und jede Kriegsplanung beachtet werden müssen, andererseits und ent-

Bei der „Frist“ ging es nie in erster Linie um einen bestimmten Zeitraum

scheidend um die nicht auflösbare Verbindung zwischen einer möglichen befristeten Akzeptanz und dem politischen Einsatz für die Überwindung der Strategie der atomaren Abschreckung. In diesem Sinne hängt die Duldung der Atomwaffen von einem politischen Urteil ab, oder genauer gesagt: von einem Urteil in Bezug auf die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit einer Abrüstungspolitik, die zielgerichtet darauf angelegt ist, die Atomwaffen abzuschaffen.

Die ausschlaggebende Frage lautet also: Wie ist beim gegenwärtigen Stand der Dinge diese Strategie mit Blick auf diese Bedingungen zu beurteilen?

Das Ende der „Frist“

Die Entwicklung im Rahmen der vatikanischen Aktivitäten: Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist von Anfang an in der päpstlichen Verkündigung präsent. Bereits 1965 hatte Paul VI. in seiner Botschaft zum 20. Jahrestag des Abwurfs der Hiroshima-Bombe dazu aufgerufen, für die Ächtung der Atomwaffen zu beten.¹⁸ 1978 bekräftigte er in seiner Botschaft an die Abrüstungskonferenz der UN das Ziel, „das Arsenal der Atomwaffen völlig zu beseitigen“.¹⁹ Der Schritt des jetzigen Papstes setzt diese Linie konsequent fort und konkretisiert sie, indem er nun die Atomwaffen grundsätzlich verurteilt. Als solche war diese Entscheidung für die Öffentlichkeit überraschend, doch sie hatte sich schon über Jahrzehnte hin angebahnt, zum einen in den Beratungen der Päpstlichen Akademie der Wissenschaft, zum anderen im Rahmen der diplomatischen Tätigkeit des Heiligen Stuhls. Die Akademie veröffentlichte im Jahr 1981 eine Stellungnahme zu den Konsequenzen eines

Atomwaffeneinsatzes, im Jahr 1982 eine Erklärung zur Prävention eines Atomkrieges und schließlich 1984 eine „Warnung“ vor dem nuklearen Winter als Folge einer nuklearen Auseinandersetzung.²⁰ Im Dokument von 1982 warnen die Wissenschaftler, jeder Gebrauch einer Atomwaffe, auch wenn nur begrenzt, beinhalte das große Risiko einer nuklearen Eskalation. In Erwägung der „überwältigenden Gefahren“ der atomaren Abschreckung kommen sie am Ende zu dem Schluss: „Es ist geboten, Misstrauen abzubauen und Hoffnung und Vertrauen aufzubauen durch eine Abfolge von Schritten, um die Entwicklung, Produktion, das Testen und die Aufstellung nuklearer Waffensysteme einzudämmen, und sie auf wesentlich niedrigere Niveaus zu reduzieren mit der Hoffnung, sie zu guter Letzt völlig abzuschaffen.“²¹ Das Schwerkraft der Argumentation ruht erneut nicht auf einem grundsätzlichen Verbot der Kernwaffen, sondern auf der Dringlichkeit eines politischen Prozesses, der klar und eindeutig auf dieses Endziel hin geordnet ist.

Die diplomatischen Aktivitäten des Heiligen Stuhls konzentrierten sich im Zusammenhang mit der Problematik der Atomwaffen – von der

ziskus mit dem Satz, nukleare Abschreckung und die Drohung der wechselseitigen Vernichtung könne keine Grundlage für eine Ethik der brüderlichen und friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten sein²², der sich im Schreiben des Papstes an den österreichischen Kanzler Kurz anlässlich der Wiener Konferenz über die humanitären Auswirkungen der Atomwaffen findet.²³ Für diese Konferenz legte der Heilige Stuhl einen umfangreichen Beitrag mit dem Titel „Nukleare Abrüstung: Zeit für die Abschaffung“²⁴ vor, der laut dem amerikanischen Theologen Gerard Powers die Position des Vatikans in Bezug auf die miteinander verknüpften Ethiken der Anwendung von Atomwaffen, der Abschreckung und Abrüstung zusammenfasst.²⁵ Man könnte auch sagen, der Text zieht die Bilanz aus der Entwicklung jahrzehntelanger päpstlicher Lehrverkündigungen. Er prüft einmal mehr eine Reihe von Gründen für und gegen die atomare Abschreckung und behauptet insgesamt, die nukleare Abschreckung könne nicht länger als eine Politik beurteilt werden, die auf einem festen moralischen Boden steht.

Zunächst verweist das Dokument auf den wachsenden Konsens hinsichtlich der strikten Verurteilung eines Einsatzes von Atomwaffen, erinnert aber auch daran, die Kirche habe dennoch ihren Besitz zum Zweck der nuklearen Abschreckung vorläufig akzeptiert, allerdings unter der Bedingung, diese sei ein Schritt auf dem Weg zu fortschreitender Abrüstung. Dann folgt eine entscheidende Feststellung: „Diese Bedingung wurde nicht erfüllt, bei weitem nicht.“²⁶ Es sei nun an der Zeit, so fährt der Text fort, die Unterscheidung von Besitz und Gebrauch der Kernwaffen infrage zu stellen. Die Zeit sei gekommen, die Abschaffung der Atomwaffen als wesentliches Fundament kollektiver Sicherheit in ein neues Denken einzubeziehen. Jetzt sei die Zeit, nicht nur die moralische Verwerflichkeit des Einsatzes von Atomwaffen, sondern auch die Verwerflichkeit ihres Besitzes zu bekräftigen, und auf diese Weise den Weg zu ihrer Abschaffung zu erhellen.

Es liegt auf der Hand, dass der Papst in seinen jüngeren Äußerungen diese Einschätzung weder verändert noch korrigiert hat. Stattdessen variiert er sie mittels unterschiedlicher Akzente, stets fest verbunden mit der Aufforderung,

Die Bilanz aus der Entwicklung jahrzehntelanger päpstlicher Lehrverkündigungen lautet, die nukleare Abschreckung könne nicht länger als eine Politik beurteilt werden, die auf festem moralischem Boden steht

intensiven Beteiligung an den Bemühungen um das Atomwaffentestverbot – hauptsächlich auf zwei Prozesse der internationalen Diplomatie, zuerst und vor allem auf die Verhandlungen zum Nichtverbreitungsvertrags sowie dann auf die Konferenz über die humanitären Auswirkungen der Atomwaffen, die in deren Kontext entstand und das dritte Mal 2014 in Wien tagte. Schließlich sind zu nennen die Verhandlungen zum Abschluss des Atomverbotsvertrages, der inzwischen vom Heiligen Stuhl unterzeichnet wurde. In seiner Ansprache während der 9. Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages zitierte Erzbischof Auza als vaticanischer Vertreter abschließend Papst Fran-

mit aller Kraft auf die Abschaffung der Atomwaffen hinzuarbeiten. Aber wie genau ist diese Position zu verstehen? Gerard Powers meinte, eine denkbare Lesart besage, der Vatikan sei zu einem nuklearen Pazifisten geworden. Er selbst gab jedoch „nuanciertere Interpretation“ zu bedenken. Ihm zufolge habe der Vatikan nicht seine Haltung bedingter Akzeptanz und das Konzept der Abschreckung als solches aufgegeben, wohl aber das Verhalten der Atommächte beurteilt, die offenbar nicht gewillt seien, die Bedingungen der Akzeptanz zu erfüllen. In der Kritik stehe daher nicht die Idee der Abschreckung, sondern die Moralität ihrer Struktur, wie sie gegenwärtig existiert.²⁷

Ist diese „nuanciertere“ Lesart zutreffend? Nicht ganz, wenn man sie mit der Position der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* vergleicht. Es sei denn, man trennt die Idee der Abschreckung von ihrer nuklearen Verwirklichung.

Die Entwicklung in der römisch-katholischen Kirche in der BRD: Die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* als Organ der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sah sich durch ihn veranlasst, mit Sicht auf die gegenwärtige Lage der internationalen Politik die Frage zu prüfen, ob sie die Position des Papstes teilen kann. Die Kommission hatte sich schon ein Jahrzehnt vorher ausführlich mit der Problematik beschäftigt und 2008 in der Studie *Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung. Herausforderung für Friedensethik und Politik* grundsätzlich festgestellt: „Vor dem Hintergrund, dass das tolerierende ‚Noch‘ der 1980er Jahre, das stets mit Abrüstungsappellen an alle Seiten verbunden war, seitens der Politik zu oft entweder überhört oder als friedensethisch gerechtfertigte Akzeptanz umgedeutet und die kirchliche Position dadurch instrumentalisiert wurde, kommt dabei einer Klarstellung der friedensethischen Position der Kirche eine große Bedeutung zu. Die Rede vom ‚Noch‘ war und ist nicht als Legitimation zur einfachen Fortschreibung der Abschreckung zu verstehen. Sie soll lediglich den notwendigen politischen Spielraum zur deutlichen Verringerung der Abhängigkeit der Kriegsverhütung von Mitteln nuklearer Abschreckung, zur angestrebten vollständigen

Überwindung atomarer Rüstungen und damit auch der mit ihnen verbundenen Einsatzszenarien erhalten. An der konkreten Nutzung dieses Spielraums ist die Politik zu messen“²⁸ (Hervorhebung durch den Autor).

Neben das Argument der missbräuchlichen Fehldeutung der „Frist“ trat schon 2008 die Wahrnehmung eines Trends zur Unterhöhlung der Rüstungskontrollverträge, die von der Kommission wie folgt kommentiert wurde: „Blickt man auf die tatsächlich beobachtbaren Trends im Bereich der Nuklearrüstung, so gewinnen die Argumente dafür, dass dieses ‚Noch‘ seine Geltung zunehmend einbüßt, immer mehr an Gewicht.“²⁹

In ihrer aktuellen Stellungnahme *Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung* von 2019 hat die Kommission ein weiteres Mal analysiert, ob die Strategie der nuklearen Abschreckung den ethischen und völkerrechtlichen Kriterien genügen kann, die für eine Fortschreibung der „Frist“ maßgeblich sind. Ihr Urteil fällt eindeutig aus: Es überwiegen mittlerweile die Gründe dafür, dem ‚Noch‘ jede weitere Geltung abzusprechen. Nicht nur erodieren die vertraglichen Pfeiler der Rüstungs- und Kontrollpolitik, auch die Abrüstungserfolge hatten erkennbar ihre Grenze in dem Willen der Nuklearmächte, die Strategie der nuklearen Abschreckung aufrecht zu erhalten. Die mehrfach wiederholte Versicherung der NATO, das bleibe der Grundsatz ihrer Politik, solange es Atomwaffen gebe, bringt deren innere Widersprüchlichkeit auf den Punkt. Eine atomwaffenfreie Welt zu wollen, zugleich aber die Abwesenheit von Atomwaffen zur entscheidenden Bedingung für das Ende der nuklearen Abschreckung zu erklären, ist glaubwürdig nur dann, wenn die Überwindung der Strategie der nuklearen Abschreckung mit der Ächtung der Atomwaffen beginnt. Hatte *Justitia et Pax* 2008 noch vergleichsweise unbestimmt festgehalten: „Ein unverzichtbarer Schritt auf dem Weg zur Abschaffung von Nuklearwaffen ist ihre internationale Ächtung“³⁰, so legt sie sich jetzt in der Reihenfolge der notwendigen Schritte fest: Die internationale Ächtung der Nuklearwaffen kann nicht am Ende eines Prozesses stehen, der in ihrer faktischen Beseitigung mündet, sondern muss dessen Anfang markieren.³¹

Von der Ächtung zur Abschaffung der Atomwaffen

Die Soziallehre der römisch-katholischen Kirche richtet sich keineswegs nur an ihre Mitglieder, sondern an – nach einer von Johannes XXIII. geprägten Formel – „alle Menschen guten Willens“. Anders ausgedrückt: Ihre Argumente sollen auch für Menschen einsichtig sein, die zwar nicht den Glauben der Kirche teilen, aber sich dem Anspruch der sittlichen Vernunft unterstellen, mit dem sie aufgrund ihres Menschseins konfrontiert sind. Dementsprechend wenden sich die Päpste immer wieder an Politik und Öffentlichkeit und mahnen, sich der gemeinsamen menschlichen Verantwortung zu stellen und ihr gerecht zu werden. Papst Franziskus baut dabei auf das vorbildhafte Engagement all der Menschen, die aktiv für die Abschaffung der Atomwaffen eintreten: „Eine Welt in Frieden und frei von Atomwaffen ist das Bestreben von Millionen von Männern und Frauen überall auf der Erde. Dieses Ideal Wirklichkeit werden zu lassen erfordert die Beteiligung aller: Einzelne, Religionsgemeinschaften, die Zivilgesellschaft, die Staaten im Besitz von Atomwaffen und atomwaffenfreie Staaten, private und militärische Bereiche sowie die internationalen Organisationen. Unsere Antwort auf die Bedrohung durch Nuklearwaffen muss gemeinsam und konzentriert sein und auf dem mühsamen, aber beständigen Aufbau gegenseitigen Vertrauens beruhen, das die Dynamik des gegenwärtig vorherrschenden Misstrauens durchbricht.“³²

Der Autor



Prof. i. R. Dr. Heinz-Günther Stobbe ist Moderator der AG „Gerechter Friede“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Er war lange Zeit an den Universitäten Münster/ Westfalen und Siegen tätig.

In der römisch-katholischen Kirche hat ein neues Nachdenken über die Strategie der atomaren Abschreckung eingesetzt, und einige Bischofskonferenzen haben sich bereits der Position des Papstes angeschlossen. Als Weltkirche, die alle nationalen Kontexte umfasst und übergreift, könnte sie ein Laboratorium sein, in dem sich modellhaft die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung abspielt, ohne die ein wirkmächtiger weltweiter Konsens und damit ein Erfolg des Kampfes gegen die Atomwaffen nicht erreichbar ist. Eine weltweite Öffentlichkeit muss die Regierungen der Atomkräfte unter Druck setzen, unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren, anstatt nach und nach die bestehenden Verträge zu kündigen oder nicht zu verlängern. Die Bevölkerung der Atomkräfte darf die Weigerung ihrer Regierungen, sich dem Verbotsantrag anzuschließen, nicht hinnehmen, sondern muss sie beständig und mit Nachdruck drängen, sich gemeinsam auf eine kontrollierte Abschaffung der Atomwaffen zu verständigen, anstatt ihre nuklearen Fähigkeiten auszubauen und zu perfektionieren.

Nicht nur, aber besonders in der Kirche gebietet es die geschwisterliche Solidarität, die unter Umständen spannungsreiche und schwierige Rolle ernst zu nehmen, die in diesem politischen Prozess den Soldaten und Soldatinnen zufällt. Sie können leicht in einen Loyalitätskonflikt mit der militärischen und politischen Führung geraten, der ihr Gewissen belastet und ihre berufliche Zukunft beeinträchtigt oder gar gefährdet. In solchen Situationen brauchen sie seelsorglichen Rat und Beistand. Es dreht sich aber nicht nur um politische Loyalität und soldatischen Gehorsam, es handelt sich in erster Linie um die moralische Integrität der einzelnen Person, die in sich die Pflichten als Glied der Kirche und der Pflicht als Bürgerin und Bürger zum einen sowie die Pflicht als Angehörige der Armee miteinander in Einklang bringen muss. Das kann gelingen, wenn sie ihren militärischen Sachverstand in die öffentliche und politische Debatte über die schrittweise Überwindung der nuklearen Abschreckung einbringen. Denn Abschreckung gehört zum militärischen Handwerk, Abschreckung mit Atomwaffen dagegen nicht.

- 1 Ansprache von Papst Franziskus an die Teilnehmer am Internationalen Symposium zum Thema Abrüstung, Freitag 10. November 2017, abrufbar unter: www.vatican.va/content/vatican/de.html. Unter dieser Adresse sind alle im Folgenden erwähnten oder zitierten Texte des Papstes und vatikanischen Institutionen zu erhalten. Wenn nicht anders vermerkt, stammt die Übersetzung des Originals aus dieser Quelle.
- 2 Apostolische Reise von Papst Franziskus nach Thailand und Japan. Pressekonferenz mit dem Heiligen Vater auf dem Rückflug nach Rom, Dienstag, 26. November 2019.
- 3 Apostolische Reise von Papst Franziskus nach Thailand und Japan. Botschaft des Heiligen Vaters über Atomwaffen. Atombombenpark (Nagasaki), Sonntag, 24.11.2019.
- 4 Der Text bei der genannten Quelle nur in französischer und italienischer Sprache erhältlich. Die hier genutzte deutsche Übersetzung liegt vor in: Ernesti, Jörg (2017): *Benedikt XV. Papst zwischen den Fronten*. Freiburg/Breisgau u. a., Anhang Nr. 5, S. 263–266, S. 264.
- 5 Der Text der Ansprache findet sich in: Utz, Arthur-Fridolin und Groner, Joseph-Fulko (Hg.) (1962): *Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens: soziale Summe Pius XII.* 2. Aufl. Freiburg, S. 1980–1983, S. 1981.
- 6 Der Text ist abgedruckt bei Utz, Arthur-Fridolin und Groner, Joseph-Fulko (Hg.) (1962), S. 1883–1889, S. 1887.
- 7 Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium, 24.12.1946. In: Utz, Arthur-Fridolin und Groner, Joseph-Fulko (Hg.) (1962), S. 1918–1932, S. 1925.
- 8 Die deutsche Übersetzung des Dokuments liegt vor in: Pax Christi (Hg.) (1983): *Herausforderung Frieden. Antworten der Bischöfe in den USA, der Niederlande, der DDR, Österreichs, der Schweiz, Belgiens, Irlands und Japans*. Frankfurt/Main, S. 5–129, S. 9.
- 9 Ebda.
- 10 Text der Konstitution in: Rahner, Karl und Vorgrimler, Herbert (Hg.) (1966): *Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanums*. Freiburg/Breisgau 1966, S. 449–552, Nr. 80.
- 11 Ebda.
- 12 Nr. 81.
- 13 Vgl. Pax Christi (Hg.) (1983), S. 78, das im Text nachfolgende Zitat S. 64.
- 14 Vgl. Pax Christi (Hg.) (1983), S. 81.
- 15 Vgl. Pax Christi (Hg.) (1983), S. 76.
- 16 Vgl. Pax Christi (Hg.) (1983), S. 10.
- 17 Vgl. Deutsche Bischofskonferenz (1983): *Gerechtigkeit schafft Frieden. Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden*. (Die Deutschen Bischöfe Nr. 34.) Bonn, Nr. 3.5.2, S. 36.
- 18 Der Text ist teilweise abgedruckt in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.) (1980): *Dienst am Frieden. Stellungnahmen der Päpste, des II. Vatikanischen Konzils und der Bischofssynode. Von 1963–1980*. (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 23.) Bonn, S. 42–43, S. 43.
- 19 Der von Erzbischof Casaroli verlesene Text ist abgedruckt in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.) (1980), S. 176–183, S. 181.
- 20 Statement on the Consequences of the Use of Nuclear Weapons (1981); Declaration on Prevention of Nuclear War (1982); Nuclear Winter: A Warning (1984)
- 21 Zitat aus „Prevention of War“, eigene Übersetzung.
- 22 Vgl. Statement by H. E. Archbishop Bernadito Auza, Apostolic Nuncio and Permanent Observer of the Holy See to the United Nations, New York, Wednesday, 29. April 2015. https://www.vatican.va/roman_curia/secretariat_state/2015/documents/rc-seg-st-20150415_auza-women-peace-security_en.html (Stand: 3.6.2020).
- 23 Vgl. Message of His Holiness Pope Francis on the occasion of the Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons to His Excellence Mr. Sebastian Kurz, Federal Minister for Europe, Integration and Foreign Affairs of the Republic of Austria, President of the Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons. In englischer Sprache abrufbar unter: http://w2.vatican.va/content/francesco/en/messages/pont-messages/2014/documents/papa-francesco_20141207_messaggio-conferenza-vienna-nucleare.html (Stand: 3.6.2020).
- 24 In englischer Sprache abrufbar unter: <http://www.fciv.org/downloads/Holy%20See%20Contribution-Vienna-8-DEC-2014.pdf> (Stand: 3.6.2020).
- 25 Powers, Gerard (2015): „From Nuclear Deterrence to disarmament. Evolving Catholic Perspectives“. In: *Arms Control Today* Vol. 45 Number 4. <https://www.armscontrol.org/act/2015-05/features/nuclear-deterrence-disarmament-evolving-catholic-perspectives> (Stand: 3.6.2020).
- 26 <http://www.fciv.org/downloads/Holy%20See%20Contribution-Vienna-8-DEC-2014.pdf>, S. 4 (Stand: 3.6.2020).
- 27 Vgl. Powers, Gerard (2015).
- 28 Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hg.) (2008): *Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung. Herausforderung für Friedensethik und Politik*. (Gerechtigkeit und Frieden Nr. 113.) Bonn, Nr. 3.1, S. 56.
- 29 Ibid., Nr. 3.1, S. 55.
- 30 Ibid., Nr. 3.2, S. 57.
- 31 Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hg.) (2019): *Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abschreckung. Ein Plädoyer der Deutschen Kommission Justitia et Pax*. (Gerechtigkeit und Frieden Nr. 137.) Bonn, Nr. 6, S. 15.
- 32 Botschaft des Heiligen Vaters über Atomwaffen, Nagasaki, 24.11.2019.

WARTEN AUF HARMAGEDON

THEOLOGISCHE UND ETHISCHE ASPEKTE DER NUKLEAREN ABSCHRECKUNG

Autor: Drew Christiansen

Kernwaffen haben seit ihrer Erfindung den Beiklang des Endzeitlichen, das eine religiöse Sprache erfordert, um dem Ausmaß ihrer Bedeutung für die Menschheit Ausdruck zu verleihen.¹ Nach der Detonation der ersten Atombombe auf dem Trinity-Gelände im Juli 1945 rezitierte Robert Oppenheimer die Worte Krishnas aus der Bhagavad Gita: „Jetzt bin ich zum Tod geworden, der Zerstörer der Welten.“ Oppenheimer erkannte die unterschwellig religiöse Dimension des Manhattan-Projekts: das Atom, wahrgenommen als das erste Aufblitzen der Schöpfung und zugleich als explosives Instrument ihrer Vernichtung.

Als General Leslie Groves nachfragte, warum Oppenheimer den atomaren Test Trinity (Dreifaltigkeit) genannt habe, antwortete der Physiker: „Ich sage Ihnen gern, welche Gedanken mir durch den Kopf gingen. Es gibt ein Gedicht von John Donne, geschrieben kurz vor seinem Tod, das mir viel bedeutet. (...)“

So, wie Ost und West

Auf allen Landkarten – und auch ich bin
eine – zusammenfallen,

So berührt der Tod die Auferstehung.“

Oppenheimer fuhr fort: „So wird zwar noch keine Dreifaltigkeit daraus. Es gibt jedoch ein anderes, bekannteres Andachtsgedicht, das Donne mit folgenden Worten anstimmt:

Zerschlage mein Herz, dreifaltiger Gott.“²

Das erste Zitat aus Donnes Hymne an Gott in meiner Krankheit meditiert über das Sterben als Weg zur Auferstehung. Im zweiten Gedicht, *Zerschlage mein Herz, dreifaltiger Gott*, betet der Dichter dafür, von allem befreit zu werden, was ihn davon abhält, sich Gott hinzugeben. Ob Oppenheimer unbewusst an die eigene Befreiung von den Folgen seiner Forschungsergebnisse dachte oder Schuldgefühle angesichts des Baus der Bombe äußern wollte, können wir nur vermuten. In jedem Fall scheint er sich der religiösen Tragweite des Tests bewusst gewesen zu sein.

Die Theologie der nuklearen Abschreckung

Die Theologie ist die Sprache, in der wir die religiösen Dimensionen unserer Erfahrung zum Ausdruck bringen. Sowohl Theologen als auch

Abstract

Atomwaffen werden seit je mit Endzeitlichkeit assoziiert. Zum Ausdruck dieser religiösen Dimension findet der Mensch in der Bibel und der Theologie ein Repertoire von Begriffen und Bildern. Allerdings zeigt sich, dass diese Verknüpfungen keine einheitliche Bewertung des Phänomens „Kernwaffen“ hervorbringen, sondern konträre Positionen mit Berufung auf ein und dasselbe biblische Motiv begründet werden. Die Ursache liegt in der wechselseitigen Beziehung zwischen religiösem Symbol, religiöser Grundhaltung und persönlicher Disposition. Hinzu kommt, dass selbst eine identische Bewertung, beispielsweise die Ablehnung von Nuklearwaffen, verschiedene Reaktionen begründen kann..

Die politischen und ethischen Debatten um die Legitimität von Atomwaffen und der nuklearen Abschreckung trugen jeweils den veränderten technischen und politischen Rahmenbedingungen Rechnung. Während des Kalten Kriegs verlagerten sie sich von der Frage des grundsätzlichen Verbots hin zu den Bedingungen, unter denen ein Einsatz von Kernwaffen gerechtfertigt sei. Doch grundsätzliche Skepsis gegenüber Versuchen, Massenvernichtungswaffen für konform mit den Prinzipien des gerechten Krieges zu erklären, spiegelte sich nicht zuletzt im Hirtenwort der US-amerikanischen

Bischöfe „Die Herausforderung des Friedens“ von 1983. Zwar schloss dieses einflussreiche Dokument nicht die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes zur Verteidigung grundlegender Werte aus; es richtete sich jedoch gegen nukleare Kriegsführung und erlaubte Abschreckung nur unter strengen Bedingungen.

Letztendlich folgt die moralische Bewertung eines Phänomens gemäß der kirchlichen Soziallehre immer aus einer theologisch-ethisch-gesellschaftlichen „Gesamtschau“. Mit Blick auf die heutigen Bedingungen – darunter zunehmende internationale Spannungen und Proliferationsrisiken – lässt die gegenwärtige Verurteilung der Abschreckungspolitik durch den Vatikan keinen Zweifel daran, dass diese ein erhöhtes Risiko für die Zukunft der Menschheit und der Erde darstellt.

Prediger und religiöse Aktivisten berufen sich auf Bilder aus der Bibel, um ihren Standpunkt hinsichtlich der Abschreckung zu untermauern.³ Betrachten wir drei bildhafte Motive der hebräischen und christlichen Schriften, die im Zusammenhang mit Kernwaffen oft genannt werden: Babel (Mose 11: 1-32), Harmagedon (Offb 16:16), das Reich Gottes (Mt 5:9, 44).

Babel ist eine Geschichte über den Bau einer „irdischen Stadt“, wie Augustinus später schrieb, „zu Gottes Abscheu“.⁴ Der Politologe Michael Oakeshott betrachtet Babel als ein Lehrbeispiel für menschliches Streben⁵, das uns die Hybris aller technologischen Errungenschaften ins Bewusstsein ruft. Babel wird somit zur treffenden Metapher für den Bau der Atom-bombe. Der französische Calvinist Jacques Ellul wiederum sieht in der Kernenergie ein starres, unumkehrbares System, das sich jeglicher Reform widersetzt.⁶

Im Gegensatz dazu vertritt die katholische Soziallehre die Auffassung, die Technologie bedürfe einer bewussten menschlichen Steuerung (Papst Franziskus (2015): *Laudato Si'*, Nr. 52, 114 und 184; im Folgenden LS). „Nie hatte die Menschheit so viel Macht über sich selbst, schrieb Papst Franziskus, „und nichts kann garantieren, dass sie diese gut gebrauchen wird“ (LS, Nr. 104). Die Verantwortung des Menschen für die Natur, einschließlich der Nutzung der Kernenergie, ist eines der Themen von Franziskus' Enzyklika *Laudato Si'* (LS, Nr. 104, und Papst Benedikt XVI. (2009), *Caritas in veritate*, Nr. 68-77). Papst Franziskus' Appell an die menschliche Verantwortung wendet die Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils über die genauere Erfüllung der Gewissenspflicht in der Geschichte an (Zweites Vatikanisches Konzil, *Gaudium et spes*, Nr. 9 und 16).

Harmagedon steht für die letzte Schlacht am Ende der Geschichte, in der die Feinde Gottes vollkommen vernichtet werden.⁷ Die Vorstellung einer apokalyptischen Zerstörung fasziniert biblische Fundamentalisten und Leser dystopischer Belletristik gleichermaßen. In der theologischen Lehre des Dispensationalismus sehnen sich die Recht-schaffenen nach dem Ende der Geschichte, und so mancher Fundamentalist mag den Atomkrieg sogar wohlwollend als einen Akt

der göttlichen Vergeltung betrachten. Und selbst Kernenergiegegner legen Harmagedon in ihrem Sinn aus. Sowohl liberale Christen als auch säkulare Kritiker berufen sich auf die mit Harmagedon verbundene unvorstellbare Zerstörung und lenken so die Aufmerksamkeit auf die katastrophalen Risiken der atomaren Abschreckung.⁸

Das Reich Gottes zeichnet das Bild einer immerwährenden Herrschaft der Gerechtigkeit und des Friedens. Es bietet Christen verschiedener Strömungen eine Vision, sowohl

So mancher Fundamentalist mag den Atomkrieg sogar wohlwollend als einen Akt der göttlichen Vergeltung betrachten

den Pazifisten, die jegliche Beteiligung an Kriegshandlungen verweigern, als auch den Melioristen, die die menschliche Existenz zu verändern hoffen, indem sie „eine Welt ohne Krieg“ bzw. eine Welt mit einer weit geringeren Kriegsgefahr schaffen. Christliche Pazifisten verurteilen Atomwaffen generell und drängen auf das Vertrauen in Gott. Zu ihnen gehörten der Mönch und geistliche Schriftsteller Thomas Merton sowie der Historiker und Aktivist für Gewaltlosigkeit Gordon Zahn.⁹ Den überzeugten Pazifisten zufolge ist das Reich Gottes bereits gekommen, und es ist unsere Pflicht, Gottes Wille zu folgen und gewaltfrei zu leben.¹⁰

Andere, wie etwa die katholischen Bischöfe der USA in ihrem Hirtenbrief *The Challenge of Peace* (Die Herausforderung des Friedens) von 1983, bringen den Glauben zum Ausdruck, das Königreich sei zwar bereits gekommen, jedoch noch nicht in seiner gesamten Fülle verwirklicht. Die Unvollständigkeit des Königreichs erlaubt eine komplexe moralische Haltung, die sowohl die Lehre von der Gewaltlosigkeit als auch die des gerechten Kriegs mit einschließt. Dementsprechend lässt die differenzierte Haltung der Bischöfe zum gerechten Krieg gerade genug Zweideutigkeit zu, um die nukleare Abschreckung glaubwürdig erscheinen zu lassen.

Religiöse Grundhaltungen

Die tiefer verwurzelten menschlichen Haltungen und Veranlagungen gehen oft auf singuläre Erfahrungen zurück, die die Grundlage für den Umgang der Menschen mit dem eigenen Leben bilden. Die Beziehung zwischen Symbolen und religiösen Neigungen entfaltet hierbei eine gegenseitige Wirkung.¹¹ Symbole können religiöse Haltungen erzeugen. Andererseits können diese Haltungen auch die Deutung bestimmter Metaphern verändern oder ihre Interpretation beeinflussen. Symbole können etwa Zunei-

Symbole können religiöse Haltungen erzeugen. Andererseits können diese Haltungen auch die Deutung bestimmter Metaphern verändern oder ihre Interpretation beeinflussen

gung, Vorsicht oder Vertrauen hervorrufen. Die Zuneigung wiederum kann dazu führen, dass ein bestimmtes Symbol auf eine bestimmte Art und Weise konstruiert wird und dass sich daran festmacht, ob ein nukleares Harmagedon eher als Ausdruck göttlicher Vergeltung oder als Motiv für die Abschaffung von Atomwaffen gesehen wird.

Betrachten wir folgendes Beispiel. Auch wenn Augustinus als Vater der christlichen Lehre vom gerechten Krieg gilt, führte ihn das überwältigende Gefühl der Unsicherheit aller menschlichen Existenz irgendwann dazu, über der Frage der moralischen Entscheidung in Kriegszeiten zu verzweifeln, sodass er sich schließlich den unergründlichen Wegen Gottes überließ:

„... da das gesamte sterbliche Leben des Menschen auf der Erde eine Prüfung ist, wer vermag zu sagen, ob es in einem bestimmten Fall richtig oder falsch sei – in Friedenszeiten zu regieren oder zu dienen, oder sich in Ruhe zu wähnen oder zu sterben – oder aber, in Kriegszeiten, zu befehlen oder zu kämpfen, oder (den Feind) zu erobern oder zu töten? Gleichzeitig bleibt es wahr, dass alles Gute durch den göttlichen Segen gut und alles Schlechte durch göttliches Gericht schlecht ist.“¹²

Augustinus beruft sich hier auf das Bild eines fernem, souveränen Gottes, der Segen und Urteil nicht nach einem Maß, sondern lediglich

nach eigenem Gutdünken ausspricht. Seine starke Ängstlichkeit und Verunsicherung finden ihren Ausdruck im Bild eines allmächtigen Gottes, welches er auf die Erfahrung des Krieges überträgt. Kein Hinweis auf Gottes Güte oder Vorsehung, wie sie moderne Interpretationen der menschlichen Endlichkeit enthalten.¹³ Die Ereignisse entziehen sich der Kontrolle des Menschen. Von diesem Gefühl getrieben, wird Augustinus' Wille gelähmt, und sein Verstand setzt aus. Er ist unfähig, moralische Urteile zu fällen, wie sie der gerechte Krieg verlangt. Daher ist zusätzlich zu den herkömmlichen Elementen des rationalen Denkens, die ich weiter oben aufzähle (rationale Argumentation, Umstände), auch die religiöse Zuneigung zu betrachten, welche die Verwendung religiöser Symbolik beeinflusst.

Sowohl der Mönch Thomas Merton als auch der Jesuit Daniel Berrigan lehnten Atomwaffen ab, aber sie waren sich uneins in der Frage, wie man ihnen entgegentreten solle. Berrigan und die katholische Linke zeigten ihre Ablehnung der Ökonomie des Todes einfallsreich durch öffentliche Widerstandsbekundungen, in denen sie ihre Wut auf das Establishment auslebten. Sie sahen sich als rechtschaffene Propheten. Merton hingegen war der Auffassung, die Anhänger der Gewaltlosigkeit müssten ein größeres Unbehagen über ihren eigenen Zorn zeigen und ihr Vertrauen in Gott setzen. „Der Schlüssel zur Gewaltlosigkeit“, schrieb er, „ist die Bereitschaft des gewaltlosen Widerstandskämpfers, ein gewisses Maß an zufälligem Übel zu erleiden, um einen Sinneswandel beim Unterdrücker herbeizuführen und dessen Bereitschaft zu persönlicher Offenheit und zum Dialog zu erwecken.“¹⁴ Eine wahrhaft gewaltfreie Antwort, so argumentierte er, „verlangt nicht nachdrücklich, dass Personen und Ereignisse ihren eigenen abstrakten Idealen entsprechen“, so wie es die katholische Linke vertrat.¹⁵

Die Ethik der Abschreckung

Schon vor dem Trinity-Test haben sich ethische Debatten an der Atombombe entzündet. Leo Szilard leitete einigen Wissenschaftlern in den Labors des Manhattan-Projekts einen Brief weiter, in dem er Präsident Roosevelt vor den

Gefahren eines atomaren Wettrüstens warnte. Auch später sprach er immer wieder ähnliche Warnungen aus, doch sein Protest kam weder bei Präsident Roosevelt noch bei Präsident Truman je an. Sowohl vor als auch nach den Atombombenabwürfen auf Japan stritt Oppenheimer mit General Groves, Lewis Strauss von der Atomenergiekommission und dem *Un-American Activities Committee* (Ausschuss für unamerikanische Umtriebe) des Repräsentantenhauses über seinen Widerstand gegen die weitere Entwicklung der Bombe. Insbesondere ging es hier um Edward Tellers Forschung an einer „the Super“ genannten Wasserstoffbombe.

Die ethische Debatte vollzog sich im Gleichschritt mit dem technologischen Fortschritt und den Veränderungen der US-Regierungspolitik.¹⁶ Von Anfang an waren die Politiker uneins darüber, ob die Waffen überhaupt eingesetzt werden sollten. Bernard Brodie, dessen Werk *The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order* die Grundlagen der Abschreckungstheorie legte, argumentierte, Atomwaffen dienten ausschließlich als Abschreckungsmaßnahme zur Verhinderung eines Krieges. Der Diplomat George Kennan vertrat die Auffassung, diese Waffen seien „bei unserer militärischen Grundhaltung überflüssig“. Beide waren der Ansicht, der einzige Zweck des Besitzes von Atomwaffen bestehe darin, ihren Einsatz zu verhindern.

Das Gleichgewicht des Schreckens

Die Abschreckungspolitik der Supermächte im Kalten Krieg wurde als „*Mutually Assured Destruction*“ (wechselseitig zugesicherte Zerstörung) oder MAD bekannt. Die Abschreckungswirkung beruht also auf der Furcht des potenziellen Angreifers, ein nuklearer Erstschlag werde bei einem Vergeltungsschlag des Gegners zu einem inakzeptablen Maß an Zerstörung führen. Die Strategen waren sich über den Umfang des für die Abschreckung benötigten Arsenal uneins. Einige plädierten für einen zahlenmäßigen Vorsprung, um die Überlebensfähigkeit der Nuklearstreitkräfte zu gewährleisten und eine größere Bedrohung für den Gegner darzustellen. Andere drängten darauf, die Arsenale sollten lediglich groß genug sein, um nach einem Präventivschlag Vergeltungsmaßnahmen ergreifen zu können. Die weitere

Ausbreitung der Kernwaffen, so glaubten diese Strategen, hätten den genau entgegengesetzten Effekt, nämlich den, die nationale Sicherheit zu schwächen.

Strategische Denker wie Henry Kissinger, Paul Nitze und Herman Kahn vertraten die Ansicht, ein Atomkrieg könne in Fortsetzung eines konventionellen Kriegs geführt werden, wobei taktische Atomwaffen eine Eskalation unterhalb eines totalen Atomkriegs ermöglichen sollten. Die Frage der moralischen Legitimität taktischer Nuklearwaffen und einer nuklearen

Die Hardliner waren der Auffassung, taktische Kernwaffen stellten einen Kompromiss zwischen massiven nuklearen Vergeltungsmaßnahmen einerseits und der politischen Kapitulation andererseits dar

Kriegsführung rückte während der Carter-Administration (1977–81) in den Vordergrund; dies geschah vor dem Hintergrund der Debatte über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Als US-Präsident Reagan während seiner ersten Amtszeit (1981–85) das Wettrüsten mit der Sowjetunion durch den „Star Wars“ genannten Raketenabwehrschirm erneut beschleunigte, wuchsen auch die moralischen Zweifel am System der Abschreckung. Indem die Regierung davon sprach, einen längeren Atomkriegs führen und „gewinnen“ zu können, verhalf sie der Anti-Atomkraft-Bewegung in den Achtzigerjahren zu großem Auftrieb.

Die Verteidigung der Grundwerte

Die Hardliner waren der Auffassung, taktische Kernwaffen stellten einen Kompromiss zwischen massiven nuklearen Vergeltungsmaßnahmen einerseits und der politischen Kapitulation andererseits dar. Als die liberale Demokratie und der Kommunismus sich im Kalten Krieg als unversöhnliche ideologische Blöcke gegenüberstanden, ging man davon aus, eine Niederlage hätte den inakzeptablen Verlust eines grundlegenden Wertes zur Folge, nämlich der politischen Freiheit. Michael Walzer, der führende Denker des 20. Jahrhunderts im Bereich des gerechten Krieges, merkte an: „Wir nahmen das Risiko eines Atomkrieges in

Kauf, um das Risiko nicht einer gewöhnlichen, sondern einer totalitären Unterwerfung zu vermeiden.“¹⁷ Aufbauend auf der Lehre von Papst Pius XII. stellte der Jesuitentheologe John Courtney Murray fest:

„Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Pius XII. sich ausschließlich auf Kriege mit sogenannten konventionellen Waffen bezog, als er infolge des grausamen Weltgeschehens das traditionelle Prinzip der defensiven Kriegsführung bekräftigte. Ganz im Gegenteil: Der Papst weitete es explizit aus, nicht nur auf einen Krieg mit Kernwaffen, sondern auch auf ABC-Waffen.“¹⁸

In den folgenden Jahren vermieden es sogar einige Moralisten, die ansonsten strikt gegen die Politik der Abschreckung eingestellt waren, ihr Urteil konsequent umzusetzen – nicht nur weil grundlegende Werte auf dem Spiel standen, sondern auch weil die Gegenseite als unerbittlicher Feind erschien.¹⁹

Die katholischen Bischöfe der USA verurteilten zwar in *The Challenge of Peace* (1983), dem einflussreichsten Kommentar zu diesem Thema, die nukleare Kriegsführung und äußerten Skepsis gegenüber einem taktischen Atomkrieg, räumten jedoch ein, dass „die Verteidigung von Grundwerten auch bei geringen Erfolgchancen zuweilen ein ‚angemessenes‘ Zeugnis sein kann“ (National Conference of Catholic Bishops: *The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response*, Nr. 98; im Folgenden CP²⁰). In Abweichung von ihrer Grundsatz-

der Rolle ab, welche die genannten Gemeinschaften als „die Quelle(n) unserer Identität und unseres Selbstverständnisses“ spielen.²²

Die Abschreckung und der gerechte Krieg

Ethiker behandeln das Thema Grundwerte oft als eher marginale Fragestellung. Die Abschreckungsdebatte verweist in der Regel auf die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und der Immunität der Zivilbevölkerung des *ius in bello*. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–65) verurteilt die katholische Kirche „jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt“ (GS, Nr. 80). Dieses Urteil erwächst aus dem Einsatz von Kernwaffen in Hiroshima und Nagasaki, aber auch aus den auf vollkommene Zerstörung ausgerichteten Flächenbombardements, dem sogenannten *obliteration bombing* im Zweiten Weltkrieg, einschließlich der Brandbombenangriffe auf Dresden und Hamburg (GS, Nr. 80).

Für einige Kritiker verbietet sich jeglicher Einsatz von Atomwaffen – auch zum Zweck der Abschreckung – aufgrund des Axioms, dass „es verboten ist, mit Verbotenem zu drohen“²³. Ihrer Auffassung nach kommt Abschreckung der Beteiligung an einer Morddrohung gleich. In den letzten Jahren des Kalten Krieges konzentrierte sich ein Großteil der Debatte jedoch auf die Frage nach der zuverlässigen Unterscheidbarkeit ziviler und militärischer Ziele im Fall eines nuklearen Konflikts.

Doch wenn die nukleare Kriegsführung an sich verboten war, wie konnte man sich dann auf die Normen des *ius in bello* beziehen? Mit dem aufkommenden Thema der atomaren Kriegsführung verlagerte sich die politische Debatte während der ersten Amtszeit von US-Präsident Reagan auf die Frage, wie ein begrenzter Atomkrieg bis an die Schwelle der *Mutually Assured Destruction* geführt werden könne. Ethische Realisten wie Paul Ramsey traten dafür ein, eine verantwortungsbewusste Ethik müsse die Normen des gerechten Krieges auf diesen Ausnahmezustand anwenden.

Ramsey wollte die Abschreckung aufrechterhalten, unternahm allerdings einige frag-

In den letzten Jahren des Kalten Krieges konzentrierte sich ein Großteil der Debatte auf die Frage nach der zuverlässigen Unterscheidbarkeit ziviler und militärischer Ziele im Fall eines nuklearen Konflikts

position gestehen sie zu, ein begrenzter Atomkrieg könne geführt werden, um die „höchsten Werte“ eines Volkes zu verteidigen (CP, Nr. 220). Gleichmaßen lässt auch Michael Walzer, grundsätzlich kein Befürworter der Abschreckung, innerhalb eines engen Spielraums einen begrenzten Atomkrieg zu, insofern der „höchste Notstand“ das Überleben einer politischen oder religiösen Gemeinschaft bedrohe.²¹ Die Begründung der Position leitet sich für ihn aus

würdige Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Er argumentierte, die Auswirkungen nuklearer Vergeltungsschläge könnten derartig begrenzt werden, dass sie hinnehmbare Auswirkungen für die Zivilbevölkerung zur Folge hätten.²⁴ Doch eine wechselseitig zugesicherte Zerstörung kennt selbstverständlich keine derartige Unterscheidung, und die Vereinigten Staaten markierten in Wahrheit militärische Ziele inmitten dicht bevölkerter ziviler Ballungszentren. Sechzig „militärische Ziele“, vermerkt Michael Joseph Smith, „waren allein im Großraum Moskau identifiziert worden. Selbst ein Angriff auf relativ menschenleere Raketenstandorte im Landesinneren würde beispiellose Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung verursachen.“²⁵

Der britische Philosoph G.E.M. Anscombe warf Ramsey vor, dies sei „Doppeldenk über den Doppeleffekt“ („Double Think About Double Effect“). Dieser bezieht sich auf die Moralvorstellung von einem gerechten Krieg, welche einen gezielten Angriff gegen das Militär des Feindes unter Inkaufnahme ziviler Kollateralschäden zulässt.²⁶ Die US-Bischöfe kamen nach ihrer Abwägung der Argumente für einen begrenzten Atomkrieg zu folgendem Schluss: „Die Beweislast liegt bei denen, die behaupten, daß eine sinnvolle Begrenzung möglich sei“ (CP, Nr. 159).

Die Bischöfe selbst stellen drei Bedingungen für eine moralisch legitime nukleare Abschreckung:

1. Kernwaffen sind *ausschließlich zum Zweck der Abschreckung* zulässig;
2. Der Umfang der Atomwaffenarsenale bestimmt sich nach dem Prinzip des *für die Abschreckung erforderlichen Maßes*; sowie
3. Die Abschreckung stellt einen Schritt auf dem Weg zur *fortschreitenden Abrüstung* dar (CP, Nr. 188).

Dreißig Jahre lang blieb die bedingte Zustimmung der Bischöfe zur Abschreckung die bekannteste Meinungsäußerung der katholischen Lehre.

Die gegenwärtige Debatte

Die Skepsis gegenüber der moralischen Legitimität der Abschreckung hat zugenommen, da sie mittlerweile unter veränderten Rahmenbedingungen stattfindet.²⁷ Bereits 2005 erklärten fünf Elder Statesmen und ehemalige Verfechter

der US-Abschreckungspolitik unter der Wortführung des ehemaligen US-Verteidigungsministers George P. Shultz angesichts der veränderten geopolitischen Bedingungen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ihre Abkehr vom Prinzip der Abschreckung und plädierten für die Abschaffung von Atomwaffen.²⁸ Der einstige Ultrarealist Henry Kissinger erklärte: „Die Vereinigten Staaten können nicht sagen, kein anderes Land außer uns dürfe Atom-

Der Iran ist nach dem Rückzug der USA aus dem JCPOA wieder bereit, nukleare Kapazitäten aufzubauen, und es ist davon auszugehen, dass weitere Länder bereit sind, diesem Beispiel zu folgen

waffenarsenale aus- oder aufbauen, während wir weiterhin in vollem Umfang auf nukleare Waffen setzen.“²⁹

Während des Kalten Krieges setzte das Konzept der Abschreckung eine bipolare Weltordnung voraus. Heute leben wir in einer multipolaren Welt mit neun nuklear bewaffneten Staaten, von denen vier (Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea) außerhalb des Nichtverbreitungsvertrags stehen. Der Iran ist nach dem Rückzug der USA aus dem JCPOA (Gemeinsamer Umfassender Aktionsplan) wieder bereit, nukleare Kapazitäten aufzubauen, und es ist davon auszugehen, dass weitere Länder bereit sind, diesem Beispiel zu folgen. Eine zusätzliche Bedrohung geht von nuklear bewaffneten nicht staatlichen Akteuren wie Al-Kaida und dem Islamischen Staat aus. In den letzten Jahren haben laut der *Nuclear Threat Initiative* zudem neue Technologien sowie „unterschiedliche Interpretationen dahingehend, was die Stabilität beeinträchtigt und was eine Eskalation auslöst“, sich gegenseitig verstärkt und die ursprüngliche Abschreckungslogik zwischen den Supermächten untergraben.³⁰

Im Jahr 2013 verlautbarte der Heilige Stuhl, die Abschreckung sei zu einem Deckmantel für das Scheitern der Abrüstung geworden.³¹ Seitdem hat der Vatikan einen ethischen und diplomatischen Ansatz entwickelt, mit dem er sich gegen die Fortsetzung der nuklearen Abschreckung als Element der globalen Si-

cherheit ausspricht. In den Jahren 2013/14 beteiligten sich Delegationen des Vatikans am *Humanitarian Consequences Movement*, einer Initiative der Zivilgesellschaft, die die immer zahlreicher werdenden Belege für die durch Kernwaffen verursachten sozialen und ökologischen Schäden prüft.³² Darüber hinaus war

Im Laufe der Zeit war den Kirchenvertretern klar geworden, dass keine der von den US-Bischöfen 1983 formulierten Bedingungen eingehalten worden war

den Kirchenvertretern im Laufe der Zeit klar geworden, dass keine der von den US-Bischöfen 1983 formulierten Bedingungen eingehalten worden war.

Im Jahr 2017 nahm der Heilige Stuhl an der UNO-Konferenz zur Ausarbeitung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) teil. Im selben Jahr unterzeichnete und ratifizierte der Vatikan als einer der ersten Staaten diesen Vertrag. Schließlich verurteilte Papst Franziskus auf einer Festveranstaltung des Vatikans zum Vertragsschluss 2017 ausdrücklich die nukleare Abschreckung mit den Worten, Atomwaffen seien aufgrund „der Gefährlichkeit sowohl ihres Einsatzes als auch ihres Besitzes auf das Schärfste zu verurteilen“³³. Indem der Papst die Abschreckung ächtet, verurteilt er ein Verteidigungssystem, das seine moralische Legitimität verloren hat und das in einem zunehmend instabilen geostrategischen Umfeld ein erhöhtes Risiko für die Zukunft der Menschheit und des Planeten darstellt. Gemäß der katholischen Moraltheologie

Der Autor



Drew Christiansen SJ ist Jesuitenpriester und Distinguished Professor für Ethik und Global Human Development an der Universität Georgetown (USA) sowie Senior Fellow am dortigen Berkley Center for Religion, Peace and World Affairs. Seit 2013 arbeitet er direkt mit dem Heiligen Stuhl zum Thema nukleare Abrüstung zusammen. Er gehörte der Delegation an, die bei der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen den Atomwaffenverbotsvertrag aushandelte. Zusammen mit Carole Sargent ist Pater Christiansen

Herausgeber von „A World Without Nuclear Weapons“ (in Vorbereitung) und arbeitet als Herausgeber und Autor für verschiedene wissenschaftliche Magazine.

und Soziallehre stellt die Theologie lediglich ein Element unter mehreren zur Herausbildung eines moralischen Urteils dar. Neben theologischen Prinzipien und religiösen Symbolen greift es auf eine Tradition der moralischen Argumentation und die Bewertung von Fakten zurück. Besonders seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil werden diese bedingten Faktoren immer bedeutender, wenn es darum geht, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

1 Zum Begriff „ultimacy“ (Endzeitlichkeit), verstanden als Ausdruck der impliziten religiösen Dimension, siehe Gilkey, Langdon (1969): *Naming the Whirlwind: The Renewal of God Language*. Indianapolis, passim.

2 Siehe „Code Name Trinity“. https://en.wikipedia.org/wiki/Trinity_%28nuclear_test%29#Code_name (Stand: 3.4.2020. (Übersetzung aus dem Englischen.)

3 Zum Einsatz der heiligen Schriften in der Auslegung zeitaktueller Ereignisse siehe Gustafson, James M. (1975): *Can Ethics Be Christian?* Chicago, S. 117–145; sowie *Theology and Christian Ethics* (Philadelphia), S. 121–146. Zu verschiedenen theologischen Interpretationen mit Bezug auf Kernwaffen siehe „The Fire Next Time: Faith and the Future of Nuclear Weapons“. In: *Reflections*, Yale Divinity School, Frühjahr 2009.

4 Augustinus (1960): *The City of God*. Book XIV, Kapitel 28. Garden City. (Übersetzung aus dem Englischen.)

5 Siehe Oakeshott, Michael (1989): „The Tower of Babel“. In Clarke, Stanley G. and Simpson, Evan (Hg.): *Anti-Theory in Ethics and Moral Conservatism*. Albany, New York, S. 185 ff.

6 Siehe Ellul, Jacques (1982): „A Theological Reflection on Nuclear Developments: The Limits of Science, Technology and Power“. In Wallis, Jim (Hg.): *Waging Peace: A Handbook for the Struggle to Abolish Nuclear Weapons*. New York, S. 114–121. Zu Elluls quasideterministischer Lesart unserer technologischen Kultur siehe ders. (1964): *Technological Society*. New York.

7 Siehe Ellul, Jacques (1977): *Apocalypse: The Book of Revelation*. New York.

8 Berrigan, Daniel (2009): *The Nightmare of God: The Book of Revelation* Eugene, Oregon. Der Autor erläutert die apokalyptische Perspektive eines führenden katholischen Pazifisten und Atomkraftgegners. Zum säkularen Gebrauch apokalyptischen Denkens siehe Schell, Jonathan (2000): *The Fate of the Earth*. Redwood City, Kalifornien.

9 Zur fundamentalistischen Haltung Mertons siehe: „Blessed Are the Meek: The Christian Roots of Nonviolence“. In: Shannon, William A. (Hg.) (1995): *Thomas Merton: Passion for Peace: Reflections on War and Nonviolence*. New York, S. 87–108 sowie „Nuclear War and Christian Responsibility“, S. 39–58. Hierzu siehe auch Zahn, Gordon (1983): „Pacifism and the Just War“. In: Murnion, Philip (Hg.): *Catholics and Nuclear War: A Commentary on The Challenge of Peace – The U.S. Catholic Bishops' Pastoral Letter on War and Peace*. New York, S. 119–131.

10 Siehe Roth, John D. (2002): *Choosing Against War*. Intercourse, Pennsylvania.

- 11 Die Ausführungen zur Stärke religiöser Zuneigung entnehme ich dem Anthropologen Clifford Geertz, dem zufolge religiöse Symbole „starke, durchdringende und lang anhaltende Stimmungen und Motivationen“ hervorrufen können, die ihnen „eine Aura der Faktizität [verleihen], sodass die Stimmungen und Motivationen einzigartig realistisch erscheinen“. (Übersetzung aus dem Englischen.) Geertz, Clifford (1973): „Religion as a Cultural System“. In: ders.: *The Interpretation of Cultures* (New York), S. 93–135.
- 12 „Erwiderung an Faustus, den Manichäer“, 22.78. In: Holmes, Arthur F. (Hg.): *War and Christian Conscience*. Grand Rapids, S. 68. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 13 Siehe Gustafson, James M. (1975), S. 94–114; außerdem: Evans, Donald (1979): *Struggle and Fulfillment: The Inner Dynamics of Religion and Morality*. Philadelphia, S. 49–55 und S. 73–76.
- 14 Merton, Thomas (1995), S. 106–107. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 15 Merton, Thomas (1995), S. 108. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 16 Zum Überblick über die Abschreckungsethik mit Argumenten verschiedener Seiten siehe Smith, Michael Joseph: „Nuclear Deterrence: The Strategic and Ethical Debates.“ In: *Virginia Quarterly Review*, Winter 1987. <https://www.vqronline.org/essay/nuclear-deterrence-behind-strategic-and-ethical-debate> (Stand 14.3.2020). Siehe auch: Kaplan, Fred (2020): *The Bomb: Presidents, Generals and the Secret History of Nuclear War*. New York.
- 17 Walzer, Michael (2000): *Arguing About War*. New Haven, Connecticut, S. 48. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 18 Siehe Murray, John Courtney SJ (1960): „Remarks on the Moral Problem of War“. In: Nagle, William (Hg.): *The Morality of Modern Warfare*. Baltimore, S. 69–71. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 19 Siehe Finnis, John, Boyle, Joseph, Jr. und Grisez, Germain (1988): *Nuclear Deterrence: Morality and Realism*. New York.
- 20 Deutsche Übersetzung der Zitate aus *The Challenge of Peace* aus: „Die Herausforderung des Friedens – Gottes Verheißung und unsere Antwort“. Pastoralbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden. In: *Hirtenworte zu Krieg und Frieden. Die Texte der katholischen Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Niederlande, Österreichs, der Schweiz, Ungarns und der Vereinigten Staaten von Amerika*. Köln, 1983, S. 125–285.
- 21 Siehe Walzer, Michael (2000), S. 49. Zum Begriff des höchsten Notstands („the Supreme Emergency“) siehe Walzer, Michael (1977): *Just and Unjust Wars: A Moral Argument with Historical Illustrations*. New York, S. 251–268; zum Thema der nuklearen Abschreckung siehe S. 269–283. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 22 Walzer, Michael (1977), S. 283. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 23 Siehe hierzu zum Beispiel Kenny, Anthony (1985): *The Logic of Deterrence*. Chicago. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 24 Zur Position Paul Ramseys siehe Stout, Jeffrey: „Paul Ramsey and Others on Nuclear Ethics“. In: *Journal of Religious Ethics* 19:2 (Juni 1993), S. 209–238.
- 25 In Smith, Michael Joseph (1987), Anmerkung 32 oben. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 26 Walzer, Michael (1977) zitiert den Kommentar von Anscombe, S. 279.
- 27 Siehe Morgan, Patrick und Quester, George: „How History and Geopolitical Context Shape Deterrence“, S. 3–7, sowie Mazarr, Michael und Goodby, James E.: „Redefining the Role of Deterrence“, S. 9–20. In Shultz, George P. et al. (Hg.) (2011): *Deterrence: Its Past and Future*. Stanford, Kalifornien.
- 28 Siehe Shultz, George P. et al. (2009): „A World without Nuclear Weapons“, Anhang 1. In Drell, Sidney and Goodby, James E. (Hg.): *A World without Nuclear Weapons: End-State Issues*. Hoover, S. 41–46.
- 29 Zitiert in Taubman, Phillip (2012): *The Partnership: Five Cold Warriors and Their Quest to Ban the Bomb*. New York. Kindle ed., Loc. 4753. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 30 Siehe den Bericht „Rising Nuclear Dangers: Diverging Views of Strategic Stability“ unter <https://www.nti.org/analysis/reports/rising-nuclear-dangers-diverging-views-strategic-stability/> (Stand: 3.4.2020). (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 31 Zur Zurückweisung des Abschreckungsbegriffs durch den Heiligen Stuhl siehe Mamberti, Dominique (2015): „Address of the Holy See to the High-Level Meeting on Nuclear Disarmament“, New York, 26. September 2013. In: Nebel, Mathias und Reichberg, Gregory M. (Hg.): *Nuclear Deterrence: An Ethical Perspective*. Genf, S. 81–82.
- 32 Für eine umfassendere Darstellung der Positionen des Vatikans siehe „Nuclear Deterrence: Time for Abolition“. In: Nebel, Mathias und Reichberg, Gregory M. (Hg.) (2015), S. 87–97.
- 33 Ansprache Seiner Heiligkeit Papst Franziskus anlässlich des Internationalen Symposiums „Prospects for a World Free of Nuclear Weapons and for Integral Disarmament“ am 10. November 2017.

ZUR AKTUALITÄT DER HEIDELBERGER THESEN

Autorin: Ines-Jacqueline Werkner

Abstract

Ob sich nukleare Abschreckung friedensethisch rechtfertigen lässt, ist eine Frage, die mit dem Ende des Kalten Krieges weitgehend aus dem öffentlichen Fokus geriet. Spätestens mit der Zunahme der Spannungen zwischen Nordkorea und den USA und der Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen wird diese Debatte erneut intensiv geführt. Das Ende der Bipolarität und die neuen weltpolitischen Konstellationen, die sich durch eine größere Komplexität auszeichnen, veranlassen etliche Akteure – darunter auch viele Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen –, diese Frage heute zu verneinen. Bereits in den 1950er-Jahren drohte sie die evangelische Kirche zu spalten. Mit den Heidelberger Thesen von 1959 und der darin enthaltenen Denkfigur der Komplementarität gelang es damals, die Kontroversen um die beiden einander ausschließenden Positionen – die Friedenssicherung durch militärische Mittel (unter Einschluss atomarer Waffen) oder durch vollständigen Verzicht auf Gewalt – einzuhegen. Die dahinterstehende Idee einer gegenseitigen Bedingtheit ging im weiteren Verlauf der kirchlichen Auseinandersetzungen verloren und ist einem Entweder-oder gewichen. Dabei erweist sich weder die Forderung eines Verzichts auf Nuklearwaffen noch der Besitz zum Zwecke der Abschreckung als widerspruchsfrei. Beide Wege – ein einseitiger Verzicht angesichts von Atomwaffen in Händen von Autokraten wie auch die Drohung von Waffen, die niemals eingesetzt werden dürfen – bergen Dilemmata. Ein Rückgriff auf die Komplementarität der Heidelberger Thesen einschließlich der achten These, wonach nukleare Abschreckung eine „heute noch mögliche“ ethische Option darstellt, negiert nicht das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt, betont aber den Prozesscharakter des Friedens. Mit dem „Noch“ verbinden sich weitgehende rüstungspolitische Schritte. Dabei wird man auf die Grundidee der gemeinsamen Sicherheit nicht verzichten können. Das erfordert vertrauensbildende Maßnahmen – dieser Zugang ist nicht neu, aber in den letzten Jahrzehnten, auch in innerkirchlichen Debatten, in gravierender Weise vernachlässigt worden.

Die Frage der (De-)Legitimität nuklearer Abschreckung gehört heute wieder zu den hochaktuellen und brisanten Themen kirchlicher Friedensethik. Dafür sprechen beispielsweise das Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax von 2019, die EKD-Synode im November 2019 in Dresden oder auch die Debatten im Konsultationsprozess „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ der vergangenen Jahre an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg. Der vorliegende Beitrag¹ schließt an Letzteren an. Er bildet einen Kontrapunkt zum gegenwärtigen kirchlichen Mainstream, wonach die Legitimierbarkeit von Kernwaffen und Nuklearstrategien eindeutig zu verneinen sei. Dabei macht der Beitrag den Komplementaritätsgedanken der Heidelberger Thesen stark und bindet diesen an die Grundidee gemeinsamer Sicherheit zurück.

Die Strategie der nuklearen Abschreckung ist seit den 1950er Jahren hoch umstritten. Innerkirchlich drohte sie die evangelische Kirche zu spalten. Angesichts der damaligen Kontroversen galt es, „unter dem Evangelium zusammen [-zubleiben]“². Dies gelang mit den Heidelberger Thesen (1959)³ – das Ergebnis einer auf Initiative des damaligen evangelischen Militärbischofs Hermann Kunst an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg eingesetzten interdisziplinären Kommission.⁴

Stand die nukleare Abschreckung zu Zeiten des Kalten Krieges und des NATO-Doppelbeschlusses im Zentrum politischer und kirchlicher Debatten, geriet sie in den letzten drei Jahrzehnten weitgehend aus dem öffentlichen Fokus. Das scheint sich nun zu ändern. Spätestens mit dem April 2017, als die Situation in Nordkorea eskalierte und dem verbalen Schlagabtausch zwischen Kim Jong-un und Donald Trump die Drohung auf beiden Seiten folgte, im Falle eines Krieges Atomwaffen einzusetzen, ist die nukleare Problematik – auch innerkirchlich – wieder präsent.

Mit der nuklearen Abschreckung verbunden sind ethische Dilemmata, wenn nicht gar „Aporien“⁵. Darf man – so die vorrangige Frage – mit

Waffen drohen, die niemals eingesetzt werden dürfen? Das bis heute bestehende nukleare Tabu unterliegt Risiken. Mit dem Ende der Bipolarität des Kalten Krieges und den neuen weltpolitischen Konstellationen scheinen diese eher größer geworden zu sein. Zumindest erweist sich die aktuelle geopolitische Lage als deutlich komplexer. Mit den neuen „zwei geopolitischen Dreiecken“ USA – Russland – China und China – Indien – Pakistan⁶ sind nicht nur „neue Großmachtrivalitäten“⁷ erkennbar, auch kommt China eine neue Schlüsselposition zu, die bis heute noch wenig reflektiert ist. Gleichfalls sind internationale Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen an einen Tiefpunkt gelangt und die nukleare Option weiterhin Bestandteil von Militärstrategien. Die *Nuclear Posture Review* der USA von 2018 beispielsweise sieht diese sogar als Reaktion auf nicht nukleare Bedrohungen vor.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein *Global Zero*, eine Welt ohne Atomwaffen, dringender denn je. Während dieses friedenspolitische Ziel als Konsens gelten kann, ist der Weg dorthin umstritten. Ist es – wie Wolfgang Lienemann formuliert – für die Kirchen an der Zeit, „die Frage nach der moralischen Legitimierbarkeit von Kernwaffen und Nuklearstrategien eindeutig zu verneinen“⁸? Oder anders gefragt: Müssen die Heidelberger Thesen, vor 60 Jahren als friedensethische Kompromissformel in der Nuklearfrage entstanden, als überholt gelten?

Die Komplementarität der Heidelberger Thesen als Kompromissformel

Komplementarität (von lat. *complementum*, Ergänzung, Vervollständigung) ist ein aus der Quantenphysik entlehener Begriff. Der Physiker Nils Bohr (1927) bezog Komplementarität auf die Erfahrungstatsache, dass atomare Teilchen zwei paarweise gekoppelte, scheinbar einander widersprechende Eigenschaften besitzen. Im friedensethischen Kontext prägte maßgeblich Carl Friedrich von Weizsäcker diesen Begriff. Bereits 1943 stellte er in seinem Werk *Zum Weltbild der Physik* fest:

„In Wirklichkeit scheint Bohr mit dem Begriff der Komplementarität etwas zu bezeichnen,

was nicht auf die spezielle Situation der Quantenmechanik beschränkt ist, sondern überall da auftritt, wo eine bestimmte Blickrichtung uns daran hindert, gleichzeitig in einer anderen Blickrichtung zu schauen, und zwar nicht zufällig, sondern dem Wesen der Sache nach.“⁹

In Anwendung dieses Begriffs heißt es dann in den Heidelberger Thesen (1959):

„These 6: Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.

These 7: Die Kirche muss den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.

These 8: Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“

Diese Komplementaritätsthese, als Kompromissformel entwickelt, sollte die Kontroversen um die beiden einander ausschließenden

Die Komplementaritätsthese, als Kompromissformel entwickelt, sollte die Kontroversen um die beiden einander ausschließenden Möglichkeiten – die Friedenssicherung durch militärische Mittel oder durch vollständigen Verzicht auf Gewalt – einhegen

Möglichkeiten – die Friedenssicherung durch militärische Mittel oder durch vollständigen Verzicht auf Gewalt – einhegen und das Entweder-oder durch ein Sowohl-als-auch ersetzen. Ausführungen hierzu finden sich in der Begründung der These 11:

„Faktisch stützt heute jede der beiden Haltungen, die wir angedeutet haben, die andere. Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung, die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Überzeugung nach zu leben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden.“

War die Komplementaritätsthese zunächst auf die konkrete Situation der atomaren Abschreckung bezogen, wurde sie dann auch

allgemein auf die beiden Grundhaltungen gegenüber militärischer Gewalt und die Entscheidung zwischen Wehrdienst und Zivildienst angewandt. Diese Argumentation setzte sich nach dem Ende des Kalten Krieges fort. Das EKD-Dokument *Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik* betont explizit, dass die Kirche weder den Waffendienst noch den gewaltfreien Friedensdienst exklusiv vertreten könne. Vielmehr würden sich Soldaten und Kriegsdienstverweigerer ergänzen und wechselseitig begründen:

„Die Soldaten sind auf die Kriegsdienstverweigerer und die Friedensdienste angewiesen, damit ihr Handeln als Ausdruck der politischen Verantwortung von Christen wahrgenommen und nicht als ein Sich-Abfinden mit dieser Welt fehlinterpretiert wird; die Kriegsdienstverweigerer und die Friedensdienste sind aber auch auf die Soldaten angewiesen, damit ihr Handeln als Zeugnis christlicher Hoffnung verstanden und nicht als Ausdruck der fehlenden Solidarität mit den Opfern von Gewalt und Friedensbruch missdeutet wird.“¹⁰

Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 führt die Grundausrichtung des „Sowohl-als-auch“ bezüglich der Legitimierung militäri-

Die Grundidee der Heidelberger Thesen, den an sich unvereinbaren Positionen ihren Antagonismus zu nehmen, geht in der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 verloren

scher Gewalt fort, ohne aber mehr mit der gegenseitigen Bedingtheit beider Positionen zu argumentieren:

„Das christliche Ethos ist grundlegend von der Bereitschaft zum Gewaltverzicht (Mt 5,38 ff.) und vorrangig von der Option für die Gewaltfreiheit bestimmt. In einer nach wie vor friedlosen, unerlösten Welt kann der Dienst am Nächsten aber auch die Notwendigkeit einschließen, den Schutz von Recht und Leben durch den Gebrauch von Gegengewalt zu gewährleisten (vgl. Röm 13,1-7). Beide Wege, nicht nur der Waffenverzicht, sondern ebenso der Militärdienst, setzen im Gewissen und voneinander verantwortete Entscheidungen voraus.“¹¹

Und auch hinsichtlich der Frage nach der ethischen Legitimierung nuklearer Abschreckung stehen beide gegensätzliche Haltungen – der Nuklearpazifismus, wonach „die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden“¹² könne, und die Position, nach der „die Abschreckung gültiges Prinzip“¹³ bleibe – unvermittelt nebeneinander. Die Grundidee der Heidelberger Thesen, den an sich unvereinbaren Positionen ihren Antagonismus zu nehmen, geht damit verloren. Auch inhaltlich greift diese Konstellation der EKD-Denkschrift zu kurz; beide einander ausschließende Haltungen und Maximen sind nicht widerspruchsfrei und können nicht voneinander losgelöst betrachtet werden.

Ethische Zugänge zur nuklearen Abschreckung

Prinzipiell lassen sich in friedensethischen Debatten um die nukleare Abschreckung drei grundlegende Positionen voneinander unterscheiden:

1. „Der Einsatz nuklearer Waffen muß stets verwerflich sein, folglich auch der Besitz zum Zwecke der Abschreckung.
2. Der Einsatz kann in bestimmten Formen und unter bestimmten Umständen legitim sein, folglich kann der Besitz gerechtfertigt werden.
3. Während der Einsatz stets als verwerflich gelten muß, kann der Besitz zum Zwecke der Abschreckung zu rechtfertigen sein.“¹⁴

Bei allen stellen sich kritische Anfragen: Vertreterinnen und Vertreter der ersten Position müssen sich fragen lassen, wie sie es verantworten können, den Einsatz von Atomwaffen einseitig „durch keine Gegenmacht eingeschränkte Option den Skrupellosen und Aggressiven [zu] überlassen“¹⁵. Denn Nuklearwaffen sind entwickelt und präsent. Zwar lassen sich auch Hoffnungen auf eine atomwaffenfreie Welt in Anschlag bringen. Angesichts aktueller Entwicklungen (wie der bereits angesprochenen Renaissance der Geopolitik) scheint diese aber eher ferne Vision als politische Realität. Und auch der Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 vermag es nicht, die Nuklear- und NATO-Staaten mit einzubeziehen.

Die zweite Position kann das Glaubwürdigkeitsproblem nuklearer Abschreckung zwar umgehen, ist aber mit dem Problem der Verhältnismäßigkeit konfrontiert und der Frage, wie ein nuklearer Einsatz überhaupt mit einer differenzierten und verhältnismäßigen Anwendung von Gewalt einhergehen kann. Selbst die Entwicklungen „kleiner“ Atomwaffen („Mini-Nukes“) können das Problem der Verhältnismäßigkeit nicht lösen, denn auch bei Atomwaffen mit geringer Sprengkraft wären „Kollateralschäden an der Zivilbevölkerung infolge der Verstrahlung durch den radioaktiv verseuchten Auswurf ungeheuer groß“¹⁶.

Befürworterinnen und Befürworter der dritten Position müssen sich schließlich dem Dilemma stellen, mit Waffen zu drohen, die niemals eingesetzt werden dürfen. Nukleare Abschreckung bedarf der hinreichenden Entschlossenheit, diese im Ernstfall auch einzusetzen. Entfällt diese Handlungsoption, verfehlt Abschreckung ihre Wirkung. So liegt dieser Option die prekäre Annahme zugrunde, „durch das bewußte Eingehen von Risiken [...] den Gegner zu einer bestimmten positiven Verhaltensweise anzuregen beziehungsweise ihn von spezifischen Handlungen abzuhalten“¹⁷.

Die achte Heidelberger These, „durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern“, ist – auch wenn das „Dasein“ nicht näher spezifiziert wird – der dritten Position zuzurechnen. Zu fragen wäre zunächst, ob sich dieser Ansatz in den vergangenen Jahrzehnten bewährt hat. Die Antwort fällt zwiespältig aus: Einerseits dürfte die nukleare Abschreckung – unbenommen aller Ungewissheiten – dazu beigetragen haben, einen Atomkrieg zu verhindern. Andererseits hat sie eine nachhaltige Abrüstung nicht befördern können. Eine Dämpfung der nuklearen Rüstungsdynamik ist aber grundsätzlich möglich, auch wenn es dazu begünstigender Rahmenbedingungen bedarf; dafür stehen beispielsweise der INF- und der New-START-Vertrag. Und auch wenn der Nichtverbreitungsvertrag – wie häufig zu Recht kritisiert – zu keiner nachhaltigen Reduzierung des atomaren Potenzials der Nuklearstaaten geführt hat, konnte er zumindest die Proliferation begrenzen.

Nukleare Abschreckung unter neuen weltpolitischen Konstellationen

Wie ist die Strategie der nuklearen Abschreckung unter heutigen Prämissen zu bewerten? Das grundlegende Dilemma, das „doppelte Risiko“¹⁸, wonach Kriegsverhütung durch nukleare Abschreckung versagen, zugleich aber auch ein einseitiger nuklearer Waffenverzicht bezie-

Eine Dämpfung der nuklearen Rüstungsdynamik ist grundsätzlich möglich, auch wenn es dazu begünstigender Rahmenbedingungen bedarf

ungsweise Nuklearwaffen ausschließlich in Händen von Autokraten oder Diktatoren einen Frieden in Freiheit gefährden kann, ist nach wie vor gegeben.

Mit der Wiederkehr der Geopolitik scheint die Strategie der nuklearen Abschreckung politisch eine Renaissance zu erfahren. Dabei haben die neuen weltpolitischen Konstellationen der letzten Jahre – seien es die komplexeren multipolaren Strukturen oder die aktuellen Militärstrategien von NATO und Nuklearstaaten – zweifellos die Hemmschwelle eines Einsatzes atomarer Waffen sinken und die Risiken eines (auch zufällig ausgelösten) Nuklearkrieges ansteigen lassen. Die kriegsverhütende Funktion nuklearer Abschreckung ist fragiler geworden.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass ein einseitiger Verzicht atomarer Waffen die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes verringern würde; vielmehr wäre auch diese Option eine Gefahr für den Frieden. Das beträfe weniger eine deutsche Aufgabe der nuklearen Teilhabe. Aber man stelle sich nur hypothetisch vor, dass ausschließlich Länder wie Nordkorea oder Russland Nuklearwaffen besäßen. Wie wäre es dann um die Freiheit von Ländern mit anderen Wert- und Ordnungsvorstellungen (wie die westliche Welt) oder ehemaliger Sowjetrepubliken, die sich nunmehr dem Einfluss Russlands entziehen, bestellt?

Und auch die neuen technologischen Entwicklungen – taktische Kernwaffen geringe-

rer Sprengkraft, mit denen sich zugleich die Führbarkeit begrenzter Nuklearkriege verbindet – führen zu keinem Paradigmenwechsel. Zum einen ist die Debatte um die begrenzte Kriegsführungsmöglichkeit nicht neu; seit den 1950er-Jahren steht diese im Fokus strategischer Überlegungen.¹⁹ Zum anderen liegen die technischen Möglichkeiten völkerrechtlich legitimer, das heißt nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und dem Unterscheidungsgebot geführter atomarer Kriege nach wie vor in weiter Ferne.²⁰ Darüber hinaus spricht auch weiterhin vieles gegen die Wahrscheinlichkeit einer (nicht legitimierbaren) begrenzten atomaren Kriegsführung. So besteht das bis zur eigenen

Auch weiterhin spricht vieles gegen die Wahrscheinlichkeit einer (nicht legitimierbaren) begrenzten atomaren Kriegsführung

Vernichtung reichende Eskalationsrisiko begrenzter – und auch nur gegen taktische Ziele gerichteter – Nukleareinsätze nach wie vor:

„Selbst wenn der Krieg anfangs mit sogenannten wenig ertragreichen Kernwaffen geführt werden sollte, wird die verlierende Seite stets vor der Versuchung stehen, das Gleichgewicht durch den Gebrauch von Waffen mit größerer Stärke wiederherzustellen, und damit wiederum die Gegenvergeltung herausfordern. Hinzu kommt [...], daß Beschränkungen der Größe der anzuwendenden Waffen in der Praxis nicht erzwungen werden können, und jede Seite wird deshalb dem Gegner durch den Gebrauch der größten geeigneten Waffen zuvorzukommen suchen.“²¹

Ein begrenzter Nukleareinsatz wäre extrem voraussetzungsreich, müssten beiden Seiten „zuverlässige Nachrichten über die Absichten der anderen zur Verfügung stehen“²². Damit bleibt er – ungeachtet aktueller Militärstrategien – nicht nur unmöglich, sondern vor allem auch für alle Seiten unerwünscht.²³

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Lediglich eine Abschaffung von Atomwaffen zu fordern, erweist sich als zu einfach. Eine Aufgabe ist unmöglich, wenn sie

nicht allseitig ist. Zudem kann sie „zu einer völligen Umkehrung von Wirkung und Ursache verleiten, wenn die Nuklearwaffen als Ursache der Gefahr ausgegeben werden, statt die politischen Ursachen des Konflikts im Auge zu behalten“²⁴. Das heißt nicht, auf die Vision einer Welt ohne Atomwaffen zu verzichten. Man muss aber zwischen Hoffnung (auch im Glauben) und realpolitischer Umsetzung differenzieren. Frieden ist ein Prozess. Die Komplementarität der Heidelberger Thesen bringt diesen Prozesscharakter zum Ausdruck. Dabei gilt es, das „Noch“ der Heidelberger Thesen näher zu bestimmen. Es impliziert Interimslösungen. Diese dürfen aber nicht – wie Wolfgang Liemann moniert – so weit interpretiert werden, ihm eine „letztlich zeitlose Gültigkeit für die Dauer dieser gefallenen Welt“²⁵ zuzuschreiben. Vielmehr müssen sie als „Bestandteil eines Konzepts des politischen Wandels“²⁶ gefasst werden. So ist das „Noch“ nicht lediglich zeitlich, sondern konditional zu interpretieren. Nukleare Abschreckung kann „eine heute noch mögliche“, das heißt ethisch verantwortbare Option darstellen, wenn sie an Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte rückgebunden wird, um einem Frieden in Freiheit näher zu kommen.

Der Atomwaffenverbotsvertrag mag hier ein wichtiges Signal geben, auch im Sinne einer friedensethischen Komplementarität, eine politische Durchschlagskraft besitzt er nicht, ist er ohne die Nuklear- und NATO-Staaten geschlossen worden. Zudem konstatiert Harald Müller, führender Frankfurter Friedensforscher: „Die Qualität des Vertrags bietet im Vergleich zum NVV [Nichtverbreitungsvertrag, Anm. d. Verf.] keinen großen Fortschritt und in einigen Details sogar Rückschritte.“²⁷ So reiße er Regelungslücken neu auf, „die mit dem NVV und Beschlüssen seiner Überprüfungskonferenzen (etwa zur Kontrolle von Dual-Use-Gütern) geschlossen schienen“²⁸.

Ausblick: Nukleare Abrüstung durch gemeinsame Sicherheit

Der Beitrag plädiert für ein Ernstnehmen der Komplementarität der Heidelberger Thesen unter Einschluss nuklearer Abschreckung. Das negiert nicht das Ziel der Ächtung von Nuklearwaffen, betont aber den Prozesscharakter des Friedens. Mit dem „Noch“ der Heidelberger Thesen verbinden sich weitgehende rüstungspolitische Schritte. Dabei wird man auf die Grundidee der gemeinsamen Sicherheit nicht verzichten können. Mit dem Begriff der gemeinsamen Sicherheit ist der Lösungsansatz bereits angezeigt: Sicherheit ist nicht mehr *voreinander*, sondern nur noch *miteinander* zu suchen.²⁹ Das kann sich heute nicht mehr nur auf die USA und Russland beschränken; multipolare Strukturen erfordern die Einbeziehung aller relevanten Akteure. Das erschwert gemeinsame Sicherheit, dennoch ist sie alternativlos. Darauf verweisen auch die mit den neuen technologischen Entwicklungen und weltpolitischen Konstellationen einhergehenden Risiken. Frieden als soziales Phänomen kann nicht durch einen einzelnen – auch kollektiven – Akteur, sondern immer nur gemeinsam verwirklicht werden. Bei der geforderten Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt vertrauensbildenden Maßnahmen ein besonderer Stellenwert zu. Dieser Zugang ist nicht neu, aber in den letzten Jahrzehnten mit dem Fokus auf Institutionen des liberalen Friedens wie EU und NATO – auch in innerkirchlichen Debatten – in gravierender Weise vernachlässigt worden. Nachhaltige rüstungspolitische Schritte müssen, wollen sie erfolgreich sein, mit einer Stärkung von kooperativen Strukturen und Organisationen wie der OSZE einhergehen.

Zugleich muss Abrüstung stufenweise und für alle Staaten gangbare Schritte beinhalten. Im Hinblick auf die nukleare Abrüstung kann dies beispielsweise von atomwaffenfreien Zonen über negative Sicherheitsgarantien³⁰ bis hin zu Begrenzungen auf ausschließlich strategische Nuklearwaffen oder eine Minimalabschreckung reichen. Hier bedarf es aber auch der Entwicklung neuer und alternativer Abrüstungsschritte, die in der Lage sind, entsprechende Anreize auch für Nuklearwaffen-

staaten zu schaffen. Gesucht werden müssen Win-win-Situationen. Und erst am Ende dieses Weges kann ein *Global Zero*, eine Ächtung von Nuklearwaffen, stehen.

Zudem stellt die Umsetzung gemeinsamer Sicherheit nicht nur eine Aufgabe politischer

Bei der geforderten Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt vertrauensbildenden Maßnahmen ein besonderer Stellenwert zu. Dieser Zugang ist nicht neu, aber in den letzten Jahrzehnten in gravierender Weise vernachlässigt worden

Eliten dar, sie erfordert zugleich gesellschaftliche Anstrengungen:

„Erst wenn die Denkfigur der gemeinsamen Sicherheit Gemeingut und der Bewußtseinswandel weniger zur Selbstverständlichkeit für viele geworden ist, werden die Baumeister die nötige Legitimation für den Umbau besitzen.“³¹

Den Kirchen kommt hierbei eine nicht unerhebliche Bedeutung zu, können sie im Namen des gerechten Friedens dazu beitragen, Vertrauen aufzubauen und eine neue Dialogkultur zu befördern, ist Dialog gerade dort am drängendsten, wo er unmöglich erscheint.³²

Die Autorin

Ines-Jacqueline Werkner ist Leiterin des Arbeitsbereiches Frieden an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. in Heidelberg und Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte und habilitierte sich in der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitete u.a. am European University Center for Peace Studies in Stadtschlaining/Österreich und hatte verschiedene Gast- und Vertretungsprofessuren inne (Vilnius, Kiel, Luzern).



- 1 Dieser Beitrag basiert auf Werkner, Ines-Jacqueline (2019): „Zur Aktualität der Heidelberger Thesen in der Nuklearfrage – ein Kontrapunkt.“ In: Werkner, Ines-Jacqueline und Hoppe, Thomas (Hg.): *Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive*. Wiesbaden, S. 47–61. Die Autorin bedankt sich beim Springer VS für das Recht auf Wiederabdruck.
- 2 EKD-Synode 1958, zit. nach Härle, Wilfried (2011): *Ethik*. Berlin, S. 396.
- 3 Heidelberger Thesen zur Frage von Krieg und Frieden im Atomzeitalter (1959). Abgedruckt in: Wilkens, Erwin (Hg.) (1982): *Christliche Ethik und Sicherheitspolitik. Beiträge zur Friedensdiskussion*. Frankfurt a. M., S. 237–247.
- 4 Mitglieder dieser Kommission waren u. a. der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, der Physiker Günter Howe, die Theologen Helmut Gollwitzer, Karl Janssen, Hermann Kunst, Edmund Schlink und Erwin Wilkens, der Historiker Richard Nürnberger, der Jurist Ulrich Scheuner sowie der damals neu berufene Leiter der FEST, der Philosoph Georg Picht.
- 5 Rudolf, Peter (2018): *Aporien atomarer Abschreckung. Zur US-Nukleardoktrin und ihren Problemen*. Berlin.
- 6 Vgl. Rudolf, Peter (2019): „Zur Politik und Ethik nuklearer Abschreckung unter veränderten internationalen Bedingungen“. In: Werkner, Ines-Jacqueline und Hoppe, Thomas (Hg.): *Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive*. Wiesbaden, S. 85–104, S. 87.
- 7 Rudolf, Peter (2018): *US-Geopolitik und nukleare Abschreckung in der Ära neuer Großmachtrivalitäten*. Berlin.
- 8 Lienemann, Wolfgang (2019): „Zur Aktualität der Heidelberger Thesen in der Nuklearfrage“. In: Werkner, Ines-Jacqueline und Hoppe, Thomas (Hg.): *Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive*. Wiesbaden, S. 13–46, S. 38.
- 9 Weizsäcker, Carl Friedrich von (2002 [1943]): *Zum Weltbild der Physik*. 14. Aufl. Stuttgart, S. 331.
- 10 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (1994): *Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik*. Hannover, S. 23 f.
- 11 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2007): *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*. Gütersloh, Ziff. 60.
- 12 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2007), Ziff. 162.
- 13 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2007), Ziff. 164.
- 14 Quinlan, Michael (1989): „Die Ethik der nuklearen Abschreckung. Eine Kritik des Hirtenbriefs der amerikanischen Bischöfe“. In: Nerlich, Uwe und Rendtorff, Trutz (Hg.): *Nukleare Abschreckung – Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität*. Baden-Baden, S. 185–220, S. 195.
- 15 Quinlan, Michael (1989), S. 196.
- 16 Barleon, Leopold (2012): „Heben Mini-Nukes die Singularität auf?“ In: Eisenbart, Constanze (Hg.): *Die Singuläre Waffe. Was bleibt vom Atomzeitalter?* Wiesbaden, S. 129–141, S. 141.
- 17 Senghaas, Dieter (1981): *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. 3. Aufl. Frankfurt a. M., S. 124.
- 18 Lienemann, Wolfgang (1982): „Geschichte und Zukunft der Komplementarität“. In: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): *Christen im Streit um den Frieden*. Freiburg, S. 169–177, S. 172.
- 19 Vgl. Kissinger, Henry A. (1959): *Kernwaffen und auswärtige Politik*. München, S. 149 ff.; Schmidt, Helmut (1961): *Verteidigung oder Vergeltung*. Stuttgart, S. 124.
- 20 Vgl. Altmann, Jürgen (2019): „Neue Typen von Kernwaffen und ihren Trägern. Gefahren für die strategische Stabilität“. In: Werkner, Ines-Jacqueline und Hoppe, Thomas (Hg.): *Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive*. Wiesbaden, S. 105–123.
- 21 Kissinger, Henry A. (1959), S. 149.
- 22 Kissinger, Henry A. (1959), S. 152.
- 23 Vgl. Kissinger, Henry A. (1959), S. 150.
- 24 Nerlich, Uwe und Rendtorff, Trutz (1989): „Einleitung der Herausgeber“. In: Dies. (Hg.): *Nukleare Abschreckung – Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität*. Baden-Baden, S. 19–53, S. 36 f.
- 25 Lienemann, Wolfgang (1982), S. 173.
- 26 Nerlich, Uwe und Rendtorff, Trutz (1989), S. 34.
- 27 Müller, Harald (2018): „Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag und der neue Kernwaffenverbotsvertrag – harmonisch, kompatibel, unverträglich?“ In: *Sicherheit und Frieden* 36 (2), S. 61–66, S. 66.
- 28 Müller, Harald (2018), S. 65.
- 29 Vgl. Schubert, Klaus von (1992): *Von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit*. Baden-Baden, S. 161.
- 30 Gemeint ist die Garantie, Nicht-Nuklearstaaten nicht mit Nuklearwaffen anzugreifen.
- 31 Schubert, Klaus von (1992), S. 164.
- 32 Vgl. Reißig, Rolf (2008): „Weltgesellschaft – Dialog- und Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts“. In: Bahr, Egon (Hg.): *Weltgesellschaft. Ein Projekt von links!* Berlin, S. 21–40, S. 34.

**Autorin: Madita Standke-Erdmann/
Victoria Scheyer**

„Atomwaffen (...) müssen Instrumente der Abschreckung bleiben, mit dem Ziel, einen Krieg zu verhindern“ (Emmanuel Macron, 2020).¹

„Auch bleibt Deutschland der nuklearen Teilhabe der NATO verpflichtet, deren Schutzschirm für uns ein wesentliches Element europäischer Sicherheit ist“ Annegret Kramp-Karrenbauer, 2020.²

In letzter Zeit hat der Diskurs über Kernwaffen in der Europäischen Union wieder an Popularität gewonnen. Angesichts der zunehmenden Unzuverlässigkeit der Vereinigten Staaten als Bündnispartner, die sich beispielsweise durch den Rückzug Irans und der USA aus dem Atomdeal zeigte, sprach der französische Präsident Emmanuel Macron auf der Münchner Sicherheitskonferenz von der Notwendigkeit einer neuen EU-weiten Nuklearstrategie. Für einige mag die Betonung des Themas überraschend gekommen sein. Doch sie löste eine Debatte aus, die schon lange unter der Oberfläche gebrodelt zu haben schien und nur darauf wartete, wieder aufzutauchen. Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer wandte sich mit erstaunlicher Schnelligkeit gegen die Debatte und bekräftigte die Äußerungen Macrons, Kernwaffen seien für die Sicherheit und für die Verhinderung von Kriegen unerlässlich.

Kommt Ihnen das alles bekannt vor? Mit Sicherheit. Prävention durch Abschreckung ist eines der zentralen Konzepte, wenn nicht sogar das zentrale Konzept aus der Zeit der globalen Bipolarität zwischen 1945 und 1989. Seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, dem „Kalten Krieg“, gilt die nukleare Abschreckung aus der Perspektive der Streitkräfte nach wie vor als entscheidend für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der „natürlichen Ordnung“. Von den 1980er-Jahren an führte die Politik der Abschreckung zu einem (nuklearen) Wettrennen und entwickelte sich allmählich zu einer (inter)nationalen Sicherheitsstrategie.³ Als militärische Strategie erlebte die Abschreckung ihre „Blütezeit“ während des „Kalten Krieges“, als die Machtspiele der USA und der Sowjet-

DIE FEHLERHAFTERE LOGIK NUKLEARER ABSCHRECKUNG ALS INTERNATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE EINE FEMINISTISCH- POSTKOLONIALE BETRACHTUNG

Abstract

Nukleare Abschreckung als Sicherheitsstrategie entstand in der Zeit der bipolaren Weltordnung und bildet auch heute noch ein wesentliches Element des neorealistischen Sicherheitsnarrativs. Der Schutz durch einen Nuklearschirm wurde als grundlegend für Sicherheit und als Mittel zum Frieden geframt. Mithilfe einer feministisch-postkolonialen Analyse betrachtet der Beitrag die Logik hinter diesem Narrativ und dekonstruiert das weltpolitische Machtspiel, das das nukleare Wettrüsten befeuert. Wir decken auf, wie patriarchale und imperialistische Strukturen diese Logik aufrechterhalten. Mit einem Blick auf die Atomtests in Französisch-Polynesien und auf den Marshall-Inseln und ihre Auswirkungen zeigen wir, wie rassifizierte und vergeschlechtlichte Mechanismen der Inklusion und Exklusion bestimmen, wer unter dem nuklearen Schutzschirm berücksichtigt wird und wer nicht. Denn Atomtests wurden mit der Notwendigkeit begründet, den Weltfrieden zu wahren – jedoch ohne Rücksicht auf die indigene Bevölkerung, die den Verlust ihrer Heimat und die daraus resultierenden soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Unsicherheit zu tragen hatte. Schließlich legen wir dar, dass die tief verwurzelten Logiken rassifizierter Ungleichheit und Ungerechtigkeit untrennbar mit einem System verbunden sind, das nukleare Abschreckung als Mittel zum Frieden erklärt.

union die Welt in zwei Lager spalteten. Ein nuklearer Schutzschild wurde als friedenssicherndes Instrument und somit als entscheidende Komponente der internationalen Politik und des politischen Systems etabliert. Bis heute ist der Besitz von Atomwaffen – ob gestützt durch ein großes nicht nukleares Militär oder nicht – untrennbar mit Fragen der Macht und Dominanz in der internationalen Gemeinschaft verbunden.

Angesichts der jüngsten Wiederbelebung des Themas sollten wir uns die Logik hinter diesem Narrativ ansehen und uns fragen: Sind Massenvernichtungswaffen und die Drohung, sie einzusetzen, wirklich als Instrumente der internationalen Sicherheit geeignet? Welche historischen und sozialen Prozesse vernachlässigen wir möglicherweise

Sind Massenvernichtungswaffen und die Drohung, sie einzusetzen, wirklich als Instrumente der internationalen Sicherheit geeignet? Und wer wird zum Schweigen gebracht, wenn Strategien dieser Art beschlossen werden?

innerhalb dieses Narrativs? Was übersehen wir? Und – eine wahrhaft feministische Frage – wer wird zum Schweigen gebracht, wenn Strategien dieser Art beschlossen werden?

Mit feministischen postkolonialen Ansätzen innerhalb der Internationalen Beziehungen (IB) stehen uns analytische Ansätze zur Verfügung, mit deren Hilfe wir einige der Schwachstellen in der Logik aufzeigen können, Sicherheit durch nukleare Abschreckung herbeizuführen. Das Instrumentarium der feministischen postkolonialen Analyse ermöglicht uns, die Machtverteilung in politischen Systemen und sozialen Strukturen zu enthüllen und zu dekonstruieren.⁴ Obwohl es keine einheitliche Konzipierung von Macht gibt, ist es gängige Praxis, „Abwesenheit, Schweigen, Differenz, Unterdrückung und die Macht der Epistemologie zu erforschen“⁵. Feministische Analysen enthüllen, wie Patriarchat und Geschlecht als globale Organisationsprinzipien wirken. Fügen wir eine postkoloniale Perspektive zur analytischen Gleichung hinzu,

zeigt sich, auf welche Weise der (Neo-)Imperialismus mit race, gender und Klasse interagiert, um internationale Politik zu gestalten und die Machtverteilung zu bestimmen, insbesondere den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen, Rechte und Teilhabe sowie – für die vorliegende Erörterung der wichtigste Aspekt – den Bereich der Sicherheit. Sobald wir die Welt mit diesen analytischen Ansätzen wahrnehmen, wird deutlich, wie stark die (Re-)Produktion von Macht von diesen historisch gewachsenen internationalen Ordnungsprinzipien abhängt.

Im Folgenden skizzieren wir kurz den erkenntnistheoretischen Zusammenhang zwischen Imperialismus und neorealistischen Theorien. Dann zeigen wir auf, wie sich die Systeme gesellschaftlicher Normung in die Logiken der nuklearen Abschreckung einfügen, und untersuchen, wie hegemoniale Männlichkeiten auf einer systemischen Ebene funktionieren und die Logik hinter der Abschreckung als Mittel der internationalen Sicherheit reproduzieren. Darauf folgt die Erörterung der Frage, wie sich durch die Konzepte der Über- und Unterlegenheit in der internationalen Gemeinschaft „Ordnung“ manifestiert und reproduziert und wie dies den Besitz von Kernwaffen rechtfertigt. Schließlich analysieren wir, wie sich rassistisch geprägte und genderspezifische Dynamiken in solchen Kontexten entfalten und zuspitzen. Hierzu stellen wir folgende Fragen: Wie entstehen gesellschaftliche und politische Normen, wer darf Entscheidungen treffen, und wessen Stimme kann in solchen Prozessen zum Schweigen gebracht werden?

Neorealistische Theorien – Formen des Imperialismus?

Sowohl die nukleare Abschreckung als auch die mit ihr verbundene Sicherheitspolitik haben sich aus den politischen Realitäten des Kalten Krieges, aus der angloamerikanischen Prägung der neorealistischen Theorien innerhalb der Internationalen Beziehungen (IB) sowie aus den „imperialen“ Überbleibseln dieser Disziplin entwickelt.⁶ Die Internationalen Beziehungen entstanden

auf der Grundlage und als Abbild einer von imperialen Mächten organisierten Welt, die Über- und Unterlegenheit auf rassistische und kulturalistische Weise begriff.⁷ Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Welt unter dem Einfluss eurozentrischer und orientalistischer Konzeptionen des westlichen Selbst und des nicht-westlichen Anderen nach imperialistischem Gusto kartografiert worden.⁸ Das System der internationalen Politik steht damals wie heute in Wechselwirkung mit hierarchisierenden Vorstellungen von race, gender und Ordnung.

Daher ist die neorealistische Logik hinter der nuklearen Abschreckung epistemologisch zum großen Teil mit eurozentrischen historiografischen Prozessen verbunden. Dies beeinflusst maßgeblich das gemeinsame Verständnis von Ordnung und Unordnung in der internationalen Gemeinschaft. Diese Hierarchien als natürliche Gegebenheiten zu akzeptieren impliziert eine Fehleutung der oben skizzierten historischen Prozesse und lässt rassistisch geprägte und genderspezifische Machtverhältnisse sowohl in der Disziplin als auch in der Praxis außer Acht.⁹ Da neorealistische Theorien einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung von Politik hatten und haben, untergraben diese Theorien nicht nur die Folgen nuklear- und sicherheitspolitischer Entscheidungen auf (inter)nationaler und lokaler Ebene. Sie lassen zudem bestimmte Akteur:innen und Gemeinschaften, wie z.B. Frauen, insbesondere Women of Colour, unsichtbar werden¹⁰.

Spiegeln wir nun dieses weithin akzeptierte Narrativ der nuklearen Abschreckung während des Kalten Krieges an den Lebensgeschichten, die sich zum Beispiel im Zusammenhang mit den antikolonialen Unabhängigkeitskriegen der 1940er- bis 1980er-Jahre ereigneten, so wie in dem Dokumentarfilm *Concerning Violence*¹¹ mit Frantz Fanons Anmerkungen zum Kolonialismus dargestellt, geraten die Grundfesten der Dichotomie von nuklearem Frieden auf der einen Seite und Krieg auf der anderen Seite ins Wanken. Die Kriege dieser Zeit waren alles andere als „kalt“, trotz des Vorhandenseins von Atomwaffen. Die Konflikte fanden nur eben nicht

im Westen, nicht in den imperialen Zentren der Macht statt. Das Narrativ der nuklearen Abschreckung, die einen Krieg verhindert und die internationale Sicherheit garantiert, übersieht schlicht die komplexen Geschichten und das Wissen um die komplexen politischen, machtpolitischen und ideologischen Verstrickungen jener Zeit.

Nukleare Abschreckung als gesellschaftliche Norm

Wie oben gezeigt, herrschen in der internationalen Nuklearpolitik neorealistische Perspektiven vor. Und der Neorealismus setzt bestimmte Verteidigungssysteme – wie zum Beispiel „nuklearer Schutzschirme“ – als notwendig voraus, ohne die gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Folgen der Stationierung dieser Massenvernichtungswaffen

Wie konnte das Vorhandensein von Waffen, deren Einsatz ausschließlich in eine Katastrophe münden kann, für uns zur Normalität werden?

in Frage zu stellen. Kernwaffen sind eindeutig zu normalen Instrumenten der Sicherheit geworden. Doch wie konnte das Vorhandensein von Waffen, deren Einsatz ausschließlich in eine Katastrophe münden kann, für uns zur Normalität werden?

Das einvernehmliche Verständnis dessen, was die Norm ist und was davon abweicht, hat seinen Ursprung in den Narrativen, die Gesellschaften prägen und durchdringen. Diese haben einen großen Einfluss darauf, wie wir die Welt sehen. Und dadurch wird die Kontrolle über Normen zu einer Frage von Machtkämpfen.¹² Ein entscheidender Teil dieser vorherrschenden Narrative basiert auf der rassistisch geprägten und genderspezifischen Polarität zwischen dem Selbst und dem Anderen, zwischen Weiblichkeit und Männlichkeit und den damit verbundenen Attributen: schurkenhaft versus zivilisiert, schwach versus stark, unterwürfig versus dominant, abweichend versus normal

und Frieden versus Krieg. Dieses Narrativ konstruiert Männlichkeit als logisch, rational und überlegen; es gilt als die Norm von Identität und gesellschaftlich kongruentem Verhalten. Auf der anderen Seite wird Weiblichkeit mit Emotionalität, Schwäche und Irrationalität gleichgesetzt, das heißt mit jeglicher Eigenschaft, die von der Norm abweicht.¹³ Die Wechselbeziehung von Männlichkeit und Weiblichkeit ist hierarchisiert: Das Männliche dominiert das Weibliche.¹⁴ Da diese Geschlechternormen alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen, entstehen Narrative und Identitäten, die sich von sich aus unterordnen. Gendernormen entstehen also nicht notwendigerweise durch physische, gewaltsame Unterdrückung, sondern vielmehr durch die soziale Produktion unter-

durch die Symbolkraft der Atomwaffen legitimiert wird. Da Geschlechternormen in unseren Gesellschaften nach wie vor tief verwurzelt sind, lassen sie sich leicht in das Narrativ der Sicherheit integrieren.¹⁹

Patriarchat und hegemoniale Männlichkeit als Ausgangspunkt

Wenn wir untersuchen, wo und wie diese Normen aufgenommen werden, wird uns klar, dass dieses in einer dualistischen Ordnung konstruierte System Merkmale des starken, heteronormativen männlichen Selbst begünstigt. Diejenigen, die hochrangige Positionen in Regierungen, Forschungs- oder Militärstrukturen, unter anderem im Nuklearbereich, besetzen, sind hauptsächlich mittleren Alters, (kontextspezifisch) wohlhabende, heterosexuelle (weiße) Männer, die von ihren Positionen profitieren und das System zu ihren Gunsten aufrechterhalten wollen.²⁰ Feministinnen bezeichnen diese herrschende Gruppe als „hegemoniale Männlichkeit“.²¹ Der Begriff orientiert sich an Antonio Gramscis Konzept der hegemonialen herrschenden Klasse. Das System, das hegemoniale Männlichkeit begünstigt, kennen wir bereits als Patriarchat. Es ordnet die Geschlechterverhältnisse nach einer Hierarchie, die auf allen Ebenen – zwischen Individuen, Gruppen und Staaten – funktioniert und die Entscheidungsgewalt von oben nach unten sichert. Die Entscheidungsfindung in dieser Hierarchie schließt alle aus, die als abweichend bezeichnet werden, das heißt das so bezeichnete Andere: Frauen, LGBTQI, Nichtweiße, Jugendliche, indigene Gruppen oder ethnische Minderheiten. Dieser systematische Ausschluss schafft und reproduziert die Perspektive einer einzigen Gruppe von Menschen als die akzeptierte Norm in allen Bereichen der Entscheidungsfindung. Dies ist an sich bereits ein Ausdruck maskulinisierter Gewalt, die für fast jeden Bereich der Streitkräfte oder der Sicherheit gilt.

Im Kontext der nuklearen Abschreckung reproduziert die hegemoniale Männlichkeit nicht nur Hierarchien dahingehend, wer an

Gesellschaftlich gewachsene Binaritäten übersetzen sich auch ins Sicherheitssystem, indem sie militarisierete Verteidigungssysteme, besonders die nukleare Abschreckung und den Besitz von Kernwaffen, mit Symbolen von Stärke und Macht aufladen

geordneter Subjekte.¹⁵ Gesellschaftlich gewachsene Binaritäten übersetzen sich auch in das Sicherheitssystem, indem sie militarisierete Verteidigungssysteme, insbesondere die nukleare Abschreckung und den Besitz von Kernwaffen, mit Symbolen von Stärke und Macht aufladen. Diesen wird männliche Rationalität und Vernunft zugeschrieben. Daher beeinflussen die zugeschriebenen Merkmale von Weiblichkeit und Männlichkeit auch die Art und Weise, wie Menschen über Waffen, Krieg und Militär denken.¹⁶ Der Besitz von Kernwaffen ist daher von Vorstellungen von Schutz und Männlichkeit geprägt.¹⁷ Infolgedessen werden kritische Positionen zur nuklearen Abschreckung oder gar Abrüstung häufig als naiv und irrational verworfen, denn entsprechend dem gängigen Muster werden sie mit Bildern von Weiblichkeit verbunden, also Schwäche oder Emotionalität.¹⁸ Nukleare Abrüstung und gewaltfreie Friedensprozesse gelten daher als Symbole der Schwäche, während die nukleare Abschreckung

leitender Stelle über die Produktion, den Einsatz und die Detonation von Atomwaffen entscheiden darf. Diese Männlichkeit bestimmt auch, wer am meisten unter den außergewöhnlich hohen menschlichen und ökologischen Kosten einer solchen Entwicklung und Stationierung zu leiden hat.²²

Als Zwischenergebnisse dürfen wir festhalten: Wir haben bereits drei fehlerhafte Annahmen identifiziert. Erstens, dass sich Gesellschaften und menschliches Verhalten durch ein dichotomes Weltbild erklären lassen. Zweitens, dass Aufrüstung die eigene Stärke und Rationalität erhöht, während Abrüstung Schwäche bedeutet.²³ Drittens, dass die Realität einer einzigen Gruppe auf den Rest der Welt übertragbar ist.

Prozesse des Selbst und des Anderen, die die hegemoniale Männlichkeit reproduzieren, spielen nicht nur auf der Ebene der Entscheidungsfindung eine zentrale Rolle, sondern finden auch in der internationalen Gemeinschaft ihren Ausdruck, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden.

Ordnung und Unordnung: Wer erhält sie aufrecht?

Wie bereits in der Einleitung angesprochen, bedingen sich ein historisch gewachsenes westlich-liberales internationales System und das Patriarchat als politische Ordnung gegenseitig. Hierdurch werden Vorstellungen von Über- und Unterlegenheit (re)produziert, und die „Ordnung“ in der internationalen Gemeinschaft manifestiert sich. Die Logik der nuklearen Abschreckung als zunächst militärische und dann internationale Sicherheitsstrategie geht implizit von einem Konflikt zwischen konkurrierenden Systemen in einer hierarchisch gegliederten Welt aus, in der sich überlegene, mächtige und unterlegene, periphere Akteur:innen gegenüberstehen. Sie unterstellt eine Konkurrenz, die nicht aufgelöst, sondern lediglich in Schach gehalten werden kann. An diesem Punkt erkennen wir deutlich die genderspezifische und rassistisch geprägte Institutionalisierung von Rationalität, Logik und Wettbewerb im System – also die Merkmale, die die nukleare

Abschreckung als internationale Sicherheitsstrategie zwingend erforderlich erscheinen lassen. Es entwickelt sich ein System der Ordnung und Unordnung, in dem bestimmte Akteur:innen über Atomwaffen verfügen oder Uran anreichern, andere dies hingegen nicht tun und auch nicht tun können. Während sich die westlichen Mächte offenbar einen „Freibrief“ ausgestellt haben, dürfen die peripheren Akteur:innen wie Indien dann mitmischen, wenn sie sich an die Spielregeln halten und dabei die Kategorien „rational“,

Während sich die westlichen Mächte offenbar einen „Freibrief“ ausgestellt haben, dürfen die peripheren Akteure dann mitmischen, wenn sie sich an die Spielregeln halten und dabei die Kategorien „rational“, „zivilisiert“ und „kontrollierbar“ bedienen

„zivilisiert“, „vernünftig“ und „kontrollierbar“ bedienen. Orientalistische Vorstellungen vom Selbst und vom Anderen reproduzieren in der Interaktion die westliche Konstituierung des Selbst, welches dem nicht westlichen, unzivilisierten, wilden und exotischen, als das „Andere“ gebrandmarkten Rest überlegen ist. Dieser Rest wird als Unordnung stiftende Bedrohung der historisch gewachsenen internationalen Ordnung aufgefasst. „Indem der Diskurs auf genderspezifische Bilder und Resonanzen zurückgreift und diese evoziert, naturalisiert er die Idee, dass ‚wir‘ / [...] / der verantwortliche Vater, ‚sie‘, den emotionalen, außer Kontrolle geratenen Zustand, schützen, kontrollieren und begrenzen müssen, sowohl zu ihrem eigenen als auch zu unser aller Wohl.“²⁴

Alle, die Kernwaffen besitzen, müssen ein einvernehmliches, gemeinsames Verständnis davon haben, was als logisch und was als rational gilt. Daher müssen militärische Oberbefehlshaber:innen oder Regierungschef:innen sich entweder auf die Logik des Neorealismus einigen, oder sie werden aufgrund der unterstellten Unfähigkeit, mit diesen Waffen umzugehen, nicht mehr als berechtigt angesehen, sie zu besitzen. Sobald ein Akteur wie der Iran „irrational“ er-

scheint, ist das gesamte Sicherheitssystem in Gefahr.²⁵ Nur wenn alle, die Atomwaffen besitzen, innerhalb der neorealistischen Logik vollkommen rational handeln und folglich eine internationale Ordnung nach westlichen Standards aufrechterhalten, kann der Ein-

Atomwaffen dienen als Mittel der Aufrechterhaltung des Patriarchats – und nicht der Aufrechterhaltung von Sicherheit

satz dieser Waffen verhindert werden und die internationale Sicherheit sich durchsetzen. Ray Acheson kommt zu dem Schluss, dass Atomwaffen als Mittel der Aufrechterhaltung des Patriarchats dienen – also eines Macht-systems – und nicht der Aufrechterhaltung von Sicherheit.²⁶

Wenn also, wie von Emmanuel Macron vorgeschlagen, „wir“ dann in einer sichereren Welt leben, wenn bestimmte Akteur:innene über Atomwaffen verfügen dürfen und andere nicht, kommt der der überzeugend logischen Frage von Shampa Biswas eine umso größere Bedeutung zu: Wer ist mit „wir“²⁷ gemeint?

Von wessen Sicherheit sprechen wir eigentlich?

Bisher haben wir in unserer Analyse gezeigt, welche entscheidende Bedeutung der hegemonialen Männlichkeit und den Fragen der Ordnung und Unordnung im Zusammenhang mit der These zukommt, nukleare Abschreckung könne internationale Sicherheit

garantieren. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse halten wir einen Moment inne und stellen uns eine wirklich unbequeme Frage: „Von wessen Sicherheit sprechen wir eigentlich?“

Auf der Suche nach einer Antwort schauen wir auf die Marshallinseln und nach Französisch-Polynesien im Pazifischen Ozean. Dort führten sowohl die USA als auch Frankreich zwischen den 1940er- und 1990er-Jahren eine Reihe von Atomtests durch. Dieses Beispiel, so argumentieren wir, enthüllt, wie genderspezifische und rassistisch geprägte Vorstellungen in der Rationalisierung und Rechtfertigung der Kernwaffen und ihrer Funktionalität zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit gipfeln.

Die Kürze dieser Analyse erlaubt es uns nicht, die Untersuchung der Geschichte dieser Archipele zu vertiefen. Halten wir jedoch fest: Die Präsenz der US-amerikanischen und französischen Streitkräfte ist auf die imperialistische Expansion und den Siedlerkolonialismus zurückzuführen, verstärkt durch zahlreiche Konflikte, die bis ins frühe 20. Jahrhundert reichten, einschließlich des Zweiten Weltkriegs als Vorläufer des „Kalten Kriegs“. Atombombentests in diesen kolonisierten Gebieten im Namen der Abschreckung können aus folgenden Gründen als Ausdruck imperialer und patriarchalischer Vorstellungen gelten:

Erstens: Die Tests wurden in erster Linie damit gerechtfertigt, die Existenz von Atombomben sei inhärenter Teil des „Kalten Krieges“ gewesen. Die Durchführung von Nukleartests wurde als notwendige abschreckende Bedingung zur Verhinderung einer globalen Katastrophe in Zeiten der Bipolarität formuliert. Zweitens: Als sich die ersten Auswirkungen der Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki zeigten und die zerstörerische Kraft der Bombe mit dem wissenschaftlichen Fortschritt zunahm, wurde deutlich, dass weiter abgelegene Teststandorte benötigt wurden. Es ist nun interessant zu sehen, wie geografische Abgelegenheit aus amerikanischer oder französischer Perspektive definiert wird. Die weit von der Heimat entfernten Gebiete wurden zu Militärstützpunkten erklärt, stellten sie doch keiner-

Die Autorin



Madita Standke-Erdmann erhielt ihren Master of Science in International Relations Theory (London School of Economics) und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem vom FWF geförderten Forschungsprojekt „GBV-MIG“ am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien. Das Projekt untersucht die Wurzeln genderbasierter Gewalt (Gender-Based Violence, GBV) gegen Migrantinnen und weibliche Geflüchtete. Sie promoviert zu den Berührungspunkten von Sicherheit und Menschlichkeit an Grenzen auf der Grundlage feministischer und postkolonialer Theorien internationaler Beziehungen.

lei Sicherheitsbedrohung für die französische oder US-amerikanische Bevölkerung dar. Für die Einheimischen der Archipele bedeutete dies hingegen die unwiderrufliche Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Die Tests an genau diesen Orten durchzuführen ließ sich durch Vorstellungen über die Ordnung der Welt rechtfertigen bzw. damit, dass Unter- und Überlegenheit auf internationaler und lokaler Ebene durch patriarchalische und imperiale Vorstellungen arrangiert worden waren und die liberale westliche Ordnung stützten. Die als schwach und unzivilisiert, aber dennoch als exotisch und paradiesisch verunglimpften, rassistisch geprägten und genderspezifischen Vorstellungen von der einheimischen Bevölkerung der Inseln verstärkten und reproduzierten das Konzept des heteronormativen, das heißt hegemonialen männlichen Selbst und des abweichenden, feminisierten Anderen. Hierdurch fiel es leicht, den Preis der Tests in Kauf zu nehmen. Diese feministische postkoloniale Perspektive war und ist bis heute häufig aus den Erzählungen des „Kalten Krieges“ und der nuklearen Abschreckung ausgeschlossen.

Während es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Erneuerung der Menschenrechtspolitik kam und die Gleichberechtigung aller Menschen verkündet wurde, bestimmten unterschwellige rassistische und sexistische Unterschiede weiterhin die internationale Politik. Die kolonisierten Gebiete mussten immer noch die Konsequenzen dessen tragen, was als internationale Sicherheit etikettiert wurde. Das bestehende Machtgefälle, Resultat der patriarchalischen und imperialen Ordnung, machte die Überlegung überflüssig, wer auf welche Weise, wirtschaftlich, sozial, politisch oder kulturell, unter den Tests zu leiden haben würde. Die genderspezifische, rassistisch geprägte Hierarchie der Über- und Unterlegenheit blieb intakt. Denn die indigene Bevölkerung Französisch-Polynesiens und der Marshallinseln galt ungeachtet der Eingriffe in ihre soziale, wirtschaftliche und physische Sicherheit nicht als international relevant. Diese Ereignisse sind durchaus kein Schnee von gestern. Laut internationalen medizinischen Schätzungen waren bis zur

Unterzeichnung des Kernwaffenteststoppvertrags 1996 2,4 Millionen Menschen weltweit an Krebserkrankungen gestorben, die mit Atomwaffentests im Zusammenhang standen.²⁸

Dass die Geschichten dieser Menschen in dem aktuell neu belebten Diskurs über die Notwendigkeit eines nuklearen Schutzschirms fehlen und ihre Stimmen zum Verstummen gebracht werden, geht zurück auf das Narrativ des „Kalten Krieges“ und gibt ihm neue Schwungkraft. In der Auslassung der Schicksale dieser kolonisierten, unterdrückten Frauen und Männer sehen wir nicht nur, wer Geschichte schreibt, sondern auch, wie Lebensgeschichten marginalisiert werden, um bestimmte Versionen von Geschichte zu zementieren. Infolgedessen zählt nur noch die Sicherheit einiger weniger, das heißt der hegemonialen herrschenden Klasse.

Somit reproduziert sich das patriarchalische und imperialistische Leitmotiv. Hier zeigt sich die Intersektionalität der Vorstellungen von Hierarchie, Ordnung, Logik und Rationalität, und nukleare Abschreckung wird für die Bewahrung der internationalen Sicherheit als notwendig erklärt.

Nukleare Abschreckung kann sich nur in einer ungerechten Welt durchsetzen

Kommen wir darauf zurück, dass nukleare Abschreckung als Lösung für den erforderlichen Interessenausgleich der internationalen Sicherheitsinteressen dargestellt wird. Vor diesem Hintergrund mag es weniger überraschend erscheinen, dass in der poli-

Die Autorin

Victoria Scheyer promoviert am Gender, Peace and Security Centre an der Monash University in Melbourne, Australien zu feministischer Außenpolitik und Sicherheit als Mittel der Konflikttransformation und Friedensförderung. Zuvor leitete sie die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung als stellvertretende Generalsekretärin. Victoria Scheyer ist aktives Mitglied der Women's International League for Peace and Freedom und setzt sich für Gendergerechtigkeit, Abrüstung und Demilitarisierung ein.



tischen Praxis Machtkonzepte im Neorealismus verwendet werden. Diese infrage zu stellen würde ansonsten die eingebetteten Ausdrucksformen von Ungleichheit und Machtunterschieden offenbaren und die Akteur:innen daher in die unangenehme Lage versetzen, ihre Nuklearpolitik und ihr Sicherheitsverständnis grundlegend überdenken zu müssen.

In diesem Artikel haben wir herausgearbeitet, dass die Logiken der Sicherheitspolitik dekonstruiert werden müssen. Feministische

Bedrohungen gegeneinander aufzuwiegen kann keine wirkliche Methode zur Schaffung von Sicherheit bieten

Ansätze in diesem Bereich beziehen ein breiteres Spektrum von Sicherheitsakteur:innen als nur den Staat ein und fügen weitere Ebenen hinzu, wie etwa die soziale oder wirtschaftliche Sicherheit. Diese zu beschreiben würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Doch schon die Beschäftigung mit der Frage von Biswas zeigt, dass Sicherheit in hohem Maße subjektiv ist und von den Machthabenden durch sich selbst reproduzierende Narrative, wie das Narrativ des „Kalten Krieges“, erhalten und definiert wird. Es entsteht ein Teufelskreis, in dem die Narrative zur Wahrung eines patriarchalischen und hegemonialen Systems beitragen. Somit werden Normen tradiert, die unsere Wahrnehmung von sicherheitspolitischer Strategie prägen und letztlich bestimmte Handlungen legitimieren. Wie wir in diesem Artikel gezeigt haben, müssen wir aus diesem Kreis ausbrechen, um die tief greifenden Auswirkungen dieser Machtspiele erfassen zu können.

Kernwaffen sind Eintrittskarten zur Macht

Bei der Abschreckung geht es darum, eine Position an der Spitze der hierarchischen Machtpyramide zu halten, gesellschaftliche

Normen in der globalen Ordnung zu kontrollieren und zu gestalten und diese Macht letztlich zum eigenen Vorteil zu nutzen. Es geht um die Macht, anderen Ländern die eigenen nationalen Interessen aufzuzwingen und natürliche Ressourcen oder Arbeitskraft auszubeuten. Dies nährt wiederum das aus Genderperspektive höchst ungerechte System des Kapitalismus. Aber das ist eine ganz andere Geschichte, die wir an dieser Stelle nicht einmal angerissen haben. Atomwaffen scheinen die Eintrittskarte in den Kreis der Mächtigsten zu sein. Die Annahme, eine Abschreckungsstrategie oder gar der Besitz von Atomwaffen an sich stelle eine Sicherheitsstrategie dar, ist irreführend. Dies zeigt sich in der allgemeinen Angst der Staaten vor Machtverlust bzw. in ihrem Streben nach Aufstieg. Bedrohungen gegeneinander aufzuwiegen kann keine wirkliche Methode zur Schaffung von Sicherheit bieten. Vielmehr ist dieses Verhalten Ausdruck eines Systems, dem politische und soziale Ungerechtigkeiten zugrunde liegen. Die internationale Sicherheit erfordert Mittel wie Konflikttransformation, Vertrauensbildung und Mediation. Und vor allem braucht Sicherheit eines: Abrüstung.

Wir schließen mit der einzig möglichen Schlussfolgerung: Wenn die nukleare Abschreckung für die Sicherung der internationalen Ordnung grundlegend ist und nur von ausgewählten Akteur:innen durchgeführt werden soll, kann der Frieden nur aufrechterhalten werden, solange die Ungleichheit zwischen den Akteuren bestehen bleibt. Mit anderen Worten: Sogenannten Frieden kann es nur geben, solange die Welt so ungleich bleibt, wie sie ist. Hier zeigt sich die tief verwurzelte Logik rassistischer und genderspezifischer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die einem System innewohnt, welches auf imperialen und patriarchalischen Grundlagen aufgebaut wurde, sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts halten konnte und auch heute noch vorherrscht.

- 1 Rede des Präsidenten der Republik über die Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie, 2002. [elysee.fr](https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/07/speech-of-the-president-of-the-republic-on-the-defense-and-deterrence-strategy.en). URL <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/07/speech-of-the-president-of-the-republic-on-the-defense-and-deterrence-strategy.en> (englische Version, Stand: 6.5.20). (Eigene Übersetzung ins Deutsche.)
- 2 Kramp-Karrenbauer, Annegret (2020): Den Westen verteidigen – Rede der Bundesministerin der Verteidigung. Bundesministerium der Verteidigung. <https://www.bmvg.de/resource/blob/182726/82e686b41c624f562e34d59b156884c1/20200215-download-rede-akk-data.pdf> (deutsche Version, Stand: 30.5.2020).
- 3 Morgan, Patrick M. (2003): *Deterrence Now*. Cambridge.
- 4 Acheson, Ray (o. D.): „Eine feministische Kritik der Atombombe“. <https://www.gwi-boell.de/de/2018/10/26/eine-feministische-kritik-der-atombombe> (Stand: 6.5.2020).
- 5 Ackerly, Brooke and True, Jacqui (2008): „Reflexivity in Practice: Power and Ethics in Feminist Research on International Relations“. In: *International Studies Review* 10, S. 693–707. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2486.2008.00826.x> (Stand: 6.5.2020) (Eigene Übersetzung ins Deutsche.)
- 6 Vitalis, Robert (2010): „The Noble American Science of Imperial Relations and Its Laws of Race Development“. In: *Comparative Studies in Society and History* 52 (4), S. 909–918.
- 7 Anievas, Alexander, Manchanda, Nivi und Shillam, Robbie (Hg.) (2014): *Race and Racism in International Relations. Confronting the Global Colour Line*. London.
- 8 Said, Edward W. (2003): *Orientalism*. London.
- 9 Chowdhry, Geeta und Nair, Sheila (Hg.) (2002): *Power, postcolonialism and International Relations. Reading Race, Gender and Class*. London.
- 10 Ackerly, Brooke und True, Jacqui (2008).
- 11 Olsson, Göran Hugo (2014): „Concerning Violence“. <https://www.bpb.de/mediathek/248942/concerning-violence> (Stand: 6.5.2020).
- 12 True, Jacqui (2010): „Feminism and Gender Studies in International Relations Theory“. Oxford Research Encyclopedia of International Studies. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190846626.013.46> (Stand: 6.5.2020).
- 13 Cohn, Carol, Hill, Felicity und Ruddick, Sara (2005): „The Relevance of Gender for Eliminating Weapons of Mass Destruction“. https://genderandsecurity.org/sites/default/files/the_relevance_of_gender_for_eliminating_weapons_of_mass_destruction_-_cohn_hill_ruddick.pdf (Stand: 24.5.2020).
- 14 Acker, Joan (1990): „HIERARCHIES, JOBS, BODIES: A Theory of Gendered Organizations“. *Gender & Society* 4, S. 139–158. <https://doi.org/10.1177/089124390004002002> (Stand: 6.5.2020).
- 15 Dunn, Kevin (2008): „Interrogating white male privilege“. In: Parpart, Jane L. and Zalewski, Marysia (eds.): *Rethinking the Man Question: Sex, Gender and Violence in International Relations*. Vertrieb in den USA durch Palgrave Macmillan, London; New York: New York.
- 16 Cohn, Carol, Hill, Felicity und Ruddick, Sara (2005).
- 17 „Gender and Disarmament“. <https://www.reachingcriticalwill.org/resources/fact-sheets/critical-issues/4741-gender-and-disarmament> (Stand: 25.4.20).
- 18 Acheson, Ray (2019): „The nuclear ban and the patriarchy: a feminist analysis of opposition to prohibiting nuclear weapons“. In: *Critical Studies on Security* 7/2019, S. 78–82. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/21624887.2018.1468127?journalCode=rcss20> (Stand: 25.4.2020).
- 19 Cohn, Carol, Hill, Felicity und Ruddick, Sara (2005).
- 20 Carver, Terrell (2014): „Men and Masculinities in International Relations Research“. In: *The Brown Journal of World Affairs* 21 (1), 2014. <http://bjwa.brown.edu/21-1/men-and-masculinities-in-international-relations-research/> (Stand: 25.4.2020).
- 21 Connell, Robert W. (2002): „The History of Masculinity.“ In: Adams, Rachel und Savran, David (Hg.) *The Masculinity Studies Reader*. Malden, Mass.
- 22 Cohn, Carol und Ruddick, Sara (2003): „A Feminist Ethical Perspective on Weapons of Mass Destruction.“ In: Hashmi, Sohail H., Lee, Steven P. (Hg.): *Ethics and Weapons of Mass Destruction. Religious and Secular Perspectives*. Cambridge, S. 405–435. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511606861.023> (Stand: 25.4.2020).
- 23 Acheson, Ray (2019).
- 24 Cohn, Carol und Ruddick, Sara (2003). (Eigene Übersetzung aus dem Deutschen.)
- 25 *ibid.*
- 26 Acheson, Ray (2019).
- 27 Biswas, Shampa (2014): *Nuclear Desire. Power and the Postcolonial Order*. Minneapolis.
- 28 Kimball, Daryl (2019): „The Nuclear Testing Tally“. <https://www.armscontrol.org/factsheets/nucleartesttally> (Stand: 24.4.2020).

WE ARE THE BOMB

OPAKE FINANZSTRÖME UND UNWISSENTLICHE BETEILIGUNG AN NUKLEARER RÜSTUNG

Autor: Robin Jaspert

Nukleare Aufrüstung – konsensual?

Wir leben in einem Zeitalter der Aufrüstung. Die Doktrin der *Mutually Assured Destruction* (MAD), also die Prämisse der Sicherung des Friedens über die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts des Schreckens, gewinnt wieder an Zuspund, der INF-Vertrag wurde aufgekündigt, und weltweit findet eine massive Vergrößerung und Modernisierung der nuklearen Arsenale statt. Nicht erst seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die staatlichen Rüstungsausgaben massiv zu; doch seit 2017 kann getrost von einer exponentiellen Zunahme gesprochen werden. Dies gilt insbesondere für die NATO-Staaten, deren jährliche Gesamtausgaben für Rüstung sich seitdem um mehr als hundert Milliarden US-Dollar erhöht haben.¹ Eines der größten Probleme hieran: Dieses Vorgehen wird oft gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung von den Parlamenten durchgesetzt.² Diese Tendenz gilt nicht nur für Gesamtrüstungszahlen, sondern insbesondere auch für die Finanzierung von Nuklearwaffen zur Aufrechterhaltung bzw. Vergrößerung des sogenannten nuklearen Schutzschildes. So sind für die Jahre 2019 bis 2028 insgesamt knapp 500 Milliarden US-Dollar für nukleare Rüstungsprogramme im US-Budget vorgesehen, während diese Ausgaben in der vorangegangenen Dekade noch bei rund 400 Milliarden US-Dollar lagen.³

Ähnliche Entwicklungen können wir auch in Europa beobachten. Basierend auf der Argumentation, dass durch den Brexit Frankreich der einzig verbleibende Mitgliedsstaat in der Europäischen Union ist, der über ein eigenes Atomarsenal verfügt, setzt die französische Regierung auf höhere Ausgaben zum Ausbau des Arsenals und plant, rund zehn Prozent ihres Rüstungsetats für nukleare Rüstung einzusetzen.⁴ Dieser Zugzwang entsteht auch durch einen politisch forcierten Aufrüstungsprozess, welcher ein multipolar gewordenes Gleichgewicht des Schreckens befördert, das in einer Kontinuität der Abschreckung durch Block-

Abstract

Mangelnde Kontrolle von oftmals undurchschaubaren Kapitalströmen ermöglicht es Kapitalverwaltungsgesellschaften, in nukleare Rüstungskonzerne zu investieren, meist ohne dass dies den Anlegerinnen und Anlegern bewusst ist. Die Kampagne „Don't bank on the bomb“ der Organisation ICAN setzt sich für Divestment aus Nuklearwaffen ein und hat sich zum Ziel gesetzt, Transparenz in die Finanzströme international agierender nuklearer Rüstungskonzerne zu bringen. Mit den United Nations Principles for Responsible Investments (UNPRI) existieren zwar Prinzipien für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen, die sogenannte ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) enthalten, doch können Unternehmen nur zur selbstverpflichtenden Befolgung dieser Prinzipien angehalten werden. Bei genauerer Betrachtung fallen auch Kapitalströme von deutschen Unternehmen zu Rüstungskonzernen auf, die mitunter an nuklearen Rüstungsprojekten beteiligt sind. Oftmals wissen beispielsweise Versicherungsnehmer oder Bankkunden nicht, dass sie durch ihre Einlagen indirekt nukleare Aufrüstung unterstützen. Der geeignetste Weg zur internationalen Ächtung von Atomwaffen bleibt der politische Weg, auf dem durch die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags schon eine beachtliche Strecke zurückgelegt wurde. Dies bleibt auch bei international agierenden Finanzmarktakteuren nicht unbemerkt, die insbesondere nach der Krise 2007/2008 besonderes Augenmerk auf Imagepflege legen und deshalb womöglich die Finanzierung nuklearer Rüstung unterlassen. Dennoch wird dies allein kaum ausreichend sein. Um die Finanzierung von nuklearen Rüstungskonzernen unattraktiv zu machen, müssen individuelle, gesellschaftliche und strukturelle Maßnahmen ineinandergreifen, denn die nukleare Rüstungsindustrie wird nicht freiwillig die Produktion einstellen – genauso wenig wie die Finanzbranche von sich aus Investitionen in die lukrative Branche der Massenvernichtungswaffen aussetzen wird.

bildung im Sinne des Kalten Krieges zu interpretieren ist. Unterstützung bekommt diese Logik auch von deutscher Seite, sowohl von Politiker_innen als auch von anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Wolfgang Ischinger⁵. Hierzulande finden weiterhin Debatten statt, ob der deutsche Staat neue und kostspielige Trägersysteme für die in Büchel stationierten Nuklearwaffen anschafft. Sollte die Entscheidung dazu getroffen werden, wäre auch diese klar gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung getroffen; rund 60 Prozent der Befragten lehnen die Anschaffung Umfragen zufolge ab.⁶

Diese Ausgaben lassen sich dem Bereich der staatlichen Finanzierung nuklearer Rüstung zuordnen; dies ist jedoch nicht der einzige Zugang von Nuklearwaffenproduzenten zu Finanzmitteln. Neben staatlicher gibt es auch die Möglichkeit der kapitalmarktbasierter Finanzierung, auf welche ein Großteil der Atomwaffenkonzerne zugreifen. Daran ist insbesondere problematisch, dass auch Menschen daran beteiligt werden, welche sich aktiv gegen nukleare Aufrüstung aussprechen – dass wir also von einer nicht konsensualen Einbindung in die Herstellung und Bereitstellung von Massenvernichtungswaffen sprechen müssen. Im Gegensatz zur staatlichen Rüstungsfinanzierung, welche in Nationalstaaten mit parlamentarischer Demokratie einem demokratischen Kontrollmoment und einem gewissen Maß an Transparenz unterliegt, kommen diese Merkmale bei der kapitalmarktbasierter Finanzierung nicht zum Tragen.

Es sei hier kurz klargestellt, dass Unternehmen wie Boeing als Atomwaffenproduzenten zu klassifizieren sind. Zwar produziert der Konzern für die zivile Luftfahrt, ist jedoch unter anderem auch in die Entwicklung und die Herstellung verschiedener Raketen mit nuklearen Sprengköpfen verwickelt. Diese weit gefasste Klassifikation ist zum einen wichtig, da kein Konzern der Welt autonom Atomwaffen produziert, sondern immer nur Komponenten. Diese Teile stellen zwar als einzelne noch keine nukleare Bedrohung dar, doch zusammengesetzt bilden sie Nuklearwaffen. Zum anderen muss beachtet werden, dass, sobald ein Teil des Konzerns für die Produktion von Nuklearwaffen

verantwortlich zeichnet, bei einer Investition in den Gesamtkonzern niemals ausgeschlossen werden kann, dass nicht auch ein Teil des Kapitals für den Rüstungsbereich eingesetzt wird.

Finanzströme im Zeitalter passiver Indexfonds

Zum besseren Verständnis dieses Finanzierungsmechanismus müssen wir uns mit aktuellen Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten beschäftigen. Die vermutlich

Im Gegensatz zur staatlichen Rüstungsfinanzierung, welche in Nationalstaaten mit parlamentarischer Demokratie einem gewissen Maß an Transparenz unterliegt, kommen diese Merkmale bei der kapitalmarktbasierter Finanzierung nicht zum Tragen

wichtigste Veränderung neben der stetigen Zunahme der Bedeutung von Finanzmärkten der letzten Jahre ist der Umschwung weg von aktiv gemanagten Hedgefonds hin zu passiv verwalteten Indexfonds.

Noch bis mindestens 2007 war auf den Finanzmärkten die Überzeugung dominant, dass einzelne Player besser abschneiden können als der Marktdurchschnitt. Auf dieser Annahme beruhte das Anlagemodell von aktiven Fonds; hoch bezahlte Spekulant_innen verwalten große Mengen Kapital, das ihnen im Gegenzug für das Versprechen einer überdurchschnittlichen Rendite in Verwahrung gegeben wurde. Dieses Geld investierten sie in von ihnen als besonders gewinnträchtig eingestufte Anlagen, deren Risikoprofil von den Wünschen der Anleger_innen abhängt.

Da dieses Modell immer stärkere Verbreitung fand, versuchten in der Konsequenz immer mehr Finanzmarktakteure, eine bessere Rendite als die des Marktdurchschnitts zu erwirtschaften. Dies führte dazu, dass zu einem gewissen Punkt eine Mehrheit der Anbieter_innen von Fonds damit warben, besser als der Durchschnitt zu sein. Dass dies bereits rein logisch nicht funktionieren kann, scheint relativ offensichtlich. Ein weiterer Nachteil an diesem Modell sind die hohen (Personal-) Kosten, welche durch den Einsatz sehr gut be-

zahlter Spekulant_innen entstehen und die Rendite weiter schmälern.

Im Zuge der Veränderung von Finanzmarktstrukturen nach der fortlaufenden Krise von 2007 wurde eine stetig wachsende Menge an Kapital aus aktiv gemanagten Fonds in passive Fonds übertragen. Wir sprechen im Zeitraum von 2006 bis 2018 über eine Summe von ca. 3,2 Billionen US-Dollar.⁷ Dies bedeutet zwar nicht das Aussterben der aktiv gemanagten Hochrisiko-Hedgefonds; ihre Bedeutung schwindet jedoch stetig.

Unter dem Begriff passive Indexfonds werden einige Fondsarten zusammengefasst; etwas bekannter sind zum Beispiel die Begriffe Exchange Traded Funds (ETF) oder Index Mutual Funds. Die größten Anbieter dieser Dienstleistungen sind BlackRock, Vanguard und StateStreet. Insgesamt verwalten sie ein Vermögen von über elf Billionen US-Dollar; addiert man ihre Portfolios, halten sie bei über 40 Pro-

Die Entwicklungen auf dem Anlagemarkt führen dazu, dass bewusstes Investieren gemäß moralischen Anliegen, wie zum Beispiel der Ächtung nuklearer Waffen, komplizierter wird

zent aller börsennotierten US-amerikanischen Unternehmen die größten Anteile.⁸

Diese Fonds zeichnen sich im Gegenteil zu aktiv gemanagten dadurch aus, nicht darauf zu wetten, besser als der Marktdurchschnitt zu sein; stattdessen versuchen sie, ebenjenen möglichst exakt abzubilden. Dies bietet gegenüber dem aktiven Modell einige Vorteile; unbedingt zu nennen sind die deutlich geringeren (Personal-)Kosten und das geringere Ausfallrisiko. Kritisch zu sehen sind das gegebenenfalls steigende systemische Risiko und die starke Markt- und Machtkonzentration bei einigen wenigen Anbietern. Weiterhin führt dieser Mechanismus dazu, dass Finanzströme und bewusstes Investieren gemäß moralischen Anliegen, wie zum Beispiel der Ächtung nuklearer Waffen, komplizierter werden.

Als Instrument für die Anlagen werden Indizes bzw. Abbildungen dieser verwendet. Doch was genau ist ein Index? Als Beispiel kann hier der Deutsche Aktien Index (DAX) dienen. Dieser

bildet den Wertverlauf der Aktien der 30 größten und liquidesten börsennotierten Unternehmen in Deutschland ab. Die Wertentwicklung des DAX ist, wie häufig fälschlicherweise angenommen, kein Maßstab der realökonomischen Entwicklung in Deutschland, sondern betitelt den spekulativ angenommenen Wert von 30 Unternehmen, die durch die oben beschriebenen Kriterien definiert werden. Neben dem DAX gibt es noch zahlreiche andere Indizes mit einer Vielfalt an unterschiedlichen Definitionsmerkmalen, weitere Bekannte sind z. B. der Dow-Jones-Index, der S&P500, der MSCI World Index oder der Nikkei225.

Es ist wichtig zu beachten, dass Indizes nicht mit dem Urknall entstanden, sondern Produkte privatwirtschaftlicher Indexprovider sind, welche die genauen Kriterien und den Berechnungsvorgang entscheidender Kennzahlen festlegen. Auch dieser Markt ist hochkonzentriert. Im Falle des DAX ist der Anbieter die Deutsche Börse AG.

Doch inwiefern hängt dies mit der Finanzierung nuklearer Rüstung zusammen? Ganz einfach: Nuklearwaffenproduzenten sind in einigen Indizes gelistet, wodurch diesen über den Investitionsmechanismus der passiven Indexfonds erhebliche Summen Kapital aus verschiedensten Kapitalverwaltungsgesellschaften zufließen. Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt die Finanzierung zwar noch zu einem wesentlichen Teil über direkte Kredite und Beteiligungen; wenn die Entwicklungen an den Finanzmärkten jedoch keinen abrupten Wandel erfahren, wird sich dies in absehbarer Zeit ändern. Der Einfluss der Covid-19-Pandemie auf die Entwicklung von passivem Investment ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Aktuell ist es für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die (nukleare) Abrüstung einsetzen, noch relativ einfach, Verantwortliche zu benennen und Änderung der Investmentrichtlinien einzufordern.⁹ Mit der neuen Komplexität des passiven Investments entsteht jedoch eine Verantwortungslücke.

An dieser Stelle kommt ein weiterer wichtiger Punkt hinzu: Im Zuge der Finanzialisierung (also der Zunahme der Bedeutung und der Menge an Finanzkapital) unserer ökonomischen Systeme entwickelten und entwickeln

sich immer mehr Unternehmen zu Kapitalverwaltungsgesellschaften, das heißt, sie legen auf Finanzmärkten Geld zum Zwecke der Erwirtschaftung von Rendite an. Neben klassischen Kapitalverwaltungsgesellschaften wie zum Beispiel Banken treten Versicherungen, Staaten (etwa über Gesundheitsfonds oder staatliche Pensionsfonds) und auch eine stetig wachsende Zahl an Unternehmen als Kapitalverwaltungsgesellschaften auf.¹⁰ Wie alle anderen Akteure an Finanzmärkten investieren auch diese gern in passive Indexfonds.

Da es für eine Privatperson fast unmöglich ist, alle eigenen finanziellen Transaktionen und die daraus resultierenden Investitionen zu verfolgen, ist sie fast unweigerlich und möglicherweise nicht konsensual in Investitionen in Unternehmen involviert, deren Zweck sie moralisch ablehnt. Dieses Problem existiert selbstverständlich nicht nur im Zusammenhang mit nuklearer Rüstung, sondern betrifft zum Beispiel auch Menschen, welche die Verstromung von Kohle ablehnen, sich für einen Boykott von RWE aussprechen und über den oben beschriebenen Umweg trotzdem dem Konzern ihr Geld zur Verfügung stellen. RWE ist nämlich Teil des DAX, den viele passive Indexfonds abbilden. Um dieses etwas abstrakte Thema noch ein wenig greifbarer zu machen, schauen wir uns ein konkretes Beispiel an: private Versicherungen in Deutschland.

Deutsche Verwicklung in nukleare Rüstung am Beispiel von Versicherungen

Im Zuge der zunehmenden Privatisierung von Vorsorge nimmt die Bedeutung von privatwirtschaftlichen Versicherungskonzernen stetig zu; immer mehr Menschen nutzen Angebote der privaten Altersvorsorge¹¹, da sie befürchten, dass die staatliche nicht ausreichen wird. Nehmen wir nun als Beispiel an, dass ich mich als Privatperson, die für die Ächtung von Nuklearwaffen eintritt, gegen verschiedene Eventualitäten und für meinen Ruhestand durch eine Lebensversicherung absichern möchte. Dabei lege ich Wert darauf, dass ich Teil einer großen Versicherungsgemeinschaft bin, da diese mir vermeintlich die meiste Sicherheit bieten kann.

Die drei größten privaten Versicherungsgruppen nach Marktanteil in Deutschland sind die Allianz AG, die Munich Re und die Talanx AG.

Ich informiere mich also bei diesen Anbietern über Angebote zu Lebensversicherungen und lande bei meiner Recherche relativ schnell bei den entsprechenden Subunternehmen der Konzerne: der Allianz Lebensversicherung AG, der ERGO Vorsorge Lebensversicherung AG und der HDI Lebensversicherung AG. An dieser Stelle gibt es zwei Szenarien. Das erste: Ich schließe nichts ahnend einen Vertrag ab und beteilige mich somit an der Finanzierung von Atomwaffenkonzernen. Ich kann nicht damit rechnen, von meiner Versicherung über diesen Zusammenhang in Kenntnis gesetzt zu werden, die diese keiner derartigen Informationsverpflichtung unterliegt.

Das zweite Szenario sieht wie folgt aus: Ich bringe vor Vertragsabschluss bereits eine gewisse Skepsis gegenüber dem Investitionsverhalten von Versicherungen mit. Von dieser Basis ausgehend beschließe ich, mich mit den selbst auferlegten Investitionskriterien der Konzerne auseinanderzusetzen. Bei der Allianz AG lande ich relativ schnell beim „ESG Integration Framework“, einem Dokument, welches die Ausschlusskriterien für Investitionen des Unternehmens festlegt. Auf Seite 16 des Dokuments finde ich die Aussage, dass die Allianz AG Investitionen in Unternehmen ausschließt, welche in irgendeiner Art und Weise an der Produktion, der Wartung oder dem Handel von „kontroversen Waffen“ in Verbindung stehen. Da von über 80 Staaten ein Nuklearwaffenverbotvertrag unterschrieben wurde, gehe ich selbstverständlich davon aus, dass auch diese Waffengattung eindeutig als kontrovers eingestuft wird. Dieses Verständnis teile ich nicht mit der Allianz AG. Nuklearwaffen finden in der Aufzählung kontroverserer Waffen keinen Platz, wie ich auf Seite 33 nachlesen kann. Zur Erläuterung: Der Vertrag wurde in den Vereinten Nationen auf den Weg gebracht und verbietet den ihn ratifizierenden Staaten u. a. Tests, Produktion, Weitergabe, Besitz, Lagerung und den Einsatz von Nuklearwaffen.

Daraufhin versuche ich es bei der Munich Re und lande schnell beim Corporate-Responsibility-Bericht, welchen das Unterneh-

men jedes Jahr publiziert. Hier suche ich zwar auch vergeblich nach dem kategorischen Ausschluss von Investitionen in Nuklearwaffen, kann jedoch auf Seite 22 nachlesen, dass sich das Unternehmen damit rühmt, nicht in geächtete Waffen zu investieren. Bei der Aufzählung geächteter Waffen sind jedoch nur Landminen und Streumunition zu finden; Bio- und Chemiewaffen scheinen kein Problem darzustellen.

Deswegen recherchiere ich auf der Website der Talanx AG und stelle fest, dass sie sich den *United Nations Principles for Responsible Investment* (UNPRI) verpflichtet fühlen. Mit diesen Prinzipien versuchen die Vereinten Nationen Kapitalverwaltungsgesellschaften dazu anzuregen, basierend auf freiwilliger Selbstverpflichtung Kapitalanlagen verantwortungsbewusst zu tätigen. Hierbei wird unter anderem darauf gesetzt, dass die teilnehmenden Unternehmen ESG-Kriterien (steht für: Environment, Social, Governance) in ihre Investmentscheidungen einbinden sowie auch ihr eigenes Geschäftsgebaren nach diesen ausrichten. Die Umsetzung soll durch regelmäßiges öffentliches und transparentes Reporting erreicht werden. Die Talanx AG hat die Prinzipien aller-

Konzern bezüglich Investitionen in Rüstungskonzerne verhält.

Keine der drei größten deutschen Versicherungsgesellschaften scheint also ein Interesse daran zu haben, nicht in nukleare Rüstung zu investieren. Deswegen entscheide ich mich – meiner persönlichen Überzeugung entsprechend – gegen das Abschließen einer Lebensversicherung. Wenn ich nicht an der Finanzierung von nuklearer Rüstung beteiligt sein möchte, bleibt mir tatsächlich keine andere Wahl.

Bei Untersuchungen der Investmentportfolios der Allianz Lebensversicherung AG, der ERGO Vorsorge AG sowie der HDI Lebensversicherung AG lässt sich ihre Beteiligung mit entsprechendem Know-how relativ schnell nachweisen. Alle drei weisen in ihren Geschäftsberichten eine Beteiligung am BlackRock Global Allocation Fund aus, welcher unter anderem den S&P500 abbildet. Dieser Index wird von S&P Dow Jones Indices bereitgestellt und beinhaltet gleich zwei Konzerne, welche an der Produktion nuklearer Rüstung beteiligt sind. Neben Boeing, der auch für die zivile Flugfahrt produziert, ist dies Honeywell. Da der Fonds den S&P500 unter anderem mit dem FTSE World Index kombiniert, erhält der Atomwaffenhersteller Safran SA an dieser Stelle ebenfalls Kapital.

Wie bereits weiter oben erwähnt: Sobald ich einem beliebigen Teil dieses Konzerns mein Kapital zur Verfügung stelle, kann dieses innerhalb des Unternehmens frei verwendet werden, ohne dass mir noch eine Einflussmöglichkeit bliebe.

Neben diesen passiven Investitionen tätigt insbesondere die Allianz AG umfangreiche Direktinvestitionen in die Nuklearwaffenproduktion. Schätzungen zufolge investiert sie insgesamt über 900 Millionen US-Dollar in Atomwaffenhersteller. Neben der Allianz AG sind die am stärksten in nukleare Rüstung involvierten deutschen Kapitalverwaltungsgesellschaften die Deutsche Bank (ca. 6757,4 Millionen US-Dollar), die DZ Bank, der Mutterkonzern der Volksbanken-Raiffeisenbanken (ca. 1525,1 Millionen US-Dollar), die Commerzbank (ca. 1322,3 Millionen US-Dollar), die BayernLB (ca. 518,6 Millionen US-Dollar), die IKB Deutsche

Keine der drei größten deutschen Versicherungsgesellschaften scheint ein Interesse daran zu haben, nicht in nukleare Rüstung zu investieren

dings erst im November 2019 unterzeichnet, weswegen zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes noch keine Daten zur Verfügung gestellt wurden. Auf der Liste der Unterzeichnenden der UNPRI findet sich unter anderem die Warburg Invest, einer der wichtigsten Akteure in den – wie mittlerweile gerichtlich festgestellt wurde – strafbaren Cum-Ex-/Cum-Cum-Raubzügen auf Kosten des Fiskus. Eine bloße Unterzeichnung der Richtlinien impliziert also nicht notwendig ein moralisch geleitetes Investmentverhalten und/oder den Verzicht auf Investitionen in kontroverse Waffen. Weiterhin finde ich im Sustainability Report der Talanx AG keinen einzigen Hinweis dazu, wie sich der

Industriebank Aktiengesellschaft (ca. 163,2 Millionen US-Dollar), die Landesbank Hessen-Thüringen (ca. 148,1 Millionen US-Dollar), die KfW (ca. 115,1 Millionen US-Dollar), die Landesbank Baden-Württemberg (ca. 115,1 Millionen US-Dollar), sowie Siemens (ca. 114,1 Millionen US-Dollar) und Munich Re (ca. 43 Millionen US-Dollar).¹²

Entgegen der Ohnmacht: Bestrebungen und Handlungsansätze

Die Komplexität der Zusammenhänge lässt die Frage naheliegend erscheinen, ob es überhaupt erfolversprechende Handlungsansätze gibt, die Finanzierung von Atomwaffenkonzernen zu erschweren oder zu verhindern. Einleitend sei gesagt, dass der effektivste und sicherste Weg zur Ächtung von Nuklearwaffen der politische ist. Wenn die jahrelange politische Kampagnen- und Überzeugungsarbeit ihr anvisiertes Ziel erreicht und eine stetig wachsende Zahl Nationalstaaten den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren, wird über dieses Instrument die größtmögliche Wirkung erzielt. Bis dato ist der Vertrag von 81 Staaten unterzeichnet und von 35 ratifiziert¹³. Hierbei wird nicht nur die staatliche Finanzierung von Atomwaffen verhindert, welche den Löwenanteil ausmacht, sondern zeitgleich ein klares Zeichen an Finanzmarktakteure gesendet. Es ist davon auszugehen, dass Banken und Versicherungen, die gerade durch die letzte Krise von 2007/2008 in Verruf geraten sind, stark an der Pflege eines positiven Images interessiert sind; deswegen ist durch die weitere Unterzeichnung und Ratifikation des Verbotsvertrages ein teilweiser Rückzug aus der Finanzierung nuklearer Rüstung zu erwarten. Zum Ziele der Kappung von Finanzmitteln für die Atomwaffenproduktion reicht dieser Weg allein jedoch noch lange nicht.

Neben diesem Ansatz gab und gibt es weitere Maßnahmen. So haben öffentliche Konfrontation, zivilgesellschaftliche Advocacy-Bemühungen und direkte Gespräche dazu geführt, dass sogar die Deutsche Bank, welche überdurchschnittlich häufig durch kontroverse und menschenrechtsverletzende

Investitionen auffällt¹⁴, Richtlinien entwickelt hat, welche Investitionen in Atomwaffenkonzerne untersagen. Diese bestehen jedoch aus mehr Schlupflöchern als Verpflichtungen, und selbst deren Umsetzung lässt sich als mangelhaft bezeichnen.¹⁵ Die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Schaffung von Richtlinien für nachhaltiges Investment scheinen vielversprechend und haben gewisse Erfolge hervorbringen können. An dieser Stelle wird ein großes Problem von Finanzmärkten direkt attackiert: Intransparenz. Da die teilnehmenden Institutionen sich verpflichten, ein öffentliches Reporting abzulegen, werden ihre Finanzströme für eine kritische Öffentlichkeit mit relativ geringem Aufwand einsehbar und nachvollziehbar. Sie können kommentiert und damit

***Wenn ich etwas zu verheimlichen habe,
werde ich mich kaum freiwillig
dazu verpflichten, meine Finanzen voll-
ständig öffentlich darzulegen***

öffentlicher Druck geschaffen werden. Hierbei bleiben jedoch zwei Probleme unangetastet: Ambitionen supranationaler Institutionen wie der UN können potenziell durch stärkere Souveränitätsrechte von Nationalstaaten ausgehebelt werden. Weiterhin basiert der oben geschilderte Ansatz ausschließlich auf freiwilliger Selbstverpflichtung. Wenn ich etwas zu verheimlichen habe, werde ich mich kaum freiwillig dazu verpflichten, meine Finanzen vollständig öffentlich darzulegen. Dazu muss auf die Beteiligten öffentlicher Druck ausgeübt werden. So hat ICAN eine Online-Aktion durchgeführt, in deren Rahmen unter anderem die Volksbanken-Raiffeisenbanken dazu aufgefordert wurden, ihre kontroversen Investitionen abzustellen. Daraufhin rühmte sich die Bankengruppe mit der Formulierung neuer Richtlinien, die jedoch nichts an ihrer Beteiligung an nuklearen Massenvernichtungswaffen ändern. Zwar werden keine projektbasierten Kredite zur Entwicklung von Nuklearwaffen mehr gewährt, jedoch weiterhin Kredite für „allgemeine Zwecke“ an Atomwaffenproduzenten vergeben.

Auch solche Methoden erzielen also nur begrenzte Effekte. Hinzu kommt, dass durch den Investitionsmechanismus passiver Indexfonds das bereits erwähnte Verantwortungsloch entsteht. Werden Kapitalverwaltungsgesellschaften damit konfrontiert, dass sie auf diesem Wege kontroverse Investitionen tätigen, verweisen sie zumeist darauf, dass Investieren in passive Indexfonds Usus und die Verantwortung bei den Fonds zu suchen ist. Die Fonds verweisen darauf, dass sie bloß Indizes abbilden, deren Schaffung nicht in ihrer Verantwortung liegt. Die Indexprovider ruhen sich auf dem Standpunkt aus, dass sie verschiedene Produkte für verschiedene Wünsche ausgeben – unter anderem Indizes, welche strengen ESG-Kriterien unterliegen. Es sei also an ihren Kund_innen, diese Entscheidung zu treffen.

Finanzmärkte und Kapitalverwaltungsgesellschaften dürfen sich ihrer Verantwortung dem Planeten und der Gesellschaft gegenüber nicht entziehen

Es gab verschiedene Versuche, in diesem Zirkus Verantwortlichkeit zu schaffen; so forderte 2019 die Initiative Swiss Sustainable Finance (deren Mitglieder immerhin ein Kapital von 6,8 Billionen US-Dollar verwalten) Indexprovider dazu auf, Unternehmen, welche an der Produktion kontroverser Waffen beteiligt sind, aus ihren Indizes zu entfernen. Die Reaktionen auf diese Forderung können getrost als lächerlich bezeichnet werden und eröffnen damit

einen tiefen Blick auf das abstinenten Verantwortungsbewusstsein einer krisenschaffenden Branche.¹⁶

Die Situation sowie ihre Strukturen sind hochkomplex, die bisher getätigten Vorstöße waren nicht von Erfolg gekrönt und reichen bei Weitem nicht aus; vor allem nicht bei Inbetrachtung der zu erwartenden Entwicklungen der globalen Finanzmärkte. Die politischen und gesellschaftlichen Mittel und Wege müssen ausgereizt werden, und es muss endlich ein massiver Druck auf konkret benannte Finanzmarktakteure ausgeübt werden.

Ein Zusammenspiel von individueller, gesellschaftlicher und struktureller Ebene ist notwendig, um die hier gestellten Forderungen nach Transparenz und Verantwortungsübernahme einzufordern und umzusetzen. Eines scheint offensichtlich: die nukleare Rüstungsindustrie wird nicht freiwillig die Produktion einstellen; genauso wenig wie die Finanzbranche selbstständig Investitionen in die lukrative Branche der Massenvernichtungswaffen aussetzen wird. Beides ist nur in Folge von koordiniertem, vielfältigem und öffentlichkeitswirksamen Druck zu erwarten.

Politische Mehrheiten zur nuklearen Abrüstung sind in Deutschland zu aktuellem Zeitpunkt nicht gegeben. Ohnehin ist Erfolg bei diesem Thema nur in fraktionsübergreifender Arbeit zu suchen. Diese wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ICAN durchgeführt, welche mit Politiker_innen verschiedener Fraktionen Gespräche führen, um sie von der Notwendigkeit eines Atomwaffenverbots und entsprechender politischer Handlungen zu überzeugen; von kommunalpolitischer über nationale und supranationale bis zur internationalen Ebene. Weiterhin ist die Schaffung einer informierten und engagierten Öffentlichkeit notwendig, welche ihrer Stimme im Diskurs Gehör verschafft. Möglich wären diese Prozesse selbstverständlich nicht ohne Individuen, welche bereit sind, Ressourcen einzubringen und Verantwortung zu tragen.

Finanzmärkte und Kapitalverwaltungsgesellschaften dürfen sich ihrer Verantwortung dem Planeten und der Gesellschaft gegenüber nicht entziehen. Aufgrund der mangelnden demokratischen Kontrolle und der oft

Der Autor



Robin Jaspert studiert Politikwissenschaften, Ethnologie und Wirtschaftssoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Studienschwerpunkte sind Strukturen von Finanzmärkten und ihre gesellschaftlichen Folgen. Neben der Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft an der Professur für Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie ist Robin Jaspert bei mehreren Gesellschafts- und friedenspolitischen Organisationen tätig, unter anderem als Botschafter für ICAN – die internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen.

undurchsichtigen Kapitalströme ist die Forderung nach Transparenz sowie der strikten Implementierung und Einhaltung von ESG-Kriterien an dieser Stelle grundlegend. Unbedingt zu erwähnen ist hier die Kampagne „Don't bank on the bomb“, welche sich seit Jahren für ein Divestment aus Nuklearwaffen einsetzt. Mittel zum Zweck sind hier Nachforschungen über Finanzierungszusammenhänge, Publikationen und direkte Gespräche mit Finanzmarktinstitutionen. Da an der Finanzierung von Nuklearwaffen jedoch nicht bloß ausgewählte Banken, sondern, wie in diesem Artikel gezeigt, eine Vielzahl von Kapitalverwaltungsgesellschaften beteiligt sind, müssen diese zu der Verantwortung gezwungen werden, selbstständig ihre Kunden vollumfänglich und transparent über kontroverse Investitionen ihrer Produkte zu informieren. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass Individuen nicht unwissentlich und oftmals auch unwillentlich an der Finanzierung von Atomwaffen beteiligt sind. Dies erfordert den Druck von Individuen, die zu einer Bank mit Moralkompass wechseln und von ihren Versicherungen die Änderung der Investmentrichtlinien und Transparenz einfordern.

Denn seien wir ehrlich: Covid-19 zeigt uns, dass die Ressourcen unserer Gesellschaft nicht in Massenvernichtungswaffen gesteckt werden dürfen, sondern an anderen Stellen dringend gebraucht werden.

- 1 NATO Public Diplomacy Division (2019): *Defence Expenditure of NATO Countries*. Brüssel, S. 7.
- 2 Körber Stiftung (2019): *The Berlin Pulse*. Hamburg, S. 37.
- 3 Reif, Kingston (2019): „Trump Budgets Boosts Nuclear Efforts“. <https://www.armscontrol.org/act/2019-04/news/trump-budget-boosts-nuclear-efforts> (Stand: 5.3.2020).
- 4 Granholm, Niklas und Rydqvist, John (2018): *Nuclear weapons in Europe: British and French deterrence forces*. Stockholm, S. 64.
- 5 N-TV (2019): „Neue Strategie der Abschreckung: Frankreichs Atomwaffen sollen EU schützen“. <https://www.n-tv.de/politik/Frankreichs-Atomwaffen-sollen-EU-schuetzen-article20850074.html> (Stand: 29.4.2020).
- 6 ICAN Germany (2019): „Umfrage: Deutsche gegen neue Atombomber“. <https://www.icanw.de/pressemeldungen/umfrage-deutsche-gegen-neue-atombomber/> (Stand: 5.3.2020).
- 7 Petry, Johannes, Fichtner, Jan und Heemskerck, Elke M. (2019): „Steering capital: the growing private authority of index providers in the age of passive asset management“. *Review of International Political Economy*. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09692290.2019.1699147>, S. 2. (Stand: 6.3.2020).
- 8 Fichtner, Jan, Heemskerck, Elke und Garcia-Bernardo, Javier (2019): „BlackRock, Vanguard and State Street own Corporate America“. <https://ponderwall.com/index.php/2019/09/29/vanguard-blackrock-statestreet-america/> (Stand: 9.3.2020).
- 9 Beenes, Maaïke (2019): *Beyond the bomb. Global exclusion of nuclear weapon producers*. Utrecht.
- 10 Sahr, Aaron (2017): *Keystroke-Kapitalismus: Ungleichheit auf Knopfdruck*. Hamburg, S. 24.
- 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2020): „Statistik zur privaten Altersvorsorge (Riester-Rente)“. <https://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Zusaetzliche-Altersvorsorge/statistik-zusaetzliche-altersvorsorge.html> (Stand: 29.4.2020).
- 12 Beenes, Maaïke (2019), S. 72–89.
- 13 ICAN Germany (2020): „Positionen zum Atomwaffenverbot“. <https://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/offizielle-positionen/> (Stand: 29.4.2020).
- 14 Facing Finance (2020): „Schlagwort-Archive: Deutsche Bank“. <https://www.facing-finance.org/de/tag/deutsche-bank/> (Stand: 29.4.2020).
- 15 Beenes, Maaïke (2019), S. 46.
- 16 Rust, Susanne (2019): „Index providers respond to controversial weapons campaign“. <https://www.ipe.com/index-providers-respond-to-controversial-weapons-campaign-/10029460.article> (Stand: 29.4.2020).

ERWEITERTE NUKLEARE ABSCHRECKUNG UND TEILHABE: GEMEINSAM ÜBERWINDEN, NICHT EINSAM AUSSTEIGEN

Autor: Wolfgang Richter

Die katholische Kirche hat mit dem Verdikt von Papst Franziskus und der Positionierung des Heiligen Stuhls für den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) ihre Interimsduldung der nuklearen Abschreckung aufgegeben. Diese Haltungsänderung stellt katholisch orientierte Soldaten der Bundeswehr vor einen Gewissenskonflikt, bekennt sich doch Deutschland zur NATO als einem Bündnis, das seine letzte Sicherheitsgarantie in der Androhung des Atomwaffeneinsatzes vor allem durch die USA, aber auch durch die kleineren, autonom agierenden Atommächte Großbritannien und Frankreich sieht, um vor einem Angriff abzuschrecken. Zudem hält Deutschland – wie auch Belgien, Italien und die Niederlande – an der „nuklearen Teilhabe“ fest. Sie bedeutet, dass US-Atombomben in diesen Ländern gelagert werden und im Verteidigungsfall – nach der Freigabe durch den US-Präsidenten – durch nationale Kampfpiloten eingesetzt werden können.

Die deutsche Kommission Justitia et Pax hat die Positionsänderung der katholischen Kirche mit der Schrift *Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung* ausführlich begründet. Dabei konzentriert sie sich vor allem auf die nicht verantwortbaren Folgen von Atomwaffeneinsätzen für die Zivilbevölkerung, welche das humanitäre Völkerrecht verletzt und die ethischen Bedenken im Kern begründen.

Die Argumentation ist nicht neu, gibt aber Anlass, die lange aus der Öffentlichkeit verschwundene Diskussion um die nukleare Abschreckung wieder öffentlich und transparent auszutragen, zumal es hier um Fragen von existenzieller Bedeutung geht. Doch müssen die vielfältigen Dimensionen des komplexen Sachverhalts abgewogen werden, um verantwortbare politische Entscheidungen und individuelle Orientierung zu ermöglichen.

Historische Wurzeln der nuklearen Abschreckung

Im Zweiten Weltkrieg war die Zivilbevölkerung massiven Luftangriffen der Kriegsgegner ausgesetzt. Während sie anfangs als „Kollateralschäden“ der Bekämpfung militärischer Ziele in Kauf genommen wurden, umfasste die

Abstract

Um eine weitere politische wie militärische Destabilisierung zu verhindern, muss Deutschland seine Führungsrolle in Europa verantwortlich wahrnehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt würde ein unilaterales Ausscheiden der Bundesrepublik aus der nuklearen Teilhabe die europäische Solidarität und Stabilität erschüttern. Gleichzeitig jedoch gilt es, Konzepte einer begrenzten Nuklearkriegsführung mit taktischen Atomwaffen zurückzudrängen und der konventionellen wie nuklearen Rüstungskontrolle neues Leben einzuhauchen. Das Konzept der nuklearen Abschreckung entstand zu Beginn des Kalten Krieges aus der konventionellen Unterlegenheit der USA und ihrer Verbündeten in Europa gegenüber der Sowjetunion. Während die Alliierten zu Beginn des Ost-West-Konfliktes im Falle eines Kriegsausbruches mit massiven Kernwaffenschlägen gegen die Sowjetunion drohten, wurde die Abschreckungsstrategie wegen der Entwicklung der strategischen nuklearen Zweitschlagfähigkeit der Sowjetunion durch die Stärkung der konventionellen Streitkräfte mehrfach angepasst. Die heute wieder auftretende „Abkopplungsdebatte“ hat hier ebenfalls ihren Ursprung.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden diverse Chancen verpasst, einen strategischen Interessenausgleich zwischen den USA und Russland zu schaffen. Spätestens seit der Krim-Annexion 2014 sind die Dilemmata der Eskalationstheorien wieder zurückgekehrt.

Zwar sind die Atomwaffenarsenale auf beiden Seiten bei Weitem nicht mehr so groß wie zu den Zeiten des Kalten Krieges, die gegenseitige gesicherte Zerstörungsfähigkeit besteht jedoch nach wie vor. Zudem tritt heute die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen in den Vordergrund.

„strategische Bombardierung“ später Angriffe auf die Rüstungsindustrie, die Verkehrsinfrastruktur und die städtische Zivilbevölkerung. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 kennzeichneten den furchtbaren Höhepunkt, aber auch das Ende der alliierten „strategischen“ Luftkriegführung. Sie verfolgte den Zweck, den Gegner zur Kapitulation zu zwingen, indem nicht nur seine Kriegswirtschaft zerstört und seine logistischen Verbindungslinien unterbrochen wurden, sondern auch die Moral der Zivilbevölkerung durch hohe Verluste so zermürbt wurde, dass selbst eine autoritäre Staatsführung aufgeben musste.

Gespalten blieb jedoch das historische Urteil darüber, inwiefern solche Luftangriffe tatsächlich kriegsentscheidend waren und ob diese Strategie ethisch und politisch verantwortbar war, zumal sie offensichtlich schwere Völkerrechtsverletzungen darstellten. Schon im Koreakrieg (1950–53) gab es erste Anzeichen, dass die zivilisierte Welt vor einem solchen Kriegsbild künftig zurückschreckte. Das Phänomen der „Selbstabschreckung“ war geboren und mit ihm die Frage, ob die Androhung dieser Strategie glaubwürdig vor einem Krieg abschrecken würde. Doch blieb die vorher unvorstellbare Wirkung von Flächenbombardements und einiger weniger „Superwaffen“ vor allem in der angelsächsischen Welt als ein Mittel im Gedächtnis, das versprach, einen Krieg gewinnen zu können, ohne dabei auf dem Gefechtsfeld hohe militärische Verluste in Kauf nehmen zu müssen.

Mit dem Beginn des Kalten Krieges in Europa gewann diese Interpretation neue politische Bedeutung. Der Westen unter der Führung der USA und Großbritanniens befürchtete, dass die Sowjetunion gemeinsam mit ihren Verbündeten ihre hohe konventionelle Überlegenheit dazu nutzen könnte, Westeuropa zu überrennen. Dort schien es politisch und wirtschaftlich nicht vertretbar, genügend konventionelle Streitkräfte aufzustellen, um ein militärisches Gleichgewicht herzustellen. Vor diesem Hintergrund erschien der Rückgriff auf die Androhung der atomaren Eskalation als ein strategischer Ausweg, um vor einem Angriff abzuschrecken und den Frieden zu erhalten. Die erste Nuklear-

strategie der USA und Großbritanniens drohte daher als Reaktion auf einen Angriff die Zerstörung der Bevölkerungszentren des Gegners an („*counter-city*“).

Konventionellen Streitkräften wies die Strategie der NATO anfangs nur eine „Stolperdraht“-Funktion zu.¹ Sie sollten einen Angriff eindeutig feststellen und kurzfristig verzögern, bevor die alliierten Atommächte mit massiven Nuklearschlägen gegen die Industrie- und Bevölkerungszentren sowie die politische Führung des Gegners reagierten. Allerdings musste diese

Mit der vorher unvorstellbaren Wirkung von Flächenbombardements und einiger weniger „Superwaffen“ entstand zugleich das Phänomen der „Selbstabschreckung“

Überlegung revidiert werden, als deutlich wurde, dass auch die Sowjetunion in der Lage war, mit Atomwaffen kurzer und mittlerer Reichweite Westeuropa zu bedrohen. Seither war es ein westeuropäisches und vor allem deutsches Anliegen, einen Atomkrieg auf dem potenziellen Gefechtsfeld in Mitteleuropa ebenso zu vermeiden wie die Zerstörungen eines konventionellen Bewegungskrieges.²

Folglich musste die NATO ihre konventionellen Streitkräfte stärken, um einen Angriff möglichst weit „vorne“ abzuwehren und die Notwendigkeit einer atomaren Eskalation zu begrenzen oder gegebenenfalls zu kontrollieren. Die Aufstellung der Bundeswehr ab 1955 hat die konventionelle Lage des Bündnisses zwar erheblich verbessert, doch das grundsätzliche Dilemma nicht beseitigt. Gleichwohl baute die NATO darauf, dass das US-amerikanische Kernwaffenpotenzial über die atomare „Eskalationsdominanz“ verfügte, sodass die UdSSR keine wesentlichen militärischen Vorteile erzielen könnte, bevor sich ihre Verluste ins Unerträgliche steigerten.³ Um die Eskalation abzustufen und konventionelle Angriffe zerschlagen zu können, ohne sofort das nukleare Inferno auszulösen, wurden den konventionellen Streitkräften „taktische“ Atomwaffen zugeordnet, die auf dem Gefechtsfeld und in der Verbindungszone bis zur sowjetischen Grenze gegen militä-

rische Ziele eingesetzt werden konnten.⁴ Auch die strategischen Atomstreitkräfte konzentrierten sich nun auf militärische Ziele wie das Führungssystem, die Verbindungswege, die zentrale Logistik sowie die Luft- und Raketenstreitkräfte des Gegners („*counter-force*“).

Spätestens mit dem Ende der Kubakrise 1962 und der Entwicklung sowjetischer Interkontinentalraketen wurde allerdings deutlich, dass diese Strategie an ihre Grenzen stieß. Die Sowjetunion war auf dem Wege zur nuklearen Parität mit den USA. Sie konnte nun auch ohne geografisch vorgeschobene Mittelstreckenraketen das Kernterritorium der USA unter nuklearer Bedrohung halten. Mit der Entwicklung überlebensfähiger Komponenten der strategischen nuklearen „Triade“ – landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM), seegestützten

stufiges Konzept vor, um vor einem Angriff abzuschrecken⁵: In der „Direktverteidigung“ sollte ein Angriff grenznah abgewehrt und eine nukleare Eskalation nach Möglichkeit vermieden werden; für den Fall, dass der Gegner den Angriff fortsetzte, drohte die NATO die „vorbedachte Eskalation“ an, also den selektiven „Ersteinsatz“ mit begrenzten Atomschlägen, um den Krieg zu beenden („*intra-war deterrence*“). Sollte der Gegner weiter eskalieren, so drohte ihm die „allgemeine nukleare Reaktion“ der NATO-Atomkräfte und ihrer Verbündeten.

Abschreckung bedeutete demnach die glaubwürdige Kommunikation der militärischen Fähigkeit und des politischen Willens, einen Angriff erfolgreich abzuwehren (*denial*) oder dem Angreifer unkalkulierbare und unannehmbare Schäden zuzufügen, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu etwaigen Gewinnen der militärischen Aggression stehen (*punishment*). Dem lag die Annahme zugrunde, dass der Gegner die Absicht erkennen und rational handeln würde.

Seit den späten 1960er-Jahren stellen die nukleare Parität und strategische Zweitschlagfähigkeit der USA und der Sowjetunion (heute Russlands) das Eskalationskonzept der NATO vor ein kaum auflösbares konzeptionelles Dilemma. Einerseits ist es ein Gebot menschlicher Vernunft, dass beide Atomkräfte einen strategisch-nuklearen Schlagabtausch gegen ihre Kernterritorien („Sanktuarien“) und ihre kritische militärische und zivile Infrastruktur vermeiden müssen, da er zur gegenseitigen Vernichtung führen würde. Die wechselseitige Abschreckung vor dem strategischen „Erstschlag“ ist seither die Hauptaufgabe der „strategischen Triade“. Andererseits hielten die USA und die NATO am Konzept der „erweiterten Abschreckung“, also der Androhung der selektiven nuklearen Eskalation mit dem Einsatz von „taktischen“, aber auch weiterreichenden Atomwaffen fest, um einen konventionellen Angriff auf Westeuropa abzuschrecken. Mit zahlreichen „taktischen“ Atomwaffen waren allerdings auch die sowjetischen konventionellen Streitkräfte ausgerüstet. Darüber hinaus konnten sowjetische Mittelstreckenraketen und Fernbomber Westeuropa nuklear bedrohen.

Somit stand die Nuklearplanung der NATO

Seit den späten 1960er-Jahren stellen die nukleare Parität und strategische Zweitschlagfähigkeit der USA und der Sowjetunion (heute Russlands) das Eskalationskonzept der NATO vor ein kaum auflösbares konzeptionelles Dilemma

Langstreckenraketen auf U-Booten (SLBM) und schweren Kampfbombern mit interkontinentaler Reichweite – verfügte die Sowjetunion von nun an wie die USA über die strategische „Zweitschlagfähigkeit“. Sie bedeutet, dass auch dann, wenn der Angreifer einen „Erstschlag“ ausgelöst hat, der getroffene Staat noch immer über genügend strategische Atomwaffen verfügt, um das Kernland des Angreifers ebenfalls vernichtend zu treffen. Das Eskalationskonzept der NATO musste von nun an unter der Bedingung der gesicherten gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit (MAD = *Mutual Assured Destruction*) formuliert werden.

Konzeptionelle Dilemmata der „erweiterten nuklearen Abschreckung“

Die NATO hat diesen strategischen Veränderungen jeweils durch die Anpassung ihrer Militärstrategie und die Stärkung ihrer konventionellen Kräfte Rechnung getragen. Die Strategie der „flexiblen Reaktion“ von 1968 sah ein drei-

vor der Aufgabe, ein Abschreckungskonzept zu formulieren, das einerseits dem etwaigen Angreifer das Risiko untragbarer Schäden androhte, andererseits aber die eigenen Risiken einer nuklearen Eskalation für so begrenzt oder hinnehmbar erklärte, dass die Eskalationsdrohung nicht durch eine offensichtliche Selbstabschreckung ausgehebelt würde. Bei der Abfassung der politischen Richtlinien der NATO für die nukleare Einsatzplanung traten die Interessenunterschiede zwischen der Atommacht USA und den Staaten des „Gefechtsfelds Mitteleuropa“ jedoch deutlich zutage. Während die USA aus naheliegenden Gründen eine frühe strategische Eskalation zu vermeiden suchten, befürchteten Deutschland und seine unmittelbaren Nachbarn, dass die vorbedachte Eskalation eine atomare Eskalationsspirale auslösen und sich zu einem regional begrenzten Atomkrieg zulasten der Mitteleuropäer ausweiten könnte.⁶

Da es für dieses Dilemma keine eindeutige Lösung gab, entschied sich das Bündnis für eine Strategie der Ambivalenz, welche die Unkalkulierbarkeit der Risiken für einen Angreifer betonte, aber die wahrscheinlich untragbaren Folgen einer nuklearen Eskalation für die Verbündeten vernachlässigte. Eine Einigung auf ein bestimmtes, vorgeplantes Eskalationsmuster für den Fall eines überwältigenden konventionellen Angriffs war aus ihrer Sicht weder möglich noch erforderlich, sofern es gelang, den Gegner im Ungewissen zu halten und ihm die unberechenbaren Risiken der weiteren Eskalation aufzubürden. Voraussetzung dafür waren die Vielfalt der Optionen, die der NATO zur Verfügung standen, und die Annahme, dass der Gegner die Bündnisreaktion nicht vorhersehen konnte. Die „Eskalationsdominanz“ der Allianz sollte in jedem vorstellbaren Szenario gewahrt und so der potenzielle Aggressor abgeschreckt werden.⁷

Vor diesem Hintergrund hielten die USA ein breites Arsenal unterschiedlicher „taktischer“ (substrategischer) Nuklearwaffen für die NATO in Europa bereit, von U-Boot-Abwehrwaffen, Flugabwehrraketen, Atomgranaten für die Artillerie über Kurzstreckenraketen bis hin zu Freifallbomben, die von „Dual Use“-Kampfflugzeugen eingesetzt werden konnten. Zugleich

wurde der NATO auch eine Anzahl strategischer Atomwaffen für planerische Zwecke zugeordnet. Besonders Deutschland legte Wert darauf, dass ein selektiver Ersteinsatz das politische Signal gab, dass eine nukleare Eskalation nicht auf das mitteleuropäische Gefechtsfeld begrenzt werden könne. Daher forderte es die konzeptionelle Einbeziehung strategischer Kräfte zu einem frühen Zeitpunkt.⁸ Die USA betonten dagegen die Notwendigkeit, einen Angriff in Mitteleuropa und an den europäischen Flanken notfalls mit taktischen Kernwaffen zu

5000 der insgesamt 7000 US-Atomwaffen in Europa waren in Westdeutschland gelagert

zerschlagen. Sie sollten nicht nur für eine „selektive Eskalation“ zur Verfügung stehen, sondern auch im Falle einer „allgemeinen nuklearen Reaktion“ zum Einsatz kommen.

Das Kompromisskonzept, sich auf nichts festzulegen, aber alles vorzubereiten, resultierte schließlich in der Bereitstellung von mehr als 7000 Atomwaffen der USA in Europa⁹, von denen 5000 in Westdeutschland gelagert waren. Für die Berechnung der erforderlichen Sprengköpfe musste die Vielfalt der Trägermittel ebenso berücksichtigt werden wie ihre regionale Verfügbarkeit, ihre operative Auflockerung und die Erfordernisse der Reservebildung, um etwaige Verluste auszugleichen.

Auch die Sowjetunion hielt etwa 3000 „taktische“ Atomwaffen für ihre Stationierungstreitkräfte in Europa bereit.¹⁰ Zudem hielt sie Westeuropa mit Mittelstreckenraketen unter Bedrohung. Ihre Militärstrategie sah vor, im Kriegsfall mit schnellen und tiefen Angriffsstößen in die Offensive zu gehen. Dabei ging sie vom unvermeidbaren Einsatz von Kernwaffen aus. Hieraus ergab sich das Dilemma des Eskalationskonzepts der NATO: Es konnte vielleicht den eigenen Ersteinsatz begrenzen; doch konnte der Gegner reziprok reagieren, somit Lücken in die Verteidigung schlagen und den Angriff fortsetzen. Jedenfalls war seine Reaktion ebenso unberechenbar wie das Eskalationskonzept der NATO und die Gefahr der Zer-

störung des „Gefechtsfelds“ nicht von der Hand zu weisen. Es war schwer vorstellbar, wie der Krieg zum Stillstand kommen sollte, wenn der Gegner nach der gleichen Logik operierte wie die NATO.

Nach Auffassung Frankreichs war (und ist) nur die Androhung von strategischen Schlägen gegen kritische Ziele im Kernland des Aggressors in der Lage, vor einem regionalen Atomkrieg abzuschrecken.¹¹ Das war zwar nach dem strategischen Konzept der NATO nicht ausgeschlossen, jedoch sehr unwahrscheinlich, sofern die USA nicht bereit waren, amerikanische Städte aufs Spiel zu setzen, um deutsche Städte zu retten. Andererseits konnten sowjetische Angriffskräfte militärisch zerschlagen werden, wenn auch die USA skrupellos genug waren, das Gefechtsfeld Mitteleuropa zu zerstören. Die Frage war, für wie glaubwürdig die sowjetische Führung die eine oder andere Option hielt.

Hier hat die „Abkoppelungsdebatte“ ihren Ursprung. Sie dreht sich um die (west-)europäische Sorge, nicht mehr unter dem Schutz strategischer Atomwaffen der USA zu stehen, die dem eigenen Überlebensinteresse Vorrang geben mussten. Sie hat sich am Ende der 1970er-Jahre nach der Aufstellung der weitreichenden sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-20 verschärft und schließlich zum Doppelbeschluss der NATO von 1979 geführt. Als Folge begannen

anz aus und verfolgt seither eine autonome Nuklearstrategie. (West-)Deutschland hielt am Status als Nichtnuklearstaat fest und schlug einen anderen Weg ein. Getrieben von der Sorge, dass die USA im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik zu früh, zu spät, zu begrenzt, zu massiv oder gar nicht eskalieren würde, hat sie die Mitsprache in der Nuklearplanung vor allem durch das Mittel der „nuklearen Teilhabe“ gesucht.¹⁴ Hunderten deutscher Trägerwaffen – Kampfflugzeugen, Luftabwehrraketen, Artilleriegeschützen, Kurzstreckenraketen und Mittelstreckenraketen Pershing 1a – waren Atomsprengkörper der USA zugeordnet. Im Frieden standen sie unter der Verwahrung amerikanischer *custodial teams*; im Konfliktfall konnten sie jedoch von deutschen Verbänden eingesetzt werden, wenn der Präsident der USA ihre Freigabe angeordnet hätte. Damit konnten deutsche Trägerwaffen nicht nur das deutsche „Gefechtsfeld“ abdecken, sondern mit Jagdbombern und – als einziger Staat neben den USA – mit Pershing 1a auch das sowjetisch kontrollierte Glacis bis hin zur polnisch-sowjetischen Grenze.

Die „nukleare Teilhabe“ verfolgte mehrere Zwecke:

- Die Bindung der USA an Deutschland, da im Falle eines Angriffes auch Truppen und Atomwaffen der USA unmittelbar betroffen gewesen wären und ihr Einsatz unvermeidbar schien;
- die Risiko- und Lastenteilung im Bündnis, zumal auch Deutschland für den Atomwaffeneinsatz Mitverantwortung trug und durch seine geografische Lage potenzielles Zielgebiet war;
- die Sicherung einer deutschen Sonderrolle in der Nuklearplanung der NATO neben den Atomwaffenmächten USA und Großbritannien;
- die Schaffung eines zusätzlichen Risikos für sowjetische Streitkräfte, da unklar blieb, wann amerikanische Waffen für den Einsatz durch deutsche Trägersysteme freigegeben würden;
- und nicht zuletzt ein „zweiter Schlüssel“ Deutschlands für den Atomwaffeneinsatz auf und von deutschem Boden, da die Trägermittel der Bundeswehr trotz ihrer operativen Zuordnung zur NATO im Kriegsfall nicht dem Präsidenten der USA, sondern letztlich dem deutschen Bundeskanzler unterstanden. Er konnte also „deutsche“ Atomeinsätze auch verhindern.

Getrieben von der Sorge, dass die USA im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik zu früh, zu spät, zu begrenzt, zu massiv oder gar nicht eskalieren würde, hat diese die Mitsprache in der Nuklearplanung vor allem durch die „nukleare Teilhabe“ gesucht

die USA ab 1983 damit, 108 Mittelstreckenraketen des Typs Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper in Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien zu stationieren.¹² Sie konnten kritische Ziele im sowjetischen Kernterritorium bis über Moskau hinaus treffen. Doch bot die NATO seit dem Harmel-Bericht von 1967 auch Dialog und Rüstungskontrolle an.¹³

Frankreich schied angesichts des Strategiewechsels der NATO 1967 aus der militärischen Integration und der Nuklearplanung der Alli-

Veränderung der politischen Rahmenbedingungen und verpasste Chancen

Das Ende des Kalten Krieges, das mit der Reformpolitik von Präsident Gorbatschow und dem Dialogangebot des Westens eingeleitet worden war, bot die Chance, die militärische Bedrohung abzubauen und die Konfrontation durch eine künftige Sicherheitskooperation abzulösen. Ihr erster greifbarer Ausdruck war der INF-Vertrag vom Dezember 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion, der den Besitz, die Produktion und den Test landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km verbot. Im Mai 1991 waren alle circa 2700 ballistischen Raketen und Marschflugkörper dieser Kategorie unter intrusiver Verifikation abgebaut.¹⁵ Im gleichen Jahr begrenzte das bilaterale START I-Abkommen die Zahl dislozierter strategischer Trägersysteme auf 1600 mit maximal 6000 Gefechtsköpfen.¹⁶

Dem INF-Vertrag folgte 1990 der KSE-Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa. Er schuf ein militärisches Gleichgewicht zwischen den beiden damaligen Blöcken und führte zur Abrüstung von circa 50.000 vertragsbegrenzten Waffensystemen bis 1996. Russland und Deutschland trugen die Hauptlast der Reduzierungen.¹⁷ Weitere, auch freiwillige Absenkungen folgten bis zur Jahrtausendwende; die Zahl der abgebauten Waffensysteme stieg auf über 100.000.

Die Vereinigung Deutschlands, die Pariser Charta der KSZE und deren Umwandlung in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Rückzug russischer Truppen aus Mitteleuropa und dem Baltikum, die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zerfall der Sowjetunion kennzeichneten den historischen Paradigmenwechsel. Damit war auch die Wahrscheinlichkeit eines Bündniskonflikts in Europa geschwunden und mit ihr die Notwendigkeit, eine Vielzahl von Kernwaffen für eine nukleare Eskalation vorzuhalten. Die Präsidenten Gorbatschow und Reagan waren sich einig, dass ein Atomkrieg nie gewonnen werden könne und nie geführt werden dürfe.

1991/92 verständigten sich die Präsidenten der USA und der Sowjetunion bzw. Russlands darauf, ihre taktischen Atomwaffen ohne vertragsrechtliche Vereinbarungen (fast) vollständig aus den Stationierungsländern abziehen und erheblich zu reduzieren. Allerdings hielten die USA noch circa 600 Freifallbomben in den Ländern der „nuklearen Teilhabe“ zurück, und dies auch aufgrund deutscher Bedenken.¹⁸ Bis

Die Präsidenten Gorbatschow und Reagan waren sich einig, dass ein Atomkrieg nie gewonnen werden könne und nie geführt werden dürfe

heute ist die Zahl der stationierten Atomwaffen auf vermutlich 150 zurückgegangen, davon etwa 20 in Deutschland.

Obwohl von nun an das strategische Konzept der NATO¹⁹ betonte, dass unter den gegebenen Umständen die Option eines Nukleareinsatzes sehr weit entfernt sei, hielt sie grundsätzlich an der nuklearen Abschreckung fest und gab die Möglichkeit eines Ersteinsatzes nie formell auf.

Diese Haltung spielte auch eine Rolle bei der Osterweiterung der NATO, die ab 1999 zum Beitritt von bisher insgesamt 14 Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas führte. Den Bedenken Moskaus, dass NATO-Truppen und amerikanische Nukleargarantien näher an die russischen Grenzen heranrückten, das Gleichgewichtskonzept des KSE-Vertrags zerstörten und das Ziel der Sicherheitskooperation gefährdeten, trug die Allianz in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 Rechnung. Sie fasste zunächst nur drei Beitrittsstaaten ins Auge und sicherte zu, keine zusätzlichen substantiellen Kampftruppen dauerhaft in den Beitrittsländern zu stationieren. Es gebe auch keine Planung, keine Absicht und keinen Grund, dort Atomwaffen zu stationieren. Zudem verpflichtete sie sich, den KSE-Vertrag an die neue Lage anzupassen, mit einer gestärkten OSZE einen gemeinsamen Sicherheitsraum ohne Trennlinien zu schaffen und auch die Sicherheitskooperation zwischen der NATO und Russland weiter zu festigen.²⁰

Trotz dieser erneuten Bemühungen, durch Zurückhaltungserklärungen den strategischen Interessenausgleich zu bewahren, befürchtete Moskau nach der Jahrtausendwende, dass die USA ein neues geopolitisches Nullsummenspiel zum Nachteil Russlands begonnen hatten. Anlass dafür waren zunächst der Rückzug der Bush-Administration aus dem Vertrag über die Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme von 1972 (ABM-Vertrag) im Jahre 2002 und ihre Ankündigung, eine strategische Raketenabwehr auf dem US-Kontinent, in Europa und zur See aufzubauen. Der Kreml sah darin den Versuch, langfristig die russische Zweitschlagfähigkeit auszuhebeln. Hatte er nach dem Terrorangriff auf die USA am 11. September 2001 noch seine Solidarität bekundet und

Peacekeeper in Südossetien im August 2008 und die Intervention Moskaus führten zu einem Tiefpunkt der Beziehungen mit dem Westen.²¹

Vorübergehend konnte die von Präsident Obama 2009 eingeleitete „Reset“-Politik wieder konstruktive Beziehungen zu Russland herstellen. Mit dem New START-Vertrag gelang es 2010, die weitere Reduzierung strategischer Atomwaffen zu vereinbaren. Er lässt noch maximal 1550 dislozierte Gefechtsköpfe für bis zu 700 strategische Trägersysteme zu. 100 weitere Träger dürfen in Reserve gehalten werden. Der Vertrag läuft im Februar 2021 aus. Er kann um fünf Jahre verlängert werden. Doch Präsident Trump zögert und will erst China einbinden.

Das Jahr 2014 markierte einen neuen tiefgreifenden Paradigmenwechsel in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. In der Annahme, dass ein Erfolg des Maidan-Aufstands die Ukraine ins westliche Lager führen würde und die USA ihre militärische Präsenz bis zum Don und zu den Basen der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim ausdehnen könnte, annektierte Moskau völkerrechtswidrig die Krim und unterstützte Rebellen in der Ostukraine. Die Begründung, Landsleute schützen zu müssen, verstärkte latent vorhandene Ängste vor allem in den baltischen Staaten und Polen. Um ein ähnliches russisches Vorgehen an ihrer Nordostflanke abzuschrecken, ergriff die NATO militärische Rückversicherungsmaßnahmen.²² Sie intensivierte die Luft- und Seeraumüberwachung, verstärkte die schnellen Reaktionskräfte und stationierte begrenzte Kampftruppenkontingente im Baltikum, in Polen und in Rumänien. Seither steht die Frage der Nukleargarantien wieder auf der Agenda, und mit ihr kehren die Dilemmata der Eskalationstheorien des Kalten Krieges zurück.

Seit 2014 steht die Frage der Nukleargarantien wieder auf der Agenda, und mit ihr kehren die Dilemmata der Eskalationstheorien des Kalten Krieges zurück

den Afghanistaneinsatz unterstützt, so verurteilte er 2003 die Intervention im Irak, wie auch die Kosovo- und Libyen-Interventionen (1999/2011), als Völkerrechtsbruch und Abkehr von der regelbasierten Weltordnung.

Das KSE-Anpassungsabkommen (AKSE) wurde 1999 zwar von allen KSE-Vertragsstaaten unterzeichnet, aber nur von vier Staaten, darunter Russland, ratifiziert. Dass die USA in der Allianz Druck ausübten, um die Ratifikation des AKSE zu verhindern, gleichzeitig aber die NATO-Osterweiterung vorantrieb, Truppen in Rumänien und Bulgarien stationierte und schließlich den NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens forcierte, führte zu einer radikalen Politikwende in Moskau. Ende 2007 suspendierte es den „alten“ KSE-Vertrag, dessen Gleichgewichtskonzept obsolet war. Je näher die USA ihre militärische Präsenz an die russischen Grenzen heranschob wie in Georgien, desto nervöser reagierte Moskau und stärkte Separatistenregime in den postsowjetischen Territorialkonflikten. Der georgische Angriff auf Zchinvali und russische

Aktuelle politische und konzeptionelle Erwägungen

Die heutige politische und militärische Lage ist mit der im Kalten Krieg nicht vergleichbar. Die erweiterte NATO steht geografisch 700 bis 1000 Kilometer weiter östlich als im Jahr

1989. Sie ist Russland insgesamt konventionell überlegen, auch wenn russische Truppen gegenüber den baltischen Ländern operative Vorteile genießen. Doch hat Moskau Kräfte in der Ukraine und Syrien gebunden, muss seine wenigen Verbündeten stützen und hat nach der Streitkräfte reform seinen Militäretat abgesenkt. Es kann und will keinen Bündniskrieg mit globalen Folgen riskieren, fürchtet vielmehr die strategische Destabilisierung durch Raketenabwehr und „prompt global strike“ und treibt den Rüstungswettlauf mit eigenen Rüstungsprojekten voran.

Während die operative Notwendigkeit für einen nuklearen Ersteinsatz der NATO nach wie vor sehr gering ist, hat sich das Dilemma der Eskalationslogik der „erweiterten Abschreckung“ verschärft. Das geografische Glacis, das die NATO und Russland im Kalten Krieg trennte, ist verschwunden. Atomeinsätze müssten entweder auf Bündnisgebiet oder im Territorium Russlands stattfinden. Atomangriffe gegen das „Sanktuarium“ einer nuklearen Supermacht sind jedoch mit dem hohen Risiko verbunden, dass ein reziproker Gegenschlag auf das Territorium des Angreifers erfolgt. Zwar haben die Rüstungskontrollabkommen SALT I/II, INF, START I, SORT und New START sowie unilaterale Reduzierungen substrategischer Waffen die Zahl und Vielfalt von Kernwaffen der USA und Russlands auf circa 20 Prozent der Bestände gesenkt, über die sie auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges verfügten. Doch halten beide Seiten noch immer jeweils mehr als 6000 Gefechtsköpfe, davon circa 3800 im aktiven Dienst. Dies sind circa 91 Prozent der weltweiten Atomwaffenbestände.²³ Die „Geschäftsgrundlage“ der gegenseitigen gesicherten Zerstörungsfähigkeit hat sich nicht grundsätzlich verändert.

Daraus haben mehrere amerikanische Experten und Regierungsbeamte die Schlussfolgerung gezogen, dass die USA in der Lage sein müssten, einen regional begrenzten Atomkrieg zu führen und zu gewinnen und gleichzeitig vor der strategischen Eskalation abzuschrecken. Dabei tragen sie westlichen Analysen Rechnung, dass Russland versucht sein könnte, etwaige Gewinne eines Angriffs mit einer begrenzten nuklearen Eskalation zu

sichern.²⁴ Um dennoch die Glaubwürdigkeit der „erweiterten Abschreckung“ zu gewährleisten, sollten „low yield“-Gefechtsköpfe für strategische und substrategische Trägersysteme zur Verfügung stehen, um die Auswirkungen atomarer Einsätze begrenzen zu können. In diesem Kontext hat die *Nuclear Posture Review* der USA von 2018 die Entwicklung solcher Gefechtsköpfe für SLBM und seegestützte Marschflugkörper angekündigt. Auch die Freifallbomben B 61-3/4, die für die nukleare Teilhabe vorgesehen sind, erlauben variable Detonationsstärken. Die derzeitige Umrüstung auf die Version B 61-12

Die „Geschäftsgrundlage“ der gegenseitigen gesicherten Zerstörungsfähigkeit hat sich nicht grundsätzlich verändert

steigert zudem die Präzision und Abstandsfähigkeit der Bombe, die auch in Deutschland stationiert ist.²⁵ Obwohl die operative Notwendigkeit eines Atomeinsatzes schwer zu begründen wäre, wächst somit in der Krise die Gefahr, dass ein begrenzter Atomkrieg für möglich gehalten wird, der zulasten von Verbündeten geführt würde. Sie ergibt sich aus dem nationalen Interesse der USA, einen vernichtenden strategischen Schlagabtausch zu vermeiden, aber die erweiterte Abschreckung im Konfliktfall durchzusetzen.

Weit deutlicher als im Kalten Krieg tritt jedoch heute die Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen in den Vordergrund. Zwar sind nach seinem Ende die Atommächte Frankreich und China sowie die potenziel-

Der Autor

Oberst a.D. Wolfgang Richter ist Mitglied der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Bis 2009 war er Leiter des militärischen Anteils der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der OSZE in Wien, zuvor unter anderem Abteilungsleiter (globale und europäische Rüstungskontrolle) im Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr. Voraus gingen Verwendungen als Fallschirmjägeroffizier und im Generalstabsdienst, unter anderem im Bundesministerium der Verteidigung und beim NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons (Belgien).



len Atommächte Südafrika, Ukraine, Belarus, Kasachstan und Brasilien dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) beigetreten, dem mittlerweile fast alle VN-Staaten angehören. Doch sind neue Atommächte entstanden, die außerhalb des NVV stehen: Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Zudem steht Iran im Verdacht, Spaltmaterial anzureichern, um Atomwaffen bauen zu können. Der „Iran-Deal“ (JCPOA) von 2015 hat diese Option unterbrochen und den Iran unter präzedenzlose Überwachungsmaßnahmen der IAEA gestellt. Mit dem Rückzug Präsident Trumps aus dem Abkommen hat sich der Konflikt wieder verschärft.²⁶

Nicht nur die Fälle Iran und Nordkorea zeigen, dass der NVV unter Druck geraten ist. Dabei geht es nicht nur um Ausbrüche aus der nuklearen Ordnung, um regionale Machtansprüche durchzusetzen oder befürchtete Interventionen abzuschrecken. Vielmehr wächst die Unzufriedenheit vieler VN-Staaten mit der Stagnation der nuklearen Abrüs-

sein, deren Androhung vor dem Krieg abschreckt.

Eine letztgültige Beweisführung erscheint nicht möglich. Gleichwohl sollte den wiederbelebten Theorien über Optionen einer begrenzten Atomkriegführung mit Nachdruck entgegengetreten werden. Denn sie könnten im Konfliktfall die Schwelle zu einem begrenzten Ersteinsatz auch gegen eine gleichrangige Nuklearmacht senken und eine unkalkulierbare Eskalationsspirale in Gang setzen, und dies vor allem zulasten der betroffenen Regionen. Vor diesem Hintergrund sollten auch die Modernisierung der B 61-Bomben und das Konzept der nuklearen Teilhabe neu bewertet werden.

Die deutsche Diskussion darüber darf nicht auf die Frage eines Nachfolgemodells für den betagten Tornado-Jagdbomber verengt werden, der auch viele andere Aufgaben bewältigen muss.²⁸ Vielmehr muss Klarheit darüber geschaffen werden, ob und inwieweit Deutschland die Nukleardoktrin der USA und Freigabeentscheidungen des US-Präsidenten beeinflussen kann, etwa über die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der NATO. Ihr gehören auch Staaten an, die nicht über nuklearfähige Flugzeuge (sogenannte DCA) verfügen und keine Atomwaffen stationieren. Die NPG erörtert die Rolle von Atomwaffen im strategischen Konzept der Allianz und gibt im Konfliktfall ein Votum ab. Über die amerikanische Nukleardoktrin und die Freigabe von Atomwaffen kann sie aber nicht „mitentscheiden“.²⁹ Diese Entscheidung liegt allein beim US-Präsidenten, und der ist zuerst den vitalen Interessen des amerikanischen Volkes verpflichtet.

Eine verantwortungsvolle Politik wird jedoch auch das Interesse am Zusammenhalt Europas und des Bündnisses berücksichtigen müssen. Trotz aller Zweifel an der Eskalationslogik kann nicht negiert werden, dass vor allem die mittel- und osteuropäischen Bündnispartner fest daran glauben, dass die Existenz amerikanischer Atomwaffen in Europa ihrem Schutz dient und die nukleare Teilhabe gerade Deutschlands als Schlüsselstaat und logistische Drehscheibe die USA an Europa bindet. Angesichts der aktuellen Kri-

Den wiederbelebten Theorien über Optionen einer begrenzten Atomkriegführung sollte mit Nachdruck entgegengetreten werden. Sie könnten im Konfliktfall eine unkalkulierbare Eskalationsspirale in Gang setzen

tung, dem erneuten qualitativen Rüstungswettlauf, dem Wiederaufleben der nuklearen Abschreckung in den Militärdoktrinen und der fortwährenden Ungleichheit der Staatenwelt. Hier liegt das Hauptmotiv für den neuen Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW), der die Ächtung vor allem mit den humanitären Folgen von Atomeinsätzen begründet.²⁷

Zwar ist schwer zu bestreiten, dass militärisch „wirksame“ Atomeinsätze zur Wiederherstellung der Abschreckung im Kriegsfall und mögliche reziproke Reaktionen furchtbare Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hätten und das Völkerrechtsgebot der Verhältnismäßigkeit militärischer Angriffe grob verletzen würden; jedoch könnten es gerade diese entsetzlichen Folgen einer Eskalation

se würde ein deutscher Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe kleinere Teilhabestaaten zur Nachahmung ermutigen, die NATO-Flankenstaaten aber entfremden und so zur Spaltung Europas und weiteren Destabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung führen. Eine Vorwärtsstationierung von Atomwaffen in den NATO-„Frontstaaten“ unter Bruch der NATO-Russland-Grundakte wäre nicht auszuschließen.³⁰ Russland würde dies als Provokation empfinden und reagieren.

Schlussfolgerungen

Der mahnende Hinweis auf die wahrscheinlichen humanitären Folgen von Atomeinsätzen ist legitim und aus kirchlicher und völkerrechtlicher Sicht notwendig und ethisch geboten. Doch darf eine politisch verantwortungsvolle Positionierung Deutschlands die Folgen eines unilateralen Ausscheidens aus der nuklearen Teilhabe nicht ausblenden. Das TPNW-Verbot der Mitgliedschaft in einem nuklearen Bündnis ist derzeit unvereinbar mit der Führungsrolle und Verantwortung Deutschlands für die Stabilität und Solidarität in Europa. Deutsche Politik darf nicht nur normative Ziele setzen, sondern muss mehrere Güter abwägen und mit konkreten, wirksamen und verantwortbaren Schritten agieren, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren, die nukleare Eskalationslogik zu überwinden.

Dazu muss sie erstens die weitere politische und militärische Destabilisierung Europas verhindern. Zweitens muss sie Konzepten entgegenreten, welche die Option begrenzter Nuklearkriege fördern wollen, und im Bündnis dafür eintreten, die Rolle von Atomwaffen im strategischen Konzept zu beschränken. Und drittens gilt es, die Integrität des Nichtverbreitungsvertrags zu erhalten und einer Spaltung der NVV-Staatengemeinschaft in zwei gegensätzliche Lager entgegenzuwirken: eines, das seine Sicherheit weiterhin in der Nukleargarantie der USA sucht, und ein anderes, das den Willen der Atomkräfte zur Abrüstung bezweifelt und einen konkurrierenden Verbotsvertrag fördert. Daher ist Deutschland in der Rolle des

Brückenbauers und des Motors für die Erneuerung der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle gefordert.

In diesem Kontext ist die Verlängerung des New START-Vertrags dringlich, da er anderenfalls in acht Monaten ausläuft. Damit würde Zeit gewonnen für die Verhandlung eines Folgevertrags, der künftige strategische Stabilität definiert und neue technologische Entwicklungen und weitere wichtige Akteure berücksichtigt. Um nach dem Ende des INF-Vertrags eine Neustationierung landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern, sollten die Bedingungen für

Deutschland ist in der Rolle des Brückenbauers und des Motors für die Erneuerung der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle gefordert

ein Moratorium geprüft werden. Vor allem geht es darum, in den Konflikten innerhalb und außerhalb Europas deeskalierend zu wirken und stabilisierende Rüstungskontrollvereinbarungen zu fördern, um die Rolle von Atomwaffen für die Sicherheit Europas weiter zu reduzieren. Schon ein erneutes Bekenntnis zum Statement der Präsidenten Gorbatschow und Reagan wäre ein wichtiges politisches Signal: Ein Atomkrieg kann nie gewonnen und darf nie geführt werden.

- 1 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (1970): *Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr*. Bonn, S. 27; NATO Informationsabteilung (Hg.) (1971): *NATO. Tatsachen und Dokumente*. Brüssel, S. 99 f.; Überblick bei Walpuski, Günter (1973): *Verteidigung+Entspannung=Sicherheit. Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik*. Bonn-Bad Godesberg, S. 15–22.
- 2 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: *Weißbücher Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr*. 1969, S. 20; 1970, S. 40; 1975/76, S. 21, 26 f., S. 87; 1979, S. 124; Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) (Hg.) (1975): *Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972*. 2. Aufl. München, S. 180 f.; BMVg FÜ H II 3 (2019): „Führungsrichtlinien für den Einsatz von Atomwaffen v. 18. Juli 1966“. In: Nübel, Christoph (Hg.) (2019): *Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945–1990. Bundesrepublik Deutschland und DDR im Ost-West-Konflikt*. Berlin. Dok. 87, S. 375–383.
- 3 Zum strategischen Problem der sowjetischen MRBM siehe Lutsch, Andreas (2020): *Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss*. Berlin/Boston, S. 69–94; zur Eskalationsdominanz auch Kahn, Herman (1966): *Die Politik mit der Vernichtungsspirale*. Deutsche Ausgabe, Berlin.
- 4 Van Cleave, William R. und Cohen, S. T. (1978): *Tactical Nuclear Weapons: An Examination of the Issues*. New York, v. a. S. 55–63; MGFA (1975), S. 47 f., S. 175 f.
- 5 NATO-Dokument MC 14/3 v. 16.01.1968, angenommen vom Military Committee am 13.9.1967 als MC 14/3: *Overall Strategic Concept for the Defense of the NATO Area*; vgl. auch MGFA (1975), S. 181; Nübel, Christoph (2019), Dok. 91 („Flexible Response“ und Bundeswehr), S. 393–403; vgl. auch Stratmann, K. P. (1981): *NATO Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa*. (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 5.) Baden-Baden, S. 59 ff.
- 6 Lutsch, Andreas (2020), S. 345–360, S. 388 ff., insbesondere S. 346–350, S. 355–357, S. 389–390; Nübel, Christoph (2019), Dok. 114 („Vorläufige Richtlinien für den defensiven taktischen Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO“ – Ihre Bedeutung für die BRD), S. 515–520.
- 7 Vgl. Lutsch, Andreas (2020), S. 358 f.
- 8 Vgl. Lutsch, Andreas (2020), S. 348, Fußnote 14.
- 9 Vgl. Lutsch, Andreas (2020), S. 357 mit Fußnote 63.
- 10 Insgesamt verfügte die UdSSR in allen strategischen Richtungen über etwa 21.700 taktische Atomgefechtsköpfe, davon 6700 für Heereskräfte, 3000 für die Luft- und Raketenabwehr, 7000 für die Luftwaffe und 5000 für die See- und Seeluftstreitkräfte. Zagorski, Andrei (2011): *Russia's Tactical Nuclear Weapons: Posture, Politics and Arms Control*. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. IFSH Heft 156. Hamburg, S. 16, Table 2; vgl. auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abg. Dallmeyer u. a. und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 9/653 – vom 30. Juli 1981, Anlage A.
- 11 „Speech of the President of the Republic Emmanuel Macron on the Defense and Deterrence Strategy, 7.2.2020“. <https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2020/02/07/speech-of-the-president-of-the-republic-on-the-defense-and-deterrence-strategy>; vgl. Auch Tertrais, Bruno (2019): *French nuclear deterrence policy, forces and future*. Paris, Januar 2019, S. 31–39. <https://www.frstrategie.org/sites/default/files/documents/publications/recherches-et-documents/2020/202004.pdf> (Stand: 28.5.2020).
- 12 Lutsch, Andreas (2020), S. 736 ff.
- 13 MGFA (1975), S. 182.
- 14 MGFA (1975), S. 176–177; ausführlich bei Lutsch, Andreas (2020), S. 368–373, S. 379–401, S. 407–432.
- 15 Vgl. Richter, Wolfgang (2018): „Der INF-Vertrag vor dem Aus. Ein nuklearer Rüstungswettlauf könnte dennoch vermieden werden“. SWP-Aktuell 2018/A 63, November 2018. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A63_rrw.pdf (Stand: 28.5.2020).
- 16 Kimball, Daryl und Reif, Kingston (Hg.) (2019): „U.S.-Russian Nuclear Arms Control Agreements at a Glance. Fact Sheets & Briefs“. Februar 2019, (Druck-JS. 2. <https://www.armscontrol.org/factsheets/USRussiaNuclearAgreements> (Stand: 28.5.2020).
- 17 „Schlussdokument der Ersten Konferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und der Abschließenden Akte der Verhandlungen über Personalstärken“ (vom 31.5.1996). In: Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (2006): *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) – Textsammlung*. Bd. 2. Geilenkirchen, S. 29 ff.; vgl. auch Richter, Wolfgang (2019): „Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Vom Gleichgewicht der Blöcke zur regionalen Stabilität in der Krise“. SWP-Studie, Juli 2019, S. 14. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S17_rrw.pdf (Stand: 28.5.2020).
- 18 Kimball, Daryl und Reif, Kingston (Hg.) (2019), (Druck-)S. 5.
- 19 NATO (2010): „Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation, Adopted by the Heads of State and Government in Lisbon“. (Active Engagement, Modern Defence.) 19th November 2010, No. 17-19, 26.
- 20 „Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation“. Paris, 27.5.1997, Section IV. Political-Military Matters. https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_25468.htm (Stand: 28.5.2020).
- 21 Überblick bei Richter, Wolfgang (2019), S. 33 ff.
- 22 NATO (2014): „Wales Summit Declaration“. Presseverlautbarung 120/2014, 5.9.2014, Nr. 8, 16–23 https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm?selectedLocale=en (Stand: 28.5.2020).
- NATO (2016): „Warsaw Summit Communiqué“. Presseverlautbarung 100/2016, 9.7.2016, Nr. 36–41. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm; NATO (2018): „Brussels Summit Declaration“. Presseverlautbarung 74/2018, 11.7.2018, Nr. 6, 47. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm (Stand: 28.5.2020).
- 23 Vgl. die Tabelle in Davenport, Kelsey und Reif, Kingston (2019): „Nuclear Weapons: Who Has What at a Glance. Fact Sheets & Briefs“. <https://www.armscontrol.org/factsheets/Nuclearweaponswhohaswhat> (Stand: 28.5.2020).
- 24 U.S. Department of Defense, Office of the Secretary of Defense (2018): *Nuclear Posture Review (NPR) 2018*. S. 8, S. 30, S. 53 f.; Colby, Elbridge (2018): „Against the Great Powers: Reflections on Balancing Nuclear and Conventional Power“. In: *Texas National Security Review*, Nov. 27, 2018. <https://tnsr.org/2018/11/against-the->

great-powers-reflections-on-balancing-nuclear-and-conventional-power (Stand: 28.5.2020); Loukionova, F. A. (2017): „The Evolving Russian Concept of Strategic Deterrence: Risks and Responses“. In: *Arms Control Today* No. 47 (6), S. 15–20; Congressional Research Service (2020): „Russia’s Nuclear Weapons: Doctrine, Forces, and Modernization.“ Update vom 2. Januar 2020. S. 3–7: “Russian Nuclear Doctrine“. <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R45861>, (Stand: 28.5.2020).
25 U.S. Department of Defense (2018), S. X ff., S. XIV, S. 22–23, S. 34–35, S. 48 f., S. 54 f., S. 61
26 Vgl. Azadeh, Zamirirad (2020): „Die Atomvereinbarung mit Iran. Gegenstand, Genese, Gefahren“. 15.5.2020. <https://www.bpb.de/apuz/309940/die-atomvereinbarung-mit-iran> (Stand: 28.5.2020).
27 *Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*. UN General Assembly A/CONF.229/2017/8 of 7 July 2017, Preamble, Article 1 1. (a)–(g).
28 Vgl. Vogel, Dominic (2020): „Tornado-Nachfolge: Fähigkeiten und Anpassungszeiträume sind entscheidend“. SWP-Aktuell Nr. 36, Mai 2020. <https://www.swp-berlin.org/publikation/tornado-nachfolge-faehigkeiten-und-anpassungszeitraeume-sind-entscheidend/> (Stand: 28.5.2020).
29 Vgl. Lutsch, Andreas (2020), S. 368 ff., S. 407 ff.; S. 485 ff.; „Nuclear Planning Group (NPG)“. Updated May 27, 2020. https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50069.htm (Stand: 28.5.2020).
30 Vgl. Pifer, Steven (2018): „US Nukes in Poland are a truly bad idea“. May 18, 2020. <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2020/05/18/us-nukes-in-poland-are-a-truly-bad-idea/> (Stand: 7.6.2020). (Die US-Botschafterin in Warschau, Georgette Mosbacher, hatte am 15.5.2020 vorgeschlagen, die B 61-Bomben aus Büchel nach Polen zu verlegen.)

NUKLEARE RÜSTUNGSKONTROLLE, ABRÜSTUNG UND NICHTVERBREITUNG: DIE TIEFE KRISE DES INTERNATIONALEN SYSTEMS

Autor: Tom Sauer

In der Debatte um Nuklearwaffen sind sowohl Staaten als auch Experten zunehmend gespalten: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die von den Nuklearmächten konkrete und substantielle Schritte zur Abschaffung ihrer nuklearen Kapazitäten fordern; auf der anderen Seiten befinden sich diejenigen, die das nicht für dringlich halten. Am unangenehmsten dürfte diese politische Debatte für die Befürworter des Status quo sein: die Atomkräfte und ihre Bündnispartner. Letztere haben diesem Anliegen in der Vergangenheit allerdings nicht gerade viel Aufmerksamkeit geschenkt. Entgegen den Erwartungen der Initiatoren konnte weder die Humanitäre Initiative noch der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW, 2017) sie bislang zum Handeln bewegen. Einerseits kommen hier verschiedene kognitive Prozesse zum Tragen – wie etwa Leugnung und kognitive Dissonanz –, um sich nicht mit den Forderungen der Nichtnuklearmächte auseinanderzusetzen. Andererseits stehen aus der Sicht der Kernwaffenstaaten und ihrer Bündnispartner weitaus dringendere Themen an, insbesondere das kurzfristige Handeln ihrer Gegner in einer als gefährlich wahrgenommenen Welt.

Liebe Atomwaffengegner: Wacht endlich auf!

Willkommen in der Wirklichkeit, liebe Atomwaffengegner. Schaut euch an, wie gefährlich die Welt ist – heute vielleicht sogar noch mehr als früher. Schaut euch an, wie Russland die Krim annektiert hat. Mächtige Staaten nehmen sich von den schwächeren, was sie wollen, genau wie vor dem Westfälischen Frieden. Von nun an gilt wieder: Der Stärkere überlebt. Hätte die Ukraine die Nuklearwaffen aus der Sowjetzeit auf ihrem Territorium behalten, so wird argumentiert, wäre Russland nicht auf der Krim und in der Ostukraine einmarschiert.

Russland führt zudem neue strategische Waffen ein, wie die Hyperschallrakete Avangard, die schwere Interkontinentalrakete Sarmat, einen neuen bodengestützten Marschflugkörper („unter Verstoß gegen den INF-Vertrag bzw. Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag“) sowie

Abstract

Die Debatte rund um das Thema Kernwaffen polarisiert sich zusehends. Die Kernwaffenstaaten und ihre Verbündeten möchten den Status quo erhalten, obwohl Experten und Nichtnuklearstaaten sie dringend darum ersuchen, konkrete Schritte zum kompletten Abbau aller Kernwaffen einzuleiten. Der vorliegende Aufsatz untersucht die wichtigsten Argumente der Parteien in der fortdauernden Debatte zum Thema Kernwaffen aus der Sicht ihrer Gegner. Während die Kernwaffengegner sich zunehmenden Spannungen in der internationalen Politik gegenübersehen, die möglicherweise kein Umfeld für tiefgreifende Veränderungen bieten, müssen die Befürworter zugeben, dass in der Realität, entgegen ihrem generellen Hauptargument, Konflikte zwischen Atomkräften eskalieren, so wie jüngst zwischen Indien und Pakistan. Die Akteure der nuklearen Rüstungskontrolle erkennen das Scheitern und die Aussetzung der gemeinsamen Rüstungskontrolle an. Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) ist unter Druck geraten. Ursprünglich wurde der Vertrag ins Leben gerufen, um eine Welt mit 30 bis 40 Nuklearstaaten zu verhindern. Doch inzwischen ist klar geworden: Der NPT konnte vielleicht die Ausbreitung von Kernwaffen verlangsamen, stoppen konnte er sie jedoch nicht. Auch ein Rückbau der Kernwaffenarsenale der Atomkräfte konnte nicht erreicht werden. Dies erklärt den Abschluss des Atomwaffenverbotsvertrags (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW). Da Russland und die USA gemeinsam über mehr als 90 Prozent der weltweiten Kernwaffen verfügen, ist die Krise der nuklearen Rüstungskontrolle auf die sich verschlechternden politischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg zurückzuführen. Der Westen hat es versäumt, Russland in seine Sicherheitsarchitektur einzubinden.

den nuklear angetriebenen Torpedo Poseidon. Teilweise wird sogar die Auffassung vertreten, Russland sei bereit, zur Deeskalation eines konventionellen Konflikts mit der NATO taktische Nuklearwaffen einzusetzen („eskalieren, um zu deeskalieren“).

Die NATO-Mitgliedstaaten, speziell die osteuropäischen, sind nervös geworden. Insbesondere Russlands direkte Nachbarstaaten im Baltikum, die für die NATO schwer zu verteidigen sind, haben Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse von 2014. Die Versicherungen der NATO beruhen zumindest teilweise auf ihren nuklearen Waffenbeständen, einschließlich der taktischen Atomwaffen der Vereinigten Staaten in Europa. Ist es nun eine Option, diese Waffen aus den Benelux-Staaten, Deutschland, Italien und der Türkei abzuziehen, weil sie veraltet sind und aus der Zeit des Kalten Krieges stammen?²¹ „Liebe Atomwaffengegner, wacht endlich auf.“

Die NATO führt außerdem verstärkt militärische Großübungen in der Nähe der russischen Grenze durch. Sie hat ihre konventionellen Waffenkapazitäten verbessert und mehr US-Truppen nach Europa entsandt. Russland reagiert mit entsprechenden Schritten. Es scheint so, als stolperten wir direkt in einen neuen Kalten Krieg hinein. Wie damals, in den 1950er- und 1960er-Jahren, sind wieder Bomber in der Luft unterwegs, manchmal werden sie von Jagdflugzeugen der anderen Seite vertrieben – es ist das wohlbekannte Katz-und-Maus-Spiel. Dies alles erhöht das Risiko von Unfällen und Zwischenfällen.

Abgesehen vom Konflikt zwischen Russland und dem Westen ist gegenwärtig zu beobachten, dass China als aufstrebende Macht und die Vereinigten Staaten im relativen Niedergang aufeinanderprallen. Wenn es auch nur eine Nuklearmacht gibt, die eine minimale nukleare Abschreckungswirkung entfaltet, dann ist es China. Im Gegensatz zu den USA und Russland hat China nie mehr als ein paar Hundert Kernwaffen erworben. China ist auch die einzige Atommacht, die zugesagt hat, niemals Atomwaffen zuerst einzusetzen. Dennoch verfügt China aufgrund seines Wirtschaftswachstums über reichlich finanzielle Mittel, um in die Verteidigung zu investieren, auch in die eigenen

nuklearen Kapazitäten: Aktuell baut Peking das eigene Atomwaffenarsenal schrittweise aus, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Am beunruhigendsten für die USA – und die Nachbarn Chinas – ist der zunehmende Machtanspruch Chinas in der Region, insbesondere im Südchinesischen Meer. Dieser findet zum Beispiel in Grenzstreitigkeiten mit Japan, Vietnam und den Philippinen sowie im Konflikt mit Taiwan seinen Ausdruck.

China zeigt sich seinerseits verärgert über die Präsenz des US-amerikanischen Militärs in der

Wie damals, in den 1950er- und 1960er-Jahren, sind wieder Bomber in der Luft, manchmal werden sie von Jagdflugzeugen der anderen Seite vertrieben – es ist das wohlbekannte Katz-und-Maus-Spiel

Region, über amerikanische Truppen in Südkorea, Japan und Guam sowie über die US-Raketenabwehr. Die USA möchte weiterhin die erste Geige spielen, auch in diesem Teil der Welt. Es überrascht von daher nicht, dass Anhänger der realistischen Denkschule vermuten, ein zukünftiger Weltkrieg können genau dort ausbrechen.

Nordkorea hat als letzter Staat mit dem Aufbau nuklearer Kapazitäten begonnen. Die zunehmenden Spannungen zwischen Donald Trump und Kim Jong-un versetzten 2017/18 die ganze Welt in Angst. Inzwischen ist auch die Deeskalationsphase schon wieder Geschichte, und Nordkorea lenkt erneut mit dem Start ballistischer Raketen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich.

Liebe Falken: Wacht endlich auf!

Doch auf die Frage, welche Region der Welt das größte Risiko eines Nuklearwaffeneinsatzes birgt, würde die Mehrheit der Experten wahrscheinlich Südasien nennen (das wäre zumindest die richtige Antwort). Sowohl Indien und Pakistan haben 1998 Atomwaffentests durchgeführt. Die nukleare Abschreckung sollte, so die Theorie, Stabilität, Sicherheit und Frieden sichern – was eindeutig nicht funktionierte. Kaum ein Jahr später griffen pakistanische Streitkräfte und Milizen den indischen Teil

Kaschmirs an. Der daraus folgende Kargil-Konflikt forderte mehr als 1000 Todesopfer. Mit anderen Worten: Es folgte ein Krieg, also das genaue Gegenteil von Frieden. Von Präsident Clinton unter Druck gesetzt, verzichtete Indien auf eine harte Reaktion. Dieser Fall ist kein Einzelfall – weitere Beispiele regionaler Konflikte verdeutlichen das sogenannte Stabilitäts-Instabilitäts-Paradoxon. Ein ähnlicher Angriff im Jahr 2001 veranlasste Präsident Bush zu einem Telefonat mit dem indischen Premierminister, sodass Indien erneut verhalten auf den Vorfall reagierte. 2008 ermordeten pakistanische Extremisten mehr als 100 Inder in Mumbai. Genauso wenig konnten die Atomwaffenarsenale beider Länder die immer wieder aufflammenden Grenzkonflikte stoppen, weder 2016 noch in den Jahren danach. Die Befürworter nuklearer Systeme vertreten die Auffassung, diese Konflikte seien „dank der Abschreckungswirkung“ nicht bis zum Einsatz nuklearer Waffen eskaliert. Vielleicht stimmt das. Vielleicht auch nicht.

Die Zukunft verheißt jedenfalls nichts Gutes. Denn der jüngste „Zwischenfall“ zwischen Indien und Pakistan eskalierte sehr wohl. Anfang 2019 griffen pakistanische Extremisten erneut indisches Staatsgebiet an. Dieses Mal war Präsident Trump entweder nicht willens oder nicht in der Lage, den indischen Premierminister Modi zur Zurückhaltung zu bewegen. Denn Modi befand sich mitten im Wahlkampf um eine erneute Amtszeit. Gemäß seiner Kalt-

behaupten, nukleare Abschreckung sei ein Instrument der Stabilität, der Sicherheit und des Friedens? Und selbst wenn diese Konflikte nicht bis zum Einsatz nuklearer Waffen eskaliert sind – was passiert beim nächsten Mal? Wird es immer so glimpflich ausgehen wie die Kubakrise? Oder hatten wir 1962 einfach nur Glück, wie der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara vermutete?

Liebe Befürworter der Rüstungskontrolle: Wacht endlich auf!

Trotz der zunehmenden Polarisierung der Debatte tun wir gut daran, uns darauf zu besinnen, dass Atomwaffenbefürworter und -gegner grundsätzlich das gleiche Ziel haben: Sicherheit und Frieden. Aber während die einen glauben, dass Atomwaffen die (bzw. ihre eigene) Sicherheit erhöhen, sind ihre Gegner genau vom Gegenteil überzeugt. Glücklicherweise gehen selbst die Befürworter mehrheitlich nicht von einem „Viel hilft viel“-Ansatz aus. Auch sie suchen den großflächigen Einsatz von Atomwaffen zu verhindern, da er die Zerstörung unserer Biosphäre bedeuten würde. Auch sie gehen davon aus, ein endloses atomares Wettrüsten sei zu kostspielig und überdies zur Herstellung der gewünschten Abschreckungswirkung nicht erforderlich. Auch sie unterstützen eine Begrenzung der Kernwaffen durch Rüstungskontrollvereinbarungen. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges befanden die USA und die UdSSR, dass es in ihrem nationalen Interesse liege, ihre nuklearen Arsenale durch rechtsverbindliche Vereinbarungen zu begrenzen. Es überrascht nicht, dass das erste bilaterale Abkommen dieser Art unterzeichnet wurde, nachdem die Welt einem Atomkrieg nur um Haarsbreite entkommen war, nämlich nach der Kubakrise (1962). Das Moskauer Atomteststoppabkommen (*Partial Test Ban Treaty*, PTBT, 1963) beschränkte die Atomwaffentests auf unterirdische Versuche. Noch weniger überrascht, dass die Nuklearmächte zudem versuchten, über den völkerrechtlich bindenden Atomwaffensperrvertrag (*Nuclear Non-Proliferation Treaty*, NPT, 1968; siehe unten) die Ausbreitung atomarer Waffen in weiteren Staaten zu verhindern.

Wird es immer so glimpflich ausgehen wie die Kubakrise? Oder hatten wir 1962 einfach nur Glück?

start-Doktrin ließ Indien Pakistan mit Kampfflugzeugen bombardieren. Pakistan reagierte entsprechend: Einer der indischen Jets wurde abgeschossen und der Pilot inhaftiert (allerdings später wieder freigelassen). Zur gleichen Zeit schickte Indien ein Atom-U-Boot in pakistanische Gewässer. Liebe Falken, wacht endlich auf! Denn hier kam es zum ersten direkten Aufeinandertreffen zweier Atommächte seit Beginn der atomaren Rüstung. Wer will da noch

Der erste bilaterale Vertrag zur Begrenzung strategischer Rüstung – das SALT I-Abkommen (1972) – deckelte die Anzahl der Abschussvorrichtungen für strategische ballistische Raketen. Es folgte das SALT II-Abkommen (1979), das jedoch formell nie in Kraft trat. Interessanterweise gelang es den USA, die UdSSR mit dem ABM-Vertrag (1972) zu überzeugen, die Stationierung von Raketenabwehrsystemen – deren Zweck die Verteidigung gegen einen nuklearen Angriff ist – zu begrenzen.

Das Ende der Entspannungspolitik in den späten 1970er-Jahren führte zu einem vorübergehenden Stopp der Rüstungskontrolle, bis die Präsidenten Gorbatschow und Reagan 1987 den Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag (*Intermediate-Range Nuclear Forces*, INF) unterzeichneten. Dieser Vertrag verbannte zum ersten Mal eine ganze Klasse von Raketen: die Euromissiles. Zudem wurde erstmalig eine umfassende Inspektionstätigkeit vor Ort vereinbart.

Erwartungsgemäß erfolgte nach Ende des Kalten Krieges der Abschluss einer ganzen Reihe von Rüstungskontrollabkommen: die Verträge zur Verringerung strategischer Waffen START I (1991) und START II (1993) sowie der Kernwaffenteststoppvertrag (*Comprehensive Test Ban Treaty*, CTBT), der 1996 sämtliche Atomtests verbot. Letzterer war Teil eines Vertragspakets zur unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags im Jahr 1995.² Darüber hinaus wurden viele taktische (oder substrategische) Kernwaffen durch ein- oder zweiseitige Vereinbarungen ohne formelle, rechtlich bindende Verträge im Rahmen der sogenannten präsidentialen Nuklearinitiativen der USA (*Presidential Nuclear Initiatives*) im Zeitraum 1991/1992 abgebaut.

Leider fand diese Erfolgsgeschichte der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung Mitte der 1990er-Jahre ein Ende. Als erstes Abkommen fiel der Kernwaffenteststoppvertrag dieser Entwicklung zum Opfer. Der von den Republikanern dominierte US-Senat verweigerte 1999 seine Zustimmung. China lehnte den Vertrag infolgedessen ebenfalls ab, obwohl Großbritannien, Frankreich und Russland ihn in der Zwischenzeit bereits ratifiziert hatten. Der Kernwaffenteststoppvertrag kann erst in Kraft

treten, wenn die USA und China (sowie sechs weitere Staaten mit nuklearen Kapazitäten) unterzeichnet haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies in absehbarer Zeit geschehen wird, ist minimal.

Ein weiterer Rückschlag erfolgte 2001, als sich die Bush-Administration einseitig aus dem ABM-Vertrag zurückzog – was Russland bis heute ein Dorn im Auge ist. Die direkte Folge war die russische Aussetzung des KSE-Ver-

Abgesehen von zwei begrenzten bilateralen Verträgen zur Reduzierung strategischer Waffen wurde von 1996 bis 2020 kein einziger neuer Rüstungskontrollvertrag mehr unterzeichnet

trags über konventionelle Streitkräfte in Europa (*Treaty on Conventional Armed Forces in Europe*, CFE) sowie der Rückzug aus START II im Jahr 2002. Abgesehen von zwei begrenzten bilateralen Verträgen zur Reduzierung strategischer Waffen – dem SORT-Vertrag (*Strategic Offensive Reductions Treaty*) im Jahr 2002 (ohne Verifikationsmaßnahmen) und dem New START-Vertrag (2010) – wurde im Zeitraum von 1996 bis 2020 kein einziger neuer Rüstungskontrollvertrag mehr unterzeichnet. Seit 2010 herrscht kompletter Stillstand.

Gleichzeitig blieben die bestehenden Rüstungskontrollabkommen nach und nach auf der Strecke. Die USA zogen sich nicht nur einseitig aus dem ABM-Vertrag zurück, sondern die Trump-Administration warf 2018 auch das Atomabkommen mit dem Iran, den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (*Joint Comprehensive Plan of Action*, JCPOA), und ein Jahr später den INF-Vertrag über Bord, mit der Begründung, Russland habe gegen den Vertrag verstoßen. Sie zieht sich 2020 darüber hinaus aus dem Open-Skies Abkommen zurück. New START – der letzte verbleibende bilaterale Rüstungskontrollvertrag – könnte im Januar 2021 grundsätzlich um fünf Jahre verlängert werden, was Russland befürwortet. Hält die Trump-Administration jedoch an ihrer Ablehnung fest, wird die Welt im Jahr 2021 ohne einen geltenden bilateralen Rüstungskontrollvertrag dastehen. Das wäre eine Situation, die die internationale

Gemeinschaft in den gesamten vergangenen 50 Jahren nicht erlebt hat.

Auch die multilaterale Rüstungskontrolle ist de facto nicht mehr existent. Trotz der Zusagen, die 1995 auf der Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags gegeben wurden, steht die Aufnahme multilateraler Verhandlungen über einen sogenannten FMCT-Vertrag (*Fissile Material Cut-Off Treaty*) bislang aus. Dieser würde die Produktion spaltbaren nuklearen Materials für militärische Zwecke verbieten. Einzige Ausnahme ist der Kernwaffenteststoppvertrag, dessen Fortführung in der Schwebe hängt. Schlimmer noch: Die UN-Abrüstungskonferenz in Genf – eigentlich das Herzstück der multilateralen Rüstungskontrolle, die unter anderem 1993 den Abschluss des Chemiewaffenkonvention (*Chemical Weapons*

Der Blick auf das globale nukleare Rüstungskontroll- und Abrüstungssystem lässt eigentlich nur einen Schluss zu: Es geht bergab, und die Aussichten sind düster

Convention) aushandelte – konnte sich seit Ende der 1990er-Jahre nicht mehr auf eine gemeinsame Agenda einigen. Vor allem aber sind auch die multilateralen Verhandlungen, die gemäß Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrags mit dem Ziel der Abschaffung aller Kernwaffen geführt werden sollten, bislang nicht aufgenommen worden.

Der Blick auf das globale nukleare Rüstungskontroll- und Abrüstungssystem lässt eigentlich nur einen Schluss zu: Es geht bergab, und die Aussichten sind düster. Bestehende Rüstungskontrollvereinbarungen funktionieren nicht oder wurden außer Kraft gesetzt. Ein Ersatz durch neue Abkommen ist nicht in Sicht. Es ist kein Zufall, dass das *Bulletin of the Atomic Scientists* die Weltuntergangsuhr Anfang 2020 auf 100 Sekunden vor Mitternacht stellte – näher als je zuvor. Liebe Befürworter der Rüstungskontrolle, wacht endlich auf.

Liebe Fans des Sperrvertrags: Wacht endlich auf!

Nur weil einige Experten Anfang der 1960er-Jahre vorhersagten, es werde einst 30 bis 40 nuklear bewaffnete Staaten geben, und es gegenwärtig „nur“ noch neun sind, heißt das noch lange nicht, dass man das atomare Nichtverbreitungsregime als Erfolg bezeichnen kann. Jeder zusätzliche Kernwaffenstaat ist einer zu viel. Der Atomwaffensperrvertrag mag die weitere Verbreitung verlangsamt haben, aber er hat die nukleare Bewaffnung Israels, Indiens, Pakistans, Südafrikas (vorübergehend) und Nordkoreas nicht verhindern können. Das ist wohl kaum als Erfolg zu bezeichnen.

Vier der neun nuklear bewaffneten Staaten (darunter drei der vier asiatischen Atommächte) bewegen sich völlig außerhalb des Einflussbereichs des Vertrags. Die Überprüfungskonferenzen sind in der Vergangenheit mehrheitlich eher gescheitert, als erfolgreich zu verlaufen, das heißt, sie endeten ohne ein gemeinsames Abschlussdokument. Kaum ein Beobachter geht davon aus, dass die Überprüfungskonferenz 2020 (die wegen der Corona-Krise zudem verschoben wird) ein Erfolg werden kann. Damit könnten zum ersten Mal zwei Überprüfungskonferenzen in Folge scheitern – dabei hätte die nächste Überprüfungskonferenz 50 Jahre nach Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrags eigentlich einen Grund zum Feiern bieten sollen.

Der Hauptgrund für das Scheitern der Überprüfungskonferenzen ist das Ausbleiben nuklearer Abrüstung. Trotz der Zusagen, multilaterale Verhandlungen zum Abbau der nuklearen Kapazitäten aufzunehmen, steht der Beginn dieser Verhandlungen weiterhin aus. Genau 50 Jahre nach den Zusagen zur Reduzierung beläuft sich die Anzahl der weltweit stationierten Kernwaffen immer noch auf 14.000. Die Frustration und Ungeduld vieler Nichtkernwaffenstaaten ist nachvollziehbar. Dies erklärt auch den Abschluss des neuen Atomwaffenverbotsvertrags (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*, TPNW).

Aber es könnte durchaus noch schlimmer kommen: Der Atomwaffensperrvertrag selbst ist in Gefahr. Sollten weitere Staaten dem Bei-

spiel Nordkoreas folgen, das bereits 2003 seinen Austritt beschloss, wäre dies möglicherweise das Ende des Abkommens. Der Iran könnte der nächste Kandidat sein. Wie bereits erwähnt, zogen sich die USA 2018 einseitig aus dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan JCPOA zurück. Der Iran hat bereits damit gedroht, aus beiden Abkommen auszutreten, falls sein Fall (erneut) dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt würde. Sollte der Iran den Atomwaffensperrvertrag verlassen, wird Saudi-Arabien auf dem Fuß folgen. Falls sich beide nuklear bewaffnen, dürften weitere Staaten im Nahen Osten auf den Zug aufspringen. Der türkische Präsident Erdoğan kritisierte bei der UN-Generalversammlung im September 2019 unter großem Beifall offen den diskriminierenden Charakter des Atomwaffensperrvertrags, der einigen wenigen „Habenden“ viele „Habenichtse“ gegenüberstelle. Ägypten steht dem Abkommen seit Jahrzehnten äußerst kritisch gegenüber, insbesondere dem Fehlen wirklicher Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten (die ebenfalls 1995 zugesagt wurde). Aus diesem Grund brach Ägypten bereits einmal seine Teilnahme an einem Vorbereitungsausschuss (*PrepCom*) für eine der Überprüfungskonferenzen ab. Anders gesagt: Es bahnt sich möglicherweise ein atomarer Rüstungswettkampf im Nahen Osten an. Das würde mit Sicherheit das Ende des Atomwaffensperrvertrags bedeuten. Interessanterweise äußern sich die meisten Beobachter jedoch optimistischer und glauben, das Abkommen werde auch diese Krise überstehen.³

Nukleare Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung in der Krise: Ein Erklärungsversuch

Eine ganze Reihe Faktoren kommen als Auslöser für die Krise der nuklearen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung infrage. Das Thema Nichtverbreitung ist am einfachsten zu erklären. Da der Atomwaffensperrvertrag als ein Abkommen zwischen den Atommächten auf der einen und den anderen Staaten auf der anderen Seite betrachtet werden kann, liegt es

auf der Hand, dass sich Letztere frustriert fühlen. Denn die meisten Nichtkernwaffenstaaten kommen ihren rechtlichen Verpflichtungen aus dem Vertrag nach (indem sie keine Kernwaffen erwerben), während die fünf Atommächte ihre Verpflichtungen – nämlich ihre Kernwaffenbestände abzubauen – nicht erfüllen.

Kommen wir zur nächsten Frage: Was steht hinter der Krise der nuklearen Abrüstung (bzw. der Rüstungskontrolle im Allgemeinen)? Die grundlegenden Triebkräfte jedes Wettrüstens sind immer diejenigen, die vom Geschäft mit

Die meisten Nichtkernwaffenstaaten kommen ihren Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag nach (indem sie keine Kernwaffen erwerben), während die fünf Atommächte ihre Verpflichtungen, ihre Bestände abzubauen, nicht erfüllen

den Kernwaffen profitieren: die Rüstungsindustrie, die Wissenschaftler (= Atomlabors), das Militär, die Politik – also der sogenannte militärisch-industrielle Komplex. Auch wenn mithilfe der Rüstungskontrolle in der Vergangenheit der Umfang der Bestände begrenzt und sogar die Aufrüstung eingedämmt werden konnte, war es dennoch nicht möglich, auf diese Weise die Entwicklung neuer Waffensysteme zu verhindern. Das qualitative Wettrüsten setzte sich also fort. Schlimmer noch: Zumindest in den Vereinigten Staaten geht der militärisch-industrielle Komplex nur unter der Bedingung mit einem spezifischen Rüstungskontrollabkommen konform, dass mehr Mittel für die Entwicklung alternativer Waffensysteme bereitgestellt werden. Diese Zug-um-Zug-Logik nahm ihren Anfang bereits in den 1970er-Jahren. Jüngstes Beispiel: die Zusage von US-Präsident Obama, die gesamte Palette der Kernwaffen und ihrer Trägersysteme in den nächsten 30 Jahren mit einer Summe von 1,7 Billionen US-Dollar (Inflationausgleich eingerechnet) zu modernisieren – aber nur unter der Voraussetzung, dass eine ausreichende Anzahl Republikaner im Senat für die Ratifizierung des New START-Abkommens im Jahr 2010 stimmte. Wir sollten uns daher vergegenwärtigen, dass es hier nicht nur um Überzeugungen geht oder darum, ob man

nukleare Abschreckung befürwortet oder ablehnt. Es geht ebenso sehr um lokale Interessen, um Arbeitsplätze und Geld. Für Politiker ist es offenbar sehr schwer, dagegen anzugehen. Es erfordert Wissen, gutes Urteilsvermögen und politischen Mut – Eigenschaften, die in der heutigen Generation politischer Entscheidungsträger leider Mangelware sind.

Ein weiterer Erklärungsansatz für die Rüstungskontrollkrise hat mit Parteipolitik zu tun, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Die Spaltung zwischen Demokraten und Republikanern erreichte Mitte der 1990er-Jahre mit der Kampfansage Newt Gingrichs gegen die Clinton-Administration ein nie dagewesenes Ausmaß.⁴ Seitdem haben die beiden Parteien nie mehr zu einer Zusammenarbeit wie in der Zeit des Kalten Krieges zurückgefunden. Dieser

Da sich 90 Prozent der weltweiten Kernwaffen in den Händen der USA und Russlands befinden, ist die Beziehung dieser beiden Staaten für die nächsten Schritte der Rüstungskontrolle von entscheidender Bedeutung (obwohl Trump gerne auch China mit an Bord hätte, was jedoch sehr unwahrscheinlich ist). Wie ich bereits an anderer Stelle erläutert habe⁵, besteht das Problem in erster Linie darin, dass das politische Verhältnis zwischen den beiden Akteuren aus den Fugen geraten ist. Im Falle Russlands ist dies darauf zurückzuführen, dass es dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges nicht gelungen ist, Russland in die euro-atlantische Sicherheitsarchitektur zu integrieren, zumindest nicht auf gleichberechtigter Basis. Vereinfacht gesagt, haben sich die Siegermächte nach 1815 und 1945 mit den jeweiligen Verlierern – Frankreich bzw. Deutschland und Japan – zusammengetan und sie in die damalige regionale bzw. internationale Gemeinschaft aufgenommen. In beiden Fällen führte dies zu jahrzehntelangen Phasen der Stabilität und Sicherheit. Im Gegensatz dazu wurde Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, der bekanntlich die Saat für den Zweiten Weltkrieg säte, sich selbst überlassen.

Ähnlich verfuhr man mit Russland nach dem Kalten Krieg. Zum Beispiel hätte die NATO nach Ende des Kalten Krieges aufgelöst werden müssen, genauso wie andere Militärbündnisse nach einem (kalten) Krieg, etwa nach Ende des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Der Warschauer Pakt fiel am Ende des Kalten Krieges in sich zusammen. Nicht so die NATO, deren Fortbestehen eine Fehlentwicklung in der Geschichte der internationalen Politik darstellt. Schlimmer noch, die NATO expandierte sogar in Richtung Osten, was Russland strikt ablehnte – ein solcher Schritt wäre nur unter der Bedingung akzeptabel gewesen, dass auch Russland integriert worden wäre, was jedoch auf den Widerspruch der Vereinigten Staaten stieß. Sowohl der westdeutsche als auch der amerikanische Außenminister hatten Gorbatschow und Schewardnadse während der Zwei-plus-Vier-Gespräche im Februar 1990 sogar mündlich zugesagt, die NATO niemals nach Osten zu erweitern. Doch was tat der Westen nach der deutschen Wiedervereinigung? Er erwei-

Rüstungskontrolle kann dazu beitragen, Misstrauen in Vertrauen zu verwandeln

Situation fiel unter anderem die Rüstungskontrolle zum Opfer. Das erste Anzeichen war die Nichtratifizierung des Kernwaffenteststoppvertrags (CTBT) im Jahr 1999.

Doch der gewichtigste Grund für die Stagnation in der Rüstungskontrolle seit Mitte der 1990er-Jahre ist die geopolitische Lage, insbesondere die sich verschlechternde politische Beziehung zwischen den USA und Russland. Rüstungskontrolle erfordert Vertrauen – und Abrüstung umso mehr. Ohne ein Mindestmaß an Vertrauen ist es extrem schwierig, Rüstungskontrollverträge abzuschließen. Auf der anderen Seite erscheint die Behauptung, nukleare Abrüstung sei heute aufgrund fehlenden Vertrauens nicht möglich, übertrieben deterministisch und fatalistisch. Vertrauen und Misstrauen stellen schließlich keine Gegensätze, sondern ein Kontinuum dar. Entscheidend ist, dass Rüstungskontrolle dazu beitragen kann, Misstrauen in Vertrauen zu verwandeln. Rüstungskontrolle kann sowohl die Ursache als auch die Folge verbesserter politischer Beziehungen zwischen Staaten sein – genau wie im Kalten Krieg.

terte die NATO in Richtung Russland. Und das nicht nur ein- oder zweimal, sondern mehrfach. Wie hätten die Entscheidungsträger in Moskau diese Geschehnisse aufnehmen sollen? Diese konfliktträchtige Zeit begann 1994. Kein Zufall, dass die Rüstungskontrolle genau zu diesem Zeitpunkt ins Stocken geriet.

Natürlich war zu erwarten, dass auch nach dem Ende des Kalten Krieges Konflikte zwischen Russland und dem Westen (erneut) entstehen würden, selbst abgesehen von der NATO und ihrer Erweiterung: die Balkankriege (einschließlich des Kosovo), der Irakkrieg 2003, Syrien ... Ausschließlich die Gründung eines regionalen zwischenstaatlichen Systems (wie des Europäischen Konzerts der Mächte 1815) hätte die negativen Folgen solcher Konflikte zwischen Russland und dem Westen eindämmen können. Viele Experten der 1990er-Jahre, sowohl Realisten (wie George Kennan, Paul Nitze oder Michael Mandelbaum) als auch Liberale (wie Charles Kupchan) hatten vor einer Erweiterung der NATO gewarnt. Doch die NATO-Mitgliedstaaten, angeführt von den Vereinigten Staaten, wollten nicht auf sie hören. Konnte der Westen wirklich überrascht sein, dass sich Russland Ende der 1990er-Jahre abgehängt fühlte? Selbst in jenem Moment blieb Russland – unter der Führung Putins – weiterhin zur Zusammenarbeit bereit, sogar mit der NATO. Präsident Putin war der erste Staatschef, der Präsident George W. Bush nach 9/11 anrief. Er bot dem Westen auch Hilfe in Bezug auf Afghanistan an. Doch Russland konnte von all diesen kooperativen Schritten nicht wirklich profitieren. Im Gegenteil: Nur wenige Wochen später kündigte Präsident Bush den einseitigen Rückzug aus dem ABM-Vertrag an, womit Russland alles andere als glücklich war. Es gibt einen Moment, in dem die Geduld und der gute Wille erschöpft sind. Meiner Einschätzung nach kam dieser Moment für Putin etwa 2003, zeitgleich mit den ersten, vom Westen unterstützten Farbrevolutionen. Wer im Westen die Marschrichtung Moskaus noch nicht begriffen hatte, dürfte die Botschaft spätestens mit der flammenden Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 verstanden haben. Doch auch danach verharrte der Westen weiterhin in seiner Phase der Leugnung: Auf der NATO-Ta-

gung in Bukarest wurden nicht nur Albanien und Kroatien (mit sofortiger Wirkung), sondern auch Georgien und die Ukraine als (künftige) neue Mitglieder begrüßt. Letzteres stellte für Russland eindeutig eine rote Linie dar. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch

Das Fortbestehen der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges stellt eine Fehlentwicklung in der Geschichte der internationalen Politik dar

Russland verschlimmerte die Lage zusätzlich. Doch aus russischer Sicht betrachtet, handelte es sich eher um eine Reaktion denn um eine Offensive. Da der Westen nichts von den roten Linien Russlands wissen wollte, musste Russland deutlicher werden. Entsprechend deutlich fielen die Signale aus.

Gibt es einen Weg aus der Krise?

Selbst Realisten wie John Mearsheimer⁶ und Stephen Walt erklären das Verhalten Russlands so. Doch sie sind in der Minderheit. Viele westliche Beobachter und Politiker geben Putin weiterhin die Schuld an der aktuellen Situation zwischen Russland und dem Westen. Sie liegen falsch. Putin muss zwar sicherlich nicht verteidigt werden, schon gar nicht für seine Innenpolitik. Aber wenn wir die nukleare Rüstungskontrolle wiederbeleben wollen, sollte der Westen den eigenen Kurs überprüfen und einige ein- oder gegenseitige positive Schritte in Richtung Russland unternehmen (so wie zum Beispiel von Macron vorgeschlagen), möglicherweise im Bereich der Rüstungskontrolle. Wenn Russland und der Westen ihre diesbezüglichen Aktivitäten wieder aufnehmen, kann der Prozess später auf weitere atomar bewaffnete Staaten ausgeweitet werden. Leider erscheint ein solches Szenario aktuell eher als Wunschdenken.

Im Ergebnis bleiben zwei Worst-Case-Szenarien, wobei das eine etwas weniger schlimm ist als das andere. Das echte Worst-Case-Szenario ist, dass die Rüstungskontrolle in der Schwebe hängen bleibt und die Welt infolge eines neuen nuklearen Wettrüstens erneut den Einsatz

von Atomwaffen erleben muss. Per Definition kommt dies einer Katastrophe gleich. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die nationalen Gesundheitssysteme sind nichts im Vergleich zu den Folgen des Einsatzes auch nur einer einzigen Atomwaffe, ganz zu schweigen von einem lokal begrenzten oder internationalen Atomkrieg.⁷ Gegenwärtig stehen alle Frühwarnsignale auf Rot. Doch die Nuklearmächte und ihre Verbündeten weigern sich, diese Zeichen ernst zu nehmen, zum Teil wegen der weiter oben angesprochenen innenpolitischen Mechanismen.

Das Alternativszenario erscheint nur unwesentlich besser: Immer mehr Staaten werden aus dem Atomwaffensperrvertrag austreten, entweder aus direkten Sicherheitsbedenken heraus (Iran und Saudi-Arabien) oder aus Frustration über den diskriminierenden Charakter des Vertrags (zum Beispiel die Türkei, Brasilien und Ägypten). Dies wäre dann das Ende des Abkommens.⁸ Auch wenn ein solcher Verlauf auf den ersten Blick in niemandes Interesse liegt, könnte er zumindest den nötigen Funken auslösen, um genügend Menschen in den atomar bewaffneten Staaten davon zu überzeugen, das internationale System der Nichtverbreitung und Abrüstung zu überdenken. In diesem Fall kann das Ergebnis nur lauten: Entweder haben alle Staaten Atomwaffen, die sie wollen, oder kein Staat hat sie. Sollte das noch nicht ausreichen, könnten einige Staaten damit drohen, Atomwaffen zu bauen oder zu erwerben, und manche werden diese Pläne möglicherweise sogar umsetzen – bis genügend Menschen und Entscheidungssträger innerhalb der Nuklearmächte und ihrer Verbündeten (einschließlich Deutschland) aufwachen, bevor das schlimmste Szenario Wirklichkeit wird.

Der Autor



Tom Sauer ist Associate Professor für internationale Politik an der Universität Antwerpen, Belgien. Seine Spezialgebiete sind internationale Sicherheit mit dem Schwerpunkt nukleare Rüstungskontrolle, Nonproliferation und Abrüstung. Er war Research Fellow am Belfer Center for Science and International Affairs in Harvard, USA, und ist aktives Mitglied der Pugwash Conferences on Sciences and World Affairs. Im Jahr 2019 wurde er mit dem Rotary Alumni Global Service Award ausgezeichnet.

1 Kibaroglu, Mustafa und Sauer, Tom (2017): „Mr Trump, Post Nuclear Ban Treaty, NATO’s Nuclear Weapons Are Obsolete.“ In: *Insight Turkey* 19 (3), S. 23–33.

2 Onderco, Michal, und Nutti, Leopoldo (2020): *Extending the NPT? A Critical Oral History of the 1995 Review and Extension Conference*. Washington, D.C.

3 Horowitz, Liviu (2015): „Beyond Pessimism: Why the Treaty on the Non-proliferation of Nuclear Weapons Will not Collapse.“ In: *Journal of Strategic Studies* 38 (1–2), S. 126–158; Scheinman, Adam (2019): „No, It Is Not Time to Ditch the NPT.“ In: *The Bulletin of the Atomic Scientists*. <https://thebulletin.org/2019/10/no-it-is-not-time-to-ditch-the-npt/> (Stand: 27.5.2020).

4 Nolan, Janne (1999): *An Elusive Consensus*. Washington, D.C.; Sauer, Tom (2005): *Nuclear Inertia. U.S. Nuclear Weapons Policy after the Cold War*. London.

5 Sauer, Tom (2017): „The Origins of the Ukraine Crisis and the Need for Collective Security Between Russia and the West.“ In: *Global Policy* 8 (1), S. 82–91.

6 Mearsheimer, John (2014): „Why the Ukraine Crisis is the West’s Fault.“ In: *Foreign Affairs*, September/Oktober 2014.

7 Sauer, Tom und Thakur, Ramesh: „How many intensive care beds will a nuclear weapon explosion require?“ In: *The Bulletin of the Atomic Scientists*, April 28, 2020. <https://thebulletin.org/2020/04/how-many-intensive-care-beds-will-a-nuclear-weapon-explosion-require/> (Stand: 8.6.2020).

8 Pretorius, Joelen und Sauer, Tom (2019): „Is It Time to Ditch the NPT?“ In: *The Bulletin of the Atomic Scientists*. <https://thebulletin.org/2019/09/is-it-time-to-ditch-the-npt/> (Stand: 27.5.2020).

„NO WAY OUT“

NUKLEARWAFFEN BLEIBEN EIN WICHTIGER FAKTOR IN DER INTERNATIONALEN POLITIK

Autor: Michael Rühle

Während der Kubakrise 1962 entschied sich der amerikanische Regisseur Stanley Kubrick, mit seiner Familie nach Australien auszuwandern. Dort, so hatte er gelesen, würde bei einem nuklearen Schlagabtausch der Supermächte der nukleare Fallout am geringsten sein. Als Kubrick, der für seine Reise bereits über hundert Koffer bestellt hatte, jedoch erfuhr, dass sich auf dem Schiff nach Australien zwei Kabinen ein Badezimmer teilten, gab er sein Vorhaben auf. Die Angst des von allerlei Phobien geplagten Filmemachers, mit wildfremden Menschen ein Badezimmer teilen zu müssen, schien plötzlich größer als die Angst vor dem Tod im nuklearen Inferno. Kubrick blieb in den USA – und verarbeitete seine Ängste vor einem Nuklearkrieg kurz darauf in seinem satirischen Meisterwerk *Dr Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben*.

Nukleare Dilemmata

Kubricks Verhalten erscheint auf den ersten Blick äußerst widersprüchlich – der Freund, dem er diese peinliche Episode anvertraute, veröffentlichte sie deshalb erst nach Kubricks Tod. Doch auch wenn es sich bei dem amerikanischen Regisseur zweifellos um einen Exzentriker gehandelt hat, kann man ihm ob seiner inneren Zerrissenheit keinen allzu großen Vorwurf machen. Nuklearwaffen sind nun einmal die Verkörperung des Widersprüchlichen. Ihre enorme Zerstörungswirkung macht ihren Einsatz latent selbstmörderisch, doch sind es genau diese potenziell katastrophalen Konsequenzen, die die internationalen Beziehungen zähmen. So hat das Nuklearzeitalter zwar viele konventionelle Kriege hervorgebracht, aber noch nie haben zwei nuklear bewaffnete Nationen gegeneinander Kernwaffen eingesetzt. Nukleare Abschreckung kann nicht jede Art von Krieg verhindern, aber sie ist stets präsent, wenn existenzielle Fragen auf dem Spiel stehen. In diesem Sinne werden Nuklearwaffen, wie es der frühere amerikanische Verteidigungsminister James Schlesinger zutreffend ausdrückte, jeden Tag „eingesetzt“.

Die orthodoxe Sicherheitspolitik „nutzt“ also das zerstörerische Potenzial der Kernwaffen zur

Abstract

Die inhärente Widersprüchlichkeit von Nuklearwaffen, deren Einsatz das Risiko eigener Vernichtung birgt, kann im Gegensatz zur konventionellen Abschreckung Kriege verhindern. Befürworter ihrer Abschaffung machen sich deshalb ethisch angreifbar. Dennoch ist Global-Zero-Rhetorik en vogue und wird mit Vorschusslorbeeren bedacht. Die öffentlichkeitswirksam inszenierten Abrüstungsbekanntnisse von US-Präsident Obama beispielsweise zeitigten jedoch keine Erfolge bei der Eindämmung nuklearer Brandherde, sondern führten zu Irritationen bei Bündnispartnern, delegitimierten die eigene Abschreckungspolitik und erwiesen sich als kontraproduktiv.

Ähnliches gilt für die angestrebte Ächtung der Kernwaffen durch den Verbotsvertrag. Statt auf konkrete Wege zu Abrüstung und Verifikation setzt er vor allem auf moralischen Druck; dies wird bei autoritären Regimen wenig Wirkung zeigen, stattdessen aber die Spaltung zwischen Nuklearwaffenstaaten und Nichtnuklearwaffenstaaten vertiefen und den Nichtverbreitungsvertrag als Grundlage für die Zusammenarbeit aushebeln.

Auch wenn sich die kriegsverhindernde Wirkung nuklearer Abschreckung nicht beweisen lässt, darf sie nicht ins Reich der Mythen verwiesen werden. Keine der zahlreichen „abschreckungsrevisionistischen“ Analysen der jüngeren Zeit kann intellektuell überzeugen, geschweige denn Lösungen für reale Konfliktlagen anbieten. Zur Verhinderung einer ungehemmten Proliferation angesichts regionaler (konventioneller) Ungleichgewichte oder neuer nuklearer Bedrohungen hat sich einzig das US-amerikanische Schutzversprechen als effektiv erwiesen. Normative Wunschvorstellungen, die das fundamentale Bedürfnis nach Sicherheit nicht befriedigen können, greifen in der Realpolitik zu kurz. Auch ein globaler Konsens, Atomwaffen abzuschaffen, bleibt eine Illusion und würde unvermeidliche Spannungen in der Staatenwelt nicht überdauern.

Auf Deutschland bezogen bedeutet dies, dass die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO alternativlos bleibt. Es gilt jedoch, sie im sicherheitspolitischen Diskurs als moralisch akzeptabel zu vertreten, anstatt Atomwaffen totzuschweigen.

Kriegsverhinderung und hält sie aus diesem Grunde für moralisch-ethisch vertretbar. Die Tatsache, dass seit über sieben Jahrzehnten keine Nuklearwaffen mehr eingesetzt worden sind und auch keine großen konventionellen Kriege zwischen Nuklearmächten und ihren Bündnissen stattgefunden haben, spricht dieser Denkschule zufolge dafür, dass nukleare Abschreckung tatsächlich funktioniert. Eine rein konventionelle Abschreckung hingegen, so zeigt die gesamte Kriegsgeschichte, ist höchst unzuverlässig. Wer also die nukleare Abschreckung als ethisch nicht verantwortbar verurteilt, muss sich seinerseits den Vorwurf gefallen lassen, dass er damit der Rückkehr des

Rein konventionelle Abschreckung, so zeigt die gesamte Kriegsgeschichte, ist höchst unzuverlässig

großen konventionellen Krieges Vorschub leistet – auch dies nicht gerade eine ethisch einwandfreie Position.

Für die Kritiker sind diese Argumente der orthodoxen Sicherheitspolitik ohne Belang. Für sie ist der Einsatz von Nuklearwaffen – bewusst initiiert oder versehentlich ausgelöst – nur eine Frage der Zeit. Manche attestieren der nuklearen Drohung zwar durchaus eine kriegsverhindernde Wirkung; da die Androhung nuklearer Gewalt jedoch unauflöslich mit Vorbereitungen zum realen Einsatz dieser Waffen verbunden sei, ist für sie aber selbst die bloße Drohung mit der Katastrophe moralisch inakzeptabel.¹ Dies umso mehr, als Nuklearwaffen die für jede Diskussion über den gerechten Krieg unabdingbare Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten praktisch unmöglich machten. Allenfalls für eine Übergangszeit, so argumentierten beispielsweise die katholischen Bischöfe in den USA 1983, sei nukleare Abschreckung deshalb als Hilfskonstrukt noch hinnehmbar. Eine Dauerlösung aber sei sie aus militärischen wie ethischen Gründen nicht. Die Abschaffung aller Nuklearwaffen sei letzten Endes der einzige Weg, um der nuklearen Katastrophe zu entgehen.²

Eine nuklearwaffenfreie Welt?

In jüngerer Zeit hat es deshalb immer wieder Versuche gegeben, die Abschaffung von Nuklearwaffen zum großen internationalen Thema zu machen. Der amerikanische Präsident Barack Obama machte sich die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt zu eigen und versuchte, durch eine ausgeklügelte politische Choreografie die unter seinem Vorgänger George W. Bush angeschlagene amerikanische Führungsrolle im Bereich nukleare Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle wiederzuerlangen. Mit aufwendigen Großveranstaltungen („Nuclear Summits“) sollte das globale Problembewusstsein für nukleare Gefahren geschärft werden. Nukleare Modernisierungsvorhaben wurden ausgesetzt. Amerika gerierte sich als Vorreiter in Sachen nuklearer Abrüstung. Schon kurz nach seinem Amtsantritt erhielt Obama sogar den Friedensnobelpreis – gleichsam als Vorschuss auf die von ihm erwarteten Abrüstungserfolge. Die „Global Zero“-Bewegung gewann immer mehr Anhänger, und zahlreiche Wissenschaftler beeilten sich, die nuklearwaffenfreie Welt regelrecht herbeizuschreiben. Einem imaginären Zeitgeist folgend, wurden die zahlreichen Probleme bei der Abschaffung nuklearer Waffen bagatellisiert und so der Eindruck erweckt, es bedürfe nur einiger weniger politischer Entscheidungen, und die Welt wäre von Atomwaffen befreit.

Die Politik Obamas scheiterte auf der ganzen Linie. Keine andere Nuklearmacht mochte dem amerikanischen Beispiel folgen. Die Verbündeten der USA, die seit Jahrzehnten unter dem amerikanischen „Nuklearschirm“ Schutz suchen, waren verunsichert. Die Nuklearprogramme des Iran und Nordkoreas liefen ungehindert weiter. Die USA mussten stattdessen erkennen, dass ihre bombastischen Abrüstungsbekanntnisse die eigene globale Ordnungsrolle unterminierten. Durch die ständige Beschwörung der Gefahr, die von Nuklearwaffen ausgehe, delegitierte man die eigene nukleare Abschreckungs- und Bündnispolitik, ohne jedoch dadurch Fortschritte hin zu einer neuen, nicht nuklearen Sicherheitspolitik erzielen zu können. Dies umso mehr, als sich die westliche Öffentlichkeit an derlei Fragen wenig interessiert

zeigte. Die Abschaffung von Nuklearwaffen blieb ein Elitenprojekt ohne eine schlagkräftige *grassroots*-Bewegung, die Druck auf die etablierte Politik hätte ausüben können.³

Die Verschlechterung der internationalen Großwetterlage, symbolisiert durch die Annexion der Krim durch Russland im März 2014, tat ein Übriges: Am Ende der zweiten Amtszeit Obamas investierten die USA wieder in die umfassende Modernisierung ihres nuklearen Arsenal. Zugleich warnten sie ihre Verbündeten, sich der neuen Initiative für einen Nuklearwaffen-Verbotsvertrag (*Nuclear Ban Treaty*) anzuschließen. Nichts zeigte die Enttäuschung über den Lauf der Ereignisse deutlicher als die Forderung zweier Mitglieder des Nobelpreis-Komitees, Obama möge seine Auszeichnung zurückgeben.

Ächtung der Kernwaffen?

Der Kernwaffen-Verbotsvertrag versucht auf gänzlich andere Weise, nämlich durch die Ächtung von Atomwaffen, die nuklearwaffenfreie Welt herbeizuführen. Zwar räumen seine Befürworter ein, dass ein solcher Vertrag nicht aus sich selbst heraus zur Abschaffung von Nuklearwaffen führt, doch durch die Kriminalisierung und Delegitimierung dieser Waffenkategorie soll ein internationales Klima erzeugt werden, das die Kernwaffenstaaten immer stärker moralisch unter Druck setzt. Diese Argumentation verkennt allerdings, dass sich eine Politik, die auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung setzt, nur in demokratisch verfassten Gesellschaften umsetzen lässt. Die Vorstellung, eine „gelenkte Demokratie“ (V. Putin) oder eine Diktatur wie Nordkorea ließe sich durch öffentlichen Druck zur Aufgabe ihrer Nuklearwaffen bewegen, erscheint selbst dann sehr weit hergeholt, wenn man in langen Zeiträumen denkt. Allerdings nähren der Vertragsentwurf selbst wie auch zahlreiche Stellungnahmen von Vertretern der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ohnehin den Verdacht, dass das Hauptaugenmerk der Bewegung weniger globalen Fragen gilt als vielmehr der Delegitimierung der drei westlichen Nuklearmächte und ihrer Zusammenarbeit in der NATO.⁴

Auch die negativen Folgen eines Verbotsvertrags für den Atomwaffen-Sperrvertrag (*Nuclear Non-Proliferation Treaty* – NPT), der trotz seiner Mängel der einzige nahezu universell anerkannte Rahmen für die Regelung des nuklearen Besitzes bzw. Nichtbesitzes ist, werden bagatellisiert. Der Verbotsvertrag verweist zwar mehrfach auf den NPT, doch mehrere seiner Bestimmungen stehen dem NPT diametral entgegen. Dies gilt nicht nur für das Verbot des Kernwaffenbesitzes, das dem NPT, der ja die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats als Kernwaffenstaaten anerkennt, zuwiderläuft. Es gilt auch für jede Art der nuklearen Zusammenarbeit, wie sie beispielsweise in der NATO seit Jahrzehnten praktiziert wird, die nicht gegen den NPT verstößt. Der Atomwaffen-Sperrvertrag würde durch ein Nuklearwaffenverbot zwar nicht überflüssig, doch würde er seinen Wesenskern – den mühsam ausgehandelten Kompromiss zwischen Kernwaffen- und Nicht-Kernwaffenstaaten zur Nichtverbreitung, Abrüstung und der friedlichen Nutzung der Kernenergie – verlieren. Würde die Sicherheitspolitik der Nuklearwaffenstaaten und ihrer Verbündeten gleichsam für „illegal“ erklärt, verlöre der NPT genau die Flexibilität, die seine Universalität erst ermöglicht hat.

Wie schon zuvor Präsident Obama, so erhielt auch ICAN den Friedensnobelpreis. Erneut zeichnete man nicht eine erbrachte Leistung

Eine als politisch korrekt empfundene Geisteshaltung auszuzeichnen wird nicht zur atomwaffenfreien Welt führen

aus, sondern eine als politisch korrekt empfundene Geisteshaltung. Doch auch dieser Weg wird nicht zur atomwaffenfreien Welt führen. Da die Nuklearwaffenstaaten (und ihre Verbündeten) nicht an einen Vertrag gebunden werden können, den sie beharrlich ablehnen, wird der Verbotsvertrag außer einer Vertiefung der Kluft zwischen Nuklearwaffen- und manchen Nicht-Nuklearwaffenstaaten nichts bewirken. Dies umso weniger, als der Vertrag nur wenige Hinweise darauf enthält, wie diese Waffen eigentlich abgerüstet und wie diese Ab-

rüstung auch verlässlich verifiziert werden soll. Stattdessen begnügen sich seine Apologeten damit, umfangreiche Verbotstatbestände zu formulieren, um damit vor allem die nukleare Zusammenarbeit zwischen den NATO-Verbündeten unmöglich zu machen. Ansonsten aber herrscht das Prinzip Hoffnung.

Abschreckungsfolklore

Schließlich dürfte auch der Versuch, das Konzept der Abschreckung analytisch zu desavouieren und so das Haupthindernis auf dem Weg zur nuklearwaffenfreien Welt zu beseitigen, scheitern. Zwar sind Fragen nuklearer Abschreckung in gewisser Weise Glaubensfragen, weil es – glücklicherweise – kaum empirischen Daten darüber gibt. Daraus jedoch zu schließen,

Nuklearwaffen haben ihre sicherheitspolitische Bedeutung noch lange nicht eingebüßt

das Fehlen empirischer Belege lasse jede beliebige Meinung zu, wäre verfehlt. Die Annahme, das Ausbleiben von Regen habe etwas mit der Komplexität des Wetters zu tun, bleibt nun einmal plausibler als die Vermutung, der Sonnentanz eines Schamanen sei der Grund für die Trockenheit. Gerade bei Fragen, die nicht abschließend beweisbar sind, ist intellektuelle Disziplin in besonderem Maße gefordert. Doch an ebendieser intellektuellen Disziplin mangelt es. Die Zahl der Studien, die den Nachweis erbringen wollen, dass es sich bei der nuklearen Abschreckung um einen Mythos handelt, ist in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen.⁵ Allerdings heiligt der politische Zweck häufig die akademischen Mittel. So sind die gewählten Beispiele des „Versagens“ der Abschreckung zu wenig plausibel, um wirklich überzeugen zu können. Wer etwa die Tatsache, dass Japan erst mehrere Tage nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki kapitulierte, als Beleg für die Unwirksamkeit nuklearer Abschreckung deutet, versucht, ein Ereignis politisch zu instrumentalisieren, das noch vor der Herausbildung des nuklearen

Abschreckungssystems stattfand und folglich auch wenig über seine Wirksamkeit aussagt.⁶

Mehr noch. Dieser Abschreckungsrevisionismus, der schon zu Obamas Zeiten dazu dienen sollte, der nuklearen Abrüstung analytisch den Weg zu ebnet, gerät immer dann in Erklärungsnotstand, wenn es konkret wird. Dort, wo nukleare Abschreckung beispielsweise ein konventionelles Ungleichgewicht zwischen zwei Rivalen ausgleicht, wäre eine Denuklearisierung eine Einladung zum Krieg. Und dort, wo, wie in Asien oder im Nahen Osten, gegenwärtig neue nukleare Mächte heranwachsen, verhindert allein der amerikanische „Nuklearschirm“, dass sich die Nachbarstaaten Nordkoreas oder des Irans ihrerseits nuklear bewaffnen.

Welche Bedeutung den nuklearen Schutzversprechen der USA zukommt, illustrieren die Beispiele Südkoreas und Taiwans. Seouls Zweifel am amerikanischen Schutzversprechen führten in den 1970er-Jahren zur Initiierung eines geheimen Nuklearprogramms. Nur eine massive diplomatische Intervention Washingtons, die in der Drohung einer Aufkündigung der bilateralen Sicherheitsallianz gipfelte, beendete diese Episode. Die Entwicklung in Taiwan verlief ähnlich. Unmittelbar nach dem ersten erfolgreichen chinesischen Test 1964 wurde ein ziviles Nuklearprogramm begonnen, das auch waffenfähiges Plutonium hätte produzieren können. Erst als die USA politisch intervenierten, wurde das Programm eingestellt. Wenn derlei Zusammenhänge ignoriert werden, um nukleare Abschreckung für irrelevant erklären zu können, ist Enttäuschung bereits vorprogrammiert.

Die fortgesetzte Bedeutung von Nuklearwaffen

Alle Versuche, die nuklearwaffenfreie Welt zu erreichen, sind bislang gescheitert, und es spricht vieles dafür, dass dies auch auf absehbare Zeit so bleiben wird. Denn Nuklearwaffen haben ihre sicherheitspolitische Bedeutung noch lange nicht eingebüßt. Im Gegenteil. Alle Nuklearwaffenmächte modernisieren ihre Arsenale. Das seinem Erzrivalen Indien konventionell unterlegene Pakistan führt mittlerweile sogar taktische Nuklearwaffen in seine Streit-

kräfte ein. Nordkorea hat inzwischen Langstreckenraketen entwickelt, die die USA erreichen können. Auch der Iran, dessen Raketenprogramme nicht Gegenstand des Atomabkommens mit den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates und Deutschland waren, hat seine nuklearen Ambitionen nicht aufgegeben.⁷ Doch den dramatischsten Beleg für die fortgesetzte Bedeutung nuklearer Waffen liefert Russland, das sich seit Jahren einer offensiven nuklearen Rhetorik bedient, die Besorgnis erregt. Spätestens als der russische Präsident Putin anlässlich des Jahrestages der Einverleibung der Krim verlauten ließ, er sei während der Krise im März 2014 auch bereit gewesen, die russischen Nuklearstreitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, dürfte klar sein, dass es mit der Abschaffung von Nuklearwaffen wohl noch eine Weile dauern wird.

Der entscheidende Grund für die ungebrochene Bedeutung nuklearer Waffen liegt in der Struktur der internationalen Politik selbst. Denn die den Abrüstungsvisionen zugrunde liegenden normativen Wunschvorstellungen vernachlässigen ausgerechnet die Dimension der internationalen Beziehungen, die sich am Ende immer wieder als die bedeutsamste erweist: die Suche nach nationaler Sicherheit. Gerade für Staaten, die sich in einem schwierigen regionalen Umfeld befinden, bleibt die nukleare Option eine latente Versuchung. Der Weg zu einer kernwaffenfreien Welt setzt also voraus, dass zunächst die Sicherheitsprobleme gelöst werden, die dem Wunsch nach Atomwaffen zugrunde liegen.

Viele Befürworter einer kernwaffenfreien Welt haben diesen Zusammenhang zwar erkannt und immer wieder darauf hingewiesen, dass die Lösung regionaler Sicherheitsfragen ein integraler Bestandteil ihrer Vision sei. Doch sie vermögen nicht überzeugend darzulegen, weshalb bisher unlösbare Probleme im Nahen Osten, zwischen Indien und Pakistan oder Nord- und Südkorea im Kontext nuklearer Abrüstung plötzlich lösbar werden sollten. So nimmt es nicht wunder, dass die Befürworter nuklearer Totalabrüstung auf die drei entscheidenden Fragen bislang keine überzeugenden Antworten gefunden haben: Wie kommt man auf null? Wie bleibt man auf null, in einer Welt,

in der das Wissen um den Bau nuklearer Waffen fortbesteht? Und wie schafft man Sicherheit angesichts des häufigen Versagens konventioneller Abschreckung?

Zwar versuchen die Befürworter einer nuklearwaffenfreien Welt den Eindruck zu erwecken, nukleare Abrüstung sei ein übergeordnetes Ziel der gesamten Staatengemeinschaft und könne folglich gegen politische Widrigkeiten immunisiert werden. Doch eine solche Interessenshierarchie, die die nukleare Abrüstung dauerhaft an die oberste Stelle setzt, existiert in der

Gerade für Staaten, die sich in einem schwierigen regionalen Umfeld befinden, bleibt die nukleare Option eine latente Versuchung

politischen Realität nicht. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sind lediglich Teilbereiche einer umfassenderen Außen- und Sicherheitspolitik. Das aber bedeutet, dass der Erfolg dieser Politik in erheblichem Maße von der internationalen politischen und wirtschaftlichen Großwetterlage abhängt. Konkret: Ein Disput mit China über den Dalai Lama, eine russische Intervention in der Ukraine oder eine Verschärfung der Lage in Pakistan oder im Nahen Osten kann einen politischen Klimawandel herbeiführen, der alle globalen Abrüstungspläne über Nacht Makulatur werden lässt. Unabhängig davon, wie viel Faszination eine politische Abrüstungsvision auszustrahlen vermag: Früher oder später wird sie durch andere Themen überlagert oder gar verdrängt.

Deutsche Befindlichkeiten

Deutschland ist seit über 60 Jahren Nutznießer nuklearer Macht. Als Mitglied der NATO nimmt die Bundesrepublik den nuklearen Schutz durch die USA in Anspruch. Seit dem Ende des Kalten Krieges wird diese Rolle jedoch kaum noch problematisiert. Eine sicherheitspolitische Diskussion, die sich seit Jahren in Leerformeln („mehr Verantwortung übernehmen“) erschöpft, blendet die nukleare Frage weitgehend aus. Nach der selbstzerstörerischen Nachrüstungsdebatte der Achtzigerjahre erschöpft sich der politische Diskurs in allgemeinen Forderungen nach Abrüstung und in ge-

legentlicher Kritik an einer als widersprüchlich empfundenen Politik der Nuklearmächte. Herausforderungen wie etwa das iranische oder nordkoreanische Nuklearprogramm spielen in der deutschen Diskussion nur eine untergeordnete Rolle. Man denkt und handelt konventionell – im wahrsten Sinne des Wortes.

Gleichwohl trägt die Bundesregierung die stärkere Betonung der Bedeutung der nuklearen Abschreckung in den einschlägigen Doku-

Die deutsche Sicherheitspolitik denkt und handelt konventionell – im wahrsten Sinne des Wortes

menten der NATO mit. Auch ist davon auszugehen, dass Berlin an der Rolle Deutschlands in der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO nicht rütteln wird.⁸ Schließlich hat sich die Bundesrepublik auch nicht an den Verhandlungen am internationalen Kernwaffenverbotvertrag beteiligt und dies ungewöhnlich deutlich mit den negativen Auswirkungen auf den Atomwaffen-Sperrvertrag sowie mit der fortgesetzten Bedeutung der nuklearen Abschreckung im Rahmen der NATO begründet. Die NATO wiederum wird nach Auffassung aller Verbündeten eine „nukleare Allianz“ bleiben, solange Kernwaffen existieren.

Eine nukleare Alternative gibt es für Deutschland vorerst nicht. Die von manchen immer wieder ins Spiel gebrachte „europäische nukleare Option“ bleibt eine Chimäre. Die Vorstellung, ein durch wirtschaftliche Krisen und populistische Versuchungen angeschlagenes Europa könne nun ausgerechnet die härteste

Nuss einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik knacken, weil der amerikanische Präsident seinen Verbündeten angeblich den nuklearen Schutz entzieht, verkennt die aktuelle Lage gleich in mehrfacher Hinsicht. In der EU gibt es keinen nuklearen Konsens, sondern einen massiven Dissens über die Legitimität nuklearer Abschreckung. Das britische Atomwaffenarsenal steht der EU nach dem Brexit ohnehin nicht mehr zur Verfügung. Und die Vorstellung, man könnte unter dem französischen Nuklearschirm Schutz suchen, in dem man die französischen Nuklearstreitkräfte mitfinanziert, erscheint ebenfalls weit hergeholt. Frankreichs Nuklearwaffen haben durch ihre bloße Existenz einen gewissen Abschreckungswert, weil sie das Risikokalkül eines Gegners mitbeeinflussen, aber sie sind klassische Sanktuariumswaffen. Sie schützen zuerst und vor allem Frankreich. Und Paris hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Entscheidung über den Einsatz französischer Kernwaffen eine rein nationale Entscheidung bleiben wird.

Mitgestaltung der nuklearen Realität

Die USA bleiben die einzige nukleare Schutzmacht für Deutschland. Dieser Schutz wird im Rahmen der NATO organisiert und nirgendwo sonst. Einen nuklearen Konsens, der sich auch in einer Strategie und den militärischen Fähigkeiten niederschlägt, gibt es nur in der NATO – und selbst dort muss er immer wieder aufs Neue mühsam errungen werden. Zwar entscheidet auch im Bündniskontext einzig der amerikanische Präsident über den Einsatz von Nuklearwaffen, doch die USA – und nur sie – haben den politischen Willen, die finanziellen Mittel und die militärischen Fähigkeiten, um ihre internationale Ordnungsrolle durch glaubwürdige nukleare Schutzversprechen zu untermauern. Diese Schutzversprechen sind zugleich ein wichtiges Instrument der nuklearen Nichtverbreitung, weil sie Anreize der Verbündeten dämpfen, sich selbst nuklear zu bewaffnen. Deshalb wird Amerika diese Rolle auch nicht aufgeben.

Deutschland sollte seinerseits an der nuklearen Teilhabe festhalten. Nirgendwo ist die ins-

Der Autor



Michael Rühle, geboren 1959 in Stuttgart, leitet das Referat „Hybride Herausforderungen und Energiesicherheit“ in der Abteilung für neue Sicherheitsherausforderungen im Internationalen Stab der NATO. Zuvor war er Leiter des Redenschreiber-Stabs und stellvertretender Leiter der Politischen Planungseinheit des NATO-Generalsekretärs. Er gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

titutionalisierte Zusammenarbeit in nuklearen Fragen – von politischen Erklärungen bis zur militärischen Übungspraxis – enger als in der NATO. Ein höherer Grad an Gemeinsamkeit ist zwischen souveränen Nationalstaaten kaum vorstellbar. Deutschland bringt durch seine Rolle in der nuklearen Teilhabe seinen Willen zum Ausdruck, auch nukleare Lasten und Risiken mitzutragen. Das dürfen nicht nur die amerikanischen, sondern nicht zuletzt auch die osteuropäischen Verbündeten von Deutschland verlangen. Hier gilt es, Kurs zu halten, auch und gerade angesichts des Kernwaffen-Verbotsvertrags und russischen Propagandagetöses gegen die nukleare Teilhabe.

Doch selbst dann, wenn es gelingt, den Kurs zu halten, zeigen die jüngsten Entwicklungen, dass die politische Klasse der Bundesrepublik zu nuklearen Fragen wieder grundsätzlich sprechfähig werden muss. Denn nicht nur werden Zweifel an der Verlässlichkeit Amerikas als Verbündeter Europas auf absehbare Zeit anhalten. Der Kernwaffen-Verbotsvertrag wird schon bald zu einer dauerhaften politisch-moralischen Realität werden. Die politische und militärische Führung muss folglich in der Lage sein, die nukleare Abschreckung gegen ihre Kritiker zu verteidigen, die immer wieder aufs Neue versuchen werden, das Konzept zu desavouieren. Zu dieser Verteidigung gehört auch die klare Aussage, dass eine Politik, die auf Abschreckung zur Kriegsverhinderung setzt, eine moralische Politik sein kann. Wer sich moralisch gebärdet, zugleich aber Fakten schafft, durch die Konflikte wahrscheinlicher werden könnten, steht nicht zwangsläufig für die moralisch höherwertige Alternative.

All dies schließt den Wunsch nach einer kernwaffenfreien Welt keineswegs aus. Allerdings muss der Schwerpunkt auf der Frage liegen, unter welchen Bedingungen eine nuklearwaffenfreie Welt möglich wäre. Dann wird nämlich sehr schnell klar, dass diese Bedingungen auf absehbare Zeit nicht existieren werden. Deutschland wird also weiterhin sowohl in als auch mit der nuklearen Wirklichkeit leben müssen. Deshalb geht es auch künftig weniger um die Überwindung dieser Realität als um ihre Ausgestaltung im Sinne einer verantwortungsethischen Sicherheitspolitik.

1 Vgl. hierzu: Deutsche Kommission *Justitia et Pax* (Hg.) (2019): *Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung. Ein Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax.* (Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Heft 137.) Bonn. https://www.justitia-et-pax.de/jp/publikationen/pdf/guf_137.pdf (Stand: 25.2.2020).

Außer einer allgemeinen Kritik an den Dilemmata nuklearer Abschreckung und einer unspezifischen Aufforderung zu mehr Vertrauen in den internationalen Beziehungen bleibt das Papier allerdings die Antwort auf die Frage schuldig, wie die Ächtung von Atomwaffen zu deren Abschaffung führt.

2 *The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response. A Pastoral Letter on War and Peace by the National Conference of Catholic Bishops.* 3. Mai 1983. <http://www.usccb.org/upload/challenge-peace-gods-promise-our-response-1983.pdf> (Stand: 25.2.2020).

3 Vgl. Rühle, Michael (2011): „Die atomwaffenfreie Welt – zwischen Pragmatismus und Idealismus.“ In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 4 (3), S. 263–272.

4 Vgl. Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, Art. 1. <https://undocs.org/A/CONF.229/2017/8> (Stand: 25.2.2020). Einige prominente Anhänger des Verbotsvertrages bezeichneten die Verbündeten der USA, die mit Washington im nuklearen Bereich kooperieren, als „weasel states“, die es aus der Ablehnungsfront herauszuberechnen gelte; vgl. Williams, Heather (2018): „Tailored Assurance: Balancing Deterrence and Disarmament in Responding to NATO-Russia Tensions“. *IFRI Proliferation Papers* 59, Juli 2018, S. 19. https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/williams_nato_russia_deterrence_2018.pdf (Stand: 25.2.2020).

5 Vgl. Barash, David P.: „Nuclear deterrence is a myth, and a lethal one at that.“ *The Guardian*, 14.1.2018. <https://www.theguardian.com/world/2018/jan/14/nuclear-deterrence-myth-lethal-david-barash> (Stand: 25.2.2020).

6 Vgl. Wilson, Ward (2013): *Five Myths About Nuclear Weapons.* New York, S. 21 ff.

7 Der Iran unterhielt nach Aussagen der Internationalen Atomenergiebehörde seit Mitte der Achzigerjahre ein geheimes Nuklearprogramm, das er 2003, vermutlich aus Furcht vor einem amerikanischen Einmarsch, zunächst aussetzte. Auch das 2015 geschlossene (und inzwischen von den USA wieder aufgekündigte) Nuklearabkommen wurde immer wieder verletzt. Der Iran betreibt zudem ein Raketenprogramm, das potenzielle Nuklearwaffenträger einschließt. Teheran verweigert darüber hinaus der Internationalen Atomenergiebehörde den Zugang zu mehreren Anlagen und reichert Uran auf ein Level an, das weit über dem für die zivile Nutzung erforderlichen Maß liegt. Vgl. Albright, David et al. (2018): „Iran's nuclear archive shows it originally planned to build five nuclear weapons by 2003.“ *ISIS/FDD Research Memo*, 20.11.2018. <https://www.fdd.org/wp-content/uploads/2018/11/fdd-memo-the-plan-iran-nuclear-archive.pdf> (Stand: 25.2.2020).

8 Im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe stellt der nicht nukleare Bündnispartner nuklearfähige Flugzeuge und entsprechend ausgebildete Besatzungen zur Verfügung. Die nuklearen Trägermittel werden von den USA gestellt.

RUSSISCHE KERNWAFFEN: VERNUNFT- ODER GEFÜHLSSACHE?

Autor: Konstantin Bogdanov

In der heutigen Zeit ist es äußerst wahrscheinlich, dass die Welt den Beginn eines neuen Wettrüstens erleben wird. Auch Kernwaffen werden hier eine Rolle spielen. Die Gründe sind vielfältig und reichen vom dysfunktionalen Zustand der globalen Sicherheitsorganisationen bis hin zu bahnbrechenden Entwicklungen in der Militärtechnologie. In dieser Situation sollten wir uns die Interessenlage der wichtigsten Akteure vergegenwärtigen. So beugen wir nicht nur Fehlern vor, sondern auch einer allgemeinen Verschlechterung der Lage, wie sie zum Beispiel durch eine künstliche Beschleunigung des Wettrüstens entstehen würde.

Warum ist der Aufbau eines umfangreichen Arsenal an Kernwaffen für Russland überhaupt relevant? Geht es in der aktuellen Situation um strategische Bedeutung, stellen Kernwaffen ein Mittel der Realpolitik dar, oder geht es lediglich um einen Phantomschmerz, entstanden aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion, also um den nie verwundenen Verlust des einstigen Weltmachtstatus?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir uns zunächst vergegenwärtigen, welchen Vorteil Russland im Einzelnen aus dem Besitz von Kernwaffen sowie seiner Rolle als wichtigster Konkurrent der USA auf dem Feld nuklearer Abschreckung zieht. Hier sind verschiedene Ebenen zu betrachten, die jeweils unterschiedliche Situationen aufzeigen.

Kernwaffen aus der Perspektive internationaler Beziehungen

Nach dem Kalten Krieg übernahm Russland die Rolle der UdSSR im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle. Mit dem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erbte das Land auch den Status des politischen Schwergewichts. Allerdings blieb diese Position über viele Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion extrem instabil und bestand in vieler Hinsicht eher auf dem Papier als in der Realität. Denn alles, was in Russland noch übrig war, waren die Kernwaffen der UdSSR und ein paar Dokumente, die dem Land den Platz auf der internationalen Bühne der Politik zusicherten.

Abstract

Die Wahrscheinlichkeit eines neuen (atomaren) Wettrüstens ist derzeit hoch. Um Fehleinschätzungen zu vermeiden, muss nach der russischen Interessenlage und der Bedeutung des russischen Kernwaffenbestands auf verschiedenen Ebenen gefragt werden. Vor allem die Atomwaffen aus Zeiten der Sowjetunion sicherten Russland einen Status auf Augenhöhe mit den USA, den das Land eine Zeit lang faktisch kaum auszufüllen vermochte. Genau deshalb sollte dieser aus Prestige Gründen durch eine sehr kooperative Haltung gewahrt werden; umso stärker wurden einseitige Entscheidungen der USA wie die Aufkündigung des ABM-Vertrags als Affront empfunden. Unter anderem dank der Militärreformen ist diese Phase mittlerweile beendet.

Aus militärstrategischer Perspektive dient das russische Atomwaffenarsenal dazu, ein Gleichgewicht der Kräfte aufrechtzuerhalten und qualitative wie quantitative konventionelle Unterlegenheit auszugleichen. Die Nukleardoktrin ist dabei unbedingt im historischen Kontext und mit Blick auf das nationale Trauma des deutschen Überfalls 1941 zu lesen. Die defensive Ausrichtung strategischen Denkens erklärt, warum mit der zunehmenden Modernisierung der Streitkräfte im konventionellen Bereich zugleich die Schwelle für den Atomwaffeneinsatz schrittweise angehoben wurde. Dies lässt Vermutungen, Russland könne auf Risiko spielen und mit begrenzten atomaren Schlägen im Baltikum vollendete Tatsachen schaffen, als grobe Verzerrung der Wirklichkeit erscheinen. Gleichwohl bergen auch die absichtlichen Unklarheiten der russischen Nuklearstrategie und die Möglichkeit unvorhergesehener Zwischenfälle ein erhebliches Eskalationsrisiko. Auf die viel beachteten neuen Waffensysteme (Hyperschallgleiter, Nukleartorpedos et cetera) trifft dies weniger zu.

Die Rolle der Kernwaffen für Russland wird also einerseits durch emotionale Faktoren bestimmt, erscheint andererseits aber in der gegenwärtigen dynamischen Weltlage als rationales Mittel zur Einflussssicherung. Bedauerlicherweise gehen jedoch weitere Bedingungen, unter denen die nukleare Abschreckung überhaupt stabilisierend wirken kann, zunehmend verloren.

Im Ergebnis wurden jegliche Möglichkeiten, exklusive Beziehungen mit den USA aufzubauen, umso interessanter. In den 1990er-Jahren erlebte Russland vor dem Hintergrund der verblassenden Staatsmacht eine Zeit großer sozialer und wirtschaftlicher Unruhen. In den frühen 2000er-Jahren befand sich das Land eindeutig nicht mehr auf Augenhöhe mit der Liga der Weltmächte – abgesehen von seiner Stärke im Bereich der nuklearen Abschreckung und der besonderen Rolle als Partner der USA für die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Schon aus diesem Grund kann die Bedeutung eines umfangreichen Kernwaffenarsenals für Russland kaum zu hoch aufgehängt werden. Rechtlich gesehen, hatte dieses in der Reihe internationaler Abkommen – START I und II, SORT und schließlich New START – denselben Status wie der Kernwaffenbestand der USA. Entsprechend erachtet Russland jedes Abkommen, das das Land von den anderen Partnerländern der USA weltweit abhebt, als höchst wertvoll, weil dies Moskau auf der weltpolitischen Bühne wichtiges zusätzliches Gewicht verleiht.

Genau aus diesem Grund reagierte Russland so ablehnend auf den Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag im Jahr 2002. Zwar waren die USA, obwohl sie damit eines der Grundprinzipien der strategischen Stabilität missachteten (dem zufolge defensive Waffen das Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung zerstören), weder zu diesem Zeitpunkt noch dreißig Jahre zuvor, als dieser Grundsatz zum ersten Mal Anerkennung fand, tatsächlich zum Aufbau eines ABM-Komplexes und damit zur Abwehr eines Zweitschlags in der Lage. Dennoch war der Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Abkommen ein Akt des politischen Wahnsinns, der weder die Sorgen der Partner noch die langfristigen Folgen im Blick hatte. Er ließ Russland wie einen gescheiterten Staat aussehen. Der in jenen Jahren im Westen weitverbreitete Eindruck des „russischen Niedergangs“ vernebelte erheblich den Blick auf Russland. Dennoch verhielt sich Russland in den Jahren 2001 und 2002 äußerst zuvorkommend gegenüber den USA (tatsächlich so sehr wie zuletzt 1994). Dies bestärkte die Vereinigten Staaten sogar noch darin, das Abkommen aufzukündigen. Zusammen mit der Entscheidung für die NATO-Osterweiterung, die 1997 fiel, entstand in Russland der Eindruck, das Land solle bewusst

an den Rand der politischen Weltbühne gedrängt und – wie in der Geschichte bereits geschehen – mit einem Sperrgürtel umgeben werden.

Dies wird am dramatischen Scheitern des INF-Vertrags besonders deutlich. Auch wenn harsche Kritik ausblieb, wurde das Abkommen in Russland ab Mitte der 2000er-Jahre zumindest extrem skeptisch gesehen. Sogar die höchste militärische und politische Führungsriege brachte diese Stimmungslage zum Ausdruck, einschließlich Präsident Putin selbst (der diesen Vertrag einmal als „einseitige Abrüstung der Sowjetunion“

Russland misst, wie schon in früheren Zeiten, nicht nur dem Besitz von Kernwaffen an sich, sondern der militärischen und strategischen Augenhöhe mit jedem anderen Staat der Welt große Bedeutung bei

bezeichnete). Dennoch änderte die russische Führung genau zu dem Zeitpunkt abrupt den rhetorischen Kurs, als das exklusive, auf Gegenseitigkeit angelegte Beziehungsgeflecht mit den USA tatsächlich konkret in Gefahr geriet. Zunächst war den Vertrag (der inzwischen leider annulliert wurde) als „Eckpfeiler der strategischen Stabilität“ bezeichnet worden, so wie es in der Vergangenheit bereits beim ABM-Vertrag der Fall gewesen war.

Da Russland mittlerweile einen Teil seines einstigen wirtschaftlichen Status und seiner politischen Einflusskraft wiedererlangen konnte, die das Land nach 1991 eingebüßt hatte, ist diese Phase nun im Großen und Ganzen beendet. In den letzten zehn Jahren haben auch die russischen Streitkräfte große Veränderungen erlebt. Im Ergebnis ist die reine nukleare Abschreckung nicht mehr das einzige Gewicht, das Russland in die Waagschale wirft, um seine militärische und politische Bedeutung in der Welt geltend zu machen. Dennoch misst das Land, wie schon in früheren Zeiten, nicht nur dem Besitz von Kernwaffen an sich, sondern der militärischen und strategischen Augenhöhe mit jedem anderen Staat der Welt große Bedeutung bei – insbesondere geht es im nuklearen Bereich um ein ausgewogenes Kräfteverhältnis mit den Vereinigten Staaten, denn die übrigen Länder sind Russland in dieser Hinsicht sowieso weit unterlegen.

Die militärische Dimension: Das kontinentale Gleichgewicht der Mächte

Aus philosophischer Sicht sind Kernwaffen weder Waffen mit Sonderstatus noch politisches Werkzeug. Vielmehr stellen sie ein eigenständiges Phänomen dar, das die Kunst der Kriegsführung und der internationalen Politik dominiert. Hierdurch büßen sie nichts von ihrer politischen oder militärischen Rolle ein; ihre Bedeutung geht sogar weit darüber hinaus.

Die Abschreckung, die Russland mit seinen Atomwaffen bezweckt, ist in erster Linie vom militärischen und strategischen Gleichgewicht auf dem Kontinent abhängig. Aufgrund der langen Grenzlinie zu China hielt die Sowjetuni-

(SOA) einbezogen werden – was immer wieder abgelehnt wurde.

In den 1990er-Jahren kehrte sich die Lage um. Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes, die tiefe soziale und wirtschaftliche Krise in Russland und die Osterweiterung der NATO schufen eine neue Situation der Asymmetrie. Russland sah sich nun gezwungen, das verschobene Kräfteverhältnis auf dem Kontinent durch einen verstärkten Rückgriff auf Kernwaffen auszugleichen. Aus gutem Grund haben die Vereinigten Staaten in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren die weitere Verringerung und den Abbau strategischer Offensivwaffen von der Verringerung und dem Abbau der russischen taktischen Kernwaffen abhängig gemacht. Dieses Ansinnen weist Russland grundsätzlich zurück.

Auch aus diesem zweiten Grund spielt der Umfang und das Potenzial des eigenen Kernwaffenbestands für Russland eine derart große Rolle: Es geht um die unmittelbare militärische Notwendigkeit, das kontinentale Gleichgewicht der Kräfte aufrechtzuerhalten.

Auf die Stagnation der strategischen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre folgte eine allgemeine Verschlechterung in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre, trotz einer kurzfristigen Verbesserung zwischen dem 11. September 2001 und dem Einmarsch der USA im Irak im Frühjahr 2003. Nach der militärischen und politischen Krise in der Ukraine 2014 erreichte das Verhältnis einen neuen Tiefpunkt.

In dieser Zeit konzentrierte Russland sich insbesondere auf die Erhaltung und den Ausbau seines nuklearen Abschreckungspotenzials. Da Moskau im militärischen Vergleich zu seinen Nachbarn quantitativ hinterherhinkte und qualitativ hinter der von den USA angeführten NATO zurückblieb (in Bezug auf präzisionsgelenkte Waffen, Drohnen, Luftstreitkräfte, Seestreitkräfte, automatisierte Führungs-, Aufklärungs- und Zielsysteme), nutzte es aus rationalen Erwägungen seine Kernwaffen, um die Unabhängigkeit der eigenen Politik zu sichern. Diese schließt unter anderem das ehemalige Staatsgebiet der Sowjetunion ein, das Russland als seine exklusive Interessensphäre betrachtet.

Die Abschreckung, die Russland mit seinen Atomwaffen bezweckt, ist in erster Linie vom militärischen und strategischen Gleichgewicht auf dem Kontinent abhängig

on ab den 1970er-Jahren den Aufbau eines Abschreckungssystems sowohl in Richtung Osten als auch in Richtung Westen für erforderlich. Man sah es als äußerst wichtig an, ein Machtgleichgewicht in Bezug auf konventionelle Waffen zu schaffen. Nur von diesem einen Aspekt hing ab, in welchem Umfang Atomwaffen in die kontinentale Abschreckung auf russischem Boden eingebunden wurden.

Schauen wir noch einmal zurück auf die Chronologie der Konfrontationen in Europa während des Kalten Krieges. Ab den 1960er-Jahren stützte sich die NATO auf die vorgelagerten atomaren Waffensysteme (*Forward-Based-Systeme*) der Vereinigten Staaten, um ein militärisches Gleichgewicht herzustellen. Zu dieser Zeit waren die Staaten des Warschauer Pakts der NATO in Bezug auf Truppenstärke und Anzahl konventioneller Waffen überlegen. Es war kein Zufall, dass die Sowjetunion zwei Jahrzehnte lang darauf beharrte, diese Waffensysteme sollten von den Vereinigten Staaten in die Zählung der strategischen Offensivwaffen

Anleitung zum Verständnis der russischen Nukleardoktrin

Russlands strategische Kultur erschließt sich nur vor dem Hintergrund der historischen Erinnerung. Auch die Traumata der jüngeren Vergangenheit spielen hier eine wichtige Rolle. Ohne die umfassende Betrachtung des historisch-kulturellen Narrativs, das eine Art „genetisches Gedächtnis“ im System der Staatsführung schafft, führt der Versuch, das Verhalten Russlands als wichtiger politischer Akteur zu interpretieren, zwangsläufig zu falschen Schlussfolgerungen und somit zu Fehlern in der strategischen Planung.

Aus Sicht der UdSSR fand der Kalte Krieg im Schatten der Ereignisse des Juni 1941 statt. Das Militär unternahm alle erdenklichen Anstrengungen, um eine ähnliche Niederlage in den ersten Tagen des angenommenen neuen Krieges zu verhindern. Aus Augenzeugenberichten geht hervor, dass die Sowjetunion bereits auf der Grundlage von Anzeichen, dass die NATO „Vorbereitungen für einen Angriff mit Atomraketen“ treffen könnte, bereit war, einen Präventivkrieg mit einem Großeinsatz von Kernwaffen in Europa zu beginnen.¹ Die UdSSR sah hierin keinen Verstoß gegen den 1982 offiziell erklärten grundsätzlichen Verzicht auf einen atomaren Erstschlag. Vielmehr galten derlei Aktionen aufgrund der „Unvermeidbarkeit“ des bevorstehenden nuklearen Angriffs durch den Feind als Vergeltungsschläge.

Dabei spielt die Tatsache eine Rolle, dass sich Russland über Jahrhunderte hinweg in erster Linie als einen riesigen militärisch-administrativen Komplex zur Verteidigung seines äußerst verwundbaren Territoriums betrachtet und konstituiert hatte (der allerdings immer wieder das reine Überleben der Bevölkerung zu gewährleisten hatte). Die Außengrenzen des Landes waren lang und schlecht gesichert, und auf der anderen Seite wartete eine beträchtliche Anzahl Feinde. Bis zum heutigen Tag sind die russische Außenpolitik, Militärstrategie und Kriegskunst tief geprägt von einer defensiven Haltung, die auf jede potenzielle Bedrohung von außen überempfindlich reagiert.²

Die Entwicklung der russischen Nukleardoktrin steht in direktem Zusammenhang mit die-

sen Überlegungen. Die plötzliche Schwächung des militärischen Potenzials führte dazu, dass Russland sich 1993 weigerte, den Verzicht auf den nuklearen Erstschlag überhaupt offiziell zu erklären. Die Militärdoktrin von 2000 wurde im Zuge der drastischen Reduzierung der Streitkräfte, auf dem Höhepunkt des zweiten Tschetschenien-Feldzugs und nach dem NATO-

Bis zum heutigen Tag sind die russische Außenpolitik, Militärstrategie und Kriegskunst tief geprägt von einer defensiven Haltung, die auf jede potenzielle Bedrohung von außen überempfindlich reagiert

Einsatz in Jugoslawien im Frühjahr 1999 verabschiedet. Im Ergebnis erklärte Russland seine Bereitschaft zu einem atomaren Erstschlag zunächst für den äußerst vage formulierten Fall einer „kritischen Situation für die nationale Sicherheit“, sollte es zum Angriff konventioneller Streitkräfte kommen.

Doch bereits 2010 wurde mit der nächsten Militärdoktrin die Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen angehoben und deutlich strikter definiert: Ein Angriff mit konventionellen Waffen musste nun eine Bedrohung „für die Existenz des Staates an sich“ darstellen. Kurz vor Jahresende 2014, als die Beziehungen zum Westen nach den Ereignissen auf der Krim und dem Krieg im Donbass auf einem Tiefpunkt angekommen waren, bekräftigte Russland diese Formulierung in der Neufassung der Doktrin als ergänzenden Wortlaut im Rahmen des Konzepts der „nicht nuklearen strategischen Abschreckung“. Damit kündigte die Regierung den Aufbau neuer Kapazitäten im Bereich der nicht nuklearen Hochpräzisionswaffen mit großer Reichweite an, die die bis dato auf Kernwaffen basierende Abschreckung um eine weitere Komponente ergänzen sollen. Mit der Neuformulierung der Doktrin 2014 wurde die Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen gegenüber der Fassung von 2010 indirekt erneut angehoben, ohne die Kernaussage der Doktrin zu ändern.

Auf diese Weise behielt man sich das Recht vor, unzureichende Kapazitäten an konventionellen Waffensystemen mit Kernwaffen aufzustocken, um das allgemeine Gleichgewicht der Abschreckung zu wahren. Russland verbesser-

te die Schlagkraft seiner Streitkräfte, rüstete aktiv auf (einschließlich der Einführung neuer Präzisionswaffen und des Aufbaus von Systemen zur Aufklärung, Zielerfassung und Bekämpfung) und fuhr die Abhängigkeit seiner strategischen Abschreckung von Kernwaffen allmählich zurück. Somit hat sich das Land bereits deutlich von der Klippe entfernt, an der es in den 1990er- und 2000er-Jahren stand, und die nuklearen Risiken deutlich verringert. Diese Linie verfolgt Moskau ganz bewusst.

Doch auch dieses an sich klare Bild bot noch genügend Raum für widersprüchliche Auslegungen. Beispielsweise wird immer wieder unterstellt, die russische Regierung setze Kernwaffen bewusst als Druckmittel ein, um die Bedrohlichkeit eines Konflikts mit der NATO zu betonen, den Moskau selbst provoziere – entsprechend dem Konzept der Eskalation zur Deeskalation („escalate to de-escalate“). Etwas karikaturhaft wird oft ein „hybrider Angriff“ auf die baltischen Staaten heraufbeschworen, der vermeintlich in einem blitzkriegartigen Überfall russischer Truppen und einem präventiven taktischen Einsatz von Kernwaffen gegen einen NATO-Militärstützpunkt in Europa gipfeln solle – mit dem Ziel, die Bündnismächte zum Rückzug zu zwingen und mit der Annexion der baltischen Staaten vollendete Tatsachen zu schaffen.

Diese Auslegung der russischen Nukleardoktrin mutet allerdings reichlich primitiv an. Die zur Lösung der unterstellten Lage vorgeschlagenen Maßnahmen – die Stationierung nuklearer Gefechtsköpfe mit niedriger Sprengkraft für

seit 1993 immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Doch dieser wäre zwingend an eine große militärische Niederlage geknüpft, die die Existenz des Staates in seiner jetzigen Form bedrohen müsste. Es ist schwer vorstellbar, wie sich solche Bedingungen im Zusammenhang mit diesem etwas abenteuerlich anmutenden nuklearen Poker-Szenario ergeben sollten, das mit der Idee einer „hybriden“ Invasion im Baltikum und ihrer anschließenden Annexion spielt – selbst wenn man den strategischen Vorteil für Moskau beiseitelässt, der mit diesem Szenario verbunden ist.

Ist die russische Nukleardoktrin also rein defensiv, quasi im Geist sicherheitspolitischer „Tauben“ konzipiert, und bedroht sie somit weder die Stabilität noch den Kontinent? Nein, und auch dies sollte allen Parteien der gegenwärtigen militärisch-politischen Konfrontation in Europa Anlass zur Sorge geben. Erstens sieht sich Russland aus den oben genannten Gründen „im Belagerungszustand“ (und die letzten fünf bis zehn Jahre haben diese Wahrnehmung noch weiter untermauert). Russland verwischt absichtlich die „roten Linien“ mit Hinblick auf einen atomaren Erstschatz und bedient sich der altbewährten Strategie der „Abschreckung durch Verunsicherung“. Die Kehrseite dieses Vorgehens ist, dass das Risiko eines Atomkriegs bereits in einem frühen Eskalationsstadium steigt, in dem eine Lage noch nicht als existenzielle Bedrohung gelten kann.

Außerdem wird der potenzielle Konflikt zwischen Russland und der NATO typischerweise aus der Perspektive des rational handelnden Akteurs bewertet, der konsequent gut durchdachte Strategien umsetzt. Doch dies trifft auf keine der beiden Seiten zu – weder auf die Befürworter der „Eskalation zur Deeskalation“ (die letztlich wieder zur Aufrüstung mit taktischen Kernwaffen führt, wenn auch mit dem Ziel der Eindämmung nuklearer Risiken) noch auf ihre Kritiker. Beide Seiten sind nicht in der Lage, einen außerplanmäßigen Zwischenfall zu verhindern, also eine unbeabsichtigte Eskalation, bei der jeder Schritt einen weiteren Schritt nach sich zieht und der Konflikt sich automatisch immer weiter zuspitzt.

Aus einem unbeabsichtigten Aufeinandertreffen der Streitkräfte in der Luft oder auf See

Russland ist zwar zu einem nuklearen Erstschatz bereit. Doch dieser wäre zwingend an eine große militärische Niederlage geknüpft, die die Existenz des Staates in seiner jetzigen Form bedrohen müsste

Trident-II-Raketen – erscheinen zudem unlogisch und widersprüchlich und bergen die Gefahr einer weiteren Destabilisierung.³ Vor allem aber verkennt ein solches Szenario die Grundlagen des russischen strategischen Denkens, das von den Traumata militärischer Niederlagen in der Vergangenheit geprägt und zutiefst defensiv ausgerichtet ist. Russland ist zwar zu einem nuklearen Erstschatz bereit und hat dies

können sich militärische Kampfhandlungen in einer frühen Phase entwickeln, die wiederum möglicherweise zu einem nuklearen Erstschlag führen. Solch ein Zwischenfall wird nicht nach am Reißbrett entworfenen Plänen verlaufen, geschweige denn einer Strategie „maßgeschneiderter nuklearer Gegenschläge“ gehorchen. Beide Seiten werden in einem solchen Fall nicht auf ihre Szenarien, sondern auf ihre vorhandenen Waffen zurückgreifen, auch auf ihre Kernwaffen. Auf diese Weise könnte ein unbeabsichtigter, räumlich begrenzter Zwischenfall zu einem echten nuklearen Krieg führen.

Nur der systematische Aufbau und die Festigung politischen Vertrauens zwischen Russland und der NATO kann die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses verringern. Dies ist jedoch unmöglich, solange man im in sich logischen Rahmen der Nuklearstrategie oder selbst der Rüstungskontrolle verharret.

Die Waffen des 1. März

Man darf sich zu Recht fragen: Wenn die russische Regierung Kernwaffen eine wichtige, aber gleichzeitig begrenzte und zudem mit jedem Jahr weniger bedeutsame Rolle zuschreibt, warum kündigt sie dann die Entwicklung gleich mehrerer neuer nuklearer Waffensysteme auf einmal an? Präsident Putin stellte die neuen Systeme in einer Rede vor der Föderalen Versammlung am 1. März 2018 vor; deshalb sind sie in Russland als „Waffen des 1. März“ bekannt.

An sich sind diese neuen Waffen noch nicht spruchreif; insbesondere die umstrittensten sind noch weit von der Einsatzbereitschaft entfernt, ganz zu schweigen von einer Serienproduktion. Selbst die sofort einsatzfähigen Raketenysteme Avangard und Kinzhal („Dolch“) stehen nur sehr eingeschränkt zur Verfügung und ergänzen Russlands aktuelles Nukleararsenal auch nur unwesentlich. Das militärische und strategische Gleichgewicht mit den Vereinigten Staaten verschieben sie jedenfalls nicht.

Allen neuen Waffen kreisen um die Idee, den starken ABM-Komplex der Vereinigten Staaten auszuschalten, obwohl dieser weder jemals real existierte noch konkret geplant war. Einige

der vorgestellten Systeme (Avangard und der interkontinentale Nukleartorpedo Poseidon) gehen auf Konzepte zurück, die in der UdSSR in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre als Teil möglicher Gegenmaßnahmen gegen die zukünftigen Kapazitäten der US-amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) entwickelt wurden.

Es handelt sich hierbei nicht um neue Kernwaffen im eigentlichen Sinn. Es mag seltsam anmuten, aber die Modernisierung des russischen Nukleararsenals ist weitgehend abge-

Die Vorabpräsentation der neu entwickelten Waffen des 1. März stellt in gewisser Weise eine Geste der Abschreckung dar, um die Diskussion über die strategische Stabilität neu zu beleben

schlossen (mit Ausnahme der Produktion von mit Bulawa-Raketen bestückten U-Booten, die mit unverminderter Intensität weitergeht). Die letzte große, für die erste Hälfte der 2020er-Jahre geplante Veränderung ist die Ablösung der schweren Interkontinentalrakete Voevoda („Kriegsherr“; SS-18 Satan Mod 5/6), deren Einsatzzeit bereits mehrfach verlängert wurde und sich nun dem Ende zuneigt, durch die vergleichbaren, zukunftsweisenden schweren Sarmat-Raketen, die derzeit gerade in die Flugtestphase starten.

Die Waffen des 1. März, die so viel Aufmerksamkeit erregt haben, stehen also eigentlich beispielhaft für die Militärtechnologie der Zukunft. Sie sind die Vorboten einer fernen Zukunft, die höchstwahrscheinlich nie kommen wird. Die Vorabpräsentation dieser neu entwickelten Waffen stellt in gewisser Weise eine Geste der Abschreckung dar, um die Diskussion über die strategische Stabilität (in erster Linie also über den ABM-Komplex) neu zu beleben. Letztlich geht es darum, eine Zukunft verhindern, in der monströse Waffen wie Hochseetorpedos mit extrem starken nuklearen Gefechtsköpfen oder Marschflugkörper mit Nuklearantrieb erforderlich wären, um einen wirksamen Vergeltungsschlag durchzuführen.

* * *

Das Erbe der als traumatisch erlebten Transformation, die Russland nach dem Ende der 1980er-Jahre durchlaufen hat, stellt in vielerlei Hinsicht ein emotionales Element seiner Nuklearpolitik dar. Vom Ende der Perestroika bis in die 1990er-Jahre hinein verhielt sich die Bevölkerung geradezu euphorisch, vielleicht sogar etwas naiv. Doch an die Stelle der freudigen Erwartung einer vollständigen Wiedereingliederung in die westliche Welt traten Groll und Ernüchterung. In der Folge nahmen die neue Generation der russischen Führungsschicht eine völlig entgegengesetzte Haltung ein. Vorsicht und Zynismus setzten sich durch; das Vertrauen in den Westen, seine Institutionen und Werte sank, ebenso wie in seine Politik, die ge-

Von der russischen Führungsschicht ist in Zukunft keine positive Einstellung hinsichtlich einer umfassenden nuklearen Abrüstung zu erwarten

wohnheitsmäßig auf Machtmittel setzte („militärische Kapazitäten anstatt guter Absichten“).

Aus genau diesem Grund ist von der russischen Führungsschicht in Zukunft keine positive Einstellung hinsichtlich einer umfassenden nuklearen Abrüstung zu erwarten. Diese käme in ihrer Vorstellung (vielleicht zu Unrecht) einer nationalen Katastrophe, zumindest einem Souveränitätsverlust gleich. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den USA in den 2000er- und 2010er-Jahren, einschließlich der Auflösung des ABM-Vertrags, haben ebenfalls nicht gerade für Optimismus gesorgt.

Der Autor



Konstantin Bogdanov ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter (Senior Research Fellow) am Zentrum für Internationale Sicherheit des Primakov National Research Institute of World Economy and International Relations der Russian Academy of Science (IMEMO RAS) in Moskau. An der ITMO-Universität in St. Petersburg promovierte er in Ingenieurwissenschaften. Vor seiner Arbeit für das IMEMO war er rund acht Jahre lang als Kolumnist und Experte für politisch-militärische und militär-technische Fragen für führende russische Medien tätig.

Die Weltordnung ist einem grundlegenden Wandel unterworfen. Gegenwärtig ist es schwierig zu sagen, welche Gestalt sie annehmen wird und welche Mechanismen der Zusammenarbeit und Institutionen der globalen Sicherheit bzw. welche Machtverhältnisse sich herausbilden werden (Multipolarität, Unipolarität oder neue Bipolarität).

In dieser Situation sieht Russland die nukleare Abschreckung ganz pragmatisch als Mittel zur Vermeidung eines größeren Krieges oder einer neuen nationalen Katastrophe. Es sei darauf verwiesen, dass sich aktuell ähnliche Prozesse bei mindestens zwei weiteren führenden Nuklearmächten vollziehen, die daran interessiert sind, ihre Position zu erhalten und zu festigen: in den Vereinigten Staaten und in China. Nukleare Abschreckung als Friedensgarant ist ein in sich widersprüchliches Konzept, das auf der Furcht vor dem Tod von Millionen Menschen beruht. Nichtsdestotrotz spielt sie seit Langem eine wichtige Rolle für die Wahrung des Weltfriedens. In einer Zeit, in der sich die Weltordnung im Umbruch befindet und sowohl die Unsicherheit als auch die Anzahl der Konflikte unvermeidlich zunehmen, sollten wir diese Rolle nicht unterschätzen.

Sich auf nukleare Abschreckung rational und dauerhaft zu verlassen, erfordert allerdings, die Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen anzuheben, die Unklarheit hinsichtlich der „roten Linien“ zu beseitigen und nach Möglichkeit alle Szenarien auszuschließen, in denen diese Waffen im Gefecht – und sei es auch nur begrenzt – eingesetzt werden könnten. Genau dieser Aspekt wird jedoch zum größten Risiko, denn der Zusammenbruch des früheren Systems der internationalen Beziehungen geht einher mit dem Zusammenbruch des Rüstungskontrollsystems für Kernwaffen. Leider fällt ihm auch die Kultur bilateraler Expertengespräche über Fragen der Doktrin zum Opfer.

1 Гриневский, Олег (2004): Перелом. От Брежнева к Горбачеву. Москва, с. 71. [Grinevsky, Oleg (2004): *The Turning Point. From Brezhnev to Gorbachev*. Moscow, S. 71.]

2 Boston, Scott and Massicot, Dara (2017): *The Russian Way of Warfare*. Santa-Monica, CA. <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE231.html> (Stand: 27.5.2020).

3 Bogdanov, Konstantin (2020): "Not-so-Nuclear War." <https://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/analytics/not-so-nuclear-war/> (Stand: 27.5.2020).

CHINAS NUKLEARSTRATEGIE IN EINEM NEUEN GEOPOLITISCHEN UMFELD

Autor: Sven Bernhard Gareis

Seit ihrem ersten erfolgreichen Atomwaffentest am 16. Oktober 1964 unterhält die Volksrepublik China ein vergleichsweise kleines und lange Zeit auch technologisch wenig entwickeltes nukleares Arsenal. Während sich im Kalten Krieg die Supermächte USA und UdSSR mit stetig wachsenden Overkill-Kapazitäten gegenseitig in Schach hielten, konnte sich die ständig von inneren Krisen geschüttelte und wirtschaftlich darniederliegende Volksrepublik aus einem ruinösen Rüstungswettlauf heraushalten und auf eine ebenso einfache wie kostengünstige Nuklearstrategie vertrauen: den Verzicht auf einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen und die Abschreckung eines – ohnehin unwahrscheinlichen – Atomwaffeneinsatzes gegen China durch die Fähigkeit zu einem strategischen Vergeltungsschlag mit für den Gegner nicht hinnehmbaren Kosten.

Trotz erheblicher Veränderungen im internationalen System mit neuen geopolitischen Machtkonstellationen und einer Reihe weiterer Nuklearwaffenstaaten hält China bis heute offiziell an seinem Konzept der sogenannten Minimalabschreckung fest und hat dies zuletzt in seinem im Juli 2019 vorgelegten Weißbuch *China's National Defense in the New Era* unterstrichen. Allerdings sieht sich China einem vor allem von den USA vorangetriebenen globalen strategischen Wettbewerb ausgesetzt, welcher in seinen Augen auch eine umfassende militärische Modernisierung inklusive des Ausbaus seiner nuklearen Fähigkeiten erforderlich macht. Bereits seit den 1990er-Jahren arbeitet China daher daran, seine lange nur auf dem Papier bestehende strategische Zweitschlagfähigkeit vor allem durch die Entwicklung neuer Träger-systeme und Plattformen zu untermauern.

Wie in einem Lehrbuch zum Sicherheitsdilemma veranlassen Beijings Rüstungsanstrengungen jedoch wiederum die USA zu Gegenmaßnahmen zur Absicherung ihrer militärischen Vormachtstellung im Indo-Pazifik-Raum und darüber hinaus. In der *National Security Strategy 2017* und in der *Nuclear Posture Review 2018* erscheint die erstarkende Volksrepublik als der wichtigste Gegner der USA und der entscheidende Anlassgeber für die Weiterentwicklung der US-Streitkräfte auch im nuk-

Abstract

Die Nuklearstrategie Chinas ist grundsätzlich seit jeher defensiv ausgerichtet und hat lediglich eine Minimalabschreckung zum Ziel. China konkurriert jedoch zunehmend mit den USA auf sicherheitspolitischem Gebiet. Im Indo-Pazifik-Raum droht die Gefahr eines neuen Kalten Krieges mitsamt nuklearem Rüstungswettlauf zwischen beiden Großmächten. Die zunehmenden Spannungen hat China zum Anlass genommen, sein Nuklearwaffenarsenal zu modernisieren. Auch der defensive Charakter der chinesischen Nuklearstrategie könnte zur Disposition gestellt werden.

Um einer gefährlichen Eskalation vorzubeugen, sind beide Staaten gefordert: Die USA sollten China nicht in die Enge drängen, und China wiederum sollte seine Minimalabschreckung auch mit einseitiger Transparenz seiner nuklearen Fähigkeiten kombinieren, um die ohnehin schon angespannte sicherheitspolitische Lage nicht weiter zu verschärfen.

In dem 2019 veröffentlichten Weißbuch "China's National Defense in the New Era" werden trotz grundlegender Änderungen der geopolitischen Lage Chinas strategische Eckpunkte seiner Nuklearstrategie fortgesetzt. Durch eine strategische Zweitschlagkapazität soll den USA lediglich die eigene Verletzlichkeit durch einen möglichen Vergeltungsschlag vor Augen geführt werden. Grundsätzlich will China Atomwaffen in einem Konflikt keinesfalls zuerst einsetzen. Um diese Minimalabschreckung aufrechterhalten zu können, war lange Zeit ein qualitativ wie quantitativ recht überschaubares Nukleararsenal ausreichend. Strategische Parität oder gar Überlegenheit sind hierzu genauso wenig nötig wie eine Erstschlagkapazität. Vor dem Hintergrund der durch die USA erteilten Sicherheitsgarantien an die Anrainer Chinas, verbunden mit der Installation moderner Raketenabwehrsysteme, ist die Modernisierung des chinesischen Nuklearwaffenarsenals zur Aufrechterhaltung seiner Zweitschlagkapazität zu verstehen.

learen Bereich – was China in Kapitel III seines Weißbuchs 2019 wiederum mit der Feststellung kontert, dass „nukleare Fähigkeiten der strategische Eckpfeiler beim Schutz nationaler Souveränität und Sicherheit“ sind, und weiter daran arbeiten lässt, den USA ihre Verletzlichkeit durch einen chinesischen Vergeltungsschlag glaubhaft vor Augen zu führen.

Auch wenn weder den USA noch der Volksrepublik an einer militärischen Auseinandersetzung gelegen sein kann, ist eine solche angesichts des in den letzten Jahren vor allem

Auch wenn weder den USA noch der Volksrepublik an einer militärischen Auseinandersetzung gelegen sein kann, ist eine solche keineswegs ausgeschlossen. Damit wäre auch die Gefahr einer nuklearen Eskalation verbunden

durch die USA unter Präsident Donald Trump befeuerten „chinesisch-amerikanischen Weltkonflikts“ (Peter Rudolf) keineswegs ausgeschlossen. Damit wäre dann auch die Gefahr einer nuklearen Eskalation verbunden – etwa, wenn die den USA auch konventionell weiterhin weit unterlegene Volksrepublik in einem Konflikt von ihrem Grundsatz abweichen sollte, keinesfalls zuerst Atomwaffen einzusetzen.

Welche Schritte und Entwicklungen sind also vor diesem geopolitischen Hintergrund von der Volksrepublik zu erwarten? Dies soll im Folgenden mit einem Blick auf Chinas Nuklearstrategie, ihren Grundannahmen und daraus abgeleiteten Fähigkeiten sowie ihren Schwächen untersucht werden.

Ausgangspunkt und Grundelemente der chinesischen Nuklearstrategie

Chinas Streben nach nuklearen Fähigkeiten reicht bis in die frühen Jahre der 1949 gegründeten Volksrepublik zurück und war auch maßgeblich von Statusinteressen motiviert. Mao Zedong wollte sein Land auf Augenhöhe mit den Supermächten USA und UdSSR sehen. Vor allem aber gab es handfeste sicherheitspolitische Interessen: In China klang

noch die Forderung von US-General Douglas MacArthur nach, der im Koreakrieg Nuklearwaffen gegen die Volksrepublik einsetzen wollte – gegenüber einem solchen Waffeneinsatz wollte Mao nicht wehrlos dastehen. Wesentliche Unterstützung beim Aufbau technologischer Kapazitäten kam dabei zunächst vom sozialistischen Bruderstaat Sowjetunion, der sich unter Nikita Chruschtschow jedoch über Fragen der Unvermeidbarkeit eines Atomkriegs mit dem Westen zunehmend von der Volksrepublik entfremdete, sich mit ihr über die Katastrophe der als „Großer Sprung nach vorne“ bezeichneten Industrialisierungsstrategie überwarf und schließlich im Juni 1959 die Zusammenarbeit in Nuklearangelegenheiten beendete.

China begann umgehend mit der eigenständigen Entwicklung eines Atomwaffenprogramms (s. Cheng 2006), durch welches die Volksrepublik mit dem erfolgreichen Test am 16. Oktober 1964 in Lop Nor/Xinjiang dann zum fünften Nuklearwaffenstaat neben den USA, der UdSSR, Frankreich und dem Vereinigten Königreich wurde. War der erste Sprengsatz mit rund zwanzig Kilotonnen noch relativ klein, zündete die Volksrepublik bereits im Juni 1967 eine Wasserstoffbombe mit der Sprengkraft von drei Megatonnen und schloss so technologisch zu den bereits etablierten Nuklearwaffenstaaten auf. Anders als die USA und die UdSSR jedoch entwickelte China kein differenziertes nukleares Dispositiv von land-, see- und luftgestützten Trägersystemen für seine Sprengköpfe, die sogenannte Triade, sondern konzentrierte sich im Wesentlichen auf ballistische Boden-Boden-Raketen, die mit unterschiedlichen Reichweiten Ziele in den USA bzw. deren Stützpunkte im Pazifik erreichen konnten. Mit der Zunahme der Spannungen mit der Sowjetunion wurden in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre auch Waffensysteme entlang der Grenze zum früheren Verbündeten aufgestellt.

Neben den hohen Kosten für eine ausgereifte Triade spielte bei dieser Entscheidung auch das bei Mao Zedong und seinen Militärstrategen vorherrschende Kriegsbild eine Rolle: Man erwartete eine Invasion, die dann in der Tiefe des chinesischen Raumes durch einen Volkskrieg beendet wird. In diesem Szenario spielten

auch taktische Nuklearwaffen für begrenzte Schläge keine Rolle; der Schwerpunkt der Verteidigung lag im konventionellen Landkrieg.

Eine richtige nukleare Strategie hat die Volksrepublik vor diesem Hintergrund nie entwickelt oder vorgelegt. Vielmehr hat sie ihre nuklearen Fähigkeiten mit einem Mantel größter Geheimhaltung umgeben, sich aber immer wieder für Abrüstungsschritte ausgesprochen und einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen ausgeschlossen. Dem 1968 abgeschlossenen Atomwaffensperrvertrag (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, NPT) trat die Volksrepublik am 17. März 1992 noch vor Frankreich als vierter Nuklearwaffenstaat bei (der NPT war ursprünglich von der Republik China [Taiwan] unterzeichnet und 1970 ratifiziert worden). Den Umfassenden Kernwaffenteststoppvertrag (*Comprehensive Nuclear-Test Ban Treaty*, CTBT) unterzeichnete China am 24. September 1996, dem Tag, an dem der zwei Wochen zuvor von der VN-Generalversammlung verabschiedete Vertrag zur Unterschrift ausgelegt wurde, verweigert allerdings dessen Ratifikation, solange die USA hierzu ebenfalls nicht bereit sind. Nach insgesamt 45 seit 1964 durchgeführten Nukleartests hält sich China seit der Unterschrift unter den CTBT an ein Testmoratorium.

Im Dezember 2006 veröffentlichte China in Kapitel II seines sechsten Weißbuchs zur nationalen Verteidigung erstmals eine Skizze seiner „*self-defensive nuclear strategy*“: Deren fundamentales Ziel ist es demnach, andere Staaten vom Einsatz nuklearer Waffen gegen China bzw. von dessen Androhung abzuschrecken. Zugleich bekräftigt die Volksrepublik ihre Politik des Nicht-Ersteinsatzes von Nuklearwaffen „zu jeder Zeit und unter allen Umständen“, erklärt uneingeschränkt, nie Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearstaaten bzw. gegen nuklearwaffenfreie Zonen einzusetzen, und spricht sich für ein umfassendes Verbot sowie die vollständige Abschaffung von Nuklearwaffen aus. In der Verfolgung seiner nationalen Sicherheitsinteressen hält China jedoch an den Prinzipien des Gegenangriffs zur Selbstverteidigung sowie der begrenzten Entwicklung von Nuklearwaffen fest und strebt nach einem schlanken und effektiven nuklearen Dispositiv. Seine nuklearen Kapazitäten stehen demnach

unter dem direkten Kommando der Zentralen Militärkommission (ZMK), dem wichtigsten Führungsgremium der Volksbefreiungsarmee unter Vorsitz des Staats- und Parteichefs. China unterstreicht seine große Zurückhaltung bei der Fortentwicklung seiner nuklearen Fähigkeiten und erklärt, nie in ein nukleares Wettrüsten mit einem anderen Land eingetreten zu sein und dies auch künftig nicht zu tun.

In ihrem 2019 vorgelegten Weißbuch bekennt sich die Volksrepublik dann grundsätzlich zur Fortführung dieses Konzepts, verweist aber zugleich auf ein aus chinesischer Sicht schwieriger gewordenen sicherheitspolitisches Umfeld, das auch Anpassungen im Nuklearbereich erforderlich macht: Neben Anstrengungen beim Sicherheitsmanagement seiner Nuklearwaffen will China „einen angemessenen Bereitschaftsgrad aufrechterhalten“ und seine „strategische Abschreckungsfähigkeit verstärken, um die nationale strategische Sicherheit zu schützen und die internationale strategische Stabilität aufrechtzuerhalten“.

Strategische Grundannahmen und Anpassungen

Mit ihrer Nuklearstrategie versucht die Volksrepublik mit möglichst geringen Mitteln einen nuklearen Schlag gegen ihr Territorium abzuschrecken. Zur Gewährleistung ihrer *minimal deterrence* bedarf sie daher keiner strategi-

Zur Gewährleistung ihrer „minimal deterrence“ bedarf die Volksrepublik China keiner strategischen Parität mit oder gar Überlegenheit gegenüber einem möglichen Gegner

schen Parität mit oder gar Überlegenheit gegenüber einem möglichen Gegner. Ebenso wenig bedarf sie einer Erstschlagfähigkeit, die das nukleare Arsenal eines möglichen Gegners vollständig oder zumindest weitgehend zerstören und ihn reaktionsunfähig machen könnte. Sie muss aber eine glaubhafte Zweitschlagfähigkeit aufrechterhalten, um so einem möglichen Gegner mit einem für diesen nicht hinnehmbaren Schaden als Antwort auf einen Nuklearwaffeneinsatz drohen zu können. Der Verzicht

auf den Ersteinsatz fällt China insofern leicht, als Atomwaffen in der chinesischen Militärstrategie außer im Bereich der Abschreckung keine wesentliche Rolle spielen.

Die Idee einer Zweitschlagfähigkeit ist Teil des Konzepts der „gegenseitig zugesicherten Vernichtung“ (*Mutually Assured Destruction*, MAD) das in den frühen 1960er-Jahren von US-Verteidigungsminister Robert McNamara mit entwickelt wurde und das daraufhin wesentlich zur strategischen Stabilität zwischen den Supermächten beitrug. Eine praktische Ausge-

genommen. Dies gilt ebenso für den 2011 von der Administration Barack Obamas ausgerufenen *pivot to Asia*, durch den die USA ihren Verbündeten und Partnern den Rücken stärken, zugleich aber auch ihre regionale Hegemonialstellung gegenüber einem wirtschaftlich, politisch und auch militärisch erstarkten China behaupten wollten. Im Zuge der von China zwar nicht unterstützten, jedoch aus eigenen Interessen hingenommenen Entwicklung des Atomwaffen- und Raketenprogramms in der Demokratischen Volksrepublik Korea (s. Gareis 2020) unterstützten die USA ihre regionalen Verbündeten Japan und Südkorea mit den modernsten see- bzw. landgestützten Raketenabwehrsystemen Aegis und THAAD (Terminal High Altitude Area Defense). In Beijing wurde dies – in Verbindung mit den Bemühungen der USA zur eigenen *Homeland Missile Defence* – als Versuch einer Entwertung seiner Zweitschlag- und damit strategischen Abschreckungsfähigkeit betrachtet. Dies ist für die Volksrepublik eine umso gravierendere Herausforderung, als nach der Abwendung von der Vorstellung des Volkskriegs im eigenen Land und der Fokussierung auf lokal begrenzte Kriege unter modernen Bedingungen in von China beanspruchten Räumen (etwa Taiwan, Ost-/Südchinesische See) die Abwehr einer US-amerikanischen Intervention von entscheidender Bedeutung ist.

Angeichts dieser Herausforderungen hat die Volksrepublik keinen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel vollzogen, aber im Rahmen ihrer bestehenden Nuklearstrategie Schritte zur qualitativen Verbesserung und zur Vergrößerung ihres nuklearen Arsenal vorgenommen und dürfte diesen Weg auch in der Zukunft weiterverfolgen. Chinas vorrangiges Ziel ist es, gegenüber den USA als seinem wichtigsten Gegenspieler glaubhaft die Fähigkeit zu vermitteln, ihre Raketenabwehrsysteme überwinden zu können.

Gegenwärtiges Arsenal und weitere Entwicklungen

Wie oben erwähnt setzte die Volksrepublik beim Aufbau ihres nuklearen Dispositivs vor allem auf landgestützte Trägersysteme der früheren „2. Artillerie“, die 2016 in die Raketen-truppe der Volksbefreiungsarmee integriert

Die US-indische Nuklearpartnerschaft und der „pivot to Asia“ wurden von China als Teil einer Einkreisungs- und „containment“-Strategie wahrgenommen

gestaltung fand dieses Konzept im 1972 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossenen Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (*Anti-Ballistic Missile Treaty*, ABM-Vertrag), der einen weitgehenden Verzicht auf Schutzvorkehrungen vor anfliegenden Raketen enthielt, somit die gegenseitige Verletzlichkeit garantierte und in der Folge das Risiko eines Nuklearschlages für beide Seiten gegen null reduzierte. China profitierte von diesem Vertrag insofern, als die Verletzlichkeit der Supermächte auf der chinesischen Seite nur ein kleines und auch technologisch nicht sehr ausgefeiltes Abschreckungspotenzial von Sprengköpfen und Trägersystemen erforderte.

Als nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 die USA die Entwicklung neuer Abwehrsysteme gegen „Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme in den Händen von Terroristen und Schurkenstaaten“ anstrebten und sich im April 2002 aus dem ABM-Vertrag zurückzogen, bot US-Präsident George W. Bush der chinesischen Seite umgehend Gespräche an, um einem möglichen Wettrüsten im asiatischen Bereich vorzubeugen. Die kurze Zeit später, im Juli 2005, zwischen den USA und dem 1998 zur Atommacht aufgestiegenen Indien initiierte Nuklearpartnerschaft wurde von China jedoch als Teil einer amerikanischen Einkreisungs- und *containment*-Strategie wahr-

wurde, auch wenn bereits in den Lop-Nor-Tests der 1960er-Jahre schon Atombomben von Hong-6 (H-6) Bombern der Luftwaffe abgeworfen wurden und mit den (ein oder zwei) nuklearwaffenfähigen und atomar betriebenen U-Booten (*ship submersible ballistic nuclear*, SSBN) der Xia-Klasse auch seegestützte Komponenten, sogenannte *sea launched ballistic missiles*, SLBM) hinzukamen. Zum Aufbau einer echten strategischen Triade reichten diese Systeme wegen mangelnder Reichweite (H-6) und technischer Unzulänglichkeiten (U-Boote) indes nicht aus. Die Changzheng 6 (Langer Marsch 6), das wohl einzige wirklich in Betrieb genommene Boot dieser Klasse, hat seit seiner seiner Indienststellung 1981 keine bewaffnete Patrouillenfahrt unternommen und keine seiner potenziell zwölf Mittelstreckenraketen Ju Lang 1 (Große Welle 1, JL 1) zu Testzwecken abgefeuert.

Die landgestützten ballistischen Interkontinentalraketen (*intercontinental ballistic missile*, ICBM) Dongfeng 4 und 5 (Ostwind 4 und 5) konnten von ihrer Reichweite her Ziele im Pazifik wie Guam (DF 4) oder das US-amerikanische Festland (*continental US*, CONUS) erreichen (DF 5). Als silobasierte und mit Flüssigtreibstoff betriebene Trägersysteme waren sie aber wegen ihrer leichten Aufklärbarkeit und langen Betankungszeiten sowohl sehr verletzlich als auch für einen schnellen Gegenschlag kaum einsetzbar. Eine echte Zweitschlagkapazität stellten diese Systeme angesichts der immer genaueren Satellitenaufklärung sowie der immer präziseren, auch konventionellen Marschflugkörper insbesondere der USA kaum dar.

Um diese strategische Fähigkeit auszubauen bzw. zu erhalten, verfolgt die Volksrepublik eine zweigleisige Vorgehensweise: den besseren Schutz ihres Arsenal und die Erhöhung der Zahl ihrer Sprengköpfe. Im Bereich der Schutzmaßnahmen spielen bei den landgestützten Systemen die Mobilität der Abschusseinrichtungen sowie die Umstellung auf Raketenantriebe aus festen Brennstoffen entscheidende Rollen. Zu den wichtigsten modernen Systemen gehören im ICBM-Bereich die DF 31/31A sowie die neu entwickelte DF 41, welche die silobasierten DF 4 und 5 ablösen (sollen). Im Mit-

telstreckenbereich wurde die schon länger im Dienst befindliche DF 21 modernisiert und eine neue Rakete mit größerer Reichweite bis ca. 4000 Kilometer, die DF 26, neu eingeführt. Laut dem Bericht von Kristensen/Norris im *Bulletin of Atomic Scientists* verfügte die Volksrepublik 2018 über geschätzt 280 nukleare Sprengköpfe, die von 120 bis 150 landgestützten Trägersystemen transportiert werden können. Größeren Schutz und zugleich eine Verkürzung der Flugstrecken verspricht sich die Volksrepublik von ihren derzeit vier U-Booten der verbesserten Jin-Klasse, die mit je zwölf der moderneren JL 2 ausgestattet sind (s. Zhao 2018).

Bei der Erhöhung ihrer Zahl von Sprengköpfen nutzt China seit einiger Zeit die Technologie der *multiple independently targetable reentry vehicles* (MIRV). Hierbei werden einer Trägerwaffe mehrere (kleinere) Sprengköpfe eingesetzt, die sich beim Flug durchs All voneinander lösen und nach dem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre ihre zuvor programmierten

Derzeit gibt es keine Anzeichen, dass die Volksrepublik ihr bislang vor allem auf die strategische Vergeltung ausgerichteten Arsenal um taktische Waffen für kleinere und begrenzte Einsatzformen erweitern will

Ziele suchen. Die jeweiligen Trägerwaffen können eine je unterschiedliche Zahl von Sprengköpfen transportieren; Kristensen/Norris gehen von einer durchschnittlichen Bestückung mit drei *warheads* aus.

Ins Auge gefasst ist auch die Neuentwicklung einer U-Boot-Generation (Tang-Klasse), einer SLBM (JL 3) und eines Langstreckenbombers, die die über fünfzig Jahre alten und nur sehr eingeschränkt nuklearwaffenfähigen H-6 ablöst.

Nicht beabsichtigt scheint derzeit, die Einsatzbereitschaft der Nuklearwaffen durch die dauerhafte Ausstattung der Trägersysteme mit atomaren Sprengköpfen zu erhöhen. Letztere werden zentral in Lagerstätten im Qinling-Gebirge in der zentralchinesischen Provinz Shaanxi aufbewahrt. Ebenfalls gibt es keine Anzeichen, dass die Volksrepublik ihr bislang vor allem auf die strategische Ver-

geltung ausgerichtetes Arsenal um taktische Waffen für kleinere und begrenztere Einsatzformen erweitern will. China hält sein Arsenal weiter klein und akzeptiert somit weiterhin die qualitative und quantitative Überlegenheit der USA (und Russlands) im Nuklearbereich. Mit dieser Fokussierung auf die strategische Abschreckung gehen allerdings auch spezifische Risiken für die Krisenstabilität einher, auf die im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

Trägerische Stabilität

Chinas nukleares Arsenal ist zwar klein, kann aber dennoch mit verheerenden Wirkungen eingesetzt werden – für einen möglichen Gegner, aber auch für China selbst. Dies könnte der Fall sein, wenn eine Krise oder ein konventioneller Krieg unversehens außer Kontrolle gerät und es zu einer nuklea-

kleinerer Nuklearwaffen geeignet sein kann, einen begonnenen konventionellen Krieg zu deeskalieren bzw. zu beenden (*escalate to de-escalate*), sind chinesische Strategen in dieser Hinsicht sehr skeptisch. Sie sehen überwiegend den Weg in einen strategischen Waffeneinsatz vorgezeichnet, wenn die nukleare Schwelle einmal überschritten ist, und vertrauen darauf, dass deshalb keine Seite einen Ersteinsatz vornimmt. Sie vertrauen auch darauf, dass die Sorge vor einem nuklearen Schlagabtausch die USA veranlassen wird, im Falle von Auseinandersetzungen deeskalierend auf ihre regionalen Verbündeten einzuwirken und selbst auch nichtnukleare Ansätze verfolgten. Dies würde es China erlauben, etwa gegen Taiwan vorzugehen, und die US-Kräfte mit konventionellen Mitteln auf Distanz zu halten. Genau dieser Sichtweise treten jedoch die USA unter Berufung auf ihre Bündnisverpflichtungen entgegen, indem sie die Möglichkeiten des Ersteinsatzes taktischer Nuklearwaffen gegen konventionelle Ziele erwägen (s. Colby). In gewisser Weise gleicht das chinesische Denken hier der westlichen Strategie der massiven Vergeltung (*massive retaliation*) im Kalten Krieg der 1950er-Jahre, die sich aber als unbrauchbare Antwort auf begrenzte Angriffe seitens des Warschauer Paktes erwiesen hat, und die dann in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre durch die Strategie der flexiblen Reaktion (*flexible response*) ersetzt wurde. Ein Instrumentarium zur flexiblen Reaktion auf einen taktischen Nuklearschlag ist auf der chinesischen Seite jedoch nicht vorhanden (s. Ji).

Ein weitere Problematik besteht darin, dass Chinas Nuklearwaffen auch mit konventionellen Mitteln angegriffen werden können, insbesondere weil etwa SSBNs nicht nur nuklear, sondern auch konventionell bewaffnet sein können. Die Frage steht im Raum, ob China sein Versprechen, unter keinen Umständen zuerst Nuklearwaffen einzusetzen, aufrecht erhalten würde, wenn es vor einer *use it or lose it*-Entscheidung stünde. Die strategische Stabilität, die sich China von seiner Minimalabschreckung durch eine Zweitschlagkapazität verspricht, ist also bei genauerem Hinsehen sehr trügerisch.

Die chinesischen Sichtweisen auf das Problem nuklearer Eskalation unterscheiden sich deutlich von denen der USA

ren Eskalation kommt. Für diese Sorge gibt es mehrere Gründe: Wie Cunningham/Fravel überzeugend darlegen, unterscheiden sich die chinesischen Sichtweisen auf das Problem nuklearer Eskalation deutlich von denen der USA. Während Letztere von der Möglichkeit ausgehen, dass der begrenzte Einsatz

Der Autor



Sven Bernhard Gareis betreut beim Internationalen Stab der NATO in Brüssel das Defence Education Enhancement Programme für Eurasien und Zentral-/Nordostasien. Seit 2007 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Zuvor war er unter anderem stellvertretender Fachbereichsleiter für Human- und Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Sein Forschungsschwerpunkt ist internationale Sicherheitspolitik, insbesondere internationale Organisationen und die Rolle Chinas in Asien und der

Welt. Er ist Herausgeber von „International and Security Studies“ (Budrich Academics). Er gibt hier ausschließlich seine persönlichen Auffassungen wieder.

Folgerungen

Die Großmächterivalität im Indo-Pazifik-Raum hat ein bemerkenswertes Niveau erreicht. China und die USA stehen sich mit wachsendem Argwohn gegenüber – in der Überzeugung, dass nur die jeweils andere Seite die eigene Machtposition bedrohen kann. Die Gefahr eines neuen Kalten Krieges inklusive einer Rüstungsspirale ist real, trotz der möglichen Folgen, die aus einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden engstens verflochtenen Mächten für diese selbst, die Region und die Welt resultieren würden. Ein solches Sicherheitsdilemma kann letztlich nur durch Diplomatie, größere Transparenz und wachsendes Vertrauen reduziert werden. Angesichts der massiven und zielgerichteten Verschärfung des bilateralen Verhältnisses durch die US-Administration unter Präsident Trump gibt es dafür derzeit jedoch wenig Hoffnung, zumal Beijing sich durchaus auch Vorteile von den mannigfachen Verwirrungen erhofft, welche die Politik Washingtons unter seinen Verbündeten in der Region ausgelöst hat.

Wenn die Vorzeichen für die Vertrauensbildung im militärischen und nuklearen Bereich nicht günstig sind, sollten sich beide Seiten ihrer ja weiterhin eng verflochtenen Wirtschaftsinteressen, aber auch ihrer Verantwortung als Großmächte besinnen. Dazu gehört, die gespannte Situation zumindest nicht weiter zu verschärfen. Für die USA als den stärkeren Akteur würde dies bedeuten, nicht zu versuchen, China in die Enge zu treiben. Für China als die aufstrebende Macht sollte eine strategische Zurückhaltung auch auf militärischem Gebiet angezeigt sein, nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber Indien und weiteren Anrainern im Indo-Pazifik-Raum. Wie dargelegt, beansprucht China, eine defensive Nuklearstrategie der Minimalabschreckung zu verfolgen, die jedoch ein Restrisiko einer – auch ungewollten – massiven Eskalation in sich trägt. Dieses so gering wie möglich zu halten und sich auch einseitig zu größerer Transparenz bezüglich seiner nuklearen Fähigkeiten bereitzuerklären, liegt in Chinas politischer Verantwortung.

Quellen und Literatur

- Cheng, Ta-Chen (2006): „The Development of China's Strategic nuclear weapons“. In: *Defence & Security Analysis* 22 (3), S. 241–260.
- Colby, Elbridge (2018): „If you want peace, prepare for nuclear war: a strategy for the new Great-Power rivalry“. In: *Foreign Affairs* 97 (6), S. 25–32.
- Cunningham, Fiona und Fravel, M. Taylor (2019): „Dangerous confidence? Chinese views on nuclear escalation“. In: *International Security* 44 (2), S. 61–109.
- Department of Defense (2018): *Nuclear Posture Review 2018*. Washington, D.C. <https://dod.defense.gov/News/SpecialReports/2018NuclearPostureReview.aspx> (Stand: 11.6.2020).
- Gareis, Sven Bernhard (2020): „Ordnungs- oder Garantiemacht? Chinas Rolle im Nordkorea-Konflikt“. In: Staack, Michael (Hg.): *Der Nordkorea-Konflikt. Interessenlagen, Konfliktdimensionen, Lösungswege*. Opladen, Berlin, Toronto, S. 139–153.
- Information Office of the State Council (2006): *China's National Defense in 2006*. Beijing. [http://en.people.cn/whitepaper/defense2006/defense2006\(2\).html](http://en.people.cn/whitepaper/defense2006/defense2006(2).html) (Stand: 11.6.2020).
- Information Office of the State Council 2019: *China's National Defence in the New Era*. Beijing. http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/201907/24/content_WS5d3941ddc6d08408f502283d.html (Stand: 11.6.2020).
- Ji, You 1999: „Nuclear Power in the Post-Cold War Era: The Development of China's Nuclear Strategy“. In: *Comparative Strategy* 18 (3), S. 245–259.
- Karako, Thomas und Williams, Ian (2017): *Missile Defense 2020. Next Steps for Defending the Homeland*. Washington. <https://i0.wp.com/missilethreat.csis.org/wp-content/uploads/2017/03/2020-cover-newsletter.png> (Stand: 11.6.2020).
- Kristensen, Hans M. und Norris, Robert S. (2018): „Chinese nuclear forces, 2018“. In: *Bulletin of the Atomic Scientists* 74 (4), S. 289–295.
- Rudolf, Peter (2019): „Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt“. (SWP-Studie 23.) Berlin. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S23_rdf.pdf (Stand: 11.6.2020).
- The White House (2017): *National Security Strategy of the United States of America*. Washington, D.C. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905-2.pdf> (Stand: 11.6.2020).
- Zhao, Tong (2018): *Tides of Change. China's Nuclear Ballistic Missile Submarines and Strategic Stability*. Washington, D.C.

SOLDATEN IM GEWISSENSKONFLIKT: ZWISCHEN KIRCHLICHEM IDEALISMUS UND POLITISCHEM REALISMUS

Autor: Markus Bentler

Einleitung

Spätestens mit der Kündigung des INF-Vertrages durch die USA aufgrund aus ihrer Sicht nachgewiesener Vertragsverletzung seitens Russlands ist die nukleare Abschreckung wieder mit großer Dynamik auf die politische Tagesordnung und ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit zurückgekehrt. Argumentationsmuster, die als Teil der Geschichte erschienen, werden wiederbelebt. Fast vergessene Gräben in der politischen Diskussion, insbesondere in Deutschland, brechen wieder auf. Mit der Kündigung des INF-Vertrages ist ein Schlüsselement der europäischen Sicherheitsarchitektur weggebrochen. Die Gefahr eines nuklearen Rüstungswettlaufs mit Russland erscheint real. Vor diesem Hintergrund wird die Lage zum Anlass genommen, im Bündnis eine Diskussion über die Rolle von Nuklearwaffen in der Abschreckungsstrategie zu führen. Dem steht die klare Haltung der katholischen Kirche, in Sonderheit des Papstes, gegenüber, der der Strategie der nuklearen Abschreckung eine moralische Absage erteilt hat. Gleichmaßen hat die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 2007 erklärt, dass die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden kann.¹ So befinden sich die politisch Handelnden, aber insbesondere auch die Soldaten in einer schwierigen Lage, in der sie Orientierung ersehnen.

Der Studienkreis Katholischer Offiziere beim Katholischen Militärbischof für die Bundeswehr hat sich 2019 mit der Thematik „Nukleare Ab-

schreckung – Realität und Ethik im Spannungsfeld“ befasst und die Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus beleuchtet. Dieser Artikel zeichnet die engagierte Diskussion in diesem Kreis nach.

Die Ausgangslage

Die nukleare Abschreckung ist wieder da. Gewiss, fort war sie eigentlich nie. Doch sie war in den Hintergrund gerückt – und zumindest in Deutschland im Laufe der letzten Jahrzehnte aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Wir „Alten“ sind ja noch unter der Bedrohung der atomaren Apokalypse aufgewachsen. Nuklearstrategie haben wir gewissermaßen von der Pike auf gelernt. Wir hatten die NATO-Strategie der „Flexible Response“ MC 14/3 „drauf“. Sonst hätten wir keinen Staboffizierslehrgang bestehen können. Wir waren fit im NATO-Doppelbeschluss und haben uns mit der Friedensbewegung auseinandergesetzt. Wir erinnern uns an die große Demonstration im Bonner Hofgarten, an engagierte Debatten als Jugendoffiziere und in der Politischen Bildung, an die Blockade von Mutlangen und so weiter. Aufregende Zeiten waren das damals. Aber spätestens mit dem Fall der Mauer, der Wiedervereinigung und der Auflösung der Sowjetunion verschwand das Thema aus dem öffentlichen Bewusstsein. Das nukleare Patt der Supermächte spielte keine große Rolle mehr.

Dabei waren die Nuklearwaffen nie weg, aber eben nicht mehr Teil der strategischen Diskussion, gewissermaßen stetig verblassender Schatten im Hintergrund. Wenn wir über Massenvernichtungswaffen nachdachten, dann war es im Sinne von Bekämpfung der Proliferation. Die Gefahr von Massenvernichtungswaffen in falschen Händen – in denen von Schurkenstaaten und Terroristen – war das Thema. Aber wegen der funktionierenden Rüstungskontrollregime, zumindest zwischen Ost und West, wählte man sich doch auf der sicheren Seite (INF, START, ABM, NPT ...). Die deutsche Politik konzentrierte sich auf Abrüstungsinitiativen, und demzufolge unterstützte sie auch US-Präsident Obama, der 2009 in Prag eine nuklearwaffenfreie Welt forderte.

Die NATO hielt derweil am Konzept der nuklearen Abschreckung fest. Und die Bundesregierung hatte bisweilen alle Mühe, das Prinzip der nuk-

learen Teilhabe gegen allerlei Kritiker vom linken Spektrum, aber auch von den Liberalen aufrechtzuerhalten. Wir erinnern uns an die Bemühungen des damaligen Außenministers Westerwelle, die Stationierung taktischer Nuklearwaffen in Büchel zu beenden, mit der Konsequenz, dass Deutschland dann von den strategischen Diskussionen und dem nuklearen Planungsprozess ausgeschlossen worden wäre. Dass sich die „heile Welt“ änderte, hatte sich bereits Ende 2001 mit der Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die USA abgezeichnet. Am 2. August 2019 kündigten die Vereinigten Staaten den INF-Vertrag in Übereinstimmung und mit Unterstützung aller NATO-Partner. Mit dem INF-Vertrag über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen (500 bis 5500 km Reichweite) endete einer der wichtigsten Abrüstungsverträge zwischen den USA und Russland, ein strategischer Eckpfeiler, wenn man so will. Damit können die beiden Länder wieder ohne Beschränkungen solche Waffen bauen. Ein neues Wettrüsten wird befürchtet.

Die Büchse der Pandora ist wieder geöffnet. Wir sehen uns einer besorgniserregenden Entwicklung gegenüber, die uns herausfordert, als Staatsbürger und Offiziere, die als Fachleute der Öffentlichkeit gegenüber Rede und Antwort stehen müssen. Die Dimension ist gewaltig: Politische, strategische, taktische, ethische Fragestellungen sind eng miteinander verwoben. Je tiefer man einsteigt, desto dichter wird das Gestrüpp.

Dem entspricht die öffentliche Diskussion keineswegs. Eine wirklich vertiefte Debatte über die komplexen Fragen, die mit der nuklearen Rüstung verbunden sind, findet nach meiner Bewertung allenfalls in Expertenkreisen statt. Dabei ist die nukleare Bedrohung mindestens genauso ernst zu nehmen für den Fortbestand der Menschheit wie die aktuellen Krisen (Covid-19, Klima), die wir zu bewältigen haben. Es bleibt zu hoffen, dass dieses wichtige Thema alsbald wieder die ihm gebührende Aufmerksamkeit erhält. „Die Bundesrepublik Deutschland braucht einen produktiven Streit über die schwierigen und komplexen Probleme der Friedenssicherung, vor die die Welt sie heute ausweislich stellt.“²

Das Dilemma, dass Waffen den Frieden sichern sollen, deren Anwendung ethisch nicht zu legitimieren ist, bestimmt die Diskussion in der Kirche. Die katholische Kirche hat darum gerungen, eine

Antwort zu finden, die sowohl der christlichen Lehrtradition, zu der die Lehre vom gerechten Krieg gehörte, als auch den ganz neuen ethischen Herausforderungen, die der waffentechnologische Fortschritt mit sich brachte, entsprach. In einem Pastoralbrief haben die US-amerikanischen Bischöfe die Frage nach der Legitimität der Drohung eines nuklearen Erstschlages gestellt: „Darf man mit etwas drohen, von dem man mit Sicherheit weiß, dass man es nicht anwenden darf?“ Nach dem 2. Vatikanischen Konzil entstand ein kirchlicher Konsens, dass das System

Eine wirklich vertiefte Debatte über die komplexen Fragen, die mit der nuklearen Rüstung verbunden sind, findet allenfalls in Expertenkreisen statt

der Abschreckung für eine Übergangsphase noch verantwortbar sei, bis die Anstrengungen, dieses System zu überwinden, Früchte tragen würden. Während dieser Frist sei alles daranzusetzen, menschenwürdige Wege der Konfliktlösung zu finden (Lehre vom gerechten Frieden). Die eindringlichen Worte des Papstes in diesem Zusammenhang deuten darauf hin, dass diese Frist zumindest in der Lehre der Kirche zu einem Ende gekommen ist.

Vor dem Hintergrund des diskutierten Spannungsverhältnisses nuklearer Abschreckung zwischen Ethik und Realpolitik sind die Heidelberger Thesen (EKD), wenn auch schon 60 Jahre alt, wieder sehr aktuell. Sie stellen die Probleme atomarer Rüstung in den weiteren Zusammenhang einer Politik der Sicherung von Frieden und Freiheit, der völkerrechtlichen und ethischen Legitimität von Kernwaffen, der militärischen Strategie der Abschreckung und der Gewissensberatung von Soldaten sowie Bürgerinnen und Bürgern. Die Thesen beschäftigen sich mit der Frage, ob und inwiefern nukleare Abschreckung ethisch vertretbar sein kann. Dabei gerät die Denkfigur der Komplementarität zunehmend unter Druck: Abschreckung als gültiges Prinzip versus Ablehnung jeglicher militärischer Gewaltanwendung. Der Grundkonsens, „unter dem Evangelium zusammen zu bleiben“, ist einer harten Belastung ausgesetzt.

Nukleare Abschreckung – eine kritische Betrachtung des Konzepts

Ein näherer Blick auf das Konzept der „nuklearen Abschreckung“ ist lohnend. Ich habe meine Kindheit, meine Jugend und die ersten 17 Jahre meiner militärischen Laufbahn unter dem alles dominierenden nuklearen Schirm verbracht und kann nicht sagen, dass es mein Leben über alle Maßen eingetrübt hätte. Man könnte mir deswegen auch Naivität unterstellen. Warum endete der Kalte Krieg nicht mit einem nuklearen dritten Weltkrieg? Ist das nicht ein Beweis dafür, dass das Konzept der nuklearen Abschreckung funktioniert hat? Oder waren wir im Kalten Krieg nicht doch mehrfach am Rand eines nuklearen Schlagabtausches, der dann nie stattgefunden hat – wie zum Beispiel in der Kubakrise? War das der Segen der nuklearen Abschreckung? Oder war es pures Glück, vielleicht auch günstige Umstände, die wir nicht beeinflussen oder garantieren können? Eine kritische Bewertung des Konzeptes ist aus sicherheitspolitischer, militärstrategischer und ethischer Sicht unumgänglich.

An der weitverbreiteten Erwartung, Abschreckung könne gewissermaßen zuverlässig und vorhersehbar organisiert werden, sind Zweifel angebracht. Es ist auch die Frage zu stellen, wie Abschreckung in der Ära nach dem Kalten Krieg („*Second Nuclear Age*“) gewährleistet werden kann, wenn „Weltuntergangswaffen“ in die falschen Hände gelangten. Abschreckung lässt uns unweigerlich an das „Gleichgewicht des Schreckens“ und „*Mutual Assured Destruction*“ denken. Dabei verstellt der Begriff „*Balance of Terror*“ vermutlich mehr den Blick auf das Problem, als dass er hilft. Auf den ersten Blick erscheinen die Voraussetzungen für erfolgreiche Abschreckung nicht überwältigend schwierig.

Drei Voraussetzungen sind erforderlich:

1. Jemand, der abgeschreckt werden soll, muss die Bedrohung kennen.
2. Er muss glauben, dass die Drohung plausibel ist.
3. Er muss in der Lage und willens sein, die potenziellen Kosten der Bedrohung gegen den Wert der Fortsetzung seiner Handlungen rational abzuwägen.

Also kurz: Abschreckung bedarf der Fähigkeiten, des Willens, diese einzusetzen, und der Perzeption beim Gegenüber. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Fähigkeit zum rationalen Handeln.

Erfolgreiche Abschreckung ist also eine Funktion aus der Fähigkeit und der Glaubwürdigkeit. Aber diese Voraussetzungen reichen nicht, sind vielfältiger und werden gemeinhin ignoriert. Es bedarf:

1. Akteure, die zu einem nüchternen rationalen Entscheidungsprozess in der Lage sind.
2. Regierungen, die die Umsetzung rationaler Entscheidungen ermöglichen.
3. Akteure, die über die Interessen, Pläne, Werte und Verpflichtungen ihrer Gegner informiert sind.
4. Akteure, die die militärischen Fähigkeiten und die Konsequenzen ihres Handelns verstehen und richtig einschätzen können.

Die Frage, ob diese Voraussetzungen auch angesichts der weltweit handelnden Personen gegeben sind, lässt sich unschwer beantworten. Ich habe meine Zweifel und bin überzeugt, dass die Annahmen sicher nicht zutreffen, wenn Massenvernichtungswaffen in die Hände nicht staatlicher Akteure gelangen. Man kann getrost sagen, dass Nuklearwaffen Abschreckung nicht zuverlässig oder mit irgendeiner Garantie gewährleisten können, auch wenn häufig das Gegenteil behauptet wird. Wir haben aber nichts Besseres gefunden und werden mit der „Krücke Abschreckung“ wohl noch eine Weile arbeiten müssen.

Rüstungskontrolle und nukleare Abschreckung – zwei Seiten einer Medaille

Fragen nach der Legitimität militärischer Gewaltanwendung sind wichtiger Teil der Friedensethik. Das trifft in besonderem Maße auf Waffen zu, deren Einsatz das Ende der Menschheit bedeuten könnte. Ist die Frist, die uns gewährt wurde, nun definitiv abgelaufen? Diese Fragen stellen sich viele Soldaten, die ihr Gewissen prüfen. Der Legitimationsentzug für die nukleare Abschreckung durch die großen Kirchen wiegt schwer. Wer wollte die Augen vor den Risiken der nuklearen Apokalypse verschließen? Wer wollte

angesichts der Not, der Armut und des Elends in der Welt die hohen Aufwendungen für die nukleare Aufrüstung nicht kritisch betrachten? Das Ziel muss eine Welt ohne Atomwaffen sein! In diesem Ziel sind sich die meisten Politiker und Soldaten, die ich kenne, einig. Ein atomarer Krieg würde deren Gewissen auf unerträgliche Weise belasten. Sie würden schwere Schuld auf sich laden. Allerdings leben wir in einer Welt, die leider nicht nach unseren moralischen und ethischen Idealvorstellungen gestaltet ist, sondern in einer sehr „realen“ und auch „bösen“ Welt. Der Heilige Stuhl sagt zum Kernwaffenverbot: „In short, to achieve nuclear abolition, we need to resist succumbing to the limits set by political realism.“³ Wir – und das gilt insbesondere für uns Soldaten – sollten uns aber der Realität stellen. Das bedeutet nicht, dass wir uns von unseren berechtigten Wunschträumen verabschieden. Eine Welt ohne Atomwaffen ist das Ziel (Außenminister Maas am 5. März 2020). Daran erinnert uns das 50-jährige Bestehen des NVV. Dieses Ziel gilt es beharrlich zu verfolgen.

Im Einklang mit dieser Zielsetzung und dem schwindenden Vertrauen in die nukleare Abrüstung haben 122 Staaten 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben. Das ist sicher eine ehrenwerte, moralisch gut begründete Haltung. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob wir so dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt wirklich näher kommen. Fördert dieser einseitige Schritt wirklich Frieden und Sicherheit auf unserem Planeten, oder dient er vorrangig der Beruhigung des Gewissens? Idealismus und Realismus prallen hier aufeinander. So lehnen die NATO-Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag ab, weil er die Sicherheit keines Landes verbessere. Dem ist zuzustimmen. Wäre eine Welt sicherer, in der die überwiegende Zahl der Staaten dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten, Nuklearwaffen allerdings „nur“ noch in den Händen einiger weniger Staaten wären: von Putins Russland, Kim Jong-uns Nordkorea, Ajatollah Ali Khameneis Iran oder Xi Jinpings China, um einige wenige zu nennen? Die Antwort auf diese Frage dürfte leichtfallen.

Können wir das Ziel einer sicheren Welt nicht dadurch erreichen, dass wir die Rüstungskontrollanstrengungen im Einklang mit dem NVV (Artikel VI) intensivieren? Wenn wir diesen Weg

beschreiten, uns nicht beirren lassen, ist dann die nukleare Abschreckung nicht doch – zumindest übergangsweise – ethisch zu legitimieren? Ich meine, ja! Jeder Soldat muss sein Gewissen darauf überprüfen. Diese Prüfung nimmt ihm niemand ab, auch nicht der demokratische Konsens. Er ist keine unfehlbare Größe. „Denn im Gehorsam gegenüber dem Gewissen entscheidet sich die sittliche Identität eines Menschen.“⁴ Vielleicht hilft die Überzeugung weiter, dass die Verteidigung der Freiheit auch die nukleare Abschreckung rechtfertigt. Mir fällt hier

Wir – und das gilt insbesondere für uns Soldaten – sollten uns der Realität stellen. Das bedeutet nicht, dass wir uns von unseren berechtigten Wunschträumen verabschieden

ein Zitat von Konrad Adenauer ein: „Friede ohne Freiheit ist kein Friede.“ So muss der Soldat von der Gesinnung erfüllt sein, den Frieden bringen zu wollen. Erinnern wir uns an die vier Kardinaltugenden. Ich glaube, es entspricht der Tugend der Klugheit, Weg und Ziel nicht zu verwechseln. Rüstungskontrolle und Abrüstung, gestützt auf nukleare Abschreckung, ist der Weg, eine atomwaffenfreie Welt ist das Ziel. Der Weg ist steinig und voller Rückschläge. Viele Menschen verlieren die Geduld. Wer wollte es ihnen verdenken. Dennoch sollten wir den Weg unbeirrt weitergehen. Im Ziel sind wir uns einig.

Rüstungskontrolle und Abrüstung – Gebot der Stunde

Zugegebenermaßen, die Rahmenbedingungen für weitreichende Rüstungskontrollabkommen sind nicht günstig. Wir sehen eine Erosion der regelbasierten, liberalen, multilateralen Ordnung. Der zu beobachtende Wettstreit der Systeme wird auch auf nuklearem Gebiet geführt. Nuklearwaffen dienen als Mittel der Macht zur Durchsetzung eigener Interessen. In diesem Umfeld erlischt das Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung. Ein wichtiges Element der Rüstungskontrolle (der INF-Vertrag) ist schon weggefallen, andere wie New START und auch der NVV scheinen in Gefahr zu sein. Nuklearwaffen werden

weiter entwickelt. Die Proliferation ist alles andere als egedämmt. Die Zahl der Nuklearmächte ist von „offiziell“ sechs auf neun gewachsen (Indien, Pakistan, Nordkorea). Weitere Staaten streben nach Nuklearwaffen. Das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA), ein großer Erfolg westlicher Diplomatie, wurde von den USA gekündigt. Damit wächst die Gefahr nuklearer Eskalation im Nahen und Mittleren Osten. So hat am 5. März 2020 der IAEA-Generaldirektor Grossi seine erste Sorge ausgedrückt, weil der Iran den Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation Zutritt zu verdächtigen Anlagen verwehre und außerdem bei der Anreicherung von Uran die nach dem Abkommen von 2015 vorgesehenen Grenzen vielfach überschritten habe. Keine guten Nachrichten – was ist zu tun?

Zunächst ist zu begrüßen, dass Deutschland die Initiative ergreift und alles daransetzt, den NVV als Fundament der nuklearen Rüstungskontrolle zu stärken. In den Worten von Außenminister Maas: „Wir wollen den Stillstand in der nuklearen Abrüstung überwinden. Der Nichtverbreitungsvertrag ist in akuter Gefahr, wenn wir nicht mehr politisches Kapital investieren und den Vertrag zukunftsfest machen!“ Die von 16 Staaten ins Leben gerufene „Stockholmer Initiative“ ist fest entschlossen, die nukleare Abrüstung voranzubringen. Des Weiteren wird angestrebt, die Bedeutung von Kernwaffen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu mindern und einem neuen Wettrüsten zu begegnen. Ferner sollen die Vereinigten Staaten und Russland ermutigt werden, den neuen START-Vertrag zu verlängern, Möglichkeiten für seine Ausweitung zu erörtern und so einen Beitrag zur strategischen Stabilität zu leisten. Auch gilt es, den gerade aufgelösten INF-Vertrag unter Einschluss Chinas

wiederzubeleben. Denn es gibt sehr reale Gründe, warum die USA und Russland das Interesse am INF-Vertrag verloren haben. Er bindet nur sie, nicht aber andere Mächte, die Atomsprenköpfe und Mittelstreckenraketen haben oder danach streben: China, Indien, der Iran, Nordkorea, Pakistan. Warum sollen Putin und Trump tatenlos zuschauen, wie andere sich Waffen verschaffen, die ihnen verboten sind, die aber die regionalen militärischen Gewichte verschieben? Überhaupt gilt es, die Anreize für Staaten zu reduzieren, sich Atomwaffen als Mittel der Macht und Selbstbehauptung zu verschaffen. Das Schicksal Gaddafis, der acht Jahre nach dem Verzicht auf sein geheimes Nuklearwaffenprogramm gestürzt und getötet wurde, steht autoritären Machthabern gewiss vor Augen und wird deren Bereitschaft, auf Nuklearwaffen zu verzichten, wohl kaum erhöhen (Nordkorea, Iran). Deshalb muss auch die Politik des maximalen Drucks, die die US-Administration verfolgt, sehr kritisch betrachtet werden. Die aktuelle Iran-Krise ist vielmehr Beleg für das Ende des liberalen Interventionismus und der Strategie des „Regime Change“. Eine kluge Politik der Anreize, von „sticks and carrots“ führt zu besseren Erfolgen bei Abrüstung und Konfliktlösung. Auch hier erweist sich in der praktischen Politik der Realismus dem sicher gut gemeinten Idealismus überlegen. Es gilt nun zunächst, die bestehenden oder jüngst aufgelösten Rüstungskontrollvereinbarungen zu retten oder wiederzubeleben: den INF-Vertrag unter Einschluss Chinas, den NVV und das New START-Abkommen.

Abschreckung – ein notwendiges „Übel“

Der Frage, wie es Deutschland mit der Zukunft seiner Sicherheit durch nukleare Abschreckung hält, kann man nicht mehr ausweichen. Nicht erst seit die Vereinigten Staaten und Russland ihren Ausstieg aus dem INF-Vertrag erklärt haben. Man kann auch ein Fragezeichen hinter die Verlässlichkeit der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump setzen, Deutschland zu für beide Seiten erträglichen Bedingungen beizustehen. Der Schutz der Verbündeten heißt übersetzt „Extended Deterrence“, was im Umkehrschluss bedeutet: Es gibt eine originäre Abschreckung,

Der Autor



Generalleutnant a. D. Markus Bentler, geboren 1953, ist seit 2017 Leiter des Studienkreises katholischer Offiziere. Er gehörte von 1972 bis 2015 in zahlreichen Verwendungen der Bundeswehr an und war zuletzt Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO und der EU.

die der eigenen Existenzsicherung vorbehalten ist. Wie viel ist die „erweiterte Abschreckung“ unter den neuen Bedingungen wert? In diesem Kontext ist das Angebot des französischen Präsidenten interessant. Erstens könnten interessierte europäische Staaten einen Dialog über Abschreckungsfragen beginnen, und zweitens könnte Paris eine stärkere europäische Rolle seiner nationalen Abschreckung erklären. Das ist sicher eine gute Initiative zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO. Aber reicht das?

Deutschland ist gut beraten, sich weiter zur nuklearen Teilhabe der NATO zu bekennen, deren Schutzschirm für uns ein wesentliches Element europäischer Sicherheit ist. Dafür gibt es keinen Ersatz. „Deutschland steht unter dem Atomschirm der NATO, der vor allem von den Vereinigten Staaten geliefert wird“ (Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer am 10. Februar 2020). Den Frieden in Freiheit kann Deutschland nur im Rahmen der transatlantischen Wertegemeinschaft sichern. Das ist auch eine zutiefst ethische Frage. Alle Forderungen nach einem Verzicht auf die nukleare Teilhabe schaden den Sicherheitsinteressen Deutschlands. Wir haben ein Interesse, an der Nuklearstrategie des Bündnisses auch über unseren Sitz in der Nuklearen Planungsgruppe mitzuwirken. Es kann keinen nuklearen deutschen Sonderweg geben.

Für unsere Sicherheit ist und bleibt eine glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung im Rahmen der NATO essenziell. Sie muss aus einem ausgewogenen Mix von nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bestehen. Es ist dieser ganzheitliche Ansatz der Abschreckung, der häufig aus dem Blick gerät. Der Mangel an konventionellen Fähigkeiten erhöht tendenziell die Gefahr des Einsatzes nuklearer Waffen, die heute äußerst gering ist. Oder wie wollte die Allianz einer möglichen russischen Aggression gegen die baltischen Staaten (vergleichbar der gegen die Krim und die Ostukraine) begegnen, wenn sie konventionell nicht verhindert werden könnte? Entspricht die Stationierung von Mittelstreckenwaffen nicht exakt dem Motiv Putins, die NATO abzuschrecken und einen Keil ins Bündnis zu treiben? Die osteuropäischen Staaten des Bündnisses verlassen sich auf uns. Es ist eine Frage der Bündnissolidarität. Bedenklich

ist in diesem Zusammenhang eine Forderung der Außenminister der „Stockholmer Initiative“: „Pkt. 11: Kernwaffenstaaten befassen sich mit der wachsenden Verflechtung zwischen konventionellen Waffen und Kernwaffen und ergreifen Maßnahmen, diese Entwicklung umzukehren.“ Wenn man jedoch A sagt, muss man konventionell auch B sagen, das heißt die konventionellen Fähigkeiten stärken. Deshalb sind die Bestrebungen des Bündnisses zu begrüßen, Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Dazu gehört auch das „4 mal 30“-Programm, dem zufolge bis 2020 insgesamt 30 Bataillone zu Land, 30 Staffeln in der Luft und 30 Kriegsschiffe zur

Den Frieden in Freiheit kann Deutschland nur im Rahmen der transatlantischen Wertegemeinschaft sichern. Das ist auch eine zutiefst ethische Frage

See innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein sollen. Auch die in diesem Jahr erstmals durchgeführte NATO-Übung „Defender 2020“ (die aufgrund der Corona-Pandemie nur eingeschränkt stattfand) dient dem Ziel, die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen und Bündnissolidarität zu demonstrieren.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass Russland bisher keinen Keil in die Allianz treiben konnte. Am 2. August 2019 hat sich das Bündnis klar hinter die Entscheidung der Vereinigten Staaten gestellt, den INF-Vertrag zu kündigen, und damit Geschlossenheit gezeigt. Die NATO will noch in diesem Jahr auf die russische Stationierung von atomwaffenfähigen russischen Marschflugkörpern in Europa reagieren. Man plant die Stationierung von Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsystemen sowie die Stärkung konventioneller Fähigkeiten und die Erhöhung der Alarmbereitschaft und Reaktionsfähigkeit. Die Reaktion der NATO ist also defensiv, da auch nicht die Absicht besteht, neue landgestützte Atomraketen in Europa zu stationieren. Die Allianz reagiert also ganz bewusst nicht symmetrisch, sondern eröffnet nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung Raum.

Kritisch zu betrachten ist auch Punkt 1 der Forderungen der „Stockholmer Initiative“:

„Kernwaffenstaaten erkennen die Notwendigkeit an, sicherzustellen, dass Kernwaffen nie wieder eingesetzt werden ...“ Diese Forderung höhlt „die nukleare Abschreckung“ aus und führt uns direkt eine Aporie vor Augen. Man kann nicht abschrecken, ohne glaubwürdig zu sein. Allerdings sollten wir dem Glauben kritisch begegnen, kleinere Nuklearwaffen machten den Nuklearkrieg führbar. Sie senken vielmehr die Schwelle zum Einsatz. Deshalb ist das in der *Nuclear Posture Review* der USA vom Februar 2018 angekündigte Programm zur Modernisierung der Nuklearwaffen der USA eher besorgniserregend. Das gilt insbesondere für die Beschaffung atomarer Gefechtsköpfe mit niedriger Sprengkraft.

Es ist an der Zeit, über (derzeit fehlende) Rüstungskontrollansätze und vor allem über

An nuklearer Abschreckung mit der rechten Intention zum Erhalt des Friedens in Freiheit führt kein Weg vorbei

die Dilemmata, wenn es um die konkrete nukleare Einsatzplanung und die Frage der Eskalationskontrolle geht, nachzudenken. Eine neue Debatte über die Nukleardoktrin der Allianz erscheint geboten. Deutschland muss sich dazu positionieren. Wie kann die Erkenntnis gefördert werden, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und nicht geführt werden darf? Ist eine grundlegende konzeptionelle Idee erkennbar, wie man der fatalen Logik, in der sich die Welt gefangen sieht, entkommen könnte? Welche Möglichkeiten gibt es, unter den fortdauernden Rahmenbedingungen nuklearer Abschreckung die inhärenten Risiken zu minimieren (technische Lösungen, fair ausgehandelte Rüstungskontrolle)?

Das sind komplexe Fragen, die darin sichtbar werdenden Aporien erscheinen unauflöslich. An nuklearer Abschreckung mit der rechten Intention zum Erhalt des Friedens in Freiheit führt kein Weg vorbei. Derart verstandene nukleare Abschreckung kann auch den Weg zur Abrüstung ebnen. Diejenigen, die Verantwortung tragen, befinden sich objektiv in einer schwierigen Handlungssituation. Die gebetsmühlenartige Wiederholung, Atomwaffen seien politi-

sche Waffen, dient in diesem Zusammenhang wohl eher der Linderung der Gewissensnöte der Verantwortungsträger.

Zusammenfassung und Ausblick

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der nuklearen Abschreckung erwies sich intellektuell und ethisch als die vermutete „harte Nuss“. Natürlich war nicht zu erwarten, dass wir die Aporien nuklearer Abschreckung auflösen können. Deutlich wurde, dass die großen Kirchen dem Konzept der nuklearen Abschreckung zunehmend die Legitimation entziehen, so auch der Papst unter anderem bei seinem jüngsten Besuch in Japan. Die sogenannte „Interimsethik“ kommt zu einem Ende, das „Noch“ wandelt sich zu einem „Nicht-mehr“. Auf der anderen Seite müssen wir den Realitäten ins Auge sehen. Die Nuklearwaffen und das Wissen, wie man sie herstellt, sind in der Welt. Nuklearwaffen lassen sich nicht „enterfinden“. Eine zunehmende Zahl von Staaten sieht sie gar als „Lebensversicherung“. Einseitiger Verzicht auf Nuklearwaffen führte höchstwahrscheinlich nicht zum Ziel. Schließlich verlöre man ein Faustpfand für Verhandlungen auf Augenhöhe. Mir scheint es in dieser Lage wichtig zu sein, die Bemühungen um Rüstungskontrolle weiter zu intensivieren. Ich wünsche mir auch eine Debatte in Deutschland, die dem Ernst des Themas gerecht wird und die nicht nur auf Fachkreise beschränkt bleibt.

1 Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (2007): *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*. S. 103. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf (Stand: 3. März 2020).

2 Overbeck, Franz-Josef (2019): *Konstruktive Konfliktkultur. Friedensethische Standortbestimmung des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr*. Freiburg i. Br., S. 106.

3 Permanent Mission of the Holy See to the United Nations and Other International Organizations in Geneva (2014): *Nuclear Disarmament: Time for Abolition*. S. 11. https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW14/HINW14_Holy_See_Contribution.pdf (Stand: 3. März 2020).

4 Overbeck, Franz-Josef (2019), S. 101.

Autor: Burkhard Bleul

„Respondeo etsi mutabor“ (Eugen Rosenstock-Huussy)

„Und in seltenen Augenblicken der Klarheit und des Mutes hören wir vielleicht, um verändert zu werden“ (Walter Wink)

Militärseelsorge begleitet Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien im dienstlichen und privaten Alltag, weil kein Berufsfeld von Seelsorge ausgenommen sein darf. Vorteilhaft ist dabei, wenn Militärseelsorge direkt den Berufsalltag miterlebt und ortsnah agieren und reagieren kann, statt eingeflogen zu werden. Damit sind wir bei der Luftwaffe, und am Standort Büchel, und bei der sogenannten nuklearen Teilhabe Deutschlands, der deutschen Bundeswehr, am Nuklearpotenzial der USA.

Potenzial beinhaltet Möglichkeiten bzw. Optionen. Materiell-faktisch oder auch Mitsprache- bzw. Mitentscheidungsrechte? Oder zumindest Möglichkeiten der Einflussnahme, falls diese in Zeiten von eventuell neuen „flexible first use policies“ und einer *Thermonuclear Monarchy* (Elaine Scarry) nicht grundsätzlich obsolet geworden sind. Das gilt politisch wie pastoral. Raushalten gilt nicht. Stellungnehmen schon. Das hat immer auch mit persönlichem, sozialmitgebildetem Gewissen zu tun. Man kann es auch ethische Bewusstseinschärfung nennen. Hier liegt eine der mannigfachen Aufgabenbereiche der Militärseelsorge (Lebenskundlicher Unterricht/Ethische Bildung). Soldatinnen und Soldaten dürfen und sollen in strittigen Fragen mitdenken und mitdiskutieren können, auch in der Nuklearfrage. Unter anderem in dem von Militärseelsorgern durchgeführten LKU finden sie dafür ein geschütztes internes Forum.

Was einmal in der Welt ist ...

Wir können nicht nicht kommunizieren.¹ Außer in durchaus sinnvollen christlich-zen-buddhistischen Versuchen im Rahmen der Meditation das Nicht-Denken (*wuwei*) zu praktizieren, ist es ansonsten eher schwer möglich, nicht (irgend-etwas) zu denken. Entscheidend ist vielmehr, was wir denn inhaltspraktisch sinnvollerweise

DIE NUKLEARE FRAGE: VON FROMMEN WÜNSCHEN UND REALEN CHANCEN AUSGEWÄHLTE (NICHT NUR POPKULTURELLE) ASPEKTE EINES MILITÄRSEELSORGERS VOR ORT

(be)denken (sollten). Eines der vielen Argumente in der Nukleardebatte geht dabei so: Weil das Wissen und die Technik nun einmal in der Welt (bekannt) sind, wird sich der Geist nicht mehr in die Flasche zurückdrängen lassen. Wie also umgehen mit dem, was da aus Pandoras nuklearer Büchse herauskam? Weiter zum Ende, zu den Folgen hin denken wäre eine angebrachte Alternative. Realistisch bei der nun verbleibenden Risikokontrolle vorgehen, welt-besonnen bleiben, statt in menschlichen Übermut zu verfallen, scheint angezeigt zu sein.² Konkret: Wie soll ein deutscher Soldat oder eine deutsche Zivilangestellte der Bundeswehr im eigenen Berufsalltag damit umgehen, dass als *Fait accompli* aktuell modernisierte Atomwaffen, auf deutschem Boden stationiert, aus politischen und taktischen Zwecken vorgehalten werden? Die Stationierung an sich dürfte im Grunde globalethisch – wir befinden uns demnächst in Nach-Corona-Krisen-Zeiten – nicht so sehr das Problem sein. Oder sollte uns nach einem fragwürdigen und zu wenig bedachten isolationistisch-unilateralen Sankt-Florians-Prinzip („Schon unser Haus, zünd andre an“) das faktische Vorhandensein von Atomwaffen an anderen nationalen Standorten weniger besorgen? Ein Argument dagegen wäre die Vorreiterrolle. Doch auch hier gilt es wieder zu fragen: Ist die Vorbildhaftigkeit nur ein frommer Wunsch, der einzig dem anschließenden Rückzug ins Eigene dient, oder kann sie eine globale Lösungsperspektive aufzeigen und einen konkreten Veränderungsanreiz setzen? Wer trägt am Ende das Risiko, wenn Solidarität verloren geht? Und

wie kann in einer Frage solchen globalen Ausmaßes das Gesamtmenscheitsrisiko aktiv zumindest minimiert werden? Der Vergleich mit dem zeitlich sich etwas anders entwickelnden Klimawandelproblem liegt nahe. Das kann und sollte breiter diskutiert und angesichts der weiter-anhaltend bedrohten Stabilität positiv zu einem geminderten Risiko hin zügig-teilschrittig vereinbart werden.³ Soldatinnen und Soldaten müssen sich genauso wie Seelsorgerinnen und Seelsorger persönlich zunächst ihren eigenen Reim auf die vorhandene Lage machen, um verantwortungsvoll handlungsfähig zu bleiben. Immer neues Reflektieren und Nachjustieren nicht ausgeschlossen. Gebildetes Gewissen ist hilfreich. Vernünftiges und nichtberechnendes Denken sollte neben rein emotionalen Abwehrreaktionen und gängiger politischer Interessen inklusive mancher *hidden agenda* machtpolitischer oder verschwörungstheoretischer Art auch mit ins Spiel kommen.

Die Welt ist nicht genug

Wir sind halt Menschen, die mitunter auch in popkulturellen Welten leben. Zudem scheinen doch recht viele Menschen in der Welt zu be-

Das Prinzip Hoffnung und das Vertrauen, dass am von Gott aufgefangenen Ende alles gut ausgeht, machen die realistische christliche Weltsicht aus

fürchten, irgendwie zu kurz zu kommen. Wenn James („007“ Bond, *The World Is Not Enough*, 19. Film der Reihe aus dem Jahr 1999) im Horizont von Jesus (der Christus) dächte, wäre die „Welt (wirklich) nicht genug“. „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“ (Joh 16, 33; EÜ: „In der Welt seid ihr in Bedrängnis; aber habt Mut: Ich habe die Welt besiegt“), sagt der Menschenretter (Messias, Christus) im Johannesevangelium. Was keinesfalls Jenseitsvertröstung bedeutet; denn wie Charly Brown (*Peanuts*) zu Snoopy sagt: „Someday we all will die.“ Und der antwortet ihm in seiner Hunde-Weisheit: „True, but on all the other days we live.“

Christen sind Welt-Menschen wie alle anderen auch. Mit dem entscheidenden Touch „mehr“, dem „Magis“ der Geistlichen Exerzitien des soldatischen Mystikers Ignatius von Loyola (1491–1556). Bei allem, was wir tun, ist immer zu fragen, was *mehr* (*magis*) dem Willen Gottes, des eigentlichen „Herrn aller Mächte und Gewalten“ (siehe das Sanctus der Liturgie) entspricht.⁴ Das Prinzip Hoffnung und das Vertrauen, dass am von Gott aufgefangenen Ende alles gut ausgeht, machen die realistische christliche Weltsicht aus. Wer weiß, wozu es (vielleicht sonst noch) gut ist, so sagt es der Volksmund manchmal etwas sarkastisch daher. Auf das Risiko der zivilen Nutzung von Atomkraft bezogen, scheinen die darauf aufbauenden Segnungen der Nuklearmedizin zumindest vom Preis her Sinn zu machen. Ob das noch realistisch ist, wenn der US-amerikanische Film *Armageddon* (Juli 1998) das Thema im Blick auf Atomwaffen aufgreift? Der damals in Konkurrenz zum fast zeitgleichen Katastrophenfilm *Deep Impact* (Mai 1998) stehende Sci-Fi-Film ist benannt nach der biblisch angeblich dort verorteten Endschlacht zwischen Gut und Böse (Offb 16,16), heute das israelische Har Megiddo oder Tell-el-Mutesellim. Im filmischen Szenario wird durchgespielt, dass die Erde nur durch den kurzfristigen Einsatz von (bereits vorhandenen!) Nuklearwaffen vor der in 18 Tagen stattfindenden Zerstörung durch einen heranahenden Asteroiden gerettet werden kann.⁵

Andererseits ist gegenüber häufig nur angstbesetzten säkularen Endzeitszenarien die gläubige Weltsicht eine qualitativ und hoffnungsvoll andere, in der immer bereits eine positive Endzeit herrscht, die nur von Gott selbst in einer Neuschaffung der Welt zur Vollendung geführt werden kann. Frei nach dem in modischen Apokalypse-Szenarien⁶ oft zitierten Spruch „Wenn morgen die Welt unterginge (durch eine militärische oder zivile Nuklearkatastrophe?), ich würde heute noch mein Apfelbäumchen pflanzen“, der irrtümlich Martin Luther zugeschrieben wird, vermutlich aber erst in den historisch beachtlichen Umständen der 1930er-Jahre aufkam.

Ächtung und Kontrolle von weltweitem Nuklearwaffenbesitz

Statt nur neue Bäume zu pflanzen, könnten wir also zusätzlich Nuklearwaffen (und übertrenkante Atomkraftwerke ohne Endlagerungslösung) ächten und eindämmen und global-vertraglich kontrollieren. In diesem Fall können auch politische Verbrecher ausnahmsweise mal in die richtige Richtung denken: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser (W.I. Lenin zugeschrieben: „Vertraue, aber prüfe nach“ – *Dowerjai, no prowerjai*).

Der derzeitige Papst Franziskus hält mittlerweile eine weitere Verlängerung des nicht genutzten Moratoriums, das zur Überwindung der nuklearen Abschreckung und zur Abrüstung führen sollte, für nicht mehr zielführend und erachtet bereits den bloßen (nationalstaatlichen, geschweige denn privat-terroristischen) Besitz von Atomwaffen in jeglicher Arsenalgröße für ethisch verwerflich und eine Sünde vor dem Angesicht Gottes. Der Journalist Werner Sonne⁷ warnt angesichts möglicher terroristischer Bedrohungen vor der weiteren unsicheren zivilen „Zwischenlagerung“ von CASTOR-Behältern in einer überirdischen Halle statt in den eigentlich angedachten (auch nur etwas sichereren) unterirdischen Salzstöcken. Am NATO-Flugplatz Büchel wird jetzt zumindest zusätzlich zum bereits bestehenden militärischen Schutz in die infrastrukturelle Absicherung (Spezialzaun) investiert. Dieser höhere Absicherungsschutz wird sogar seitens der Friedensaktivistinnen und -aktivisten vor Ort mittlerweile wertgeschätzt, die mit ihren erfolgreichen Go-in-Aktionen zuvor indirekt auf die ungenügende Zaunabsicherung hingewiesen hatten.

Der unlängst verstorbene deutsche Philosoph Robert Spaemann (1927–2018) hält selbst die zivile Atomtechnologie ähnlich Murphys Gesetz für nicht beherrschbar: „Was einmal schief gehen kann, das geht auch einmal schief“, und: „Es gibt kein größeres Verbrechen, als einen ganzen Lebensraum unbewohnbar zu machen“⁸. Spaemann, der in seiner personal ausgerichteten philosophischen Ethik im markanten Unterschied zum Beispiel zu dem australischen utilitaristischen Philosophen Pe-

ter Singer für eine *unteilbare* Beachtung des Respekts vor dem menschlichen (und auch tierischen) Leben an sich eintritt, plädiert auch angesichts der Fukushima-Katastrophe für eine moderne Wiederbelebung des ursprünglichen sehr weisen, bereits im Mittelalter bekannten ethischen Prinzips des Tutorismus (*in dubio pro reo, in dubio pro vita*): Im Zweifel gelte das Prinzip der Erhaltung und der Nachhaltig-

Mit gutem Grund dürfen wir hinterfragen, wie frei wir unter einem „nuklearen Schutzschirm“ wirklich sind

keit statt des neuzeitlich zu oft angewendeten Prinzips „*in dubio pro libertate*“⁹. Zumal wir mit gutem Grund hinterfragen dürfen, wie frei wir unter einem „nuklearen Schutzschirm“ denn wirklich sind.

Die amerikanische Essayistin und Professorin (Aesthetics and the General Theory of Value at Harvard University) Elaine Scarry¹⁰ versucht mit Hinweis auf die sogenannte *War powers clause* (Article I, Section 8, clause 11) und dem *Second Amendment* der US-amerikanischen Verfassung zu belegen, dass der Zustand eher einer „Thermonuklearen Monarchie“ als einer Demokratie entspricht, sobald eine politische Führung (nahezu) eigenständig über den Einsatz von Nuklearwaffen entscheidet statt in rigoroser Überprüfung durch eine gewählte Volksvertretung: „The danger of nuclear weapons comes from potential accidents or acquisition by terrorists, hackers or rogue countries. But the gravest danger comes from the mistaken idea that there exists some case compatible with legitimate governance. There can be

Der Autor

Burkhard Bleul ist Pastoralreferent und katholischer Militärseelsorger an den Standorten Büchel/Eifel (Taktisches Luftwaffengeschwader 33), Ulmen (Schule für Diensthundewesen der Bundeswehr) und Kastellaun/Hunsrück (IT-Bataillon 282).



Foto: Markus Kroth

no such case. Thermonuclear Monarchy shows the deformation of governance that occurs when a country gains nuclear weapons“, so beschrieben in einer Rezension zu ihrem Buch.

Das Gewissen hat Vorrang

Soldatinnen und Soldaten (ob deutsche oder amerikanische), die an einem (vermutlichen) Atomwaffenstandort ihren Dienst freiwillig leisten, tun dies meines Erachtens mehrheitlich in einer gewissen pragmatisch-realistischen Herangehensweise und dabei auch vom eigenen Anspruch her hochprofessionell und gewissenhaft. Die konkreten politischen Entscheidungen werden andernorts getroffen. Die eigene

Falls – wie bereits vorgekommen – ein Soldat, in seinem Gewissen zutiefst beunruhigt, für sich selbst nicht (mehr) verantworten kann, im unmittelbaren Umfeld von speziellen Waffen zu hantieren, so findet sich eine Lösung in der Bundeswehr

Einstellung zu solcherart komplexen ethischen Fragen wie der Nuklearfrage kann, aber muss nicht unmittelbar in einem moralischen Konflikt enden. Entstehende kognitive Dissonanzen werden alltagspraktisch zu einer Stabilitätsvermutung hin aufgelöst: „Es hat ja bisher ganz gut funktioniert, und wir leisten unseren sicherheitsbewussten Beitrag zur Aufrechterhaltung dieser Stabilität.“ Diese beinhaltet immer auch eine zwischenstaatliche informations- und kommunikationspsychologische Auseinandersetzung. Individualethisch hat die persönliche Gewissensfreiheit ihren Wert: Falls – wie bereits vorgekommen – ein Soldat, in seinem Gewissen zutiefst beunruhigt, für sich selbst nicht (mehr) verantworten kann, im unmittelbaren Umfeld von speziellen Waffen zu hantieren, so findet sich, auch mithilfe des Militärseelsorgers, eine Lösung in der Bundeswehr, die den konkreten Soldaten von einem ihm angedachten konkreten Maintenance-Auftrag dispensiert und anderweitig (nicht unbedingt andernorts) beschäftigt. Dies resultiert bereits aus der bundeswehreigenen Führungsphilosophie der Inneren Führung. Soldatisch gesehen naheliegender ist vermutlich zuerst die gewissenhafte

Pflichterfüllung zur Gewährleistung von Sicherheit statt unter Umständen nur selbstreferenziellem, lokal verengtem Aktionismus mit vordergründig gutem moralischem Image. Zudem stellt sich mit Blick auf die weltweit anstehenden Probleme die Dringlichkeitsfrage (Prioritätensetzung im Widerstandsengagement) in der unmittelbar faktischen Gefährdung menschlichen Lebens frei nach dem Motto: „Willst du nicht auf Dauer unter den Nuklearschirm streben, verhilf zuvörderst den weltweit Ärmern zum Überleben“ – statt sie an Hunger, Mangel-, Unter-, Fehlernährung, kindlichen Durchfallerkrankungen et cetera täglich zu Tausenden sehenden Auges oder zumindest wissentlich sterben zu lassen. Es wäre also zu entscheiden, welche aktuelle Bedrohung in schnelleren und praktikableren Behebungsversuchen direkt angegangen werden könnte, und ob praktizierte Solidarität die (gemeinsame) Sicherheit nicht viel effektiver fördern würde.

Jährlich verhungern tatsächlich und nicht nur potenziell-bedroht oder nur wahrscheinlich laut Erkenntnissen des Schweizer Soziologen, UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung und Kapitalismuskritikers Jean Ziegler weltweit etwa neun Millionen Menschen.¹¹

Papst Franziskus spricht ebenfalls im Stil einer prophetischen Rede in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* aus dem Jahr 2013 (vgl. EG 203) bewusst sich selbst angreifbar machend, politisch unkorrekt und aufrüttelnd von einer „Wirtschaft, die tötet“. So formuliert wurde es zumindest in der damaligen Presse aufgegriffen, was im Schreiben selbst jedoch nicht derart grundsätzlich den Kapitalismus diskreditierend gemeint war.¹²

Statt eines Wunder-Fazit

Wie kommen wir heraus aus dem scheinbaren ethischen Dilemma zwischen dem weiterhin vorherrschenden Glauben an die Abschreckung (aus Furcht vor dem Anderen) und dem fehlenden Vertrauen in alternative (politische) Lösungen? Nur durch Beharrlichkeit, Dranbleiben, Weiterdenken und vorurteilsfreies und innovatives¹³ Kommunizieren auf allen Ebenen. Am ehesten wäre wohl in der aktuellen Weltsituation der Änderungshebel bei kreativen vertrau-

ensbildenden Maßnahmen anzusetzen. Auch persönlich-menschliche Beziehungen waren dabei in früheren historischen Kontexten bisweilen hilfreich (zum Beispiel die zwischen Kohl und Gorbatschow). Die zunehmende weltweite digitale Vernetzung hilft gerade auch in hoffentlich demnächst eintretenden Nach-Corona-Zeiten Unrechtsstrukturen (der Theologe und Psychoanalytiker Eugen Drewermann¹⁴ nennt das aus menschlicher Angstverfallenheit sich gebierende „Strukturen des Bösen“) transparent, das heißt sichtbar und veränderbar/bearbeitbar zu machen und lässt hoffen auf die Tugend eines sich aus-„bildenden“ globalen Sensus communis menschlich-ethischer Klugheit. Dies jedoch immer mit dem Risiko und in der Gefahr des Scheiterns.¹⁵ Präsident Barack Obama nährte 2009 in seiner Prager Rede die Hoffnung, dass die Abschaffung nuklearer Waffen möglich werden könnte: „As the only nuclear power to have used a nuclear weapon, the United States has a moral responsibility to act. We cannot succeed in this endeavor alone, but we can lead it, we can start it. (...) I’m not naive. This goal will not be reached quickly – perhaps not in my lifetime.“¹⁶ Zum Schluss soll hier noch einmal der deontologisch argumentierende philosophische Ethiker Robert Spaemann, der die momentane zeitgeistig-modische Denkfigur des einseitig liberalistischen Utilitarismus für moralisch höchst korrumpierend und für mit (der göttlichen Wurzel) menschlicher Vernunft unvereinbar hält, in der Atom(energie)frage zu Wort kommen: „Dieser Technik sind schon schlechte Gebrauchswesen immanent. (...) Der Erkenntniswille ist und bleibt legitim, aber mir scheint, dass man überall dort, wo es um Anwendung geht, um Technologie also, mit den Erkenntnissen einen sehr keuschen Umgang einüben muss. Nicht alles, was der Erkenntnis dient, dient dem Menschen; weder in der Atomforschung noch in der Embryonenforschung. Erkenntnisdrang rechtfertigt nicht die Vernichtung von Kindern im Mutterleib, er ist kein absoluter Wert. (...) Hier sind die Kosten Menschenleben. Es gibt eben Forschung, die man nicht betreiben darf. (...) Genau das ist auch bei der Atomenergie zu fragen: Ist der Preis für den Fortschritt in der Energiegewinnung nicht zu hoch?“¹⁷ Um wie viel mehr gälte das in der Frage von nuklearenergetisch immer aus-

gefeilteren, taktischen Waffen, deren reale oder auch nur mögliche Existenz befürchten lässt, dass die Schwelle zum Einsatz gesenkt und der Tabubruch erleichtert wird.¹⁸ Die „mächtige internationale Überwachungsbehörde, die mit rigorosen Kontrollbefugnissen ausgestattet wäre und möglicherweise im Monopolbesitz der Nukleartechnik bliebe“¹⁹, gibt es als international demokratisch legitimierte Handlungsinstitution nach realistischer Einschätzung absehbar nicht. Und weiterhin werden fürchterliche sogenannte konventionelle Waffen eingesetzt und die internationale staatliche Ordnung damit destabilisiert.

Was bleibt also? In einer begründeten Hoffnung dennoch weiter arbeiten und kommunizieren, dass selbstredend auch Politiker und Militärs (ethisch) denkende und für Alternativen offene Menschen sind und dass sich eventuell sogar als Change-Management-Glücksfall ein realhistorischer plötzlicher Mauerfall-Reisefreiheits-Moment (Schabowski: „Meines Wissens gilt das ab sofort“)²⁰ bzw. eine kindlich-märchenhafte Des-Kaisers-Neue-Kleider-Erkenntnis²¹ („Der Kaiser ist ja nackt!“) ergibt, die die Sicht auf die eigentlich bessere Alternative wieder freigibt. Schon wieder nur so ein frommer Wunsch? Ganz im Gegenteil – gehen wir’s an!²²

1 Siehe Watzlawick, Paul et al. (1967): *Pragmatics of Human Communication*. New York.

2 Siehe Spaemann, Robert (2011): *Nach uns die Kernschmelze. Hybris im atomaren Zeitalter*. Stuttgart.

3 Hilfreich hierzu die in der Tradition von Raymond Schwager und René Girard stehenden theologiedramatischen Bemerkungen von Willibald Sandler zu einem Kreuz-Weg zwischen den Straßengräben von Arroganz und „Sympathisanz“. Sandler, Willibald (2008): *Der Sündenfall von Dogville. Interpretation von Lars von Triers Film aus einer dramatisch-theologischen Perspektive*. Innsbruck, S.14, §68. <https://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/735.html> (Stand: 27.5.2020).

4 Sandler, Willibald (2008) spricht hier auf S.15 ff. von einem dritten Weg zwischen Arroganz und Sympathisanz, dem eigentlich christlichen (Kreuz-) Weg einer kritischen Solidarität als Mittelweg (S.16, §79): „Von diesem Mittelweg her lässt sich neu erschließen, was unter Arroganz und Sympathisanz hier zu verstehen ist. Sympathisanz ist Solidarität ohne Kritik (...) die mithin (...) gerade nicht als authentisch christlich zu verstehen ist. Arroganz ist Kritik ohne Solidarität, d. h. ein Urteilen, Richten oder Verbessernwollen, bei dem man sich selbst außen vor lässt, - ohne Bereitschaft, sich selbst im Einsatz für den anderen oder in Selbstkritik zu riskieren. Damit tappt man in genau jene Falle, die man selbstgerecht den anderen vorhält. Mit biblischen Worten: Im Versuch, den Splitter im Auge des Bruders zu entfernen, übersieht man den Balken im eigenen Auge (Mt 7,3-5).“

- 5 Zur Wahrscheinlichkeit von Asteroideneinschlägen und zu bereits in Planung befindlichen Rettungsszenarien siehe z. B. <https://www.nasa.gov/planetarydefense/did-you-know> (Stand: 27.5.2020).
- 6 Hier allerdings auch wieder die Deutung bei Sandler, Willibald (2008), S. 15, § 73: „In diese Richtung zielt die dramatisch-theologische Interpretation von Gerichtstexten und apokalyptischen Texten – etwa der Johannesapokalypse: Sie ist zu verstehen als Selbstgericht, das Menschen sich und einander antun, wenn Gott, die göttliche Gnade, „Grace“ ihnen den Rücken kehrt, oder sie ihnen den Rücken kehren.“
- 7 Sonne, Werner (2018): *Leben mit der Bombe. Atomwaffen in Deutschland*. Wiesbaden, S. 194 f.
- 8 Spaemann, Robert (2011), S. 101; vor allem hinsichtlich der ungeklärten Frage der Endlagerung des radioaktiven Materials.
- 9 Spaemann, Robert (2011), S. 103 f.
- 10 Scarry, Elaine (2014): *Thermonuclear Monarchy. Choosing between Democracy and Doom*. New York.
- 11 Ziegler, Jean (2018): „Ich helfe denen, die keine Stimme haben.“ In: *chrismon. Das evangelische Magazin* 5/2020, S. 18.
- 12 http://www.vatican.va/content/francesco/de/apost-exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.pdf (Stand: 27.5.2020).
- 13 Vgl. zumindest zu einem der jeweiligen Situation angepassten, analogen innovativen Weiterdenken den Hinweis auf „gewaltfreien Widerstand“ bei Wink, Walter (1999): *The Powers That Be. Theology for a New Millennium*. New York: „Just-war theory misinterpreted ‘Do not resist an evildoer’ (Matt. 5:39) as meaning nonresistance. In an earlier chapter I tried to demonstrate the error of this interpretation. Jesus did not teach nonresistance; rather, he disavowed violent resistance in favor of nonviolent resistance. Of course Christians must resist evil! No decent human being could conceivably stand by and watch innocents suffer without trying to do, or at least wishing to do something to save them. The question is one of means. Likewise Christians are not forbidden by Jesus to engage in self-defense. But they are to do so nonviolently. Jesus did not teach supine passivity in the face of evil. That was precisely what he was attempting to overcome!“ – ausführlicher in Wink, Walter: *Engaging the Powers. Discernment and Resistance in a World of Domination*. Minneapolis 1992, S. 175–192 (9. Jesus’ Third Way: Nonviolent Engagement); und vgl. ähnlich den Hinweis auf die jesuanische Weisheitstaktik der „provokativen Wehrlosigkeit“ (z. B. Mt 5,41) bei Ebner, Martin (2012): *Jesus von Nazareth. Was wir von ihm wissen können*. Stuttgart, S. 138 f.: „Derartige Reaktionen müssen verblüffen. Und das ist offensichtlich auch ihre Taktik. Sie spielen das Gewaltspiel nicht mit, sondern machen ihrem Gegenüber im Sinn einer paradoxen Intervention seine eigene Aggression bewusst.“
- 14 Drewermann, Eugen (1988): *Strukturen des Bösen. 1: Die jahwistische Urgeschichte in exegetischer Sicht / 2: Die jahwistische Urgeschichte in psychoanalytischer Sicht / 3: Die jahwistische Urgeschichte in philosophischer Sicht*. Paderborn.
- 15 So inszeniert der katholische dänische Skandalregisseur Lars von Trier in seinem Film *Dogville* (2003) laut Sandler, Willibald (2008) eine modern illustrierte Film-Geschichte des (biblischen) Sündenfalls: Eine reine Beherrschungsmacht pervertiert in ihrer Eigenermächtigung das „Geschenk“ des Friedens, wie es bereits der gierige Griff zur Paradiesesfrucht im falschen „Modus der Aneignung“ zeige. Gleichzeitig ziele die filmische Intention auf die Kritik einer christlich-fundamentalistisch pervertierten *civil religion*.
- 16 Scarry, Elaine (2014), Note 22, S. 411.
- 17 Spaemann, Robert (2011), S. 105 f.; vgl. dazu auch Schockenhoff, Eberhard (2018): *Kein Ende der Gewalt. Friedensethik für eine globalisierte Welt*. Freiburg i. Br., S. 385 f.; vgl. auch Bartoszewski, Wladislaw (1986): *Wer ein Leben rettet, der rettet die ganze Welt. Die Erfahrung meines Lebens*. Freiburg i. Br., S. 47 f.: „Frieden um jeden Preis (...) bedeutet in der Praxis, jeglicher Art von Erpressung nachzugeben, die Politik der Stärke, die Politik des Stärkeren anzuerkennen. Das bedeutet, die Demutsgebärde zu machen, bevor die Auseinandersetzung überhaupt beginnt. (...) Was die Prediger für einen Frieden um jeden Preis als Akt der Vernunft, des pragmatischen Denkens, ja sogar der Menschenliebe erachten, ist letztlich die latente Bereitschaft, Tyrannei, Gewalt, Brutalität zu akzeptieren.“
- 18 vgl. auch Schockenhoff, Eberhard (2018), S. 391, Anm. 816.
- 19 Schockenhoff, Eberhard (2018), S. 390.
- 20 Günter Schabowski (1929–2015) war ein deutscher Journalist und Politiker, Mitglied im Zentralkomitee der SED und im SED-Politbüro von 1981 bis 1989. In seiner Funktion als Sekretär für Informationswesen gab er am Abend des 9. Novembers 1989 eine Pressekonferenz, bei der er von einem Zettel eine neue Regelung für Reisen von DDR-Bürgern ins westliche Ausland ablas. Diese Regelung trete, so antwortete er auf eine Reporterfrage, nach seinem Wissen „sofort, unverzüglich“ in Kraft. Dies löste noch am selben Abend einen Massenansturm von DDR-Bürgern auf die Grenze zu West-Berlin aus, sodass die überforderten DDR-Grenzer nach wenigen Stunden die Mauer ungeplant öffneten. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Schabowski (Stand: 27.5.2020).
- 21 *Des Kaisers neue Kleider* (1837) ist ein bekanntes Kunstmärchen des dänischen Schriftstellers Hans Christian Andersen. Darin lässt sich ein Kaiser von zwei Betrügern teure neue Gewänder weben. Sie behaupten, nur wer seines Amtes würdig und nicht dumm sei, könne die Gewänder sehen. Der Kaiser und alle Menschen spielen das Spiel mit, weil sie unsicher sind oder um ihre Stellung fürchten. Der Schwindel fliegt erst bei einem Festumzug auf, als ein Kind die Wahrheit ausspricht. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Des_Kaisers_neue_Kleider (Stand: 27.5.2020)
- 22 Nicht nur, aber auch im Sinne des provozierenden Anspruchs der „Weltgebetstage“ in Assisi und andernorts: „Es reicht nicht, etwas für den Frieden zu tun, man muss für ihn beten.“ Oder – als wirklich letzter Filmhinweis an dieser Stelle – der Ausruf des Protagonisten ganz am Ende des hervorragenden und hier gleichzeitig auch zu Corona-Zeiten passenden japanischen Spielfilms *Kirschblüten und rote Bohnen* von Naomi Kawase (Japan-Frankreich-Deutschland 2015): „Dorayaki! Holt sie euch!“ (Dorayaki sind süße Teigküchlein.)

ALLE AUSGABEN

www.ethikundmilitaer.de



Diese und alle anderen Ausgaben von „Ethik und Militär“ finden Sie **in Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Bisher erschienene Ausgaben von „Ethik und Militär“

- 2019/2 Ethische Bildung
- 2019/1 Konfliktzone Cyberspace
- 2018/2 Europäische Armee
- 2018/1 Strategic Foresight
- 2017 Terror
- 2016 Innere Führung
- 2015/2 Hybride Kriege
- 2015/1 Militärmedizinethik
- 2014/2 Cyberwar
- 2014/1 Dronen und LAWS

IMPRESSUM

Das E-Journal „Ethik und Militär“ mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Direktorin des zebis: Dr. Veronika Bock

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber

Prof. Dr. Andreas Bock, Dr. Veronika Bock,
Prof. Dr. Thomas Elßner, Prof. Dr. Johannes Frühbauer,
Prof. Dr. Fred van Iersel, Prof. Dr. Alexander Merkl,
Norbert Stäblein

Advisory Board

Lothar Bendel, Heinrich Dierkes, Friederike Frücht,
Dr. Angela Reinders, Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion

Jan Peter Gülден, Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2

Rundfunkstaatsvertrag (RStV):

Dr. Veronika Bock, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion

Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 51, Fax 67 08 59 - 3

E-Mail: redaktion@zebis.eu

Diensteanbieter als Rechtsträger des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis

Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht

Katholischer Militärbischof für die

Deutsche Bundeswehr

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS

Direktor beim KMBA

Msgr. Wolfgang Schilk

Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb

Am Weidendamm 2

10117 Berlin

Kontakt zur KS

Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500

Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599

Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 15.6.2020

Aktualisiert: 22.6.2020



ethikundmilitaer.de



zebis
Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften

Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. (040) 67 08 59 - 55
Fax (040) 67 08 59 - 59

info@zebis.eu
www.zebis.eu